



Hans Modrow, Dietmar Schulz (Hrsg.)

## Lateinamerika, eine neue Ära?

rls

47

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 47

Rosa-Luxemburg-Stiftung

HANS MODROW, DIETMAR SCHULZ (HRSG.)

# **Lateinamerika, eine neue Ära?**

Karl Dietz Verlag Berlin

Hans Modrow, Dietmar Schulz (Hrsg):  
Lateinamerika, eine neue Ära?  
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 47)  
Berlin: Karl Dietz Verlag Berlin 2008

ISBN 978-3-320-02155-9

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2008

Satz: Marion Schütrumpf

Umschlag: Heike Schmelter, Foto: Buchmesse Havanna 2006, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH Bärenruck und Werbung

Printed in Germany

# Inhalt

Vorwort	7
ERNESTO KROCH Eine neue Ära hat begonnen Stand und Perspektiven linker Regierungen in Lateinamerika	9
HANS MODROW, DIETMAR SCHULZ Das Forum São Paulo. Bündnis gegen Neoliberalismus für eine neue Ära in Lateinamerika – seine Entwicklung seit 1990	27
HANS MODROW Neue Momente in der kubanischen Revolution	49
ACHIM WAHL Brasilien – Lula zwischen Neoliberalismus und Reformaufbruch	61
HELMA CHRENKO Bolivien – Aufbruch in eine neue Zeit	81
AHMED ABED, MAXIMILIAN JABLONOWSKI, LUCIA SCHNELL, BEN STOTZ Venezuela und die Bolivarianische Revolution Ein Land auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus	101
ACHIM WAHL Die Linke Lateinamerikas und die sozialen Bewegungen	121
OTTO PFEIFFER Die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas und ihre Wurzeln	131
XIV. Treffen des Forums vom São Paulo 22.-25. Mai 2008, Montevideo – Uruguay Schlussserklärung	157

Was erwartet der Süden von der europäischen Linken?  
Botschaft des Präsidenten Evo Morales Ayma an die  
Vereinigte Europäische Linke, GUE/NGL, verlesen  
von der Botschafterin Boliviens in Frankreich,  
Luzmila Carpio Sanguenza, während der Konferenz  
der GUE in Cité de Sciences, Paris, am 18. Mai 2008 163

#### ANHANG

Glossar 165  
Biographische Angaben 171  
Autorinnen und Autoren 175

# Vorwort

Die gegenwärtige Entwicklung in Lateinamerika löst in aller Welt Aufmerksamkeit aus. Auch in Deutschland schauen viele Linke auf den Subkontinent und verfolgen größtenteils mit Sympathie die politischen und sozialen Veränderungen, die sich in einer Vielzahl von Ländern Lateinamerikas vollziehen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland unterstützt hingegen die Kräfte des Neoliberalismus, der Restauration, der Machterhaltung der alten Eliten und ist den Interessen deutscher Großunternehmen und Banken verbunden.

Die linken, progressiven und demokratischen Kräfte in Lateinamerika wollen sich nicht mit dem »Ende der Geschichte« abfinden, wollen nicht hinnehmen, dass der den Gesellschaften des Subkontinents in den vergangenen Jahrzehnten aufgezwungene Neoliberalismus die »Ultima Ratio« der Menschheitsentwicklung sein soll. Ideenreich und in ständiger Wechselwirkung mit den sozialen Bewegungen der Zivilgesellschaft suchen sie nach Wegen und Mitteln, um das Vordringen des Neoliberalismus aufzuhalten, die Entwicklung umzukehren und den Neoliberalismus letztendlich zu überwinden.

Dieser Kampf gegen den Neoliberalismus und seine verheerenden sozialen Folgen für den Großteil der Bevölkerung in Lateinamerika ist die wichtigste Triebfeder für die gegenwärtige Entwicklung. Aufgrund der Breite der in diesen Prozess involvierten Kräfte und ihrer unterschiedlichen politischen Positionen finden sich recht unterschiedliche Projekte zur Lösung dieser Grundfrage. Sie reichen von der Entwicklung des »Sozialismus im 21. Jahrhundert« bis hin zu großbürgerlichen Reformprojekten, die den Rahmen der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse nicht in Frage stellen. Vielen gemeinsam ist das Streben nach einer grundlegenden Demokratisierung des Staates und seiner Strukturen, ja der gesamten Gesellschaft einschließlich der Sphäre der Wirtschaft, die eine wirkliche Mitbestimmung der Menschen an der Gestaltung der Gesellschaft ermöglicht – ein Vorhaben, das weit über die Grenzen der westlichen »repräsentativen Demokratie« hinausgeht.

Die Autoren und Herausgeber dieser Artikelsammlung wollen einen Beitrag zur Diskussion und Analyse der sich derzeit in Lateinamerika vollziehenden Wandlungen leisten. Eine solche Debatte hat unseres Erachtens unter der deutschen Linken gerade erst begonnen und bedarf einer konsequenten Weiterführung. Wir wollen mit unserer Veröffentlichung zur Entwicklung eines differenzierten Lateinamerikabildes beitragen, das von Solidarität mit und tiefer Sympathie für die progressiven Kräfte zeugt, aber zugleich auf fundierter Kenntnis und sachlich-kritischer Analyse beruhen soll.

Nachdrücklich wollen wir zum Lernen von den lateinamerikanischen Freunden anregen. Insbesondere hinsichtlich der Konzeption von einer Verbreiterung und

Vertiefung der Demokratie sowie den dabei gewonnenen Erfahrungen können wir wichtige Anregungen aufnehmen – den Willen dazu vorausgesetzt.

Ein besonderes Anliegen war es uns, das Forum von São Paulo einem breiteren Leserkreis nahezubringen. Dieser Zusammenschluss von progressiven und linken Parteien und Bewegungen Lateinamerikas erfährt hierzulande leider noch nicht die ihm unserer Meinung nach gebührende Aufmerksamkeit. In den nahezu zwei Jahrzehnten seines Bestehens hat das Forum von São Paulo – bei allen Problemen, die seine Entwicklung begleitet haben – einen wichtigen Beitrag zur Zusammenführung und Bündelung der linken, progressiven und demokratischen Kräfte in Lateinamerika geleistet. Von großem Wert sind die Ideen, Anregungen und Konzeptionen, die, ausgehend von der Debatte und dem Erfahrungsaustausch im Rahmen des Forums von São Paulo, den Weg in die soziale und politische Wirklichkeit der Länder Lateinamerikas gefunden haben.

Den Anspruch auf eine umfassende Beschreibung und Analyse der Situation in Lateinamerika konnten und wollten die Autoren und Herausgeber nicht für sich erheben. Schlaglichtartig sollen die Artikel dieses Buches die Situation in einer Reihe von Ländern bzw. einige wichtige regionale Entwicklungen darstellen. Das spezielle Eingehen auf Bolivien und Venezuela ist der Tatsache geschuldet, dass diese Länder sehr konsequent und entschlossen neue Wege bei der demokratischen Gestaltung einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zugunsten ihrer Völker und, besonders im Falle Boliviens, zugunsten der bisher benachteiligten, unterdrückten und ausgegrenzten indigenen Bevölkerung beschreiten und damit das weltweite Interesse auf sich ziehen.

Alle Artikel spiegeln den Standpunkt der jeweiligen AutorInnen wider.

*Hans Modrow, Dietmar Schulz*



## Eine neue Ära hat begonnen

### Stand und Perspektiven linker Regierungen in Lateinamerika

Die drei Jahrzehnte währende neoliberale Politik in Lateinamerika kann als abgeschlossen betrachtet werden. Was nicht heißt, nun gäbe es keine Länder mehr auf diesem Kontinent, die nach den Rezepten der Chicago boys<sup>1</sup> regiert würden, aber sie sind in der Minderheit. Das heißt auch nicht, da, wo linke Parteien regieren – und das erstreckt sich auf mehr als drei Viertel der Fläche und Bevölkerung Südamerikas –, wäre man nun aller neoliberalen Praktiken ledig. Aber sie charakterisieren nicht mehr, so wie früher, die Politik. Der Übergang ist fließend, in keinem Land hat eine Revolution stattgefunden, die neuen Regierungen sind das Ergebnis von Wahlen.

Die Völker suchten neue Wege, enttäuscht von einem Modell, das zumeist von Militärdiktaturen eingeführt und von bürgerlichen Regierungen vollendet worden war. Denn die unbeschränkte Öffnung und Deregulierung der Märkte sowie die strikten, den Handlungsspielraum des Staates limitierenden Forderungen des IWF hatten zu Entindustrialisierung, nie gekannter Verarmung, Marginalisierung und katastrophalen Krisen geführt. Insofern sind alle linken Regierungen in Lateinamerika eine Reaktion auf das Scheitern des neoliberalen Modells und, mehr oder weniger auch, Erfolg des Kampfes der sozialen Bewegungen.

Es ist üblich geworden, zwischen »radikalen« und »gemäßigten« Regierungen zu unterscheiden. Zu den ersten werden Kuba, Venezuela, Bolivien und Ecuador gezählt, zu den anderen Brasilien, Uruguay, vielleicht auch Argentinien. Chile zählt man oft gar nicht mit. Von der Rhetorik der jeweiligen Präsidenten mal abgesehen, gibt es gewiss ideologische Unterschiede, doch mehr als diese, bzw. gravierender für die verschiedene Praxis sind eher die unterschiedlichen Ausgangspositionen, was die wirtschaftliche und soziale Struktur der Länder betrifft.

Eine sozialistische Präsidentin in einem Land, wo alles privatisiert wurde, einschließlich des öffentlichen Bewusstseins, kann nicht die gleichen Maßnahmen treffen wie ein sozialistischer Präsident in einem Land, wo die öffentlichen Dienste und Banken noch in Staatshand sind. In Chile ist bereits staatliche Kontrolle über private Schulen und Universitäten ein Fortschritt, wo in Uruguay die Mitregierung von Dozenten und Studenten im Unterrichtswesen auf der Tagesordnung steht.

1 Gruppe von ca. 25 chilenischen Wirtschaftswissenschaftlern, die in den 1970ern in Chicago studiert hatten und das neoliberale Modell der sogenannten Chicago-Group unter der Führung der US-Wirtschaftswissenschaftler Harber und Friedman im Chile unter dem Pinochet-Regime modellhaft erprobten.

Ein Präsident, der nur 20 Prozent der Parlamentarier im Kongress hinter sich hat, kann auch nicht dieselbe Wirtschaftspolitik betreiben, wie einer dessen Partei 54 Prozent der Mandate innehat. Lula muss Kompromisse mit bürgerlichen Parteien schließen, was Rafael Correa nicht nötig hat.

Es besteht auch nicht die gleiche Unabhängigkeit vom Ausland, wenn ein Land über Erdöl verfügt, hingegen ein anderes nur Getreide und Rindfleisch zu exportieren hat. Chávez kann es sich leisten, die Mächtigen der Welt zu brüskieren, was Kirchner lieber unterlässt.

Doch allen gemeinsam ist, den neoliberalen Trend auf die eine oder andere Art umzukehren:

- statt Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und Abbau von Sozialrechten – diese zu erweitern und jene zu verbessern;
- statt neuer Armut und Marginalisierung – Notstandsmaßnahmen und Reintegration der Ausgeschlossenen in die Arbeitsgesellschaft;
- statt Abbau von Gesundheits- und Unterrichtswesen – deren Ausbau, um alle zu erfassen;
- statt Anreiz für das spekulative Finanzkapital, hohe Zinsen, unterbewerteter Dollar – Förderung der Produktion materieller Güter, Direktinvestitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen;
- statt Privatisierung von Staatsunternehmen – deren Stärkung bzw. Rückführung in die öffentliche Hand;
- statt Vergessen und Straffreiheit der Verbrechen der Diktatur – Erinnerung und freie Bahn für die Justiz.

Dieser neue Kurs, der allen Ländern gemein ist, setzt aber nicht die Vorherrschaft kapitalistischer Produktion und Wirtschaft außer Kraft. Die großen Unternehmen geben weiterhin den Ton an. Doch jetzt trifft sie ein mehr oder weniger starkes Gegengewicht des Staates, zusammen mit sozialen Bewegungen in Form von staatlichen Unternehmen oder Banken sowie von Kooperativen, die mit den privaten Gesellschaften in Konkurrenz treten, bzw. Richtlinien setzen.

Trotz der erwähnten Unterschiede handelt es sich daher in Lateinamerika um eine allgemeine Entwicklung linker Tendenz, ausgehend von einem kapitalistischen Regime und gerichtet auf eine Überwindung ihrer menschenunwürdiger Wesenszüge. Das vollzieht sich, teils durch Entzug sozialer Bereiche aus der Sphäre des Profits, teils durch Stärkung der dem Kapital widerstrebenden Kräfte.

Hier stellen sich nun zwei Fragen:

Worauf steuern die linken Regierungen Lateinamerikas zu?

Und bis wohin können sie mit ihrem neuen Kurs unter den gegebenen Bedingungen gelangen?

Richten wir uns nach den Programmen der regierenden Parteien und den Reden ihrer führenden Persönlichkeiten, so streben sie – mit Ausnahme von Chile und Argentinien – einen grundlegenden Wandel des bestehenden sozio-ökonomischen Modells an. Die »Partido dos Trabalhadores« in Brasilien und die »Frente

Amplio« in Uruguay beziehen sich dabei nicht auf ein sozialistisches System. Ein Großteil ihrer Mitgliedsorganisationen bzw. internen Strömungen hingegen sieht dieses ausdrücklich als Endziel vor. Da der Weg dahin ohnehin in der Ferne zu liegen scheint, macht es keinen großen Unterschied, ob man dabei von einem »anderen Brasilien« oder einem »anderen Uruguay« oder vom »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« spricht. In jedem Fall versteht sich diese neue Gesellschaft als eine Demokratisierung auch der Wirtschaft sowie die Mitbeteiligung der Bürger an der Regierung auf allen Ebenen öffentlicher Macht.

Doch welche Spielräume gibt es für eine solche Entwicklung in einem kapitalistischen Regime? Wo stößt sie an dessen Grenzen? Dazu noch in Ländern, die durch ihre Position – in der globalisierten Welt – als Rohstoffversorger der Industriemächte von diesen abhängig und, außer Chile, hochverschuldet sind?

Allein schon bei den ersten Schritten des Wandels, der Umverteilung von oben nach unten, sind Mauern einzureißen. Die Begrenzung der Macht der Konzerne und Investoren ist eine Gratwanderung, solange man sie nicht vertreiben will und ein gefährliches Kapitalvakuum nicht anderweitig aufzufüllen wäre. Eine Mitbeteiligung der sozialen und indigenen Organisationen an politischen Entscheidungen beschneidet althergebrachte Machtbefugnisse. Und mehr noch als die Opposition der bürgerlichen Parteien und der Druck, den das Kapital durch Androhung von Investitionsentzug ausüben kann, setzen die gegebenen sozio-ökonomischen Strukturen sie unter Sachzwang.

Ein Großteil des Landes auf wenige große Güter verteilt, Monokulturen, extensive Bewirtschaftung, Export fast unverarbeiteter Agrar- oder Mineralrohstoffe, ein Schienen- und Autostraßennetz, das kein Netz ist, sondern konzentrisch vom Landesinnern auf den Hafen zugeht, all jene fehlende endogene Infrastruktur – welche Regierung könnte das in zwei oder drei Legislaturperioden ändern?

Experimente auf unerforschtem Neuland stehen an. Doch von Argentinien im Süden bis Venezuela im Norden haben sich linke Regierungen daran gewagt. Der Erfolg, inwieweit alternative Veränderungen dabei zustande kommen und inwieweit die Mehrheit der Bevölkerung sie mittragen – Vorbedingung für die Wiederwahl der Linken und Fortsetzung des langen Weges –, wird von der intelligenten Analyse und Aktion der linken Parteien, aber auch der sozialen Bewegungen abhängen. Diese können als treibende Kraft, als Gegengewicht den Druck des Kapitals und der Reaktion auf die Regierung neutralisieren. Wenn sie aber nur ihre Korporationsinteressen, so berechtigt sie auch sein mögen, aber welche die realen Möglichkeiten des Landes übersteigen, durchsetzen wollen, summiert sich ihr Druck zu dem der Reaktion und des Kapitals hinzu. Das kann das Ende einer linken Regierung bedeuten.

Das sind die Existenzbedingungen linker Regierungen heute in Lateinamerika. Doch bis wohin sind nun die einzelnen Länder in diesem Prozess wirklich gelangt?

In *Argentinien*,

wo das Volk nach der tiefen Krise von Dezember 2001 mit Straßenblockaden und Massendemonstrationen in wenigen Wochen drei aufeinanderfolgende Regierungen stürzte, blieb der linksperonistische Präsident Néstor Kirchner mit einem explizit anti-neoliberalen Programm letzter Retter in der Not. Mit einem großangelegten Notstandsplan »Jefas y Jefas de Familia« wurden Millionen vor Unterernährung und Verhungern bewahrt, mit der Abwertung des argentinischen Peso auf ein Drittel der vorherigen Parität der Export wieder ermöglicht und die Produktion angekurbelt. Mit dem Umschuldungsprojekt reduzierte man 80 Milliarden Dollar Schulden an Privatgläubiger auf die Hälfte, durch Abgaben von 10 bis 20 Prozent auf die gestiegene Ausfuhr von Rohprodukten konnten die Sozialausgaben verdreifacht werden, die Reallöhne stiegen um etwa 30 Prozent, und um die Preise von Fleisch und Weizen auf dem Binnenmarkt nicht dem starken Anstieg auf dem Weltmarkt auszusetzen, wurde deren Ausfuhr zeitweise begrenzt.

Die unter dem Präsidenten Menem privatisierten Staatsunternehmen wurden zum Teil wieder verstaatlicht. So der radio-elektrische Sektor, die Post, die Flughäfen und die Wasserversorgung. Neben den privaten ausländischen Energiekonzernen wurde ein staatlicher, ENARSA, als Konkurrent und Regulator gegründet. Die anderen wurden unter Staatskontrolle gestellt, deren wegen der Abwertung verlangten Tarifierhöhungen wurde schließlich aus Furcht vor Investitionsboykott stattgegeben.

Trotzdem ist die Armut immer noch groß (34 Prozent der Bevölkerung), 1,2 Millionen Haushalte bedürfen und erhalten weiterhin das »Bürgerinkommen« (60 Dollar im Monat), die Arbeitslosigkeit liegt bei 14 Prozent und im informellen Sektor arbeiten 45 Prozent der Beschäftigten.

Radikale Maßnahmen im rechtsstaatlichen Bereich haben erstmals nach langer Zeit wieder zu Transparenz und Unterbindung der Korruption in den Spitzen der Justiz und der Polizei geführt. Auch die Ära der Straffreiheit für die Verbrechen der Diktatur ist zu Ende. Die Mörder in Uniform, selbst General Videla stehen vor Gericht. Das Folterzentrum »Orletti« ist heute ein Museum der Erinnerung an die Jahre des Terrors.

Dieses Jahr wurde Kirchners Frau, Cristina Fernández de Kirchner, mit großer Mehrheit (45 Prozent) zur Präsidentin der Republik gewählt. Das bedeutet die Fortsetzung von Kirchners Politik. Im Parlament vertreten durch die peronistische »Partido Justicialista«, ist sie auf Allianzen außerhalb dieser Partei gestützt: auf einen Großteil der Gewerkschaften, auf die piqueteros (die Bewegung der Arbeitslosen und Ausgegrenzten, die als Kampfmittel die Straßen sperren), auf die durch die Einfrierung der Bankkonten (2002) verarmte Mittelklasse und auf die vor allem für den Binnenmarkt arbeitende Industrie.

Die linken Parteien, KPA, Trotzlisten, Maoisten sind schwach oder lokal beschränkt, wie die Sozialistische Partei, die mit Hermes Binner die Provinz Santa Fe regiert. Der Mythos »Perón« hat ihnen lange Zeit den Wind aus den Segeln genommen; heute ist dieser Nimbus verblasst, aber die Linke hat es nicht verstan-

den, ihre prinzipiellen Standpunkte in einer den Realitäten des Landes angepassten politischen Praxis zu präsentieren. So brechen soziale Konflikte oft spontan und mit großer Gewalt aus, können dann aber leicht von der linksperonistischen Strömung vereinnahmt werden.

Die durchaus positive Stärkung der Selbstorganisation, der Gründung von Kooperativen, Tauschhandelskreisen und die Partizipation bei der Verwaltung der öffentlichen Sozialpolitik führt jedoch vielmals über Partnerschaften und die Vergebung von Ämtern zu einer Einbindung in die staatstragende »Partido Justicialista«. Für die weitere Entwicklung wird daher viel von der Stärkung der unabhängigen sozialen Bewegungen und deren Ausrichtung auch auf nationale emanzipatorische Ziele abhängen.

### *In Brasilien*

regiert der Präsident Lula nun zwar schon zwei Legislaturperioden, doch immer nur mit dem Rückhalt von knapp 20 Prozent, die seine »Partido dos Trabalhadores« (PT) hat. Der Zwang zu Kompromissen mit bürgerlichen Parteien in Regierung und Kongress bedingt natürlich seine Wirtschaftspolitik. Dass da das Meiste »wie gehabt« weiterläuft, sollte daher nicht verwundern. Die spezifisch neue Aktion der Regierung richtet sich so vor allem nach außen, um die wirtschaftliche Position des Landes gegenüber den Industriemächten zu stärken. Einerseits den MERCOSUR<sup>2</sup> zu erweitern, zum Bündnis von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay die Andenländer hinzuzuziehen, andererseits eine ca. 20 Länder umfassende Agrar- und Rohstofffront der »Dritten Welt« zu bilden, mit Indien und Südafrika als wichtigste Partner. Deren prioritäre gemeinsame Forderung gegenüber den USA und der EU ist die Aufhebung der Agrarsubventionen und der Zölle, die den Exportwaren der Länder des Südens unlautere Konkurrenz auf dem Weltmarkt machen und den Zugang auf die Märkte jener Großmächte erschweren.

In der Wirtschaftspolitik sind nach der Privatisierung von 115 staatlichen Unternehmen unter dem vorhergehenden Präsidenten Fernando Henrique Cardoso weitere Ausverkäufe nationalen Vermögens gestoppt worden und die *Projetos Privados Públicos* (Öffentlich-Private Partnerschaft), von denen Skeptiker behaupten: »der Staat investiert und der Private profitiert«, stehen fast nur auf dem Papier.

Dass der Staat nicht in den Markt intervenieren soll, diese neoliberale These war selbst unter neoliberalen Regierungen nicht mehr als ein Bluff. Frage sich nur: Für wen interveniert er? Natürlich für das Großkapital, damit es nicht wegläuft. Das ist unter Lula nicht anders. Einiges Neues gibt es immerhin im Staatshaushalt: außer einem Programm der Mikrokredite für kleine und mittlere Betriebe (1,5 Milliarden Dollar), enorme staatliche Investitionen in die Infrastruktur des Landes, vor allem Autostraßen und Wasserkraftwerke sowie das von Ökologen umstrittene Projekt der Umleitung des Flusses São Francisco zur Bewässerung des Sertão (Dürrege-

2 Mercado Común del Sur, Gemeinsamer Markt des Südens, größte Integrationsgemeinschaft Südamerikas mit einem Binnenmarkt von mehr als 260 Mill. Menschen.

biet), wo elf Millionen meist sehr armer Familien leben. Ferner Subventionen für den Anbau von Agrartreibstoffen, Zuckerrohr zur Äthanolgewinnung, Pflanzungen für Biodiesel, die vor allem dem Großgrundbesitz und dem Agrobusiness zugute kommen und nicht den rund zwei Millionen Kleinbauern.

Dass in der ersten Regierung Lulas zwölf Minister aus den Gewerkschaften kamen, mag man als symbolisch betrachten, doch die neue Arbeitsgesetzgebung, so wie das »Foro Nacional do Trabalho«, wo 300 Gewerkschaftsverbände und ebenso viele der Unternehmer zusammen mit der Regierung Tarife und neue Arbeitsbedingungen aushandeln, kommt der Gewerkschaftsbewegung insgesamt zugute, indem es deren Position gegenüber dem Kapital verbessert. Und das, obwohl die Gewerkschaft seit jeher gespalten ist – sieben Gewerkschaftszentralen! Die stärkste, die CUT, die der PT und Lula nahesteht, erlitt wegen der Kritik an dessen Fortführung der bisherigen Wirtschaftspolitik neue Abspaltungen. Doch mit 1.571 angeschlossenen Gewerkschaften umfasst sie immer noch etwa 50 Prozent der gesamten Bewegung und koordiniert die Produktionsketten der transnationalen Konzerne in ein gemeinsames gewerkschaftliches Netz.

Das Kennzeichen origineller PT-Politik ist das Notstandsprogramm. Im ersten Ansatz scheiterte zwar das Projekt »Fome Zero« (Hunger Null), aber die verbesserte »Bolsa Familia« (Familienbörse) erreicht heutzutage elf Millionen armer Familienhaushalte, gewährt ausreichende Ernährung und führte bereits zur Alphabetisierung von 18 Millionen Erwachsener. Ihr Erfolg auch auf anderen Gebieten, wie Gesundheit und Wohnung, beruht auf einer Methode, die die staatliche Bürokratie umgehend, die soziale Aktion gewählten, lokalen Instanzen übergab. Wobei sich eine Kultur der Partizipation aller Einbezogener herausbildete, sodass sie nicht allein zu Empfängern, sondern zugleich auch zu solidarischen Verwaltern wurden.

Die Agrarreform hingegen geht nur schleppend voran. Aber da, wo Land übergeben wird, wird auch der für den Anbau benötigte Kredit, sowie die agronomische Anleitung bereitgestellt, um sicher zu gehen, dass das Fortbestehen gewährleistet ist. Was bei den Landbesetzungen des »Movimento dos Sem Terra« oft nicht der Fall ist. Weshalb das Agrarreforminstitut mehr mit der katholischen Landarbeiterorganisation CONTAG (Confederacao de Trabalhadores Agrarias), als mit dem MdST zusammenarbeitet.

Wegen der neoliberal orientierten Wirtschaftspolitik der Regierung waren einige Parlamentsabgeordnete der PT bereits abgesprungen und hatten eine neue Partei gebildet, die aber kaum eine Rolle spielt. Ein größerer kritischer Flügel verharrt in der Partei und sucht Einfluss auf eine schnellere Gangart und Änderungen in der Wirtschaftspolitik zu nehmen. Lula stützt sich auf die gemäßigte Mehrheit in der Partei und im Gewerkschaftsbund CUT.

### *In Venezuela*

ist der Angelpunkt der nationalen Politik seit eh und je die Erdölförderung. 1976 unter dem Präsidenten Carlos Andrés Pérez nationalisiert, wurde die PdVSA (Petróleo

de Venezuela, Sociedad Anónima) ab 1983 zum Staat im Staate. Bei dem Kollaps des venezolanischen Finanzsystems in jenem Jahr, hatte die nationale Erdölgesellschaft mit 5,5 Milliarden Dollar zur Rettung des Bolívar einspringen müssen und zog daraus die Konsequenz: Sie schottete sich vom Ministerium und vom Land ab.

Ihre Gewinne verstand sie ins Ausland zu bringen: zum Aufbau der Tankstellenkette »Citgo« in den USA; zur Beteiligung an der »Ruhr Öl GmbH«; zur Beteiligung an einer Jobagentur für transnationale Unternehmen und Dienstleistungsverträge mit den Multis. Ihr Management wurde zur Plattform aller neoliberalen Bestrebungen, der Vertrag mit der OPEC wurde durch einseitige Marktöffnung für Erdöl unterlaufen.

Das änderte sich, als 1998 Hugo Chávez zum Präsidenten gewählt wurde und ein Jahr darauf eine neue Verfassung in einem Referendum mit 71 Prozent durchkam. Das von Chávez in Caracas im Jahr 2002 einberufene Gipfeltreffen der Staatshäupter der OPEC stärkte das Ölkartell und der Barrel stieg von US\$ 8,43 auf über US\$ 30. Die PdVSA musste jetzt wieder Abgaben an den Staat zahlen: 20 Prozent für Erdgas, 30 Prozent für Erdöl, und dieses Geld floss in einen Sozialfond. Erstmals bekamen die Armen – 50 Prozent der Bevölkerung – etwas von dem Segen der Petrodollar zu spüren.

Als eine Agrarreform im Parlament beschlossen wurde, begann die Oligarchie um ihre Privilegien zu bangen. Die politische Opposition, vereint mit der Fedecámaras (Industrie- und Handelskammer), dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund CTV, der Bischofskonferenz, fast allen Medien und einem Teil des Militärs organisierten einen Streik und im April 2002 einen Staatsstreich, bei dem Chávez verhaftet wurde und der Vorsitzende des Unternehmerverbandes, Pedro Carmona, mit der Lüge, Chávez sei zurückgetreten, zum Staatspräsidenten ernannt wurde. Er blieb es keine 48 Stunden, ... die Armen, Anhänger von Chávez und seiner Bolivianischen Revolution strömten von den Bergen in die Stadt zum Regierungssitz Miraflores, und am frühen Morgen des 14. April war der vom Volk gewählte Präsident wieder im Amt.

Auch den über zwei Monate andauernden Streik, bzw. Lock out von PdVSA überstand Chávez, unterstützt von Arbeitern, Militär und einem kleinen Kreis des technischen Personals. Die Computeranlagen – Herz von PdVSA – wurden im Januar 2003 zurückerobert, die stillgelegten und sabotierten Tankschiffe repariert und entladen, improvisierte Lebensmittelversorgungsnetze über die kleinen und mittleren Läden organisiert. Mitte Februar warfen die Chávezgegner das Handtuch. In wenig mehr als anderthalb Monaten erreichte die fast auf Null gefahrene Ölförderung wieder die 3 Millionen Barrel täglich. Das trotz der Unkenrufe, ohne die alten Experten sei der Laden nicht mehr in Gang zu bringen. Denn das gesamte mafiose Management und die Hälfte der bis dahin 38.000 Beschäftigten waren entlassen worden.

Der Schaden durch Produktionsausfälle, nicht eingehaltener Lieferfristen und Reparaturen der beschädigten Anlagen belief sich auf 13,5 Milliarden Dollar. Aber

seitdem ist die unter Ali Rodríguez eingeleitete Politik der »neuen PdVSA« eine reine Erfolgsgeschichte. PdVSA ist nicht mehr der elitäre Konzern, sondern ein Teil der Gesellschaft. Seine Gewinne gehen direkt in die Sozialprogramme.

Ebenso wie ein Teil der Gewinne der ausländischen Ölmultis im Orinocobecken. Dort waren Öl-Reserven entdeckt worden, die dem Gesamtvolumen von ganz Saudi-Arabien entsprachen. Allerdings von einem auch bei hohen Temperaturen zähflüssig bleibenden Bitumen. Aber bereits 1983 hatte ein venezolanischer Ingenieur ein Verfahren erfunden, das den Rohstoff, mit Sulfaten und 30 Prozent Wasser vermennt, transportierbar und auch verbrennbar machte. Diese sogenannte Orimulsion wurde, obwohl sie mit venezolanischem Kapital und eigener Technologie zu fördern und transformieren war, von Chávez im Jahr 2003 stillgelegt, weil sie als billigerer und minderwertiger Treibstoff dem eigenen teureren Erdöl-export das Wasser abgrub. Außerdem hatten die USA dessen Einfuhr verboten, da es ihren Kohlekonzernen und deren Bitumenproduktion Konkurrenz machte. So kamen transnationale Gesellschaften an den Orinoco, und Chávez wurde deshalb von der radikalen Linken kritisiert.

Doch auch hier gab es einen Wandel: Die bisherigen Dienstleistungsverträge, die sie nur zu lächerlich geringen Abgaben an den venezolanischen Staat verpflichtet hatten, wurden gekündigt und ihnen Joint Ventures angeboten. 16 der 18 Konzerne akzeptierten, darunter Chevron Texaco, die British Petrol, die chinesische CNPC, die spanische REPSOL, die brasilianische Petrobras, die italienische ENI und die französische Total Elf, nicht so die beiden US-Gesellschaften Exxon Mobil und Conoco Philips. Bei all diesen Mischgesellschaften behält PdVSA 60 Prozent der Anteile und 50 Prozent aller Bruttoeinnahmen gehen als Steuern (regalías) an den Staat, ebenso 30 Prozent der Gewinne und 3,3 Prozent direkt an die Kommune, wo der Förderturm oder die Raffinerie steht.

Die Petrolmilliarden nähren die »Misiones«:

a. Misión Barrio adentro (Tief im Stadtteil) – heute betreuen an die 15.000 kubanische Mediziner die Gesundheit von 17 Millionen, die in den Armenvierteln wohnen (Venezuela hat 27 Millionen Einwohner), da wo die Mehrzahl der venezolanischen Ärzte nie einen Schritt hineingewagt hat. Dafür liefert Venezuela Erdöl an Kuba.

b. Misión Robinson – über Videokassetten und Fernseher in den Nachbarschaftssalons wurden in zwei Jahren bereits 1,6 Millionen alphabetisiert.

c. Misión Ribas gestattet, dass in zwei weiteren Jahren die Teilnehmer zur Hochschulreife kommen. Bei der Anleitung in den Abendkursen, an denen 15 Prozent der Bevölkerung teilnimmt, können fortgeschrittene Studenten sich auch 80 Dollar im Monat verdienen. Dabei helfen sogar Angestellte von PdVSA nach Feierabend mit.

d. Misión Vuelvan Caras ( Zeigt das Gesicht) sucht mittels Berufsausbildung, Kooperativen, Werkstätten eine lokale Ökonomie zu entwickeln, die Arbeitslosen und Marginalisierten in den Arbeitsmarkt zu integrieren.



e. In Misión Mercal beliefern landwirtschaftliche Genossenschaften ohne Zwischenhändler 14.500 Filialen der Volkssupermärkte in den Armenvierteln zu niedrigeren Preisen. Obwohl das das zweitgrößte Staatsunternehmen (nach PdVSA) ist, stellt es vorerst jedoch nur 40 Prozent der dort angebotenen Produkte her, der größere Teil muss immer noch importiert werden.

Die Verwaltung der Misiones liegt zumeist in den Händen der Beteiligten. Im Staatsapparat herrscht weiterhin viel Bürokratie, Korruption und politische Opposition. Dessen Unzuverlässigkeit sucht die Regierung durch Kontrollbehörden zu kompensieren, was wiederum zu Zentralisierung und neuer Partei-Bürokratie führt. Da ist der Aufbau von vom Staat unabhängiger Strukturen die einzige zukunftsfruchtige Lösung. Außer auf seine Anhänger stützt sich Chávez dabei auf das Militär, das auch führende Regierungsposten innehat. Der Kreis der beratenden Experten und Ideologen ist klein. Dazu gehört Marta Harnecker, Alí Rodríguez und Fidel Castro.

Die sozialen Bewegungen sind schwach, zu lange standen die Gewerkschaften unter der Obhut der regierenden Partei (AD von Carlos Andrés Pérez) und der neue Verband UNT hat noch wenig Erfahrung. Die Volksmassen mobilisieren sich meist spontan. Der Mittelstand und das Bürgertum stehen in scharfer Opposition zur Regierung Chávez. Jetzt wurde eine zweite Universität geschaffen, die auf der Seite Chávez steht, doch der fehlt es an Lehrkräften. Denn die meisten Intellektuellen und Akademiker stehen dem Regime misstrauisch gegenüber. Andere sind im von Teodoro Petkoff gegründeten MAS (Movimiento Al Socialismo) organisiert.

In der Wirtschaftspolitik ist Chávez eher gemäßigt, aber revolutionär in Fragen endogener sozialer Entwicklung. Dass er die Unterstützung der Mehrheit der Venezolaner hat, bezeugen elf Wahlen in neun Jahren – ein Rekord an Demokratie! – einschließlich das letzte Referendum (2007) über Wiederwahl und sozialistische Verfassung, auch wenn er dieses verlor. Denn die drei Millionen Stimmen mehr, die ihn ein Jahr zuvor zum Präsidenten wählten, diesmal aber sich der Stimme enthielten, hätten ja mit der Opposition auch »Nein« wählen können, im Falle, sie beuten ihre vorjährige Zustimmung oder hätten das Vertrauen in ihn verloren. Wenn sie das nicht taten, sondern der Urne fern blieben, so deshalb, weil sie zwar die Politik von Chávez billigen, ihm aber keinen Blankoscheck auf Ewigkeit ausstellen wollen.

Auch waren sie wohl mit der – wiewohl nur teilweisen – Einschränkung des Privateigentums überfordert. Es zeigte sich, dass sozialistisches Gedankengut nicht allein durch Verfassungsformeln zu realisieren ist, wenn es die Köpfe der Menschen noch nicht erreicht hat. Doch was heute noch nicht möglich ist, kann sich künftig, vielleicht in langsamerem Tempo, durchsetzen.

### *In Bolivien und Ecuador*

waren die Indigenen die treibenden Kräfte, die zum Sturz der neoliberalen Regierungen und zur Wahl einer Linken führten. In Bolivien macht dieser seit Jahrhun-

dernten unterdrückte und hintangesetzte Bevölkerungsteil 60 Prozent der neun Millionen Einwohner aus, in Ecuador 40 Prozent von 13 Millionen. In beiden Ländern leben 50 bis 60 Prozent unter der Armutsgrenze, ebenso viel arbeiten im informellen Sektor und etwa 30 Prozent vegetieren in äußerster Armut. In beiden Ländern ging die Zerstörung der Industrie mit der Fragmentierung der Gesellschaft, der Verelendung, aber auch der Schwächung der Gewerkschaften einher.

*Zahlen aus den letzten neoliberalen Jahren*

	Durchschnittseinkommen in US\$		Schuldendienst	Export
	1998	2002	BSP	BSP
Bolivien	990	900	6 Prozent	21,4 Prozent
Ecuador	1800	1500	9 Prozent	30,3 Prozent

In Bolivien löste die tiefe Rezession, die Privatisierungen unter dem Präsidenten Sánchez de Losada, sowie die von den USA verordnete Zerstörung der Kokafelder, ab 2000 eine Protestwelle aus, die zu blutigen Zusammenstößen mit der Armee führte. Beim »Krieg ums Wasser« gab es acht Tote, doch der nordamerikanische Konzern Bechtel musste weichen. Als nach dem Silber, dem Zinn und dem Erdöl auch noch der letzte nationale Reichtum, das Erdgas privatisiert und über Chile nach den USA versandt werden sollte, kam es in El Alto (90 Prozent indigen) zu Demonstrationen und Landstraßenblockaden, die die Versorgung von La Paz abschnitten. Bei der Einnahme von El Alto durch die Armee gab es ein Blutbad, 60 Tote und Hunderte von Verletzten. Hals über Kopf musste Sánchez de Losada die Flucht ergreifen, seitdem ist die Liquidierung der neoliberalen Politik, die Rückgewinnung des nationalen Reichtums und die Stärkung der Macht der indigenen Bevölkerung in vollem Gang.

Über den provisorischen Präsidenten Mesa, ein Referendum und schließlich die Wahlen von 2002 kam Evo Morales als erster indianischer Präsident in Südamerika an die Regierung Boliviens. Gestützt auf die Kokabauern und die Gewerkschaftszentrale COB erlangte seine Partei, MAS (Movimiento Al Socialismo) 54 Prozent der Stimmen. Genügend, um im Parlament die Nationalisierung der veräußerten Erdöl- und Erdgas-Gesellschaften durchzusetzen, genauer gesagt: neue Verträge mit den ausländischen Konzernen (Petrobras), wodurch sich die Staatseinnahmen auf das Sechsfache erhöhten.

Schwieriger war es, die neue Verfassung durchzusetzen, die den Staat demokratisieren soll. Sie ist darauf angelegt, die der weißen Oligarchiehörige Bürokratie zu entmachten, der Kontrolle des Volkes zu unterstellen und althergebrachte kommunale Strukturen der Quechua und der Aymara wieder einzuführen. Um das zu verhindern, bestand die Opposition auf einer Zweidrittelmehrheit. Die Rechte hat ihre Bastion im östlichen und südlichen Tiefland, gerade in den Provinzen Santa Cruz de la Sierra und Tarijas, wo die Erdgasfelder liegen. Deren

Gouverneure verweigern sich der Regierung und der Verfassungsreform, sie fordern Autonomie. Die Großgrundbesitzer dort wollen den Griff am Erdgas und Erdöhlahn haben.

Die Kontroverse spitzte sich zu, in der konstitutionellen Hauptstadt Sucre kam es zu Gewalttätigkeiten und Toten, das Rumpfparlament (ohne die Opposition) zog in die höheren Berge nach Oruro und nahm die neue Verfassung an.

Selbst wenn es zu keinem Staatsstreich kommt, wird es die Regierung von Evo Morales nicht leicht haben, ihre emanzipatorische und indigene Politik durchzuführen. Genauso wie in Venezuela stehen die USA hinter der separatistischen Opposition, obwohl Evo, anders als Chávez, versucht, sich keine Feinde zu machen. Auch hat er den Vorteil, dass in Bolivien eine lange Tradition von kampferfahrenen, regierungsunabhängigen sozialen Bewegungen besteht. Bewegungen, die heute hinter ihrem Präsidenten stehen.

In Ecuador gab es zwar bereits zu Beginn des Jahrhunderts einen Putsch und die mächtige indigene Bewegung CONAIE (Confederación de Nacionalidades de Indígenas Ecuatorianas), im Parlament vertreten durch die Partei Pachakutik, nahm unter dem Präsidenten Lucio Gutiérrez zusammen mit dem Militär acht Monate an der Regierung teil. Unter dem Druck der USA wurde dann aber der Bananen-Millionär Gustavo Noboa von der Armee zum Präsidenten ernannt. Er setzte den neoliberalen Kurs wieder fort, was den Konflikt mit den indigenen Bewegungen von neuem anfachte, fast tägliche Straßensperren machten das Land unregierbar. Bis 2006 Rafael Correa mit 56,7 Prozent zum Präsidenten gewählt wurde. Zwar ist er kein Indio, aber er stützte sich auf deren Organisationen sowie auf andere soziale Bewegungen. Ohne eigene Partei steuerte er auf eine verfassungsgebende Versammlung zu, zumal das Parlament wegen Korruption und Wankelmütigkeit jedes Prestige verloren hatte. Am 30. September 2007 stimmten 81,7 Prozent für dieses Projekt und gaben dem neuen Präsidenten und seiner Regierung in jenem Organ mit 80 Sitzen unter 130 und weiteren zehn von Pachakutik und zwei anderer linker Organisationen, mehr als die Zweidrittelmehrheit.

Das von der CONESUP (Oberster Nationaler Unterrichtsrat) ausgearbeitete und zur Diskussion gestellte Dokument dreht sich vor allem um die Schaffung einer »Solidarischen Marktwirtschaft« (was immer das bedeutet), und alle bisherigen Maßnahmen der Regierung deuten auf ein neues und für Ecuador produktiveres Verhältnis zu den transnationalen Erdöl, Gold- und Bergwerksgesellschaften hin. Was in einem Lande ohne Währungshoheit – die einzig existente ist der US-Dollar – seine Schwierigkeiten haben dürfte. Doch ist das Vertrauen der Ecuadorianer in die neue Regierung derart stark, dass der Reaktion vorerst der Atem ausging. Rafael Correa ist äußerst geschickt und gewinnt seine Landsleute durch Überzeugung. Jedermann aus dem einfachen Volk begreift die Vorteile seiner Nationalisierungsmaßnahmen.

Die Mehrheit der Abgeordneten seiner neuen Partei »Acuerdo País« (Übereinkunft Land) kommen aus der weißen und Mestizen-Mittelschicht. Um daher eine

starke Massenbasis aufzubauen, müssen zwischen dem Präsidenten und dem indigenen Verband CONAIE noch einige Vorurteile und Missverständnisse aus dem Weg geräumt werden.

In einem Land, wo auf 20 Prozent der ärmsten Bevölkerung nur zwei Prozent des BSP entfallen, während die reichsten 20 Prozent dreifünftel davon verbrauchen, wo drei Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe von über 100 Hektar 42 Prozent des Landes besitzen, während umgekehrt 43 Prozent der Betriebe bis zu zwei Hektar pro Familie auf keine drei Prozent kommen, in einem Land mit so polarisierten Strukturen kann man kaum schnelle und perfekte Lösungen erwarten.

Doch hat die Regierung einen Anfang gemacht: die Erhöhung der Abgaben der Ölgesellschaften und damit der Sozialausgaben; die Infragestellung illegitimer Auslandsschulden; die Rettung des Yasuni Naturparks und der dort lebenden Indios vor dem Rausch des schwarzen Goldes und den Plänen von Petrobras; die Rückkehr Ecuadors in die OPEC und die lateinamerikanische Integrationspolitik Correas.

### In *Chile*

wurden die Weichen zur Rückkehr in die Demokratie 1983 gestellt. Auf der Höhe der Massenmobilisierungen gegen die Pinochet-Diktatur mit Hunderttausenden aus allen Sektoren der Gesellschaft von Antofagasta im Norden bis Puerto Montt im Süden waren den Militärs zwar die Zügel der Herrschaft aus den Händen gegliiten, immer noch aber besaßen sie die Waffen und die politische Macht. So stand die »transición« unter einem Kompromiss. Und keinem guten. Im Senat und im Obersten Gerichtshof verblieben unabsetzbare Vertreter der Streitkräfte, ein Nationaler Sicherheitsrat der Armeekommandanten war, unabhängig von der Regierung, als »Hüter der Ordnung« eingesetzt und das Wahlrecht wurde unproportional zugunsten der rechten Parteien verschoben. Die zweite Bedingung war die Akzeptanz des neoliberalen Wirtschaftssystems, die dritte die Amnestie aller Verbrechen der Diktatur.

Die Opposition, damals von der Christ-demokratischen Partei von Eduardo Frei angeführt, willigte ein, zumal die Massen von jahrelanger Mobilisierung ermüdet, erste Erfolge sehen wollten. Eine Fortsetzung der aufbegehrenden »Versammlung der Zivilgesellschaft« war nicht mehr zu erwarten. Die KP Chiles hingegen setzte auf weiteren Kampf. Ihr militärischer Arm FPMR (Frente Patriótico Manuel Rodríguez) sollte den Aufstand vorbereiten. Doch der wurde von der Bevölkerung und auch einem guten Teil der eigenen Partei nicht mitgetragen. Es kam zu einigen gesprengten Hochleitungsmasten und einem misslungenen Attentat auf Pinochet, später noch zur Befreiung von vier ihrer Mitglieder aus dem Hochsicherheitsgefängnis in Santiago, aber damit hatte sich die bis dahin starke Partei auch für lange Zeit von den Massen isoliert.

1989 kam es zu der ersten demokratischen Regierung unter dem Mitte-Links-Bündnis »Concertación«, dessen hauptsächliche Pfeiler die Christ-demokratische und die Sozialistischen Parteien (PS; PPD und die radikale PRSD, alle der Zwei-

ten Internationale angeschlossen) waren. Die »Concertación« stellt mit knappen Mehrheiten die Regierungen, die letzten beiden unter den sozialistischen Präsidenten Ricardo Lagos und Michèle Bachelet.

Heute kann die »transición« mit Bachelet als beendet angesehen werden. Die politischen Kuckuckseier der Diktatur sind fast alle entfernt, die Justiz räumt die Vergangenheit auf, freilich einige Beschränkungen im Wahlrecht und die Notwendigkeit von Zweidrittelmehrheiten im Parlament räumen den beiden rechten Parteien mehr Spielräume ein, als ihnen zuständen.

Die schwierigste Hinterlassenschaft des Pinochet-Regimes ist die fast völlige Privatisierung der Wirtschaft, einschließlich der öffentlichen Dienstleistungen. Und da, jetzt unter der Flagge der Demokratie, die makroökonomischen Daten Chiles im lateinamerikanischen Konzert in den höchsten Tönen gepriesen werden, gilt das »chilenische Modell« gar als Beleg für den Erfolg des radikalen Neoliberalismus. Fast chinesische Wachstumsraten (7 Prozent), höchstes BSP/Kopf (US\$ 10.000) in Südamerika, einziges Land mit Haushaltsüberschuss und praktisch ohne Auslandsschulden, Investitionsraten von 30 Prozent des BSP, Zölle von 0 bis 6 Prozent und unter den letzten Regierungen ist auch die Armut von über 50 Prozent auf unter 30 Prozent zurückgegangen.

Andererseits jedoch ist Chile eins der Länder mit der größten Ungleichheit in der Einkommensverteilung: 20 Prozent des reichsten Bevölkerungsteils besitzen 62 Prozent der Einkommen, während die 20 Prozent der ärmsten nur 3,3 Prozent haben. Die Konzentration des Kapitals ist extrem: 0,8 Prozent der Unternehmen produzieren 80 Prozent der Wirtschaftsleistung mit nur 10 Prozent der Werk tätigen.

Das Geheimnis der Effizienz des Modells sowie der ihr immanenten Polarisierung der Gesellschaft, liegt in der Radikalität ihrer Durchführung, einer Ausbeutung von Arbeitskraft und Natur, die so – widerstandslos – nur unter dem Terror der Pinochet-Diktatur zu haben war. Anders als in Argentinien, das in Sachen »Terror« nicht weniger radikal war, wurden in Chile zeitgleich die sozio-ökonomischen Strukturen ebenso radikal nach dem Muster der Chicago boys und unter dem Leitsatz der Gesamtinteressen der Kapitalistenklasse vor dem partikularen des Einzel-Unternehmers umgestaltet.

Dieses in drei Jahrzehnten verfestigte Gefüge absoluter Marktfreiheit, sozial unverpflichtetem Privateigentum und einem dem Kapital verpflichteten Staatsapparat wird von der großen Mehrheit der Chilenen als eine Normalität verstanden, und es umzukehren wäre so schwierig, wie aus einem Eierkuchen wieder die ursprünglichen Eier zurückzugewinnen. Das sollte bedenken, wer an den Regierungen von Ricardo Lagos und Michèle Bachelet die Weiterführung neoliberaler Wirtschaftspolitik bemängelt. Daran lässt sich in Chile zur Zeit die Aktion linker Politik nicht bewerten. Natürlich kann man sich auf ewige Opposition aufgrund seiner Prinzipien und Aufklärung bescheiden und abwarten. Will aber eine linke Partei Veränderung in Chile anbahnen, so bleibt ihr nur die Methodik, die heute Bachelet anwendet. Gewiss muss man sich stets dabei fragen: Verändert sich wirk-

lich genügend, sodass es die negativen Faktoren, unter diesen Bedingungen zu regieren, kompensiert?

Präsident Lagos hatte auf dem Gebiet der Liquidierung der undemokratischen Rudimente der »transición« und der Aufhebung der Straffreiheit der Verbrechen der Diktatur erste Fortschritte erzielt. Bachelet, deren Vater als Allende-treuer Luftwaffengeneral in Pinochets Kerkern starb, während sie selbst mehrmals als junge Sozialistin verhaftet und schließlich in die DDR emigriert war, setzt diesen Kurs fort. Beschneidung der Privilegien der Militärs, Aufhebung des »binominalen Wahlsystems«, das den kleineren Parteien, auch der KP Chiles, bisher den Weg ins Parlament versperrte, vor allem aber Transformation im Unterrichts- und Gesundheitswesen sowie bei der Altersversicherung, die die bisher Ausgeschlossenen einbezieht.

Da alle drei Bereiche fast vollständig privatisiert sind, ein unmittelbarer Übergang in die öffentliche Hand nicht nur ökonomisch, sondern auch wegen fehlender dafür ausgebildeter Kräfte, nicht machbar wäre, sind es Gesetzesprojekte, die auf einschneidende staatliche Vorgaben und Kontrolle zielen.

Allerdings auch dabei sind die Rahmenbedingungen wegen notwendiger Zweidrittelmehrheiten im Parlament beengend. So musste bei der soeben erlassenen Unterrichtsreform die Klausel gestrichen werden, wonach bei staatlicher Subvention die Schule keinen Profit machen darf. Neu ist jedoch, dass sie verpflichtet ist, den gesamten Betrag ausschließlich für Unterrichtszwecke zu verwenden. Unglaublich! Aber vordem konnte das Unternehmen, das die Schule betrieb, das staatliche Schulgeld auch in einen anderen Betrieb seines Besitzers verlagern.

Oder: »die Pille danach«, die nach dem neuen Gesetz kostenlos an alle Mädchen ab 14 Jahren verteilt werden sollte, wollte der Oberste Gerichtshof stoppen, »denn man könne nicht die Einwilligung der Eltern übergehen«. In einem katholischen Land, wo die Kirche, Hand in Hand mit der Rechten, noch viel Einfluss und Macht hat, ist ohnehin ein Kabinett, in dem die Hälfte der Ministerien von Frauen besetzt ist, eine Hälfte im Exil war und der Kreis um Bachelet als Agnostiker verfehmt ist, zu Gratwanderungen genötigt.

Sie hätte eine stärkere Position, wären die sozialen Bewegungen durch Repression, Privatisierung und Individualisierung nicht so lange geschwächt worden. Immerhin gab es 2007 erstmals wieder größere Streiks in den staatlichen Kupferbergwerken und in der Holzindustrie. Die Mapuche-Indianer im Süden kämpfen weiter um die gefährdete Erhaltung ihres Lebensraums. Und der »Aufstand der Pinguine« (so genannt wegen des Aussehens der Schuluniform), die Besetzung der Oberschulen, ihre Konfrontation mit den Carabineros im Kampf für freie Fahrt zur Schule und Aufhebung der Examengebühren, deuten an, dass es mit dem Stillhalten zu Ende geht.

Der hohe Kupferpreis mag vorerst noch den Widerstand ein wenig zügeln, aber die immer unerschämter werdende Ausbeutung und Bereicherung einer hochnäsigsten Geldaristokratie schaffen einen potentiellen Unruheherd.

## In *Uruguay*

stehen nach fast drei Jahren Frente-Amplio-Regierung vor allem Strukturreformen an. Mit einer gezielten Sozialpolitik war es gelungen, die Armut von 32 Prozent auf 27 Prozent, die prekäre Arbeit von 43 Prozent auf 35 Prozent, die Arbeitslosigkeit von 13,4 Prozent auf 8,5 Prozent zu senken. Die Reallöhne stiegen um 14 Prozent, erreichten aber noch nicht den Stand vor der Bankkrise (2002). Neue Arbeitsrechte und Gewerkschaftsfreiheiten stärkten die Gewerkschaftsbewegung. Nach über 20 Jahren von vier Regierungen garantierter Straffreiheit, sitzen heute hohe Offiziere, der Präsident, der den Staatsstreich inszenierte, sowie der letzte Diktator, der General (a. D.) Gregorio Alvarez, hinter Gittern.

In der Wirtschaftspolitik hat sich nichts Wesentliches geändert. Doch die staatliche Investition ist erheblich verstärkt, was nur möglich wurde, nachdem dem IWF die Schulden vorzeitig abgezahlt waren. Da die staatlichen Unternehmen, dank der Plebiszite, nicht privatisiert wurden, spielen sie jetzt eine wichtige Rolle bei der endogenen Entwicklung des Landes, im Besonderen beim Aufbau des Zuckerrohr- und Äthanol-Kombinats.

Die Steuerreform und die Einführung einer gestaffelten Einkommenssteuer, bei der zum ersten Mal auch Einkünfte aus Kapitalrenten zu zahlen sind, hat eine sanfte Umverteilung von oben nach unten eingeleitet.

Ab 1. Januar 2008 tritt eine Integrale Nationale Gesundheitsversicherung in Kraft, die zunächst alle Kinder Uruguays und schließlich alle Bürger in ein System verschiedenster Krankenkassen (privater, genossenschaftlicher, staatlicher) einbezieht, in der ein jeder gemäß seinem Einkommen einzahlt und alle dieselbe Qualität medizinischer Betreuung genießen sollen.

Nach einer öffentlichen Debatte in über 700 Bürgerversammlungen wird demnächst eine Unterrichtsreform Gesetz werden, die die Mitverwaltung von Dozenten und Studenten, sowie eine weitgehende Autonomie von den Regierungsinstanzen vorsieht.

Obwohl Mitbeteiligung der Bürger und der sozialen Organisationen an der Regierung ein Kernpunkt des FA-Programms ist, ist es damit noch nicht weit her. Ansätze dazu gibt es in fast allen Ministerien, aber de facto wird, wie ehemals, vertikal von oben beschlossen und regiert, besonders im Bereich der Wirtschaft. Das betrifft auch die FA als Partei, die im Schlepptau der Regierung steht. Nur in extremen Fällen, wie bei dem Versuch des Wirtschaftsministeriums einen Freihandelsvertrag mit den USA abzuschließen, machte sich die FA, vor allem deren Basis, stark und blockierte das Abkommen.

Die »Reform des Staates« bezieht sich vorerst auf Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung und einer größeren Effizienz der hypertrophierten und klientelistisch zustande gekommenen Beamtenschaft. Erstmals werden im ganzen Land auch auf kommunaler Ebene gewählte Regierungsinstanzen eingeführt.

Was noch aussteht, nun aber bereits diskutiert wird, ist die fortschreitende Konzentration des Kapitals in Industrie, Forst- und Landwirtschaft zu stoppen, um den

kleineren und mittleren Unternehmen Platz einzuräumen, die Kaufkraft der Bevölkerung und die Produktion für den Binnenmarkt zu fördern. Denn der Segen des wachsenden Exports, fast ausschließlich in Händen großer Konsortien, sickert nur wenig nach unten durch.

Das andere Thema, dessen Realisierung noch auf sich warten lässt, heißt Partizipation. Trotz positiver Erfahrungen in 17 Jahren FA-Regierung in Montevideo, ist es auf nationaler Ebene kaum angekommen. Und ohne institutionelle Verankerung wird das meiste davon wohl auf dem Papier bleiben.

Zum Glück für den emanzipatorischen Prozess bestehen in Uruguay vitale soziale Organisationen. In erster Linie der Gewerkschaftsbund PIT-CNT. Dieser und andere Bewegungen haben zu einem Volkskongress im Jahre 2008 aufgerufen, bei dem alle ihre spezifischen Forderungen einbringen, zu einem großen nationalen Projekt bündeln, das die soziale und nationale Befreiung vorantreiben soll. Ein breiter Volkskongress 1965 führte damals zur Bildung einer starken sozialen Front gegen die reaktionäre Regierung und war ein Meilenstein auf dem Weg zur Gründung einer linken Einheitspartei (1971), der FA. Heute, nun unter linker Regierung, soll er die soziale Basis schaffen, die es gestattet, in eine höhere Phase der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und der Entwicklung der nationalen Produktion aufzusteigen.

Die Integration der lateinamerikanischen Länder, vor allem derer unter linken Regierungen, insofern sie über rein kommerzielle Belange hinausgeht, ist ein wichtiges Instrument in der Konfrontation der weniger entwickelten Staaten gegenüber den industriellen und kapitalmächtigen und ihrem Kampf um Unabhängigkeit. In dieser Beziehung ist die Solidarität Venezuelas mit den anderen Ländern des Kontinents beispielhaft. Unbeschadet der besonderen eigenen Interessen, die jeder Staat hat, ist seine großzügige Energiepolitik ein Faktor der Vereinigung im Kampf gegen einheimische Oligarchien und imperialistische Vormacht.

Der ALBA (Venezuela, Kuba, Bolivien, Nicaragua) einerseits und der MERCOSUR – wiewohl bisher mehr auf die Interessen der transnationalen Gesellschaften ausgerichtet – ist seitdem Venezuela, Bolivien und Ecuador (als assoziiertes Mitglied) sich ihm angeschlossen haben, zum Hoffnungsträger für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe und als potentielle politische Macht gegenüber den USA und Europa geworden. TeleSUR, lateinamerikanische Information, und Banco del Sur, künftige Entwicklungsbank des Subkontinents, werden diese Bande stärken. Auch wenn zwischen den einzelnen Staaten Interessenkonflikte bestehen, so ist doch die bloße Tatsache, dass heute die Mehrheit unter linken Regierungen, die aber die Integration fördern, eine Rückendeckung für jeden der Staaten. Das könnte zur Zeit Bolivien von Hilfe sein, zumal da Separatisten, rassistische weiße Oligarchen und die CIA einen Staatsstreich planen.



Welches sind, angesichts des gewonnenen sozio-politischen Terrains der linken Regierungen Südamerikas, aber auch ihrer Beschränkungen und der Gefährdung ihrer Projekte, die mittel- und langfristigen Perspektiven in Lateinamerika?

## **Perspektiven in Lateinamerika?**

Würden die genannten Länder heute auf dem Stand des Erreichten stehenbleiben, so könnte das zu ihrem Verhängnis werden. Zu hohe Erwartungen sind mit jenen ersten Veränderungen geweckt worden, aber noch zu wenig hat sich das bedrängte Leben der Mehrheiten zum Besseren gewandelt, als dass ein »weiter so« gesichert wäre.

Die bedeutendsten Fortschritte wurden im sozialen Bereich erlangt. Aber sie wurden weniger durch Umverteilung als von einer Konjunktur der Rohstoffnachfrage getragen. Die Sozialprogramme von Argentinien im Süden bis Venezuela im Norden des Subkontinents finanzieren sich aus dem, dank der starken Nachfrage Chinas und Indiens, gestiegenen Export und den erhöhten Exportpreisen, sei es des Kupfers, des Weizens, des Fleisches oder des Erdöls.

Das aber ist gerade das Kreuz der Länder der »Dritten Welt«, besonders Lateinamerikas. Diese wenig arbeitsintensive Erzeugung von Rohstoffen blockiert einerseits den sozialen Fortschritt durch Latifundienwirtschaft und Kapitalkonzentration im Exportsektor und zementiert andererseits die Abhängigkeit von den Industrienationen, die im Besitz entsprechender Technologie sind.

Um aus diesem sich stets reproduzierenden Teufelskreis auszubrechen, einzige Perspektive einer möglichen Überwindung von sozialer und produktiver Stagnation und extreme Bedingtheit durch äußere Faktoren, bedarf es eines fundamentalen Wandels in der Wirtschaftspolitik. Die asiatischen Tigerstaaten haben es vorgeführt und geschafft. Ein starker Staat, der in die Wirtschaft eingreift, die Industrie protegiert und fördert, besonders in den Sektoren, die nach den Gegebenheiten des Landes die besten Chancen der Entwicklung haben, und zugleich in größerem Stil in Unterricht, Ausbildung und Innovation investiert. Dabei wird er sich mehr auf die eigenen kleinen und mittleren Unternehmen stützen sowie auf Kooperativen und von Arbeitern übernommene, von ihrem Unternehmer verlassene, Betriebe. Eine selektive industrielle, agrarische und kulturelle Revolution, deren Schwerpunkt nicht außerhalb der Gesellschaft – wie bisher im Rohstoffexport – liegt, obwohl neben dem Binnenmarkt auch der Export der neuen, arbeitsintensiven Güter damit angestrebt ist.

Bei den beschränkten finanziellen und menschlichen Ressourcen wird die Umstrukturierung der Produktion ein allmählicher und gewiss langwieriger Prozess sein, doch ohne ihn anzugehen, bleiben die Länder der Willkür der Multis und dem Zufall der Konjunktur ausgeliefert. Natürlich sind sie es ohne- und weiterhin, aber der Grad der Verletzlichkeit wird dann nicht ein für allemal festgeschrieben

sein. Und allein schon das Neubeginnen und die Aussicht auf eine arbeitssichere Zukunft geben den Völkern Mut zum Durchhalten.

Erst dieser Wandel ermöglicht eine anhaltende Umverteilung, in dem Segmente der Wirtschaft – wie der Rohstoffexportsektor am Anteil des Gesamtprodukts – schrumpften und der arbeitsintensive Sektor wächst.

In der Perspektive auf eine sozialistische Gesellschaft und Wirtschaft – man kann sie auch eine »alternative« oder »solidarische« nennen – ist es aber mit gerechten Einkommens- und Arbeitsverhältnissen alleine nicht getan. So wie ohne diese auch alles beim Alten bliebe. Es ist nämlich nicht nur das Eigentum, das die Menschen entzweit, in Klassen oder Kategorien spaltet. Wer über Ressourcen oder Menschen entscheiden kann, der Minister, der Verwaltungsdirektor, der Vorgesetzte stehen auf der anderen Seite im Machtverhältnis, dem Bürger oder dem Angestellten gegenüber. Da wären Hierarchien aufzuweichen durch Mitverwalten, Mitentscheiden, Mitregieren, durch Teilnahme an der res pública. Das ist die andere Bedingung einer neuen Gesellschaft. In sozialen Fragen, in Kultur und Bildung, in der Wirtschaft. In kommunalen Instanzen bis in die nationaler Regierung.

Der Weg dahin verliert sich heute hinter unserm Horizont. Aber auf dem einen oder anderen Gebiet haben die linken Regierungen Südamerikas erste Schritte in diese Richtung getan. Weitere werden ein Wagnis sein. Aber im Interesse der Völker, der Arbeiter, der Bauern, Indigenen, der vom Großkapital bedrängten Mittelklassen muss und wird das Risiko eingegangen werden. In Venezuela und Bolivien stehen die alten Oligarchien mit Rückhalt der USA zum gewalttätigen Sturz der Regierungen bereit. In Ecuador könnte sich bald eine ähnlich explosive Situation ergeben. Und wenn in den anderen Ländern die Bedrohung der linken Regierungen durch die reaktionäre Opposition weniger dramatisch ist, so liegt das, teils an dem bisher gemäßigten Tempo der Veränderungen, teils an der stärkeren Verankerung der demokratischen Regeln, die die Gegner bei der nächsten Wahl auf Sieg hoffen lässt. Und darauf arbeiten sie mit allen Mitteln – auch den schmutzigsten – hin.

Insofern ist die Kontinuität der linken Bewegung, dank der gemachten Fortschritte zwar zu erwarten, aber nirgends garantiert. Die Kräfte aber, die dahin streben, die den guten Anlauf genommen haben und einige Erfolge verbuchen können, sind und bleiben da. Die mannigfaltigen sozialen und indigenen Massenorganisationen, die linken Parteien, die ihre Kräfte aus den Völkern Lateinamerikas ziehen, werden daher stets das letzte Wort haben.

*31. Dezember 2007*

## Das Forum São Paulo

### Bündnis gegen Neoliberalismus für eine neue Ära in Lateinamerika – seine Entwicklung seit 1990

Im Verlaufe von nunmehr fast zwei Jahrzehnten hat sich das Forum von São Paulo zu einer der wichtigsten Plattform für die Entwicklung politischer Strategien und zum ständigen Erfahrungsaustausch über die tiefgreifenden Veränderungen in Lateinamerika und der Welt entwickelt. Die Grundlage dazu ist die kameradschaftliche, offene Zusammenarbeit von politischen Parteien und Bewegungen unterschiedlicher ideologischer Orientierung, die sich jedoch in ihrer Ablehnung des neoliberalen Gesellschaftsmodells einig sind und gemeinsam den Aufbau einer sozial gerechteren und wahrhaft demokratischen Gesellschaft anstreben bzw. bereits vorantreiben.

Die Tatsache, dass zahlreiche Mitgliedsorganisationen des Forums von São Paulo in unterschiedlichen Formen an der Regierungsausübung beteiligt sind oder progressiv-demokratische Regierungen in ihren jeweiligen Ländern konstruktiv unterstützen, verdeutlicht die enorme praktische Bedeutung dieses Zusammenschlusses linker und fortschrittlicher Kräfte Lateinamerikas.

Der erreichte Stand in der Entwicklung des Forums von São Paulo ist das Ergebnis eines längeren Prozesses, der nicht frei von Konflikten und Auseinandersetzungen verlaufen ist und seinen Ausgangspunkt in einer Situation des historischen Umbruches hatte.

Im Vorbereitungsdokument<sup>1</sup> des XIII. Treffens des FSP wird im Rückblick die Situation des Jahres 1990, dem Gründungsjahr, wie folgt charakterisiert:

*»Das Umfeld, in dem das Forum von São Paulo entstand, war bestimmt durch die Krise des sozialistischen Modells, den Zusammenbruch der UdSSR und das Abrücken der Sozialdemokratie von der Politik des ›Wohlfahrtsstaates‹. Dies fiel zusammen mit dem Ende der langen historischen Etappe des ›Kalten Krieges‹ und dem Entstehen neuer progressiver und demokratischer Strömungen in Lateinamerika und der Karibik.*

*Im Juli 1990, als der sowjetische Sozialismus zusammenbrach und die Jünger des Neoliberalismus behaupteten, das ›Ende der Geschichte‹ sei gekommen, be-*

1 Die neue Etappe der Integration Lateinamerikas und der Karibik, XIII. Treffen des Forums von São Paulo. Vorbereitungsdokument für das XIII. Treffen des Forums von São Paulo, span.: Documento Base, La Nueva Etapa de la Lucha por la Integración Latinoamericana y Caribeña – XIII. Encuentro del Foro de São Paulo, San Salvador, enero de 2007, veröffentlicht am 5. Januar 2007 auf <http://forosaopaulo.fmln.org.sv>. Eigenübersetzung der Autoren.

*rief die Partei der Werktätigen (PT) aus Brasilien das Erste Treffen des Forums São Paulo ein, an dem die Vertreter von 48 Parteien und Organisationen aus Lateinamerika und der Karibik teilnahmen. Sie vertraten die unterschiedlichsten linken, demokratischen, progressiven und patriotischen Strömungen.«*

Die linken Kräfte Lateinamerikas sahen sich mit einer tiefgreifenden Identitätskrise und einer gewissen Perspektivlosigkeit konfrontiert. Auf der einen Seite war ihr Vorbild, das sowjetische Modell des Sozialismus in sich zusammengebrochen und hatte viele lateinamerikanische Parteien und Organisationen mit in eine Krise gerissen. Einige stellten ihre gesamte bisherige Tätigkeit in Frage, andere zerbrachen und wieder andere suchten nach dem Positiven, das bewahrt werden sollte. Andererseits waren die Parteien sozialdemokratischer Prägung, die sich dem Forum von São Paulo angeschlossen hatten, nicht bereit, den Neoliberalismus, dessen verheerende Auswirkungen für die arbeitenden Menschen sich ja besonders in Lateinamerika schon klar gezeigt hatten, als neues Gesellschaftsmodell zu akzeptieren. Sie waren insofern orientierungslos, da ihre bisherigen Vorbilder, die sozialdemokratischen Parteien Europas, genau diesen Neoliberalismus als ihr neues politisches Leitbild erkoren hatten.

Das Treffen in São Paulo – von einem »Forum von São Paulo« war damals noch nicht die Rede – eröffnete also eine ideologische Debatte über gesellschaftliche Alternativen zur Entwicklung sowie über die politischen Schritte zu deren Konkretisierung.

In den Dokumenten des FSP wird es wie folgt erläutert:

*»Auf jenem Ersten Treffen wurde die Krise des sowjetischen Sozialismusmodells ausgewertet und die imperialistische Bedrohung analysiert, die sich aus der neoliberalen Strategie der Globalisierung, wie sie unseren Völkern aufgezwungen wurde, ergibt. Zugleich wurden die revolutionären Strategien der Linken Lateinamerikas und der Karibik einer Prüfung unterzogen, und es wurden die Fundamente für Fortschritte bei der Erarbeitung von gemeinsamen Schritten im antiimperialistischen Kampf der Völker für eine freie, gerechte und souveräne Gesellschaft, für die Erneuerung des linken und sozialistischen Gedankenguts und für die Stärkung der antineoliberalen Organisationen und ihrer antiimperialistischen, sozialistischen und sozialen Ziele gelegt. Daneben wurde die Position der Ablehnung der imperialistischen Idee von einer neuen »Integration Amerikas« auf der Grundlage einer einzigen großen Freihandelszone, die die politische und wirtschaftliche Herrschaft über Lateinamerika und die Karibik sichern sollte, erarbeitet und begründet.*

*Auf dem Forum wurden die Grundlagen für ein neues Konzept der Einheit und Integration Lateinamerikas und der Karibik definiert, das auf die Behauptung unserer Souveränität und Unabhängigkeit, die Wiedererlangung unserer kulturellen und historischen Identität und die Förderung der Demokratie und Souveränität*

*der Völker ausgerichtet ist. Erneuert wurde unsere Verpflichtung der aktiven Solidarität mit der sozialistischen Revolution Kubas, der Sandinistischen Volksrevolution und den Kämpfen der Völker El Salvadors, Panamas und des Andenraumes, die sich dem militärischen Druck des Imperialismus ausgesetzt sahen.»*

Inhaltlich stand während der Folgetreffen anfangs besonders die Kritik am Neoliberalismus im Mittelpunkt. Sehr schnell ging man jedoch auch dazu über, die möglichen Wege zu seiner Überwindung zu diskutieren und Alternativvorstellungen zu erarbeiten. Dabei ließen sich Mitglieder des Forums São Paulo vor allem von den stark angewachsenen Initiativen zahlreicher sozialer Bewegungen und Gruppen inspirieren, die auf lokalen und regionalen Ebenen gegen die schweren sozialen Folgen des Neoliberalismus kämpften und sein weiteres Vordringen in die Gesellschaften des lateinamerikanischen Subkontinentes und der Karibik verhindern wollten.

Ein zweiter Schwerpunkt war die Erarbeitung einer neuen Demokratie-Konzeption als Voraussetzung und wichtiges Instrument für eine tiefgreifende demokratische Umgestaltung der Gesellschaft. Diese Aufgaben- bzw. Zielstellung erklärt sich vor allem aus der historischen Entwicklung vieler lateinamerikanischer Länder in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts, die durch die Existenz zahlreicher Militärdiktaturen, den lange Jahre währenden Kampf zu deren Überwindung und schließlich die Wiedererlangung der Demokratie geprägt waren.

In Auswertung dieser Erfahrungen sowie aufbauend auf den Forderungen vieler sozialer Organisationen und Bewegungen wurde – beileibe nicht ausschließlich im Rahmen des Forums von São Paulo – die Konzeption von einer Demokratie entwickelt, die weit über die Beteiligung der Bürger an den mehr oder weniger stattfindenden Wahlen auf den verschiedenen Ebenen hinausgeht. Unter dem Begriff der partizipativen Demokratie wurden vielfältige Formen der aktiven Beteiligung und Einbeziehung der Bürger in die politischen Entscheidungsprozesse entwickelt und erprobt. In diesem Prozess gab es viele Fortschritte, aber auch Probleme und Rückschläge, er ist keinesfalls abgeschlossen.

In engem Zusammenhang mit diesem Thema stand und steht weiterhin das Problem der Haltung der Linken zu Wahlprozessen, ein Thema, das als zentrales Problem an die Stelle der Debatte über den bewaffneten oder friedlichen Weg der Revolution getreten ist, die in Lateinamerika fast das gesamte 20. Jahrhundert beherrschte. In zahlreichen Ländern haben breite demokratische Bündnisse die Chance genutzt und mit Urnengang und Stimmabgabe eine demokratische Erneuerung der Gesellschaft eingeleitet. Über die Möglichkeiten, auf diesem Weg eine tiefgreifende soziale Umgestaltung der Gesellschaft mit einer sozialistischen Perspektive einleiten zu können, gibt es weiterhin unterschiedliche Standpunkte. Auf dem Seminar in Managua (16.-18. Juli 2004) stellte beispielsweise Schafik Hándal dazu fest, dass bei bestimmten Kräften im Namen des »Realismus« auf einen Bruch mit dem neoliberalen Kapitalismus verzichtet wird und nur modifi-

zierte Veränderungen angestrebt werden (dabei erscheinen die sozialen Kämpfe der Massenbewegungen als »störend«, weil sie die moderaten Wähler verunsichern). Demgegenüber stelle ein anderer Teil der Linken sich das Ziel, über das Eindringen in Regierungen zu systemverändernden demokratischen Umgestaltungen zu gelangen, die die wirtschaftliche, soziale und politische Sphäre erfassen, und sich dabei auf breite nationale und internationale Allianzen stützen. »Für diesen Teil der Linken sind die Wahlprozesse eine große Gelegenheit, die revolutionären Vorschläge an die Menschen zu vermitteln, und eine großartige Bühne für den Kampf der Ideen. Sie sind ein wichtiges Instrument zur Mobilisierung und Organisation des Volkes, zur Konsolidierung der antineoliberalen Bündnisse, Quelle der Kräfteakkumulation und des Aufbaus der Volksmacht, und zielen auf die Veränderung des Kräfteverhältnisses und die Revolution.«

Kritisch muss vermerkt werden, dass die speziellen Impulse, die sich aus den ethnischen Problemstellungen in einer Reihe von lateinamerikanischen Ländern für die Wahl- und Demokratisierungsprozesse ergeben, vom Forum São Paulo bisher ungenügend bzw. sehr spät reflektiert worden sind.

Das FSP steht am Beginn einer neuen Etappe seiner Entwicklung. Um dafür gut gerüstet zu sein, werden im Basisdokument des XIII. Treffens 2007 in San Salvador Erfolge und Misserfolge der eigenen Geschichte analysiert, um konstruktive Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Im Dokument heißt es dazu:

*»In Mexiko, während des II. Treffens, wurde der Name »Forum von São Paulo« bestätigt, die Teilnahme für Organisationen und politische Parteien aus Kanada, den USA und Europa geöffnet und die Analyse der durch den Neoliberalismus in der »verlorenen Dekade« der 80er Jahre hervorgerufenen Krise vertieft. Analysiert wurden außerdem der Sturz der Militärdiktaturen, die neuen Freiräume für den demokratischen politischen Kampf, die während der Jahre des Kalten Krieges verschlossen waren, und das Entstehen neuer sozialer Bewegungen und politischer Parteien aus der Mitte des Volkes.*

*Die Öffnung neuer Wege für den Kampf gegen den Neoliberalismus wurde 1992 beim III. Treffen des Forums von São Paulo, das in Managua stattfand, bekräftigt. Die Diskussion auf diesem Treffen konzentrierte sich auf das Alternativprojekt der lateinamerikanischen Linken und die neuen Formen der Integration der Völker der Region. Man kam zu der Schlussfolgerung, dass der neoliberale Kapitalismus die Lage in Lateinamerika und der Karibik verschärft und es deshalb Schwierigkeiten bei der Konsolidierung der politischen Institutionen gab, was wiederum zur Stärkung autoritärer Herrschaftsformen führen könnte.*

*Das IV. Treffen des FSP bekräftigte die entschlossene Verurteilung der imperialistischen Blockade gegen Kuba und des inakzeptablen Kolonialstatus von Puerto Rico, Französisch-Guayana, Martinique, Guadeloupe und weiterer Territorien des Kontinents und unterstützte damit die Sache der nationalen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung dieser Völker. Es bestätigte auch die Verpflichtung zur Weiter-*

*führung des Kampfes für deren vollständige und bedingungslose Integration in die Gemeinschaft der Nationen Lateinamerikas und der Karibik.*

*Außerdem wurde das Anwachsen der sozialen Mobilisierung der Völker festgestellt, die Bedeutung des Kampfes für die Vertiefung der politischen Demokratie hervorgehoben, die Notwendigkeit der Anerkennung und Berücksichtigung der ethnischen und kulturellen Vielfalt unserer Länder für unser programmatisches Denken sowie die Bedeutung des Kampfes für die Gleichberechtigung der Geschlechter unterstrichen.*

*Das V. Treffen, das 1995 in Montevideo stattfand, beschäftigte sich mit dem Anwachsen, den vielfältigen Formen und der Entwicklung der Kämpfe der Volksmassen, die sich in Streiks, Protesten, Demonstrationen und Straßenblockaden äußerten. Besonders analysiert wurde die Rebellion in Chiapas als eine neue Ausdrucksform des Kampfes für Demokratie und die Machtausübung durch das Volk.*

*Die Ergebnisse der Wahlen in 14 Ländern Lateinamerikas zwischen 1993 und 1995 waren für die Linke positiv und führten zu einer stärkeren Beteiligung an lokalen Regierungen bzw. einer größeren Vertretung in den Parlamenten dieser Länder.*

*Angesichts dieses Wachstums sahen sich die neoliberalen Rechten zum Antworten gezwungen. Die US-Regierung berief das Gipfeltreffen beider Americas für 1994 nach Miami ein und versuchte dabei, zwei Ziele durchzusetzen: einmal, ihre regionale und globale Vorstellung von ›kollektiver Sicherheit‹ und zweitens, das Freihandelsabkommen für die Gesamtheit der Länder des Kontinents, bekannt als ALCA.*

*Das VI. Treffen 1996 in El Salvador stellte klar, dass die neoliberale Globalisierung die verschiedensten Widersprüche und Konflikte verschärft hatte: den Widerspruch zwischen der ökonomischen Entwicklung und dem Schutz der Umwelt, die Probleme durch die immer stärkere Konzentration des Reichtums wie auch durch die sehr ungleichen Möglichkeiten, die der wissenschaftlich-technische Fortschritt für die Entwicklung der Menschheit eröffnet. Es wurde offensichtlich, dass die politischen Freiheiten durch die neoliberalen Kräfte eingeengt werden, um eine mit sozialer Gerechtigkeit verbundene Entwicklung zu verhindern und die Ausübung der ökonomischen und sozialen Rechte der Völker zu blockieren.*

*Das VII. Treffen, das 1997 in Porto Alegre, Brasilien, stattfand, bestätigte die Tendenz des Anwachsens der sozialen Kämpfe. Auf diesem Treffen wurde beschlossen, Mechanismen für die Koordination und den permanenten Meinungsaustausch zu etablieren, um einen Beitrag dafür zu leisten, dass die Linken Lateinamerikas und der Karibik an der Spitze stehen bei politischen, ökonomischen und sozialen Alternativlösungen zum Neoliberalismus und zur neoliberalen Globalisierung, bei der Festigung der Solidarität und der Integration zum Wohle der Völker und bei einer sozial gerechten Entwicklung, die mit der Natur im Einklang steht.*

*Das folgende Treffen des Forums, das VIII., das 1998 in Mexiko stattfand, widerspiegelte die wachsende Unterstützung der Völker für die linken und progres-*

siven Optionen. Ursache dafür war auch die Krise des neoliberalen Modells, die in Asien, in den ›Drachen des Pazifik‹ genannten Länder, begonnen und teilweise die europäischen Länder und Lateinamerika, speziell Mexiko, Brasilien und Argentinien, in Mitleidenschaft gezogen hatte.

Es wurde immer klarer, dass die neoliberale Krise, die gerade erst sichtbar wurde, die Suche nach Alternativlösungen, wie sie von der Linken angeregt worden war, befördern würde. Es wurde festgestellt, dass es keine Demokratie ohne Politik, ohne Parteien, ohne Gewerkschaften und ohne organisierte soziale Bewegungen gibt.

Das Treffen führte zur Bekräftigung wichtiger Schlussfolgerungen, wie zum Beispiel im Zusammenhang mit der ethnischen, sprachlichen und kulturellen Vielfalt der Nationen Lateinamerikas und der Karibik oder der Notwendigkeit des Kampfes für die soziale, politische und juristische Respektierung und Anerkennung dieser Vielfalt.

Im Jahre 2000, während des IX. Treffens in Managua, wurde der X. Jahrestag des Forums begangen und sein Beitrag zum Kampf der Völker Lateinamerikas und der Karibik bekräftigt. Zugleich wurden die Beiträge der linken und progressiven Intellektuellen zur Verteidigung der Universitäten und der öffentlichen Bildung als demokratisches Erbe gewürdigt. Bestätigt wurde die Verpflichtung zum Kampf gegen Diskriminierung, besonders der Frauen, und zum Streben nach Gleichheit zwischen den Geschlechtern.

Entschieden sprach man sich für die Eroberung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Souveränität aus und dafür, alle Spuren des Kolonialismus und Neokolonialismus zu beseitigen. Bekräftigt wurde die These, dass die Linke im beginnenden 21. Jahrhundert zur realen Alternative einer Volksmacht wird, die sich auf neue Mechanismen der Partizipation, demokratische Regierungsformen und eine ökonomische Entwicklung zum Wohle der nationalen Mehrheiten stützt.

Besonders eingegangen werden muss auf die Analyse, die auf dem X. Treffen, durchgeführt im Dezember 2001 in Havanna, vorgenommen wurde, da dieses unmittelbar nach dem Angriff vom September jenes Jahres auf die ›Zwillingstürme‹ stattfand.

Zu jenem Zeitpunkt durchlief der Neoliberalismus, vor allem in ökonomischer und ideologischer Hinsicht, aufgrund der vielen Wirtschaftskrisen in den Ländern Asiens, aber auch in Brasilien, Russland, der Türkei und Argentinien eine Phase des Verschleißes. In diesem Zusammenhang schienen die Militäraktionen der USA und einiger europäischer Länder, zuerst gegen Afghanistan und später gegen den Irak, zusammen mit den verschärften internen Sicherheitsmaßnahmen als Nebeneffekt zu einer Vertiefung der wirtschaftlichen Liberalisierung zu führen.

Die Worte von Präsident Bush, wonach diejenigen, ›die nicht mit uns sind, gegen uns sind‹ und der ›Terrorismus Ergebnis der Armut ist und durch Wirtschaftswachstum auf der Grundlage eines freien Handels bekämpft werden muss‹, waren eine klare Botschaft, um viele Länder zur Annahme der Verhandlungsvor-



*schläge für die Doha-Runde der WTO zu drängen, die zu einer umfangreicheren Handelsliberalisierung zugunsten der großen Weltmächte führen sollte.*

*Die neue Militärpolitik der USA, benannt nach den ›Präventivkriegen‹, hatte einen offen intoleranten, rassistischen, fremdenfeindlichen, kriminellen und völkermörderischen Inhalt und wurde durch die Linke und die progressiven, demokratischen und patriotischen Kräfte abgelehnt. Diese Ablehnung galt auch für den Versuch, die nationalen Befreiungsbewegungen, die Linkskräfte und die sozialen und progressiven Bewegungen als Terroristen zu bezichtigen.*

*Das XI. Treffen, durchgeführt im Jahre 2002 in Antigua, Guatemala, charakterisierte die neue internationale Ordnung als ungerecht und im hohen Maße risikovoll, da die Regierung der Vereinigten Staaten mit ihrer militärischen Unipolarität die Welt an den Rand des Krieges brachte – eine Strategie, die die Demokratie und die nationale Souveränität der Völker in Mitleidenschaft zog.*

*Analysiert wurde die Krise in Argentinien und ihre Auswirkungen auf den Süden des Kontinents sowie die aktuelle Situation, die Kuba und Venezuela zu jener Zeit durchlebten. Dies alles diente als Ausgangspunkt für die Analyse der Kämpfe unserer Völker gegen die Herrschaftsabsichten der USA, die als Handelsintegration getarnt daherkamen.*

*Diskutiert wurden auch die neu eröffneten Perspektiven für die progressiven Kräfte und die historische Situation für die lateinamerikanische Integration hin zu einem Alternativmodell. Die Erwartungen eines Wahlsieges in Brasilien und die Übernahme der Regierungsgewalt durch die Linken bestimmten, dass der Kampf für die Demokratie und die Einheit des Volkes als strategische Aussage des Forums von São Paulo festgehalten wurde.*

*Das XII. Treffen, durchgeführt im Jahre 2005 in São Paulo, 15 Jahre nach der Gründung des Forums, schlussfolgerte, dass die Kämpfe Früchte getragen haben und sich eine politische und gesellschaftliche Umstrukturierung in Lateinamerika und der Karibik vollzogen hat, die die Kräfte der Rechten bis zum Verlust ihrer Führungsrolle geschwächt hat und sie politische Niederlagen und Rückschläge erleiden ließ.*

*Festgestellt wurde das Entstehen neuer gesellschaftlicher Kräfte: Bewohner von Gemeinden, Organisationen von Frauen, von religiösen Kräften, von Kräften zur Verteidigung, zum Schutz und zur Entwicklung der Naturressourcen und der Umwelt, kulturelle Organisationen, Vereinigungen der Intellektuellen und neue politische Bewegungen, die sich deutlich von dem politischen Klima der vorherigen Dekade abhoben.«*

Dass die Entwicklung des Forums von São Paulo keineswegs immer reibungslos und ohne Probleme und Konflikte verlief, liegt in der Vielfalt und Verschiedenartigkeit der dort mitwirkenden Kräfte. Liegt aber auch am großen Tempo und den vielfältigen Inhalten der gesellschaftlichen Veränderungen in Lateinamerika und der Karibik, auf die es zu reagieren gilt und die vom Forum auch beeinflusst sind.

Trotz verschiedenartiger Treffen sozialdemokratisch oder kommunistisch orientierter Parteien ist das Forum São Paulo aktiv und weiterhin ein politisches Zentrum der linken Kräfte. Ein Rückblick auf die Geschichte sollte helfen, die Herausforderungen der nächsten Zukunft besser zu meistern. Daher hier auch ein Blick in die Strukturen und Möglichkeiten des Forums.

## **Das Forum von São Paulo – Strukturen, Potentiale, Möglichkeiten**

Im Basisdokument des IX. Treffens im Februar 2000 heißt es:

*»Obgleich das Forum von São Paulo sich nicht sozialistisch definiert und nicht alle seine Mitgliedsorganisationen dieses Ziel in ihre Plattformen einbeziehen, gibt es einen Konsens, die kapitalistische Ordnung, deren Hauptmotor der Profit auf Kosten der Ungleichheit ist, nicht zu akzeptieren. Eine gerechtere Weltgesellschaft, eine Gesellschaft, die sich von der gegenwärtigen unterscheidet, mit Regierungen, die eine deutlich andere Orientierung haben als die Mehrheit der auf unserem Kontinent regierenden, bleibt unser Ziel... Aber diese Gesellschaft... müssen wir in diesem weltweiten kapitalistischen Kontext aufzubauen beginnen, einem Kontext, zu dessen Veränderung auf allen Gebieten wir beitragen müssen. Das bedeutet, von den konkreten Bedingungen der Wirklichkeit auszugehen ...«*

Um das Letztere, stets von den konkreten Bedingungen der Wirklichkeit auszugehen, war das Forum São Paulo stets bemüht. Insgesamt gehören dem Forum bis zu 120 Parteien, Fronten, Bewegungen und soziale Organisationen an. An den jährlich stattfindenden Treffen beteiligen sich in der Regel 50 bis 70 Mitgliedsparteien und eine wechselnde Anzahl sozialer Organisationen.

Das Forum São Paulo kann als eine Organisation angesehen werden, die für die alternativen Kräfte Lateinamerikas – jene, die einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel anstreben – in ihrer ganzen Breite repräsentativ ist. »Die einzigartige Besonderheit des Forums von São Paulo ist seine plurale politische und ideologische Zusammensetzung, die alle sozialistischen und nichtsozialistischen Strömungen der lateinamerikanischen und karibischen Linken umfasst. Diese beispiellose Tatsache macht es zu einem besonders günstigen Szenarium für Debatten, Meinungsstreit und Auseinandersetzungen über die Ziele, Strategien und Taktiken des Volkskampfes in der Gegenwart.«<sup>2</sup>

Das Forum will keine »lateinamerikanische Internationale« sein. Es enthebt seine Mitglieder nicht der Verantwortung für die Sammlung der Kräfte im nationalen Rahmen, für die Formulierung und Durchführung einer dafür geeigneten Strategie und erteilt auch dafür keine Rezepte.

2 Roberto Regalado: Wann, wie und warum entstand das Forum von São Paulo, in: »Contexto Latinoamericano«, Sept.-Dez. 2007. Eigenübersetzung der Autoren.

Es ist nur allzu verständlich und zeugt von der Offenheit der Debatte, dass sich auf den Treffen auch sehr unterschiedliche Betrachtungsweisen und Vorschläge zu verschiedenen Problemen kundtun, dass Kompromisse bei der Bestimmung gemeinsamer Positionen notwendig sind und nicht alle Anträge einzelner Parteien von der Mehrheit angenommen werden. Die politisch einflussreichsten linken Parteien des Kontinents sind als breite pluralistisch zusammengesetzte Fronten aufgebaut und achten auf Konsensfähigkeit der gefassten Beschlüsse unter den unterschiedlichen Strömungen, die ihnen angehören, womit sie zweifellos den Erfordernissen der gegenwärtigen Konfrontationen wie auch den Möglichkeiten für Veränderungen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit am besten Rechnung tragen. Daraus folgt, dass für ideologisch einheitlichere Kräfte, die radikalere linke Positionen beziehen, die formulierten Ergebnisse zuweilen hinter ihren eigenen Standpunkten zurückbleiben. Die bloße Existenz des Forums ist jedoch ein Kraftzentrum für die gesamte lateinamerikanische Linke mit hohen Potentialen für die weitere Entwicklung des Kampfes gegen den Neoliberalismus und die Stärkung der linken Regierungen.

## **Strukturen und Arbeitsweise**

Das Forum von São Paulo artikuliert sich hauptsächlich über seine jährlich stattfindenden Treffen. Die Beschlüsse und Resolutionen des Forums werden im Plenum der Mitglieder mit Mehrheit verabschiedet (u. a. die politischen Abschlussdeklarationen der Treffen). Stellungnahmen zu einzelnen Ländern wie auch die Neuaufnahme von Mitgliedern erfordern den Konsens der Mitglieder aus dem betroffenen Land; das Forum wirkt also auch auf Kontaktnahme, Diskussionskultur und Verständigung zwischen den Linken im nationalen Rahmen zurück, da sonst spezifischen Anliegen nicht berücksichtigt werden können.

Das Forum hat eine feste Struktur: 1. stimmberechtigte Mitglieder, 2. speziell zu bestimmten Anlässen eingeladene Gäste (meist einzelne Persönlichkeiten oder Vertreter regionaler/internationaler Organisationen) und 3. Beobachter, die aus der Region, aber auch von den anderen Kontinenten immer zahlreicher an den Treffen teilnehmen.

Die Tätigkeit zwischen den Treffen wird durch ein Koordinierungs- und Lenkungsorgan, die sogenannte Arbeitsgruppe geleitet. Die Arbeitsgruppe bereitet Analysen und Dokumente vor, organisiert zwischen den Treffen Workshops und Seminare zu bestimmten Themen und soll die Kommunikation zwischen den Mitgliedern aufrechterhalten, die Reaktionsfähigkeit des Forums zu bestimmten Anlässen sichern usw. Hierzu besteht ein Exekutivsekretariat in São Paulo mit Valter Pomar als Exekutivsekretär. Die Verlagerung einiger Aufgaben auf regionale Sekretariate (Südamerika, Andenstaaten, Mittelamerika, Karibik) ist bisher nur teilweise gelungen. Trotz allem kann man einschätzen, dass in den Jahren des Beste-

hens des Forums auch in diesen Strukturierungsfragen Fortschritte erreicht wurden. Sie stellen sich aber immer wieder als Probleme einer notwendigen Verbesserung der Arbeits- und Reaktionsfähigkeit, der größeren politischen Wirksamkeit des Forums in der Region und in den nationalen Gesellschaften, aber auch in der Sicherung einer demokratischen Mitarbeit aller Mitglieder dar.

Das Forum von São Paulo versteht sich in erster Linie als ein Diskussionsforum. Es dient dem Austausch von Erfahrungen und Überlegungen, soll neue Ideen anregen und Konzepte zur Diskussion stellen, ohne die Mitglieder auf allgemein geltende Wahrheiten zu verpflichten. Die ideologische und politische Vielfalt der Mitgliedsparteien schließt das auch aus. Bestrebungen einiger Parteien, zu bindenden Beschlüssen zu gelangen und die Ebene gemeinsamer Aktionen, wie sie einige große regionale Organisationen durchführen (so Via Campesina, die Soziale Kontinentale Allianz gegen die ALCA, die Bewegung der Sozialforen und andere), stärker zu entwickeln, haben sich nicht durchgesetzt, weil dafür schon angesichts der unterschiedlichen Situation der einzelnen Parteien die Voraussetzungen fehlen. Von unschätzbarem Wert sind bereits das gemeinsame analytische Bemühen um die Auseinandersetzung mit Grundproblemen des neoliberalen Modells und um die Klärung von Fragen der Globalisierung, die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ideologie und die Ansätze zur Entwicklung eines alternativen gesellschaftspolitischen Denkens und kritischen öffentlichen Bewusstseins. Die Dominanz der neoliberalen Ideologie, die man Anfang der neunziger Jahre in den lateinamerikanischen Ländern konstatieren musste, ist, wie die Existenz linker Regierungen zeigt, nicht mehr unangefochten. Einen festen Platz auf dem Treffen hat der Austausch von Erfahrungen und die Diskussion von Problemen aus der Arbeit in den stark anwachsenden sozialen und Bürgerbewegungen für das entsprechende Land, für menschenwürdige Wohnverhältnisse, für Frauenrechte, für Bildungsmöglichkeiten, für die Belange Jugendlicher, für Fragen der Stadtentwicklung, für die Rechte der indigenen Bevölkerung, für die Bewahrung der Umwelt.

Das Forum stellt sich darüber hinaus den aktuellen Anforderungen der Solidarität unter den Linken, besonders mit Kuba, und für die Entschärfung von Konflikten ein, besonders für eine politische Lösung in Kolumbien.

Von Anfang an ist das Forum vor allem auch als eine Stütze für die Kräfte der Linken betrachtet worden, die Regierungsverantwortung (auf lokaler, Provinz-, bundesstaatlicher oder zentraler Ebene) übernehmen und ihrerseits Erfahrungen daraus mitteilen können, so in der Praktizierung einer partizipativen Demokratie. In den jüngsten Analysen, die vorgelegt wurden, zeigt sich deutlich, wie daraus neue, konkretere Formen der Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Regimen, aber auch eine differenziertere Sicht auf die zu erwartenden Bedingungen und Aufgaben für linke Regierungen abgeleitet werden.

## **Grundelemente des Forums São Paulo für eine alternative Gesellschaftskonzeption**

Neben der Vervollkommnung der analytischen Aussagen zur gegenwärtigen ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklung in den lateinamerikanischen und karibischen Ländern und der Auseinandersetzung mit der Behauptung vom »Entwicklungspotential« des neoliberalen Modells hat das Forum von São Paulo vor allem an der Herausbildung alternativer Gesellschaftsvorstellungen gearbeitet. Schon früh ist ein Konsens über die Grundorientierung für die erforderlichen Veränderungen auf allen Gebieten erzielt worden, wie sich in den Dokumenten des Forums seit Ende der neunziger Jahre widerspiegelt. Schrittweise sind so wichtige Elemente einer postneoliberalen Strategie entwickelt worden.

Sie umfasst:

- Umkehrung des Prozesses der fortschreitenden Zerstörung der produktiven Potentiale in der Mehrheit der Länder und die Durchführung von Strukturreformen, die die Entwicklung insbesondere der verarbeitenden Industrie und der Landwirtschaft stimulieren; dabei werden neben Veränderungen in der Finanz-, Kredit- und Handelspolitik zugunsten kleiner und mittlerer Betriebe, der Förderung einer eigenständigen technologischen Entwicklung und der gesetzlichen Regelung ausländischer Investitionen insbesondere die Dringlichkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen und von Maßnahmen auf den Gebieten der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsrechts sowie der Umwelterhaltung genannt.

- Kontrolle und Eindämmung der Finanzspekulation und die Revision der Zahlungsverpflichtungen aus den Auslandsschulden; dazu sollen die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Region bzw. die bestehenden Integrationsbeziehungen genutzt werden.

- Dezentralisierung und Demokratisierung auf allen Gebieten, Schaffung von Möglichkeiten der gesellschaftlichen Beteiligung an den Entscheidungsprozessen; dies wird auch als eine strategische Aufgabe angesichts der zu erwartenden Schwierigkeiten und der Langfristigkeit der Prozesse betrachtet. Hierzu gehört auf der höchsten Ebene die grundlegende Reform des Staates, die sowohl sein Verhältnis zur Zivilgesellschaft einschließt als auch eine Neudefinition seines Verhältnisses zum Markt erfordert. Seine wirtschaftsregulierenden Funktionen sollen wiederhergestellt werden. Die Überwindung von Klientelismus und Korruption werden als vorrangige Probleme der Modernisierung des Staates angesehen. Das demokratische System will man nicht auf die periodische Abhaltung von Wahlen beschränkt wissen, jedoch sollen auch die im Kampf gegen Diktaturen erreichten Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten, obgleich noch unzulänglich, nicht unterschätzt, sondern verteidigt werden.

- Dringlichkeitsmaßnahmen zur Abwendung des sozialen Notstandes, vor allem im Gesundheits- und Bildungswesen, in der Wohnungsfrage und zur sozialen Absicherung der bedürftigsten Bevölkerungsschichten. Hier wendet man sich ent-

schieden gegen die neoliberalen Konzeptionen der sozialen Polarisierung und Aufspaltung, hält aber tiefergehende grundsätzliche Diskussionen unter den alternativen Kräften für notwendig, da auf diesem Gebiet Meinungsverschiedenheiten auszumachen sind (z. B. welches Ausmaß soll soziale Absicherung haben, um nicht der Entwicklung der Eigeninitiative entgegenzuwirken).

- Beseitigung jeder Art von Diskriminierung in der Gesellschaft, wofür die Initiativen und die Mitwirkung der vielfältigen emanzipatorischen Bewegungen besonders benötigt werden.

- Grundlegende Reform des Justizwesens, die seine Unabhängigkeit herstellen und die Rechte der Bürger klar definieren soll.

- Demokratisierung der Streitkräfte und ihre Einbindung in das demokratische System; eine Aufgabe ist dabei auch, die Streitkräfte dem Einfluss der USA und der ihnen zugedachten Rolle bei der Sicherung des Herrschaftssystems zu entziehen.

- Regionale Integration zum Nutzen Lateinamerikas als ökonomische, wissenschaftlich-technologische und politische Aufgabe – ihr wird vor allem als Stütze für die Auseinandersetzung mit den anderen Mächten in einer globalisierten Welt eine Schlüsselfunktion zugedacht; dies schließt die Ablehnung der von den USA betriebenen Amerikanischen Freihandelszone ein. Internationale und regionale Zusammenarbeit werden als eine Voraussetzung und eine begleitende Politik bei der Verwirklichung des alternativen Projekts betrachtet.

Die ersten Erfahrungen in der Regierungsverantwortung in einer wachsenden Zahl von Ländern haben diese Überlegungen wesentlich bereichert. Vom Protest und Widerstand gegen neoliberale Maßnahmen ist der Schritt zu konstruktiven Gegenentwürfen vollzogen worden. Hindernisse und Schwierigkeiten wurden deutlicher identifiziert, zugleich wurde die Langfristigkeit der angestrebten Entwicklung offenbar. Auch wenn alle diese Länder noch in der Phase des »Umsteuerns« sind und die alte Gesellschaft noch nicht hinter sich gelassen haben, werden heute wichtige Schritte getan, die die Kräfteverhältnisse und die weiteren inneren und äußeren Ausgangsbedingungen gesellschaftlicher Reformprozesse prägen werden. Gleichzeitig wächst dabei die Bandbreite der unterschiedlichen Wege, Formen und des Tempos dieser Entwicklung sowie der sich daraus eröffnenden Optionen für die Zukunft.

Diese Differenziertheit anerkennend, erklärte das XIII. Treffen des Forums, das 2007 in San Salvador stattfand:

*»Seit dem Bestehen des Forums von São Paulo war der Gegenentwurf zum Neoliberalismus eins der am stärksten diskutierten Themen. Als das Forum 1990 gegründet wurde, war der strategische Horizont der meisten Gründungsmitglieder der Sozialismus und ausgehend davon, wurden Alternativen zum Neoliberalismus entwickelt. Heute, da die neoliberale Hegemonie durch die Linke überwunden wird und wir unter einem günstigeren Kräfteverhältnis als in den neunziger Jahren kämpfen, gibt es ein breiteres Spektrum an Antworten ...*

*Unabhängig davon, welches ›Endziel‹ wir verfolgen, ist der Kampf für die nationale Souveränität, für die Demokratie und für die Ausweitung einer Politik zugunsten der sozialen Interessen der Menschen eine absolute Notwendigkeit – ein Kampf, der von den Kräften des Status quo als im höchsten Maße subversiv betrachtet wird. Die Umsetzung eines auf Entwicklung ausgerichteten Modells – wobei Entwicklung nicht nur als Wirtschaftswachstum, sondern als Weg zur Überwindung der Abhängigkeit und der Ungleichheit verstanden werden muss – wäre ein enormer Fortschritt für Lateinamerika und die Karibik. Ein Entwicklungsmodell dieser Art ist ganz offensichtlich keine Rückkehr zur Vergangenheit. Es muss daran erinnert werden, dass die kapitalistische Entwicklung auf unserem Kontinent – auch dort, wo sie am weitesten vorangeschritten war – immer mit der Vertiefung von Ungleichheiten, äußerer Abhängigkeit und dem Fehlen von politischer Demokratie einherging.«<sup>3</sup>*

Diese vorsichtigen Standortbestimmungen im Forum sind auch von der Erkenntnis getragen, dass die Entwicklung zum Sozialismus nicht forciert werden kann, sondern durch den heutigen Kampf erst ermöglicht werden muss, besonders durch die breiteste Entwicklung der Demokratie:

*»Die Bürgerbeteiligung und die breitesten Formen der Demokratie sind Teil unserer sozialistischen Perspektive, die noch viel tiefere Veränderungen in der Politik, im täglichen Leben und in der sozialen Struktur voraussetzt«,* heißt es in den Thesen, die auf dem XIV. Treffen des Forums im Mai 2008 in Montevideo zur Diskussion standen.

Für die Gegenwart definierte das Forum von São Paulo fünf Herausforderungen an das erfolgreiche Voranschreiten der gesellschaftlichen Umgestaltungsprozesse:

- eine tiefgreifende Demokratisierung, die die Institutionen, die Parteienstrukturen, das Verhältnis von Staat und Bürger, die Medien, vor allem aber die volle staatsbürgerliche Einbeziehung aller Mitglieder der Gesellschaft erfasst;
- die Ausdehnung der staatlichen Sozialpolitik, einschließlich der Schaffung neuer sozialer Rechte, so das Recht auf grundlegende öffentliche Dienstleistungen (Elektrizitätsversorgung, Telekommunikation, Trinkwasser und Abwasserentsorgung, öffentlicher Transport, Wohnungen, Gesundheitsversorgung, Bildung);
- die Durchführung von Strukturformen, die die sozialen und ökonomischen Beziehungen grundlegend verändern, wie Agrarreform oder urbane Reformen;
- die Herausbildung eines alternativen Wirtschaftsmodells, das die Fähigkeit zum Wirtschaftswachstum, zur Innovation, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen verbindet mit einer Umverteilung von Gewinn und Reichtum; das

3 Die neue Etappe der Integration Lateinamerikas und der Karibik, XIII. Treffen des Forums von São Paulo. Vorbereitungsdocument für das XIII. Treffen des Forums von São Paulo, span.: Documento Base, La Nueva Etapa de la Lucha por la Integración Latinoamericana y Caribeña – XIII. Encuentro del Foro de São Paulo, San Salvador, enero de 2007, veröffentlicht am 5. Januar 2007 auf <http://forosaopaulo.fmln.org.sv>. Eigenübersetzung der Autoren.

»lateinamerikanisch-karibische« Entwicklungsmodell soll Schluss machen mit der Polarisierung von Armut und Reichtum und muss vor allem die produktive Basis wiederherstellen und die Kontrolle des Staates über die wichtigsten Wirtschaftsbereiche sichern;

- die Verbindung der nationalen Souveränität mit der umfassenden kontinentalen Integration als strategisches Projekt.

*»Alle diese Herausforderungen sind untereinander verknüpft: Es wird keine Demokratie ohne Souveränität geben, keine Souveränität ohne Entwicklung und ohne Demokratie, und es wird keine Entwicklung neuen Typs ohne Demokratie und ohne Souveränität geben.«*

Diese Orientierungen auf die nächstliegenden Aufgaben schließen aber eine Debatte über Sozialismus im 21. Jahrhundert in Parteien und Bewegungen nicht aus. Bei Betrachtung der großen Unterschiede und den vielfältigen Besonderheiten der Länder hält das Forum diese Debatte offen und hat sich bisher über Elemente und Wesenszüge eines solchen Prozesses nicht geäußert. Das bedeutet jedoch keine Distanz zu revolutionären Prozessen sozialistischen Charakters. Im Dokument des XIV. Treffens im Mai 2008 in Montevideo heißt es: *»Die Siege der Linken in Lateinamerika haben als ihren Hauptbezugspunkt die kubanische Revolution, die eine neue historische Periode eröffnete und den Sozialismus auf den Kontinent brachte und die seit dem 1. Januar 1959 der Invasion und allen Schlägen des USA-Imperialismus widerstand. Kuba hielt die Errungenschaften des Sozialismus aufrecht trotz des Zusammenbruchs der UdSSR und des europäischen Lagers und leistet Dutzenden von Ländern auf allen Kontinenten eine einzigartige Solidarität, vor allem auf den Gebieten Gesundheit und Bildung. Am 1. Januar 2009 werden die Völker des Kontinents die 50 siegreichen Jahre der kubanischen Revolution feiern.«*

## **Erfahrungen, Bestrebungen, Resultate**

Die gemeinsamen Bestrebungen im Forum São Paulo heben andere Aktivitäten linker Kräfte in Lateinamerika nicht auf. Es bilden sich aber unterschiedliche Formen mit differenzierter Beteiligung heraus. So organisiert die PT Mexikos jährlich ein Seminar unter dem Titel »Die Parteien und eine neue Gesellschaft«, das wechselnden Schwerpunktthemen gewidmet wird und ein sehr breites Forum der Diskussion und des Meinungsaustausches linker Parteien, vorrangig Lateinamerikas, aber auch aus weiteren Regionen der Welt darstellt. Neben Parteien wie der PRD aus Mexiko, der PT Brasiliens, der KP Chiles, der FMLN aus El Salvador, der Sandinistischen Front Nicaraguas, der URNG aus Guatemala und der Frente Amplio Uruguays beteiligen sich ein breiter Kreis von radikal links positionierten Parteien und Bewegungen sowie linken Intellektuellen. Daneben hat sich ein jährlich im Januar stattfindendes Seminar der kommunistischen Parteien des Südkontinents etabliert, auch mit Beteiligung europäischer Parteien.



Das Forum von São Paulo hat trotz unterschiedlicher Initiativen und komplizierter Entwicklungsabschnitte immer eine wichtige Rolle gespielt für die Diskussion, den Erfahrungsaustausch, die Abstimmung der grundlegenden Einschätzung der Situation auf dem Kontinent und in der Welt und die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus. Es hat die Solidarität der sozialistischen und demokratischen Kräfte Lateinamerikas und der Karibik bekräftigt und die Verbundenheit mit dem Kampf um Frieden und Fortschritt in der ganzen Welt entwickelt.

Zu den größten Errungenschaften gehört die Erkenntnis, die in der folgenden Feststellung des XIV. Treffens zum Ausdruck kommt:

*»Der Widerstand gegen die neoliberalen Projekte hat das Bewusstsein über den Wert der Einheit entwickelt, und jedes Projekt für den Wandel in Lateinamerika erfordert es, Bündnisse der fortschrittlichen und linken Kräfte zu entwickeln. Dafür müssen wir eine Kultur der Akzeptierung der Verschiedenheit entwickeln, die alle fortschrittlichen und linken Kräfte in Lateinamerika repräsentieren und sektiererischen und ausschließenden Praktiken entgegenreten. Die Linken Lateinamerikas bieten ein Spektrum von Ideen, das uns veranlasst zu behaupten, dass gerade dieser Reichtum der Vielfalt, nicht die Gleichförmigkeit, es uns ermöglicht hat, in der Region voranzuschreiten.«<sup>4</sup>*

Betrachtet man die wichtigsten Bereiche der Diskussion und des Erfahrungsaustausches in den Jahren der Existenz des Forums von São Paulo, so lassen sich die Ergebnisse seiner Tätigkeit vielleicht in den folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Betrachtet man die analytischen und programmatischen Dokumente, die das Forum in den Jahren seiner bisherigen Existenz erarbeitet hat, so kann man feststellen, dass sich die Realitäten in Lateinamerika in der dort von den Parteien vorausgesehenen Richtung entwickelt haben. Durch das Wirken linker Parteien, Bewegungen und Regierungen ist eine neue Situation entstanden, die den ganzen Kontinent und seine Beziehungen zur übrigen Welt verändert. Insbesondere der Gedanke der Stärkung der regionalen Integration hat hier an Kraft gewonnen und ist weiterentwickelt worden.

2. In einigen Ländern ist es gelungen, wichtige Schritte auf dem Wege zu gesellschaftlichen Veränderungen voranzukommen, so bei

- der Entwicklung breiter Koalitionen für fortschrittliche Alternativen,
- der Eroberung von Positionen für die Linke in lokalen, regionalen und Landesregierungen,
- der Erprobung von Formen einer partizipativen Demokratie,
- der Praktizierung einer selbständigen aktiven Außenpolitik,

4 Documento del XIV. Foro de San Pablo, Montevideo, mayo 2008. La Izquierda de América Latina y el Caribe en el Nuevo Tiempo – La Riqueza de la Diversidad. (XIV. Treffen des Forums von São Paulo, Montevideo, Mai 2008. Dokument für die Diskussion: Die Linke Lateinamerikas und der Karibik in der neuen Etappe – der Reichtum der Verschiedenartigkeit). Eigenübersetzung der Autoren.

- der Kombination von Aktionen aus der Regierung heraus und dem Massenkampf,
- der Verallgemeinerung der Idee der lateinamerikanischen Integration und Schritten auf diesem Weg.

Die umfassende Bewertung und Übertragung dieser Erfahrungen steht weiter auf der Tagesordnung.

3. Bestätigt hat sich die Einsicht in die Unterschiedlichkeit der Bedingungen und die Vielfalt der Wege und Orientierungen für eine alternative Entwicklung. Diese Differenziertheit ist gewachsen, auch die unterschiedlichen Orientierungen der Parteien haben sich weiter profiliert, sowohl aufgrund der objektiven Unterschiede der Bedingungen in den Ländern und auch ideologisch bedingter Einschätzungen der Lage in den Parteien.

Zu einer der vorherrschenden Formen der Zusammenarbeit ist heute die Durchführung von thematischen Konferenzen und Seminaren geworden, die je nach Ausrichtung nur einen Teil der Parteien zusammenführen.

4. Die Bewegung des Widerstandes gegen neoliberale Politik und die weitere Unterordnung des Kontinents unter die USA-Interessen ist breiter geworden. Daran hat die Tätigkeit des Forums einen bedeutenden Anteil, vor allem in den ersten Jahren hat es wichtige Impulse für alternatives Denken gegeben, intellektuelle und politische Kräfte gesammelt und soziale Bewegungen zusammengeführt. Es liegt in der Logik der Entwicklung, dass die aktiven sozialen Bewegungen heute eine bedeutende Rolle bei der Massenmobilisierung übernommen haben und in dieser Hinsicht die politischen Parteien zum Teil »überholen«. Die Gegenüberstellung von politischen Parteien und sozialen Bewegungen erscheint jedoch auch aus dieser Sicht unbegründet. Allerdings sind die Parteien nicht immer in der Lage, das Widerstandspotential der Bewegungen wirksam auf die politische Ebene zu transportieren.

5. Das Forum hat den Problemen der indigenen Völker stets Aufmerksamkeit gewidmet und die Anerkennung ihrer Rechte gefordert, jedoch auf diesem Gebiet – wie die politische Linke Lateinamerikas überhaupt – merkliche Defizite zugelassen. Als Impulse für alternative Gesellschaftskonzepte spielen die Vorstellungen und Werte der indigenen Gemeinschaften über menschliches Zusammenleben – die keineswegs insgesamt als rückwärtsgewandt angesehen werden können, sondern moderne Ausdeutungen zulassen – so gut wie keine Rolle. Das wird besonders in den Ländern mit starkem indigenen Bevölkerungsanteil (Mexiko, Guatemala, Bolivien, Ecuador, Peru) zu einem Hindernis für die Bündnispolitik und Wirksamkeit des Forums.

## Das Forum von São Paulo und sein Verhältnis zu Europa

Das Verhältnis der Mitgliedsorganisationen zu Europa muss unter zwei Aspekten betrachtet werden; einmal gegenüber den Regierungen der europäischen Staaten und gegenüber der EU und zum anderen hinsichtlich der Beziehungen zur Linken in Europa.

Die Sicht der im Forum von São Paulo zusammengeschlossene Kräfte auf Europa und vor allem auf die EU hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Wenn auch die Erklärung der Bundesregierung vom 16. Mai 2008<sup>5</sup> zu den Ergebnissen des EU-Lateinamerika-Gipfels in Lima die Überschrift trägt: »Lateinamerika hofft auf Europa«, so muss festgestellt werden, dass diese Hoffnung unter den linken und alternative-demokratischen Kräften des Subkontinents wohl schon erloschen ist. Zu sehr wurde und wird die Rolle der EU in Lateinamerika geprägt durch ihren Charakter als Juniorpartner der USA einerseits und andererseits – und zwar im zunehmenden Maße – als Konkurrent der USA, der ebenfalls versucht, die wirtschaftlichen Ressourcen Lateinamerikas zu plündern und dabei jede wirklich unabhängige Entwicklung in Lateinamerika zu behindern. Sicher agiert die EU hierbei oft subtiler als die USA dies tun, geriert sich oft als Partner der Lateinamerikaner. Sie steht jedoch politisch stets auf der Seite derer, die jedwede progressive Veränderung in Lateinamerika ablehnen und sucht ihre politischen Bündnispartner bei den eher konservativen Regierungen der Region. Eingeleitete Prozesse einer tiefgreifenden Demokratisierung von Staat und Gesellschaft sowie sozialer Umgestaltungen zugunsten breiter, bisher benachteiligter oder von politischen Entscheidungsprozessen völlig ausgeschlossener Bevölkerungsschichten werden immer wieder als »Populismus« diskreditiert, wohingegen das westliche Demokratiemodell unreflektiert als Ideal auch für Lateinamerika propagiert wird.

Gegenüber den progressiven Regierungen in Lateinamerika verfolgt die offizielle EU-Politik zur Zeit ein Strategie der Differenzierung zwischen »gemäßigten«, guten Regierungen, mit denen man durchaus einen Dialog führen könne, und den »radikalen« Regierungen, deren Handeln argwöhnisch verfolgt wird, wie zum Beispiel Venezuela, Bolivien und Ecuador.

Die EU ist ein wichtiger wirtschaftlicher und politischer Partner für Lateinamerika und die Karibik, für manche lateinamerikanischen Länder ist sie der wichtigste Handelspartner. Andererseits hat die EU ein vitales Interesse am enormen Rohstoffreichtum der Region. Sie versucht, ihre wirtschaftlichen Interessen vorrangig über den Abschluss von Freihandelsabkommen mit einzelnen Ländern (Chile und Mexiko) oder einzelnen Regionen durchzusetzen. Dabei stagnieren die Verhandlungen insbesondere mit dem MERCOSUR aufgrund der unnachgiebige Haltung der EU vor allen in den Fragen der Agrarsubventionen und des Zugangs

5 Presserklärung der Bundesregierung vom 16. Mai 2008, siehe unter: [http://www.bundesregierung.de/nn\\_774/Content/DE/Artikel/2008/05/2008-05-16-eu-lac-gipfel.html](http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Artikel/2008/05/2008-05-16-eu-lac-gipfel.html).

von lateinamerikanischen Produkten zum EU-Markt. Die einseitige Orientierung der EU auf eine uneingeschränkte Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftsstrategien und eine Unterordnung Lateinamerikas unter eine durch die Interessen der transnationalen Konzerne bestimmten Globalisierung wird nicht länger akzeptiert.

Dieser Charakter der EU-Wirtschaftspolitik, die sich auch und vor allem in den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen innerhalb der EU zum Ausdruck kommt, hat auch dazu geführt, dass die EU von vielen lateinamerikanischen Linken nicht länger als Vorbild oder Modell für die in Lateinamerika angestrebte regionale Integration angesehen wird. Auf den beiden letzten Treffen des Forums von São Paulo wurde dies im Zusammenhang mit der Diskussion des Charakters und der Zielstellungen einer sich im Ansatz entwickelten lateinamerikanischen Integration mehr als deutlich. Während das EU-Modell als wirtschaftliche Integration beschrieben wurde, in dem die Interessen der Großkonzerne letztendlich bestimmend sind, entwickeln die Linken Lateinamerikas schrittweise das Modell einer Integration der Völker, die auch deren soziale und kulturelle Interessen berücksichtigt und – dort wo dies gegeben ist – auch die indigene Verwurzelung der Bevölkerung respektiert. Die Volkswirtschaften der Länder sollen in einem solchen Modell komplementär zusammenarbeiten, statt gegeneinander um Auslandsinvestitionen zu konkurrieren. Als Beispiele für eine mögliche zukünftige Entwicklung werden immer wieder die Banco del Sur, TeleSUR, Petrocaribe, aber auch zahlreiche bilaterale Abkommen zwischen lateinamerikanischen Staaten, die den Austausch von Rohstoffen, Wirtschaftsgütern, Nahrungsmitteln und Leistungen zu für beide Seiten vorteilhafte Bedingungen zum Inhalt haben, genannt.

Eine weitere Entwicklung, die die Beziehungen zwischen den linken und demokratischen Kräften in Lateinamerika und Europa belastet, ist das Anwachsen fremdenfeindlicher und rassistischer Tendenzen im Europa der EU. Die Lateinamerikaner verweisen mit Nachdruck darauf, dass Jahrhunderte lang und bis weit in die Mitte des 20. Jahrhundert hinein, Lateinamerika viele Tausende und über die Gesamtzeit gesehen, viele Millionen von Menschen auch und vor allem aus Europa aufgenommen und ihnen eine neue Heimat geboten hat. Die jetzt in Europa zu beobachtende Abschottung gegenüber Migranten aus Lateinamerika, deren politische Diskriminierung und wirtschaftliche Ausbeutung ruft nicht nur unter den linken Kräften Lateinamerikas Empörung hervor. Die jüngst beschlossene Abschieberichtlinie der EU, euphemistisch »Rückkehr-Direktive« genannt, wird als ernste Verletzung der Menschenrechte von Hunderttausenden Lateinamerikanern angesehen.

Insgesamt kann man feststellen, dass die Veränderung in der Einschätzung der Europäischen Union eine der bedeutendsten Positionsveränderungen bei den Linksparteien Lateinamerikas war und das stärkere Besinnen auf eigene Kräfte zum Ausdruck bringt.

Das Verhältnis zwischen den Parteien der europäischen Linken und dem Forum von São Paulo ist durch Solidarität, gegenseitige Wertschätzung und die Existenz

langjähriger Kontakte geprägt. Viele ähnlich verlaufende politische und soziale Prozesse bringen Probleme und Aufgabenstellungen hervor, die oft sowohl in Lateinamerika wie auch in Europa gleich gelagert sind und damit eine Basis für den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit bilden. Diese Zusammenarbeit konzentriert sich aus lateinamerikanischer Seite auf jene europäischen Parteien, die über lange Jahre eine solidarische Haltung zum Kampf in Lateinamerika praktizieren, wie die KP und die Partei der Kommunistischen Wiedergründung Italiens, die KP Griechenlands, die Vereinigte Linke bzw. KP Spaniens und die Portugiesische KP, auch die FKP. Hier bestehen zum Teil auch dauerhafte persönliche Beziehungen aus Studienjahren, Perioden der Emigration, Arbeit an gemeinsamen Projekten.

Die LINKE, wie auch zuvor die PDS, unterhält gute Beziehungen zum Forum von São Paulo und hat an den meisten der Treffen und Veranstaltungen als Beobachter teilgenommen. Und auch die Partei der Europäischen Linken (EL) hat ein profundes Interesse an einem Partner auf vergleichbarer Ebene – wie ihn das Forum von São Paulo bei allen Unterschieden darstellt – gerade auch angesichts des Aufschwungs der Volkskämpfe in Lateinamerika. Allerdings wird die EL in Lateinamerika oft noch nicht richtig in ihrer Bedeutung als neue Form der Zusammenarbeit und Koordinierung eines Teils der Linkskräfte Europas wahrgenommen, was in gewisser Weise auch für die europäische Linke und ihre Wahrnehmung des Forums von São Paulo gilt.

Die konkrete Zusammenarbeit konzentriert sich vor allem auf die gegenseitige Information und den Erfahrungsaustausch. Insbesondere die gemeinsame politische Arbeit in Vorbereitung und während der Durchführung der Welt- und der regionalen Sozialforen sowie bei den Gegenveranstaltungen zu den Lateinamerika-EU-Gipfeltreffen (Enlazando Alternativas) haben zu einem besseren Kennenlernen und Verstehen der Probleme und Arbeitsschwerpunkte beider Seiten geführt.

#### **Zum XIV. Treffen des Forums São Paulo**

Schon auf dem XIII. Treffen wurde über die heranwachsenden neuen Anforderungen gesprochen, auf dem XIV. Treffen war die eindeutige Aussage, eine neue Ausrichtung des Forums mit einem Neustart ist notwendig.

Oft war das Wort vom Übergang einer »Epoche des Wandels zu einem Wandel der Epochen« zu hören. Damit sollte nach Meinung einer Mehrheit der Teilnehmer zum Ausdruck gebracht werden, dass die Etappe des (Abwehr-) Kampfes gegen den Neoliberalismus zu Ende ist oder zumindest zu Ende geht und die konstruktive Gestaltung einer Alternativgesellschaft auf die Tagesordnung gerückt ist. Diese neue Etappe wird vorrangig durch die Wahlerfolge in den verschiedenen Ländern bestimmt und ist auf die weitere Akkumulation der Kräfte des progressiv-demokratischen Lagers sowie die wachsende Einheit und Integration Lateinamerikas und der Karibik ausgerichtet.

Daraus ergeben sich für das Forum von São Paulo – so im Basisdokument für das XIV. Treffen<sup>6</sup> die folgenden Anforderungen, zu deren Umsetzung tatsächlich so etwas wie ein Neustart notwendig wäre.

Im Mai 2008 tagte das Treffen unter dem Motto »Reichtum in der Vielfalt. Einheit – Vielfalt – Integration« in der Hauptstadt Uruguays, in Montevideo.

Ganz im Sinne der Vielfalt stand, wie üblich, über Wochen ein Vorbereitungsdokument den Mitglieds- und Beobachterparteien zur Verfügung. Es gibt Anregungen für die Debatte, gilt aber nicht als Beschlussdokument. Die gemeinsam erarbeiteten Standpunkte und Orientierungen wurden in einer Schlussklärung erfasst, die mit Zustimmung der Teilnehmer als verbindliches Dokument verstanden wird (siehe Anhang).

In Montevideo wurde die Geschichte des Forums São Paulo über die bald zwei Jahrzehnte seiner Existenz in ihren verschiedenen Etappen betrachtet und von der Notwendigkeit einer neuen Etappe, eines Neustarts des Forums ausgegangen.

Die Gründung des Forums 1990 in São Paulo war der Versuch einer Antwort auf den Zerfall des Sozialismus in Europa, womit auch große Belastungen der linken Kräfte in Lateinamerika verbunden waren. Es war auch der Versuch, eigene Antworten auf die Tiefe der Wirkung des Neoliberalismus in Lateinamerika zu suchen.

Beim II. Treffen in Mexiko wurde der Begriff »Forum São Paulo« geprägt. Ab Mitte der neunziger Jahre begann ein Phase des gemeinsamen Kampfes gegen den USA-Imperialismus zur Verhinderung der Bildung einer Freihandelszone in Lateinamerika unter der Vorherrschaft der USA. Mit Beginn 2000 kommt eine 3. Phase zur Entfaltung. In Lateinamerika gewinnt die Linke Wahlen und nunmehr sind Mitgliedsorganisationen des Forums von São Paulo in 13 Ländern an der Ausübung der politischen Macht beteiligt.<sup>7</sup> Politische Orientierung und Solidarität im FSP haben darauf einen nachhaltigen Einfluss gehabt.

Im Basisdokument für das XIV. Treffen wurden folgende Momente für einen Neustart charakterisiert:

- Das Forum von São Paulo soll noch mehr zur wichtigsten Bühne des Erfahrungs- und Meinungsaustausches der Linken Lateinamerikas werden, von dem wichtige Handlungsorientierungen für die Mitgliedsorganisationen ausgehen.
- Das Forum von São Paulo soll weiterhin Ausdruck und Synthese eines breiten Fächers an kulturellen, ethnischen, ideologischen und politischen Fragen sein, seinerseits die verschiedenen Projekte der Linken unterstützen und qualitativ stärken.
- Das Forum von São Paulo soll in Zukunft einen noch stärkeren Beitrag zum Prozess der regionalen Integration leisten und dazu wichtige Fragestellungen und Themen wie z. B. Infrastruktur, Energie, Finanzen, Handel und die Komplen-

6 Documento del XIV. Foro de San Pablo, Montevideo, mayo-2008, La Izquierda de America Latina y el Caribe en el Nuevo Tiempo – La Riqueza de la Diversidad.

7 Um welche Länder es sich handelt, wird in den Dokumenten des XIV. Treffens nicht konkret aufgeführt. Nach Recherchen der Autoren vor Ort werden darunter die folgenden Länder verstanden: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, die Dominikanische Republik, Dominica, Ecuador, Haiti, Kuba, Nicaragua, Paraguay, Uruguay, Venezuela.

tarität auf dem Gebiet der Produktion diskutieren und so einen Beitrag zur Herausbildung einer (weitgehend einheitlichen) politisch-strategischen Position zu dem Fragekomplex der regionalen Integration leisten.

Dies alles erfordert eine noch aktivere Beteiligung aller Mitgliedsorganisationen des Forums von São Paulo an den Prozessen der politischen Meinungsbildung und Abstimmung, ein abgestimmtes Handeln zwischen den einzelnen progressiven Regierungen tragenden politischen Organisationen und Parteien sowie eine gewisse Verbindlichkeit der auf dem Forum von São Paulo gefassten Beschlüsse.

Dies stellt jedoch angesichts der bereits erwähnten Differenziertheit und Unterschiedlichkeit keine leichte Zielstellung dar. Die Gastgeber und Organisatoren des XIV. Treffens waren daher mit der Resonanz, die ihre Vorschläge hinsichtlich eines höheren Grades an Organisiertheit des Forums und einer größeren Verbindlichkeit seiner Festlegungen, gefunden haben, nicht ganz zufrieden.

In allen Etappen hat die Vielfalt im FSP immer eine Rolle gespielt, das gilt auch für die neue Etappe. Sie hat Höhen und Tiefen gebracht, aber den Reichtum der Gemeinsamkeiten bewahren können. Die erzielten Ergebnisse, der Beginn einer Debatte über Sozialismus im 21. Jahrhundert und das Wachsen der Gegenkräfte zum Neoliberalismus lösen einen wachsenden Widerstand reaktionärer Kräfte in vielen Ländern Lateinamerikas aus und rufen die USA mit neuen Anstrengungen auf den Plan. Sie sind bestrebt, in drei Richtungen wirksam zu werden. Kolumbien soll als Speerspitze eingesetzt werden, wie die aggressiven Schritte gegen Ecuador beweisen. Der schon in Chile erprobte Sturz von Salvador Allende und Putschversuche wie in Venezuela sollen als imperialistische Einmischung in lateinamerikanischen Ländern wieder aufgenommen und fortgesetzt werden.

Mit der Aufrüstung und dem Einsatz der IV. Flotte der USA sollen deutliche Zeichen für die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Mittel und Gewalt gesetzt werden. Diese wachsende Aggressivität der USA ist der Versuch, den verlorenen Boden, bis zu Formen des Kolonialismus in der Karibik zurückzuerobern. Ein Vorgang, der die Bedrohung Kubas verstärkt und sich gegen den Vormarsch linker politischer Kräfte und sozialer Bewegungen richtet und jeden Gedanken an Sozialismus im 21. Jahrhundert in Lateinamerika zerschlagen soll.

Wie die Konferenz der EU und Lateinamerikas in Lima zeigte, ist die EU dabei noch immer im Fahrwasser der USA zu finden.

Noch sind Inhalte und Hauptrichtungen des Neustarts des Forums in der Debatte – ein Rahmen dafür zeichnete sich in Montevideo zu diesen Herausforderungen jedoch schon ab. Für das Forum erhebt sich also die Frage, wie es seinen Platz als ein Zentrum politischer Orientierungen auch ausfüllen will. Es war bisher das politische Zentrum für verschiedene Entwicklungen, aus denen neue Ansprüche und Herausforderungen in den jeweiligen Etappen erwachsen. Zwei Momente erscheinen nun für die neue Etappe von besonderer Bedeutung. Integration soll heute heißen, staatliche Vereinbarungen treffen, die die Prozesse bestimmen und gestalten. Noch als das Forum in Montevideo seine Beratungen führte, ver-

einbarten linke Regierungen bei einem Treffen in Brasilien die Gründung der UN-ASUR (Union südamerikanischer Nationen), und im Gespräch sind Bestrebungen für die rasche Bildung eines südamerikanischen Verteidigungsrates. Auf diese Qualität muss sich das Forum neu einstellen, denn seine Mitgliedsparteien sind in den Regierungen vertreten.

Das XIV. Treffen verabschiedete zahlreiche Solidaritätserklärungen, darunter zur Unterstützung der progressiv-demokratischen Kräfte in Kolumbien, Venezuela, Bolivien und weiteren Ländern, vor allem der Karibik. Kuba wurde als ein Bezugspunkt für gesellschaftliche Veränderungen hervorgehoben, die sozialistische Entwicklung Kubas als ständiger revolutionärer Prozess charakterisiert. Die linken Entwicklungen in anderen Ländern entstehen aus Erfolgen der Linkskräfte bei Wahlen.

Bei einem Treffen der Parlamentarier in Montevideo wurde kritisch darauf verwiesen, dass die Rolle der Parlamente trotz der Bestrebungen für einen parlamentarischen Weg völlig unterschätzt wird. So stehen linke Präsidenten einer rechten Mehrheit in Parlamenten gegenüber. Die Parlamente würden in der Verantwortung stehen, die unterschiedlichen Erfahrungen zu erfassen und zu verbreiten. Der Weg zur Überwindung des Neoliberalismus für neue gesellschaftliche Verhältnisse über Wahlen erfordert ständiges Zusammenwirken mit den sozialen Bewegungen und der breiten Entfaltung der Demokratie. Die partizipative Demokratie ist dabei ein wichtiger Faktor.

Betont wurde immer wieder, der demokratische Weg über Wahlen erfordert die ständige Überzeugung der Menschen durch Erfolge, die mit und durch die Linke erzielt werden. Die in den Parlamenten zu beschließenden Gesetze müssen für das Volk sein und durch breite demokratische Mitbestimmung auch Gesetze des Volkes sein. Ein solcher Prozess kann nicht allein Sache der Parteien sein, sondern wird nur gestaltbar durch ein Zusammenwirken mit den sozialen Bewegungen und partizipativer Mitwirkung. Außerparlamentarischer und parlamentarischer Kampf müssen eine feste Einheit bilden.

Das Forum São Paulo wird sein XV. Treffen 2009 in Mexiko veranstalten. Bis dahin sollen weitere Erfahrungen und neue Erkenntnisse gewonnen werden, um als politisches Zentrum der vielfältigen linken Kräfte Lateinamerikas und der Karibik weiter und wieder auf der Höhe der Herausforderungen zu sein.

Die Europäische Linke wäre gut beraten, wenn sie nicht nur Beobachter auf dem Treffen des FSP ist, sondern mit eigenen Debatten und Initiativen an den Prozessen teilnimmt, wenn sie bereit und fähig ist, solche Erfahrungen auch für ihre Debatten und sozialen Kämpfe in Europa aufzunehmen. Absprachen hat es in Montevideo mit Vertretern der ELP und der Linksfraktion im EP gegeben. Sie mit Leben zu erfüllen – darauf kommt es an.



## Neue Momente in der kubanischen Revolution

Der 24. Februar 2008 wird ein historisches Datum in der Geschichte Kubas werden.

Seit bald einem Jahrzehnt setzt die westliche Welt auf die sogenannte Nach-Castro-Zeit und meint damit: Wenn Fidel Castro nicht mehr an der Spitze Kubas steht, wird das sozialistische Kuba dem Schicksal des Sozialismus in Europa folgen und in kürzester Frist im Prozess einer Implosion untergehen.

Nun könnte es heißen: Da mit der Machtübergabe an Raúl weiterhin eine Castro-Zeit bestehen bleibt, müsste noch etwas gewartet werden, aber dann trete das Erwartete doch ein. Doch an dieser Stelle ist Einspruch nötig.

Erstens wird Kuba, nach Höhen und Tiefen, bald den 50. Jahrestag seiner Revolution begehen. Jedes Land schaut auf Symbole seiner Geschichte, und Gleiches gilt auch für die jüngste Geschichte Kubas. Wer die Festung von Havanna besucht, erlebt hier die Kolonialgeschichte des Landes. Er betritt aber auch das Arbeitszimmer des ersten Vertreters der Revolution, des Comandante Che Guevara.

Mit der Solidarität der Sowjetunion und dem Einsatz ihrer Macht vor den Küsten der USA, um eigene Interessen zu sichern, waren Partnerschaft und Abhängigkeit, auch verstärkte Gefahren militärischer Bedrohung durch die USA, verbunden.

Die Sowjetunion existiert nicht mehr, der Realsozialismus in Europa ist untergegangen, die Revolution in Kuba jedoch nicht.

Zweitens hieß es im Jahr 1990, der Kalte Krieg sei beendet, es gebe keine Feinde mehr. Nun gibt es jedoch wieder Kriege, und Kuba steht in den USA wieder bzw. weiterhin auf der Liste der Feinde. Dass eine solche Liste nicht nur von rhetorisch-symbolischer Bedeutung ist, haben viele Länder erlebt, auch Länder in Lateinamerika. Grenada war dafür ein Beispiel. Kuba ist weiterhin bedroht.

Drittens gab es in den 1990er Jahren die »Spezialperiode in Friedenszeiten«, wie sie Fidel Castro nannte, in der sich fehlende Partnerschaften und Zusammenarbeit am stärksten auswirkten. Erst jetzt hat Kuba die wirtschaftliche Leistung wieder erreicht, die es 1990 bereits erbracht hatte.

Der Prozess der kubanischen Revolution hat viele Etappen. Sie sind und bleiben mit Fidel Castro verbunden.

Seit mehr als einem Jahr hat in Kuba eine Entwicklung eingesetzt, die den Erwartungen des Westens geradezu entgegensteht. Ein kurzer Blick in die kubanische Geschichte macht den Vorgang noch besser verständlich. Als der Diktator Batista am 1. Januar 1959 Kuba mit dem Flugzeug verlässt, hatte ein jahrelanger,

mit militärischen Mittel geführter revolutionärer Kampf zum Sieg geführt. Keine äußere Macht hatte daran mitgewirkt, nicht wie die Sowjetunion in Mittel- und Osteuropa nach der Befreiung Europas vom Faschismus beim Aufbau einer anti-kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Die Rebellenarmee unter Führung Fidel Castros hatte den Sieg errungen. Ziel dieses Kampfes war der Sturz der von den USA abhängigen Diktatur und das Ende der imperialistischen Kolonialisierung Kubas gewesen. Das bedeutete aber, die Zuckerfabriken, Eisenbahnen, Bergwerke, den Boden, das Elektrizitätsnetz in neue Besitzverhältnisse zu bringen. Waren sie bisher mehrheitlich in ausländischem Besitz und von Batista geschützt, konnte die Logik der Revolution nur heißen, nicht das kubanische Kapital durch Besitzwechsel zu stärken, sondern den Weg einer sozialistischen Revolution zu gehen. Die wurde nicht umgehend verkündet. Was aber viele Kubaner noch selbst nicht verstanden, hatten die imperialistischen Kräfte in den USA schon begriffen. Im März/April 1961 landeten, ausgehend von den USA, bewaffnete Einheiten in der Schweinebucht, die von den revolutionären Kräften Kubas vernichtend geschlagen wurden. Der Prozess der Revolution in Kuba ging weiter. Was die USA vor der eigenen Haustür verhindern wollten, setzte nun erst recht ein. Dem Bestreben, den Kolonialismus mit militärischer Kraft zu überwinden, folgte die Erkenntnis, dass dies nur durch einen ständigen Prozess revolutionärer sozialistischer Veränderungen geschehen kann. Immer mehr Menschen schlossen sich der Idee der Revolution an, womit der Reaktion der Boden entzogen wurde. In Kuba wuchsen aus einem revolutionär-demokratischen Kampf gegen Diktatur und imperialistische Abhängigkeit die Ziele einer sozialistischen Revolution.

Als sich dieser Prozess entfaltete, tobte der Kalte Krieg in Europa schon in vielfältiger Weise. Die USA, führende Kraft in diesem Kalten Krieg, setzten alle Mittel ein, um den revolutionären Prozess in Kuba zu beenden. Der militärischen Niederlage in der Schweinebucht folgte die am 3. Februar 1962 von Präsident John F. Kennedy verkündete totale Wirtschaftsblockade gegen Kuba. Die Kuba-Krise zwischen den USA und der Sowjetunion im Sommer 1962 wird wohl zu Recht als Höhepunkt im Kalten Krieg bewertet. Wie Dokumente belegen, wurden buchstäblich zehn Minuten vor einem atomaren Krieg von Chruschtschow und Kennedy die Bremsen gezogen und der Abschuss atomarer Raketen verhindert.

Alle diese Tatsachen wurden zu Erlebnissen von Generationen in Kuba, lösten sozialistische Überzeugungen aus, die über Jahrzehnte bewahrt wurden.

So ist es auch noch heute berechtigt, worauf mich mein Freund Oscarito 2008 verweist: »Bei allen Problemen unserer Revolution in der Gegenwart waren nie wie die DDR und sind wir heute nicht wie China. Wer mit uns über unsere Gegenwart und Zukunft sprechen will, darf nicht versuchen, uns von unserer eigenen revolutionären Geschichte zu trennen.« Ein berechtigter Hinweis und zugleich die Herausforderung, das Kuba von heute genauer zu betrachten, die gegenwärtigen Formen imperialer Politik gegenüber Kuba nicht zu vergessen und die Solidarität

mit Kuba zu stärken. Letzteres fällt auch manchem Linken schwer und hängt gewiss vom Standort im eigenen politischen Umfeld und innerhalb der eigenen politischen Geschichte ab.

Jede Generation muss ihren eigenen Weg finden und gehen, als Sozialistin und Sozialist wird niemand geboren. So werden Betrachtungen meiner Generation, die mit jungen Jahren schon im politischen Leben stand, als die kubanische Revolution begann und die bis heute in uneingeschränkter Solidarität mit Kuba verbunden ist, anders ausfallen als die nachfolgender Generationen. Über fast vier Jahrzehnte verbinden mich durch direkte Begegnungen mit Kuba. Und immer wieder hatte ich Neues zu entdecken. Der jüngste Besuch im Februar 2008 könnte zur Zeit einer Zäsur in der revolutionären Geschichte Kubas erfolgt sein. So jedenfalls ist meine Wahrnehmung aktueller Erlebnisse, aus denen sich die folgenden Überlegungen ergeben. Ob es mir dabei gelingt, den notwendigen Abstand zu wahren und bei der engen Verbundenheit mit Kuba nicht nur subjektiven Wünschen verhaftet zu bleiben, wird sich zeigen.

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts wird wieder über Sozialismus diskutiert, und es werden Realitäten für eine solche Entwicklung in Lateinamerika entdeckt. Hugo Chávez hat eine solche Perspektive zum Ziel seiner Politik erklärt und unternimmt große Anstrengungen für die Bildung einer Partei, die ein solches Ziel zum Programm erheben soll. Wenn Ernesto Kroch, ein engagierter Linker aus Uruguay, schreibt »Eine neue Ära hat begonnen« und seinen Blick auf Stand und Perspektiven linker Regierungen in Lateinamerika richtet, hat er damit gewiss Recht. Zu den »radikalen« Regierungen in Lateinamerika gehört in seiner Aufzählung auch Kuba. Was in seinen Betrachtungen dazu offen geblieben ist, soll hier ergänzt werden.

Es lässt sich über Sozialismus im 21. Jahrhundert scheinbar leichter diskutieren, wenn Kuba und China außen vor bleiben und die Geschichte des realen Sozialismus in Europa als eine Kette von Fehlern, Irrtümern und Verbrechen gilt. Der Höhepunkt dieser Betrachtungen ist dann erreicht, wenn die DDR als die zweite deutsche Diktatur im 20. Jahrhundert bezeichnet wird. Wer sich dem deutschen Zeitgeist beugt, wird weder an einer konstruktiv-kritischen Sozialismus-Debatte teilnehmen können, noch den Mut finden, nicht nur berechtigt über Fehler bis hin zu Verbrechen zu diskutieren, die es im Realsozialismus gab, sondern auch Erfahrungen, Erkenntnisse und Errungenschaften zu benennen, die mit ihm verbunden waren und die für eine sozialistische Perspektive im 21. Jahrhundert bedeutsam sein könnten.

In Lateinamerika wird eine neue Ära auch mit Personen verbunden, die linken Regierungen vorstehen. Das gilt für Kuba gleichermaßen. Am 24. Februar 2008, nach Ortszeit gegen 16 Uhr, ergreift der neue Präsident Kubas, Raúl Castro, in der Nationalversammlung das Wort zu seiner ersten Regierungserklärung im höchsten Amt des Landes. Bereits am 31. Juli 2006 hatte Fidel Castro wegen einer schweren Erkrankung seine Funktionen in Staat, Partei und Militär interimistisch auf

seinen fünf Jahre jüngeren Bruder übertragen. Auch wenn formal die Funktion des Generalsekretärs der Partei noch bei Fidel Castro verblieben ist, Raúl führt die Partei auch als 2. Sekretär.

Bei Gesprächen mit Funktionären der KP wurde bezüglich jüngster Entscheidungen und Orientierungen immer auf die Initiative des 2. Sekretärs verwiesen. Was im Staat mit der Wahl vollzogen wurde, ist auch in der Partei Realität. Raúl hat die Verantwortung übernommen. Entgegen den Erwartungen in der westlichen Politik ist mit der Übergabe der Funktion von Fidel auf Raúl Castro kein Machtvakuum und in Kuba keine Instabilität entstanden. Abgesehen davon, dass Raúl von Beginn an nicht einfach neben seinem Bruder Fidel stand, sondern immer eine wesentliche Stütze der Macht war, hat er in den letzten anderthalb Jahren mit seiner Politik und seinem Auftreten zunehmend Vertrauen im Volk und in der Partei gewonnen und so zur Festigung der Stabilität im Land beigetragen. Auch wenn es an der engeren Spitze keine Veränderungen gab, wurden über 40 Prozent der Mitglieder des Staatsrates am 24. Februar neu gewählt. In seinen inzwischen sehr bekannten »Reflexionen« hat sich Fidel Castro am 28. Februar mit Fingerspitzengefühl zu den Personalentscheidungen geäußert. So warb er um Verständnis für die Wahl des 1. Stellvertreters des Präsidenten und Ministerpräsidenten, Machado Ventura, der nun der zweite Mann in Kuba ist, 76-jährig wie Raúl und wie dieser eng mit der Revolution von Anfang an verbunden. Carlos Lage, seit vielen Jahren Stellvertreter des Ministerpräsidenten, ist 56 Jahre alt und gehört weiter dem engsten Führungskreis an, ebenso der 42-jährige Außenminister Felipe Pérez Roque. Das spricht für die Beibehaltung des Kurses, im Zusammenwirken unterschiedlicher politischer Erfahrungen in der Führung alle Generationen in den revolutionären Prozess einzubinden.

Raúl Castro bat um Verständnis, dass er nach der Wahl der Nationalversammlung noch nicht entsprechend der kubanischen Verfassung den Vorschlag zur Zusammensetzung der Regierung unterbreitet hat. Es brauche noch Zeit, um die Inhalte der künftigen Politik, eine entsprechende Struktur der Ministerien im Interesse einer größeren Effizienz ihrer Tätigkeit zu erarbeiten. Die Interimszeit soll also nicht einfach fortgesetzt werden, sondern mit ausgereiften Konzeptionen und geeigneten Personen sollen die anstehenden Probleme gelöst werden.

Die Frage, ob es in Kuba um Entwicklungen innerhalb des bestehenden Systems gehen oder Veränderungen am Sozialismus in Kuba vollzogen werden sollen, ist gewiss nicht als Spitzfindigkeit abzutun. Sie gehört zu den Debatten linker Kräfte in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, die speziell in Venezuela auf eine Politik für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert ausgerichtet ist. Es geht in diesen Debatten und auch in der Politik nicht um den Sozialismus des 21. Jahrhunderts, nicht um ein vorzuziehendes Modell. Überlegungen, die auf ein solches allgemeingültiges Modell abzielen, gehen an den Erfahrungen des Sozialismus im 20. Jahrhundert vorbei und entsprechen schon gar nicht den sehr unterschiedlichen Realitäten Lateinamerikas, von Europa ganz zu schweigen.

Kuba geht in das 50. Jahr seiner Revolution und hat nie aufgehört, diese Geschichte als einen ständigen Prozess zu verstehen, in dem Erfolge erzielt und Fehler gemacht wurden, wie Raúl Castro am 24. Februar betonte, auch im Guten wie im Schlechten Angleichungen an sozialistische Länder Europas erfolgten.

Besuche und Gespräche in unterschiedlichen Bereichen der kubanischen Wirtschaft und Gesellschaft bestätigen diese Betrachtung von Raúl Castro. Gewiss haben spätere Generationen nicht die Erlebnisse und Erinnerungen wie jene, die an der Revolution teilnahmen oder sie erlebten. Aber Geschichte hebt sich nicht auf.

Als Fidel Castro nach dem gescheiterten Sturm auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba 1953 vor Gericht stand und sich als Rechtsanwalt selbst verteidigte, enthielt seine berühmte Rede »Die Geschichte wird mich freisprechen« schon wichtige Programmpunkte und Ziele der Revolution: »Das Problem der Landreform, das Problem der Industrialisierung, das Wohnungsproblem, das Arbeitslosenproblem, das Erziehungsproblem und das Problem der Volksgesundheit, das sind die sechs Probleme, deren Lösung wir sofort in Angriff nehmen werden, ebenso wie die Wiederherstellung der Grundrechte und der politischen Demokratie.«

Nicht alle Probleme sind so gelöst, dass die Ergebnisse mit Befriedigung betrachtet werden können. Auf allen genannten Gebieten haben sich jedoch große Veränderungen vollzogen, und neue Probleme treten folglich auf, die neue Lösungen erfordern.

Immer wieder erklärten meine Gesprächspartner: Wir haben an der großen Volksaussprache vor der Wahl teilgenommen; unsere Ideen, Vorschläge, Erwartungen sind auch unter den 1,2 Millionen, die dabei insgesamt unterbreitet worden sind.

Eine Landreform wurde schon 1959 durchgeführt. 850.000 ha Land wurden enteignet, davon 420.000 ha an Kleinbauern verteilt. Bei der Fortsetzung der Reform blieb privater Landbesitz zum Teil bestehen, ein Teil wurde genossenschaftlich bearbeitet, die größeren Staatsfarmen erhielten den größten Stellenwert. Es vollzogen sich damit gewaltige Veränderungen, die die USA mit einer Wirtschaftsblockade sofort auf den Plan riefen. Mehr als die Hälfte des Bodens war in den Händen ausländischer Eigentümer gewesen, und die Zuckerrohrproduktion in Kuba erfolgte unter dem Dach großer US-Unternehmen.

Die Sowjetunion vereinbarte 1961 mit Kuba vertraglich, jährlich eine Mio. t Zucker zu importieren, und Präsident Eisenhower strich den Import von 700.000 t Zucker aus Kuba. Das setzte damals deutliche Zeichen. Das Bild, das man heute als Besucher erhält, mag in vielen Punkten oberflächlich sein, und doch macht es vielfältige Probleme deutlich, auf deren Lösung Raúl Castro am 24. Februar die Aufmerksamkeit richtete. Nach der Revolution war die »Zafra«, die Ernte des Zuckerrohres, die größte Wirtschaftskampagne in Kuba. Das höchste angestrebte, aber nie erreichte Ziel waren zehn Mio. t Zucker im Jahre 1970. Heute machen rund zwei Mio. t den Jahresertrag aus. Brasilien bringt 18 Mio. t Zucker auf den Markt und ist als Konkurrent heute überlegen.

Die Versorgung in Kuba erfordert gegenwärtig Lebensmittelimporte im Wert von 1,6 Mrd. US\$. Die privaten Kleinbetriebe erbringen die Hälfte der Versorgung. José Luis Rodríguez, der Minister für Wirtschaft und Planung, sieht nur den einen Ausweg: Kuba muss und kann seine eigene Versorgung sichern. Flächen, die wie in anderen Ländern Lateinamerikas auch in Kuba brachliegen, müssen zu landwirtschaftlichen Nutzflächen werden. Und Mittel, die durch zusätzliche Erträge frei werden, sollen zum großen Teil in die Modernisierung der Landwirtschaft fließen, unter anderem in die Bewässerung, um höhere Erträge bei Obst und Gemüse zu erreichen. Der Maisanbau soll so entwickelt werden, dass er über den direkten Anteil an der Ernährung auch in der Milch- und Fleischproduktion höhere Leistungen ermöglicht.

Das steht im Zusammenhang mit einem Thema, dem sich Fidel Castro schon 2007 in einer der »Reflexionen« mit einer grundsätzlichen Betrachtung widmete. Er bezog sich auf die Entwicklung in Brasilien, wo der Mais in wachsendem Umfang nicht mehr für die menschliche Ernährung eingesetzt, sondern zu Bio-Kraftstoff verarbeitet wird. Die Menschen hungern, und die großen Produzenten machen gewaltige Profite. Aber der Kreislauf geht noch weiter. Die Konkurrenz macht den Maisanbau für Kleinbauern unrentabel und steigende Preise für Maisfladen sind im Ursprungsland des Maises, in Mexiko, für immer größere Teile der Bevölkerung bei sinkendem Einkommen nicht mehr bezahlbar. Der globale Kapitalismus zeigt auch in dieser Form seine zerstörerischen Auswirkungen. Raúl Castro greift das Problem in seiner Rede unter kubanischen Gesichtspunkten auf. Zentrale Regelungen würden Initiativen vor Ort noch häufig bremsen. Inzwischen seien Gemeinden dabei, die Milchversorgung mit eigenem Aufkommen zu sichern. So konnten mehr als 6.000 t Milchpulver im Wert von 30 Mio. US\$ eingespart werden. Die regionale Versorgung ersparte dazu den Einsatz von 600.000 Liter Benzin.

Der Besuch im Projekt Valle del Perú, welches von »Cuba Sí« solidarisch betreut wird, zeigte, wie eine große Staatsfarm um höhere Produktivität in der Milchproduktion ringt. »Milch für Kubas Kinder« heißt das Ziel der Solidarität. Auf dieser Farm war zu erleben, wie groß ihre Wirkung ist. Die sozialen Fragen rücken auch auf dieser Farm nach der genannten Volksaussprache stärker in den Mittelpunkt. Die Wohnungsfrage, Versorgungsprobleme, Personennah- und Fernverkehr, alles kommt zur Sprache; aber im Mittelpunkt der Debatten bleibt das Engagement für die Milchproduktion mit gesunden Kühen und hoher Milchleistung.

Welche Einrichtungen des Gesundheitswesens wir auch besuchten, ob die Augenklinik, die Gesundheitszentren in Havanna oder eines in den Bergen bei Cienfuegos, wir konnten uns vom hohen Niveau der medizinischen Betreuung überzeugen, sei es nun für Schwangere oder für Senioren. Und immer begleitete uns der Hinweis auf die umfangreiche solidarische Hilfe, die Kuba in vielen Entwicklungsländern leistet. Es sind etwa 25.000 Ärzte und Schwestern dort im Einsatz. Ei-

nen besonderen Platz nimmt Venezuela ein, wobei auch der beiderseitige Nutzen enger Beziehungen eine Rolle spielt. Etwa 15.000 Kräfte des Gesundheitswesens und auch viele Lehrerinnen und Lehrer sind dort tätig und helfen, das Programm der Chávez-Regierung zur Überwindung des Analphabetentums zu verwirklichen. Die gemeinsame spanische Sprache lässt dabei keine Barrieren entstehen.

Auch wenn Kuba heute schon 46 Prozent seines Energieverbrauches durch Erdöl und Erdgas aus eigenem Aufkommen sichert, ist in Cienfuegos sichtbar, wie wichtig die solidarischen Vereinbarungen mit Venezuela für Kuba sind. Im dortigen Hafen wird gerade ein Öltanker aus dem befreundeten Land abgepumpt.

Und beim Besuch der Lateinamerikanischen Universität zur Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten aus über 30 Ländern war eine andere Seite kubanischer Solidarität zu erleben. Der Campus dieser Universität war einst die Militärakademie zur Ausbildung von Offizieren der kubanischen Marine. Manche von ihnen haben an den Aktionen der kubanischen Armee im Befreiungskampf des Volkes von Angola in den 1970er und 1980er Jahren teilgenommen. Das mag ein strittiges Thema sein. Es gehört jedoch zum politischen Verständnis dieser Zeit und die militärischen Auseinandersetzungen in Afrika waren ein Ausdruck der aus dem Kolonialsystem hervorgegangenen Konflikte auf diesem Kontinent. Es war den USA nicht möglich, eine Verurteilung Kubas für diese Solidarität mit Angola in die Vereinten Nationen zu tragen.

Das Andenken an jene, die in diesen Kämpfen ihr Leben gelassen haben, wird in Kuba hoch gehalten und bewahrt, wie Fidel Castro in seiner Rede 2001 beim Treffen des Forums São Paulo in Havanna betonte. Kuba verfolgte in Angola keine Ziele neuer Kolonialisierung und hinterließ keine kubanischen Garnisonen zur Sicherung eigener Interessen, wie das beispielsweise Frankreich noch heute in mehreren afrikanischen Ländern macht.

Kuba hat nicht aufgehört solidarisch mit Entwicklungsländern zu sein. Der Campus der Lateinamerikanischen Universität für die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten setzt dafür ein eigenes Zeichen.

Während eines Besuches in der Universität von Havanna erinnerte man sich noch genau an eine Rede, die Fidel Castro dort am 17. November 2005 gehalten hatte. In dieser Rede wurde die Sorge Fidel Castros um die Art und Weise des Fortganges der Revolution sichtbar. Da wurde Klartext über Erscheinungen wie Korruption, geringe Motivation für hohe Leistungen und anderes gesprochen und die Überzeugung bekundet, dass auch die heutigen und nachfolgenden Generationen verstehen werden, dass die Zukunft Kubas und des Kontinents mit dem revolutionären Prozess zum Sozialismus hin verbunden bleibt.

Eigentlich war das keine Rede im üblichen Sinne, über weite Strecken eher die Unterhaltung eines Mannes, der vor 60 Jahren an der Universität zum Studium aufgenommen worden war, mit den Studenten von heute. Er spannte einen weiten Bogen von der Vergangenheit bis in die Zukunft. Der Alltag Kubas mit all den Sorgen der Menschen fand Beachtung, es wurde keine Unfehlbarkeit gepriesen

und an die Jugend gewandt die Aufforderung ausgesprochen, den Revolutionsprozess nicht abreißen zu lassen. Daran wurden wir auf unterschiedliche Weise schon wenige Tage später erinnert. Unweit von Havanna hatte die Sowjetunion auf vertraglicher Basis mit Kuba eine Militärbrigade stationiert, die mit gewaltigen Radaranlagen den Luftraum der USA über weite Strecken auskundschaftete. Im Jahr 2001 kündigte Russland mit einseitiger Entscheidung den Vertrag über diesen militärischen Standort. Die Pacht sei zu hoch und der Kalte Krieg überholt. Die kubanische Seite entschloss sich, auf Initiative von Fidel Castro den militärischen Charakter des Objektes aufzugeben. Das Gelände wurde zum Campus der Universität für Informatik.

Wo sich einst Kasernen und Kriegsgeräte befanden, leben und studieren schon jetzt über 12.000 Studentinnen und Studenten. Bald werden es 15.000 sein. Für das Studium in den meisten Fachdisziplinen werden die Studenten an regionalen Universitäten und Hochschulen immatrikuliert. Für das zukunftsorientierte Studium der Informatik sind alle Kräfte auf eine zentrale Universität konzentriert. Im Landesdurchschnitt gehört ein gutes Drittel der Studenten dem kommunistischen Jugendverband an. An dieser Universität sind es etwa 80 Prozent. Die ersten, etwa 1.300 Studenten haben die Universität bereits nach erfolgreichem Examen verlassen. Die Kapazität der Universität und der Bedarf an Absolventen wird zu einer Herausforderung für Wirtschaft, Forschung und Verwaltung werden. Rechner und Programme sollen einen Beitrag zu wachsender Effizienz in allen Bereichen der Gesellschaft leisten. Vieles hängt nicht allein vom guten Willen und einer soliden Ausbildung ab, sondern vor allem von der Kraft zur Modernisierung in Wirtschaft und Wissenschaft, bei den Dienstleistungen und zunehmender Lebensqualität der Bevölkerung.

Ein Unternehmen wie die Erdölraffinerie in Cienfuegos meldet bereits Anforderungen in einer solchen Richtung an. Auch wenn die Grundlagen der Ausrüstung dort noch aus der Sowjetunion stammen und für einige Jahre konserviert waren, die Erdöllieferungen aus Venezuela haben nach gründlicher Modernisierung zur Inbetriebnahme geführt, wozu auch eine moderne Steuerung der Produktion und Datenverarbeitung bei der Leitung des Betriebes gehört. Auch hier zeigt sich, dass sowjetische Technik nicht ausgemustert werden kann, wenn die Wirtschaftskraft es noch nicht ermöglicht, aber eine Lehre aus dem Jahr 1960, die schon Che Guevara als Minister zog, ihre Beachtung findet. Schon damals kam eine kubanische Arbeitsgruppe nach dem Studium sowjetischer Wirtschaftsführung zu dem Schluss, mit dem Rechenschieber ließen sich Betriebe mit 5.000 Beschäftigten nicht leiten und Che meinte, mit ideologischer Orientierung auch nicht. Gewiss, davon war 2008 keine Rede mehr, aber dafür wurde über Bedingungen und Methoden moderner Betriebsführung gemeinsam mit Experten aus Venezuela gesprochen.

Das komplexe Problem der Informatik war auch in der Solidarität von »Cuba Sí« sichtbar. Die Milchproduktion in der Farm Valle del Perú vollzieht sich unter



den Bedingungen eines landwirtschaftlichen Großbetriebes. Auch hier hält die Re-  
chentechnik mehr und mehr Einzug in Planung und Leitung des Projektes. Bald  
werden Absolventen der Universität für Informatik hier gefragte Mitarbeiter sein.  
Ob alles in den Einzelheiten wie gedacht verläuft, scheint weniger wichtig. Aber  
der Gedanke von Fidel Castro, über den er an der Universität in Havanna sprach,  
bleibt bedeutsam und entscheidend. Die heutigen Absolventen sind die dritte oder  
vierte Generation nach der Revolution. Ihre Großeltern oder Urgroßeltern gehören  
zu denen, die die Revolution mitgemacht oder erlebt haben und in ihrer großen  
Mehrheit daran festhalten. Ihre Eltern haben die Solidarität der Sowjetunion und  
der sozialistischen Länder Europas erlebt, darunter auch der DDR. Hier haben vie-  
le Zehntausende gearbeitet und auch Hunderte studiert. Sie erlebten die »Spezial-  
periode« ohne diese Solidarität und hielten am Prozess der Revolution fest. Eines  
aber spüren alle Generationen seit 1960, die Blockade der USA, die mit allen Ele-  
menten des Kalten Krieges verbunden ist und noch immer bleibt. Natürlich erlebt  
jede Generation diesen Vorgang anders, nur eins bleibt: Die Präsidenten der USA  
haben mehr als ein halbes Dutzend Mal gewechselt, der Kampf gegen Kuba aber  
hat dabei nichts an Schärfe und Aufwand, bis zu Brutalität und Rechtsbruch ver-  
loren, wie die Urteile gegen die, wie es in Kuba heißt, »fünf Helden« zeigen. Die  
Front der Treuesten auf der Seite der USA ist nicht so einheitlich geblieben, wie  
sie einmal war, aber zerschlagen ist sie auch noch nicht.

Wenn unter solchen Bedingungen die »Nach-Castro-Zeit« auch mit der Er-  
klärung von Fidel, keines der von ihm einst ausgeübten Ämter weiterhin zu  
führen, nicht ausbricht, sind innere und äußere Faktoren doch wirksam. Der Pro-  
zess der Revolution in Kuba hat sich auf jeden Fall als flexibel erwiesen.

Es war Raúl Castro, der dazu aufforderte, die Neuwahl der Nationalversamm-  
lung als eine große Volksaussprache zu gestalten. Nach eigenen Angaben haben  
daran 3,6 Mio. Bürgerinnen und Bürger teilgenommen. Es liegen nun über 1,2  
Mio. Vorschläge und kritische Hinweise vor, die von großen Erwartungen für not-  
wendige Verbesserungen und Veränderungen sprechen. Damit ist ein neues Ele-  
ment im gesellschaftlichen Leben Kubas zur Wirkung gekommen. Bei eigenen  
Nachfragen in den Gesprächen in Betrieben, in Zentren des Gesundheitswesens,  
in Revolutionskomitees der Wohngebiete und im Bildungsbereich waren die Ant-  
worten sehr klar und deutlich.

Zunächst wurde zwischen eigener, regionaler und Ebene der Republik unter-  
schieden. Die beiden von Raúl Castro am 24. Februar genannten Probleme von  
Lohn und Preis und von zwei Währungen waren wohl allerorts ein Thema. Immer  
wurde die Verantwortung der Führung des Landes betont. Wohnungssorgen, große  
Mängel im örtlichen Personenverkehr, bessere Leitung und weniger Bürokratie  
spielten auch eine Rolle.

Nicht immer ist es leicht, zwischen dem zu entscheiden, was sich aus den Aus-  
wirkungen der Blockade der USA ergibt und was aus eigener Kraft angepackt  
werden müsste, wurde gleichfalls betont. Zwischen Verständnis für Probleme, Be-

reitschaft zur Mitarbeit, um sie zu überwinden, Abwarten auf Lösungen und passiver Distanz verlaufen die Grenzen.

Da es nicht an Verurteilungen und Vorbehalten zu Kuba in Erklärungen europäischer Regierungen bis in das Europäische Parlament und bei »linken« Abgeordneten fehlt, sei hier Raúl Castro zitiert: »Im Dezember habe ich von einem Übermaß an Verboten und Regulierungen gesprochen, und in den kommenden Wochen werden wir anfangen, die einfachsten von ihnen aufzuheben. Viele von ihnen hatten als einzigen Zweck, die Entstehung neuer Ungleichheiten zu verhindern in einem Augenblick allgemeiner Knappheit. Das führte allerdings so weit, dass bestimmte Einkommensquellen nicht mehr wahrgenommen werden konnten. Die Abschaffung anderer Regulierungen, auch wenn manche einfach erscheinen mögen, wird mehr Zeit benötigen, da für sie umfassendere Untersuchungen und Änderungen bestimmter gesetzlicher Vorschriften erforderlich sind. Außerdem sind einige von ihnen abhängig von den Maßnahmen, die von den aufeinanderfolgenden US-Regierungen gegen unser Land verhängt wurden.«

Die inneren Faktoren standen im revolutionären Prozess Kubas immer im Wechselverhältnis mit den äußeren. Die Tatsache, dass sich das mutige kubanische Volk mehrheitlich zur Revolution bekannte, die ausländischen, vor allen amerikanischen Großgrundbesitzer, enteignete und den Weg einer sozialistischen Entwicklung einschlug, wollte der USA-Imperialismus zu keinem Zeitpunkt akzeptieren. Auch nach dem Ende der Sowjetunion ging Kuba diesen Weg weiter, und die Hoffnung auf das Ende des revolutionären Prozesses nach einem Rücktritt Fidel Castros geht nicht in Erfüllung. Es wird in einem weiteren Verlauf der Entwicklung nicht zu erwarten sein, dass die USA grundlegende Veränderungen in ihren Beziehungen zu Kuba anstreben. Ob sie jedoch das Maß ihrer Aggressivität uneingeschränkt fortsetzen können, bleibt offen. Die neue Ära in Lateinamerika mit einer Vielzahl linker Regierungen bringt noch keine grundlegenden Veränderungen in den Bestrebungen der USA, setzt ihnen aber Grenzen.

Schon wenige Tage und Wochen nach dem 24. Februar hat Raúl Castro erste Zeichen für die Ernsthaftigkeit seiner Absichten gesetzt. Unbearbeiteter Boden wird Kooperativen übergeben, die ihn als Pachtland bearbeiten werden. Der Verkauf von Handys und Rechnern, erweiterter Zugang zum Internet, Zugang zu bisher nur Touristen vorbehaltenen Hotels sind Zeichen sogenannter Öffnung, aber auch materieller Anreiz zu Leistung.

Auch wenn die Todesstrafe noch nicht abgeschafft wurde, bereits gefällte Urteile werden nicht vollstreckt. Natürlich wäre die Aufhebung der Todesstrafe ein wünschenswerter Schritt. Aber Raúl Castro begründete, dass er noch ausgesetzt werden müsse, so lange die aggressive Bedrohung Kubas besteht. Kein Schritt bei den anstehenden Veränderungen wird einfach sein. Der Appell an die Bürgerinnen und Bürger des Landes, Geduld und Vertrauen zu haben, wird wiederholt nötig sein. Hier sei nur daran erinnert, wie viel wirtschaftliche Kraft 1958 notwendig war, als in der DDR die Lebensmittelkarten abgeschafft worden sind. Das Ver-

hältnis von Löhnen und Preisen kam auf den Prüfstand und für die Versorgungssicherheit mussten die notwendigen Waren bereitgestellt werden. Vergleichbare Probleme werden in Kuba auftreten, wenn das System einer doppelten Währung aufgehoben wird.

Für 2009 ist die Durchführung des 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas angekündigt. Die Abstände zwischen den Parteitagen der KPK waren bisher groß. Gerade deshalb lassen sich an die schnelle Ankündigung auch dieses Ereignisses besondere Erwartungen knüpfen. Ein solcher Parteitag macht nur Sinn, wenn er auf der Höhe der Zeit ist. Das gilt für konkrete aktuelle Entscheidungen wie für die weitere sozialistische Orientierung, auch für die Wahl der Führungskräfte, die dafür die Verantwortung übernehmen.

Die neue Ära in Lateinamerika hat für Kuba noch eine besondere Bedeutung. Hier sind die Veränderungen das Ergebnis eines langen revolutionären Prozesses, der durch militärischen Kampf eingeleitet und von einer kommunistischen Partei weiter geführt wurde. Die linken Regierungen auf dem lateinamerikanischen Kontinent kamen im letzten Jahrzehnt durch Wahlen in die Verantwortung. Daraus ergeben sich eine Reihe theoretischer Fragen, die gründliche Analysen verlangen.

Auf dem XIV. Treffen des Forums São Paulo im Mai 2008 in Montevideo wurde die uneingeschränkte Solidarität mit Kuba immer wieder betont und die Rede des Sekretärs des ZK der KP Kubas, Fernando Ramirez, mit Zustimmung aufgenommen. Die Wahlerfolge und daraus folgende Möglichkeiten für den Aufbau einer gerechten Gesellschaft wurden in besonderer Weise charakterisiert. »Wir haben die Regierung, aber nicht die Macht«, hieß es. Gemeint ist die Tatsache, dass eine linke Mehrheit im Parlament oder die direkte Wahl eines linken Präsidenten das Wirken der neoliberalen Kräfte im Land nicht aufhebt. Die neue Ära steht in Lateinamerika erst am Anfang ihrer Entwicklung. Sie wird immer wieder mit Sozialismus im 21. Jahrhundert verbunden. Ein solches Ziel erfordert konkrete Analysen der gegenwärtigen Gesellschaften, die in den einzelnen Ländern Lateinamerikas sehr unterschiedlich sind und sich von der kubanischen wiederum unterscheiden. Erst daraus sind Antworten für künftige revolutionäre Prozesse zu gewinnen.

Hier sei eine Bemerkung angefügt. Die jetzt verkündeten Ziele haben durchaus etwas mit den Rechten der Menschen in Kuba zu tun, die weiter verbessert werden sollen. In wie vielen westlichen Demokratien wird gerade jetzt darüber gestritten, welche Verbote neu zu schaffen sind. Das geschieht mit dem ständigen Argument einer Bedrohungsgefahr. Niemand wird aber behaupten wollen und beweisen können, dass nur eine Bombe oder Granate aus Kuba die USA bedrohen oder bereits getroffen hätte. Dass Kuba schon den Versuch einer Aggression erlebt hat, ist jedoch nicht zu bestreiten. Das war zwar im Jahre 1962 in der Schweinebucht, aber eine Erklärung von Seiten der USA, so etwas würde sich nicht wiederholen, gibt es bis heute nicht. Wer anstelle einer Dialogbereitschaft, die Kuba anbietet, auf Verurteilung setzt, hilft Fronten zu verhärten und trägt nicht zur Verständigung bei.

Zurück zur Frage der sozialistischen Revolution in Kuba. Sie ist Teil des Umbruchsprozesses in ganz Lateinamerika. Es wird kein allgemeingültiges Modell des lateinamerikanischen Sozialismus geben. Er wird sich mit unterschiedlichen Elementen in den verschiedenen Ländern entwickeln. Kuba kann und wird an diesem Prozess mit den Besonderheiten aus der eigenen Geschichte heraus teilhaben und wird ihn mit eigenen Erfahrungen bereichern.

## **Brasilien – Lula zwischen Neoliberalismus und Reformaufbruch**

Im Februar dieses Jahres verzeichnete die brasilianische Wirtschaft ein Wachstum von sieben Prozent. 2007 wuchs das Bruttoinlandsprodukt Brasiliens um 5,7 Prozent. Geht diese Entwicklung bis zum Ende des Jahres 2008 so weiter, kann nach Meinung von Wirtschaftsanalysten die Wachstumsrate von 2007 wiederholt werden. Schon wird davon gesprochen, dass ein Wachstum von ca. sechs Prozent als neues »Wirtschaftswunder« während des zweiten Mandates der Regierung Luiz Inácio Lula da Silva bezeichnet werden kann. Bei einem Bevölkerungswachstum von 1,3 Prozent jährlich hat sich das Pro-Kopfeinkommen der Bevölkerung durchschnittlich um 2 bis 3 Prozent erhöht.

Erweitert haben sich die Möglichkeiten der Kreditfinanzierungen, die 2007 bei einer Summe von einer Billion Reais lagen. Das widerspiegelt sich u. a. auf dem Automarkt, der im Januar 2008 eine Steigerung der Verkäufe von 40,6 Prozent und 36,8 Prozent im Februar verzeichnete. Nach Henrique Meirelles, dem Präsidenten der Zentralbank, zahlen sich jetzt die »Dividenden der Stabilität« aus. Nach ihm hat Brasilien nicht nur das Vertrauen der Konsumenten, sondern auch das des nationalen und internationalen Finanzmarktes und Unternehmertums zurückerobert. Mehr und mehr Unternehmen erweitern durch Investitionen ihre Aktivitäten, transnationale Konzerne entdecken Brasilien neu oder verstärken ihre Positionen dort.

Unterstützt von der Einschätzung des aktuellen »Wunders« und ausgehend von der These, dass Brasilien kaum unter der US-amerikanischen Krise leidet, behauptet Ricardo Amorim, Exekutivdirektor der WestLB, dass »sich die Weltwirtschaftsachse von den Industrie- hin zu den Wachstumsländern verschoben hat und in Brasilien die amerikanische Rezession nicht zu spüren ist«.

Brasilien durchlebt eine Phase des Wachstums. Die Jahre mit den niedrigen Zuwächsen von 1 bis 2 Prozent scheinen vergessen zu sein. Es steht aber die Frage, was real in der brasilianischen Gesellschaft abläuft und welche Konsequenzen sich daraus für die politische und soziale Entwicklung ergeben.

### **Brasilien zu Beginn des 21. Jahrhunderts**

Die Regierungen Collor de Mello (1990-1992) und Fernando Henrique Cardoso (1994-2002) öffneten die Tore des Landes für die Politik des Neoliberalismus. Mit

den Privatisierungen, der Deregulierung und dem weiteren Eindringen ausländischen Kapitals vollzogen sich in der Struktur der brasilianischen Gesellschaft und der Wirtschaft wesentliche Veränderungen. Der Neoliberalismus, der eine postkoloniale Wirtschaftsstruktur vorfand, verstärkte einerseits die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Strukturen des Landes und vertiefte andererseits deren abhängigen Charakter. Der globalisierte Kapitalismus demontierte die Rolle des Staates und ordnete die Politik der Wirtschaft und den ausländischen Kreditoren unter. Er eroberte sich Brasilien als Feld neuer möglicher hoher Kapitalgewinne.

Transnationale Unternehmen und ausländische Banken dominierten die brasilianische Wirtschaft.

Vorteilhaft für die Position Brasiliens im internationalen Rahmen wirkte sich die positive Lage der internationalen Wirtschaftskonjunktur aus. Mit ihr kamen Kapital und ausländische Investitionen. Mit der US-Administration gab es eine stille Übereinkunft, die Regierung Lula nicht zu belasten. Für die Situation in Brasilien bedeutete es weniger Druck seitens der herrschenden Eliten und die Bereitschaft der Regierung, dem internationalen Kapital weitere Konzessionen einzuräumen.

### *Dominanz des Auslandskapitals*

Allein in den Jahren 2006/2007 nahmen ausländische Banken und Unternehmen, die in Brasilien tätig sind, über 445 Mrd. Dollar Kapital aus dem Ausland auf. Eine Welle von Fusionen und Verkäufen staatlicher Unternehmen vollzog sich im Jahr 2000, dem Jahr mit der höchsten Anzahl von Privatisierungen. Diese Entwicklung war auch in der Metallurgie, dem Erzbergbau und im Bankensektor zu beobachten.

In der Folge registrierten transnationale Großunternehmen Rekordgewinne: Im Vergleich zu 2006 erhöhten sich die Gewinne ausländischer Unternehmen um 45,6 Prozent. Im Jahre 2007 wurde eine Steigerung der von ausländischen Unternehmen rückgeführten Gewinne von 27,8 Prozent im Vergleich zu 2006, total eine Summe von 15,984 Mrd. US\$ vermeldet. Im Vergleich zu den Jahren 1999 bis 2002 haben sich 2006 die Gewinne der transnationalen Unternehmen verdreifacht. Von zehn Dollar, die in Brasilien investiert wurden, wurden sechs als Gewinn rückgeführt.

Besonders profitierten die Banken von diesem Boom. Die von ihnen 2006 überwiesenen Gewinne von 1,4 Mrd. US\$ machten 10,1 Prozent der 13 Mrd. US\$ aus, die ins Ausland rücküberwiesen wurden (Energieunternehmen 1,378 Mrd., Metallurgie/Automobilindustrie 1,318 Mrd. US\$).

Gleichzeitig ändert sich die Anlagenrichtung. Im Sektorservice erhöhten sich die Kapitalinvestitionen von 8 auf 16 Prozent, im Bankensektor von 0 auf 8 Prozent und in der Industrie von 13 auf 25 Prozent.

1 | Jornal Valor Económico, 13.3.2008.

Brasilien nimmt im internationalen Ranking den achten Platz beim Erhalt ausländischer Kapitalinvestitionen nach China, USA, Russland und Indien ein.

### *Der globalisierte Kapitalismus verändert die Gesellschaft*

Am Beispiel der Fluggesellschaft GOL sprechen brasilianische Ökonomen von einem »neuen Kapitalismus«, der sich im Lande entwickelt hat.

Diese Fluggesellschaft, die unter dem Namen Àurea-Gruppe ihren Ausgangspunkt im Eisenbahnwesen nahm, hat ihren Marktanteil vom Jahr 2001, in dem sie sechs Flugzeuge besaß, von 5 Prozent auf 37 Prozent im Jahre 2006 erhöht. Das Prinzip: »niedrige Tarife – niedrige Kosten«. Inzwischen hat GOL die traditionelle brasilianische Fluggesellschaft Varig aufgekauft und einen Jahresumsatz von einer Mrd. Reais erreicht.

Das Besondere an diesem Beispiel: Der Seniorchef ist Großgrundbesitzer im Staat Bahia. Sein Sohn Oliveira Junior, Präsident des Unternehmens, zählt mit einer Milliarde US\$ zu den jüngsten Milliardären Brasiliens. Nach Angaben der Presse beschäftigt der Senior auf seinen Ländereien Menschen, die 6 bis 15 Reais Tagelohn erhalten. Das Brasilien des 21. Jahrhunderts steckt mit seiner gesellschaftlichen Entwicklung noch teilweise im 19. Jahrhundert.

### *Die relative Deindustrialisierung verstärkt sich. Brasilien – das Unternehmen für den Weltmarkt*

Im Ergebnis der völligen Liberalisierung des Kapitalzuflusses verstärkte sich die Tendenz zur weiteren relativen Deindustrialisierung. Die brasilianische Industrie, besonders die mittlere und kleine, wird erdrückt und bleibt im Vergleich zur Entwicklung in den Industrieländern und anderen Schwellenländern zurück. Die mit dem Plano Real zur Zeit Fernando Henrique Cardosos aufgewertete brasilianische Währung brachte Geld auf den Wechselmarkt, das sich vor allem das spekulative Kapital zu eigen machte und zur Geldvermehrung einsetzte. Auf der Strecke blieben die Investitionen und die kleine und mittlere Industrie (besonders bezogen auf Schuhindustrie im Staat Rio Grande do Sul)<sup>2</sup>

Entgegen den Möglichkeiten, die Brasilien sowohl vom Standpunkt der Ressourcen als auch der wirtschaftlichen Voraussetzungen hat, verharrt das Land in widersprüchlichen Entwicklungstendenzen. Es bleibt in Zeiten der Globalisierung nach wie vor ein Land des Exportes von Rohstoffen und sogenannte commodities (Soja, Holz, Zellulose, Fleisch, Leder, Säfte, Alkohol usw.).

Selbst beim Export hochwertiger Produkte wird im Lande kaum Wert zur Ware hinzugefügt, es wird zusammengebaut, was aus dem Ausland importiert wird.

2 Der südlichste brasilianische Bundesstaat. Brasilien hat 26 Bundesstaaten und einen föderalen Distrikt, die Hauptstadt Brasília.

Das ist der Fall in der Elektro-, Fahrzeug (Pkw, Lkw, Busse) und Maschinenindustrie. Diese Sektoren tragen wenig zur Schaffung von Arbeitsplätzen oder Verbreitung neuer Technologien bei, weil diese schon in den importierten Erzeugnissen enthalten sind.

Der Export von Rohstoffen (selbst wenn sie etwas »veredelt« sind: an Stelle von Früchten jetzt Fruchtsäfte) zu hohen Preisen bremst den Export anderer Produkte, macht Brasiliens Wirtschaft anfällig und verhindert die Schaffung eines Binnenmarktes für Eigenproduktionen, da der Konsument ausländische Waren kauft.

Auch heute noch produziert Brasilien für den Außenmarkt, was einer neokolonialen Wirtschaftsstruktur gleichkommt. Brasilianische Soziologen wie Gilberto Freyre, Caio Prado, Florestan Fernandes gehen davon aus, dass Brasilien in den vergangenen Jahrhunderten kaum Umbrüche erlebt hat, d. h. dass eine Kontinuität der wirtschaftlichen Ordnung als Kolonie und abhängige Nation zu verzeichnen ist, und das Land im Wesentlichen immer für den Außenmarkt zur Befriedigung der Interessen des Weltkapitalismus produziert hat. In diesem Sinne hat sich in Brasilien eine Abfolge von »Wundern« ergeben. Noch als portugiesische Kolonie bestanden solche »Wunder« in dem Hoch der Zuckerproduktion, später des Goldes und des Kaffeebooms.

### *Die Herausbildung des Agrobusiness*

Das »Wunder« der Gegenwart ist die Verwandlung des brasilianischen Agrarsektors.

Zu verzeichnen ist eine Verschmelzung der bisher dominierenden Form der Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft, den Latifundien, mit dem Industrie- und Bankkapital zum sogenannten Agrobusiness. Dessen charakteristisches Merkmal ist die territoriale Expansion und die Produktion von nachwachsenden Pflanzen für die Energie -und Treibstoffherstellung. 2006 wurden 2,2 Mrd. US\$ in den Bau von Zuckerfabriken und Destillieranlagen investiert.<sup>3</sup> Angaben der Zentralbank Brasiliens beziffern Investitionen in diesen Sektor zu Beginn des Jahres 2007 auf 6,5 Mrd. US\$. Damit verbunden sind Landkäufe durch ausländische Investoren (Soros-Gruppe, Cargill u. a.), die sich besonders in den Bundesstaaten Bahia, Mato Grosso und Paraná festsetzen. In Bahia stieg der Preis pro Hektar Land von 100 US\$ in den letzten Jahren auf 2.000 US\$ 2007. Nach staatlichen Angaben sind im Kataster 33.228 Immobilien mit einer Fläche von 5,6 Mio. Hektar, davon 3,1 Mio. im Amazonasgebiet, für Ausländer registriert.

Laut Gesetz ist der Kauf von Immobilien durch Ausländer nicht gestattet, so dass zunehmender Erwerb von Land durch ausländische Firmen und Unternehmen von nachlassender staatlicher Kontrolle spricht.

3 Datagro, landwirtschaftliche Fachzeitschrift, Jahresbericht Juni 2007.



Verbunden mit dieser Entwicklung ist eine zunehmende Konzentration von Landbesitz zu verzeichnen. Mehr und mehr werden große Flächen für den Anbau von Monokulturen (Soja, Zuckerrohr, Eukalyptus zur Erzeugung von Energie) genutzt und gewaltige Flächen entwaldet (es wird in Brasilien von einer entwaldeten Fläche gesprochen, die dem Territorium Deutschlands und Frankreichs gleichkommt). Die Zunahme des Anbaus von Zuckerrohr hat die Fläche zur Produktion von Nahrungsmitteln wie Soja, Mais und Getreide wesentlich eingeschränkt (in Minas Gerais Zunahme um 16,8 in Mato Grosso um 18, in Paraná um 25 Prozent).

Diese Umstrukturierung der Wirtschaft verschafft Brasilien auf dem Weltmarkt eine herausragende Position auf dem Sektor der Bioenergie und der Alkoholproduktion.

Um den Weltmarkt mit fünf Prozent des Alkoholbedarfes zu versorgen, wird eine Fläche von 30 Mio. Hektar benötigt und eine Erhöhung der Alkoholdestillieranlagen von 100 auf mindestens 600 erforderlich sein.

Sie ist Quelle neuen Reichtums und neuer Abhängigkeiten. Der Export dieser commodities verändert die Struktur der transnationalen Megaunternehmen, führt zur weiteren Denationalisierung landwirtschaftlicher Unternehmen und zwangsläufig zu einer »Internationalisierung« brasilianischen Territoriums.

### *Die ungelöste Agrarfrage und ihre Folgen*

Nach wie vor ist die Agrarfrage in Brasilien nicht gelöst, sodass das Land ins 21. Jahrhundert geht und die typischen Verzerrungen einer vorkapitalistischen Gesellschaft existieren. Soziologische Untersuchungen zeigen, dass charakteristische Merkmale einer kolonialen Gesellschaft nicht überwunden, sondern in gewisser Weise reproduziert wurden. Die brasilianische Gesellschaft offenbart sich als eine sozial sehr heterogene und von tiefer sozialer Ungleichheit geprägte.

Von den 180 Mio. Einwohnern leben 80 Prozent in Städten, 10 Mio. sind im landwirtschaftlichen Sektor tätig, der aber eine niedrige Produktivität aufweist. Von diesen 10 Mio. sind 5 Mio. ohne Arbeitseinkommen. Sie leben in einer Form der Subsistenzwirtschaft (Produktion von Soja, Maniok, Periodenfrüchte zum Eigenverbrauch). 40 Prozent der 10 Mio. leben im Nordosten des Landes, von denen nur 1,5 Mio. einer bezahlten Arbeit nachgehen. Von diesen 10 Mio. sind 2,5 Mio. ohne Arbeitskarte, Sozialversicherung etc. und leben in Verhältnissen der Subsistenzwirtschaft. Das Agrobusiness bestimmt das Modell der landwirtschaftlichen Produktion entsprechend seiner Interessen, zerstört und vertreibt die traditionellen Populationen, einschließlich indigener Völker, und führt zur Vertiefung der Migration, die sich gegenwärtig besonders in das Amazonasgebiet bewegt, das durch Entwaldung und Ausweitung der Landwirtschaft verändert wird.

Mit der Migration werden die prekären Arbeitsverhältnisse der Landwirtschaft auf die Städte übertragen. In Städten mit mehr als einer Million Einwohner ist nur ein Viertel der Bevölkerung wirtschaftlich aktiv. In Städten mit unter 500.000 Ein-

wohnern sind das 35 Prozent.<sup>4</sup> Mit einer Arbeitslosigkeit von 10 bis 17 Prozent wird in den Städten die Situation, die auf dem Lande existiert, reproduziert. Landvertreibung und Arbeitslosigkeit sind nicht nur für große Städte, sondern für alle Teile des Landes typisch (ambulanter Handel, prekäre Arbeitsverhältnisse, nicht-bezahlte und gering qualifizierte Arbeit, letztere macht 70 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung aus). Im Jahre 2000 waren 42 von 60 Mio. auf dem Arbeitsmarkt tätiger Menschen in nichtqualifizierten Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Die Dynamik der Urbanisierung umfasst die gleichen Widersprüche und Kontraste, die die Jahrhunderte alten Verzerrungen charakterisieren. Ausdruck finden sie in einer brutalen sozialen Ungleichheit.

Bezeichnend für die soziale Lage ist, dass 40 Prozent, etwa 30 Mio. Menschen, nicht mehr als 1,2 Mindestlöhne (Mindestlohn lag im Jahr 2000 bei 270 Reais, etwa 110 Euro) erhalten. Dabei existiert eine starke Differenzierung zwischen dem Nordosten des Landes und dem Zentrum/Süden. Im Nordosten leben 70 Prozent der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen.

Bei wachsendem Anteil der wirtschaftlich tätigen Bevölkerung geht die Absorption der Arbeitskräfte in sozial unverträglicher Form vor sich. Unter Beachtung der Dynamik dieser Entwicklung und der Erweiterung des Arbeitsmarktes ist eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse schwer vorstellbar, da sich moderne Entwicklungen auf überkommenen Strukturen vollziehen.

Brasilien braucht sowohl politische wie auch wirtschaftliche Reformen, die strukturelle Veränderungen bewirken. Dazu gehört die Agrarreform, die in der Gegenwart nicht in einer schlichten Form der Neuverteilung der Besitzverhältnisse realisiert werden kann, sondern eine grundlegende Veränderung des Agrarmodells bewirken und gleichzeitig zur Schaffung eines gesicherten Arbeitsmarktes beitragen muss. Die Lösung der sozialen Frage erfordert strukturelle Veränderungen in der Politik und Wirtschaft, die die gegenwärtige »Eroberung« Brasiliens durch das Auslandskapital regulieren und den Schutz der Umwelt, besonders des Amazonasgebietes, sichern.

## **Das Gesicht Brasiliens nach sechs Jahren Regierung Lula**

Im Jahre 2006 stellte sich die Frage, warum Lula erneut zum Präsidenten des Landes mit 58 Prozent Wählerstimmen gewählt wurde. Und das, obwohl Lula im Prinzip die Wirtschaftspolitik seines Vorgängers Fernando Henrique Cardoso fortsetzte, trotz der Aufdeckung von Korruptionsfällen gegen die Partei der Werktätigen (PT) und trotz der gegen ihn und die PT in den bürgerlichen Medien geführten Kampagne. Keineswegs gewann Lula die zweite Legislatur, weil seine politischen Gegner aus den Reihen der Sozialdemokratischen Partei (PSDB) und der

4 »Jornal de Unicamp« vom 24. Juni 2008.

Gegenkandidat Alckmin grobe Fehler in der Wahlkampagne zugelassen haben. Mehr steht hier die Frage, welche Optionen andere politische Kräfte zu bieten hatten. Damit erscheint es erforderlich, die Ergebnisse seiner ersten Amtszeit ohne Voreingenommenheit und Wunschvorstellung zu analysieren.

### *Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Lula von 2003 bis 2006*

Festgestellt werden kann, dass die Lula-Regierung nicht den Erwartungen, die große Teile der PT und der Linken überhaupt in sie gesetzt hatten, entsprach. Scheinbar hatte Lula jedes sozialistische Projekt, selbst ein sozialdemokratisches, beiseite gelassen und passte sich der bürgerlichen Hegemonie »im Sinne der existierenden Realität« (nach Gramsci) an. Die sich daraus ergebende Schlussfolgerung wäre, dass Lula und seine Verbündeten die Regierungsgeschäfte übernahmen, ohne sich darüber im Klaren zu sein, was zu tun war. Sie handelten vor allem erst einmal pragmatisch, packten Probleme an, wenn sie auftauchen, suchten Lösungen, die einer breiten Mehrheit entgegenkamen. Der Soziologe Francisco Oliveira sagt das, bezogen auf programmatische Vorstellungen, deutlicher: »In der Gesellschaft, in den Kapital- und Eigentumsverhältnissen gingen enorme Veränderungen vor sich, die die PT in ihrer Gesamtheit nicht verstand. Darin besteht die theoretische Schwäche der PT.«

Die Neigung, sich pragmatischen Lösungen zuzuwenden und den »Realitäten« zu entsprechen, war damit für die ersten vier Jahre der Regierung Lula charakteristisch.

Deutlich zeigte sich diese Linie in der Wirtschaftspolitik der Regierung Lula. Eingebunden in eine kapitalistische Weltwirtschaft, die neoliberal dominiert ist und schwerlich Alternativen zu ihrem Modell zulässt, optierte Lula für eine Fortsetzung bisheriger Wirtschaftspolitik: Kontrolle der Inflation durch hohe Zinsen, restriktive Steuerpolitik (regressives Steuersystem), hohe Zinssätze, variabler Wechselkurs mit freier Zirkulation des Kapitals, primärer Außenhandelsüberschuss von 4,5 Prozent zur Tilgung der Auslandsschulden, Sparkurs bei öffentlichen Investitionen (Bildung, Gesundheit etc.), Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und Rückgang der Löhne (2003 nur noch 51 Prozent des Verdienstes von 1985), relative Autonomie der Zentralbank (verstärkt wurde sie durch die Erhebung des Präsidenten der Bank in Ministerrang).

Im Unterschied zur Vorgängerregierung werden aber zwei Tendenzen deutlich: Einführung von kompensatorischen Maßnahmen sozialer Unterstützung.

Wenn auch noch marginal, werden Ansätze für Alternativen in der wirtschaftlichen und politischen Vorgehensweise sichtbar.

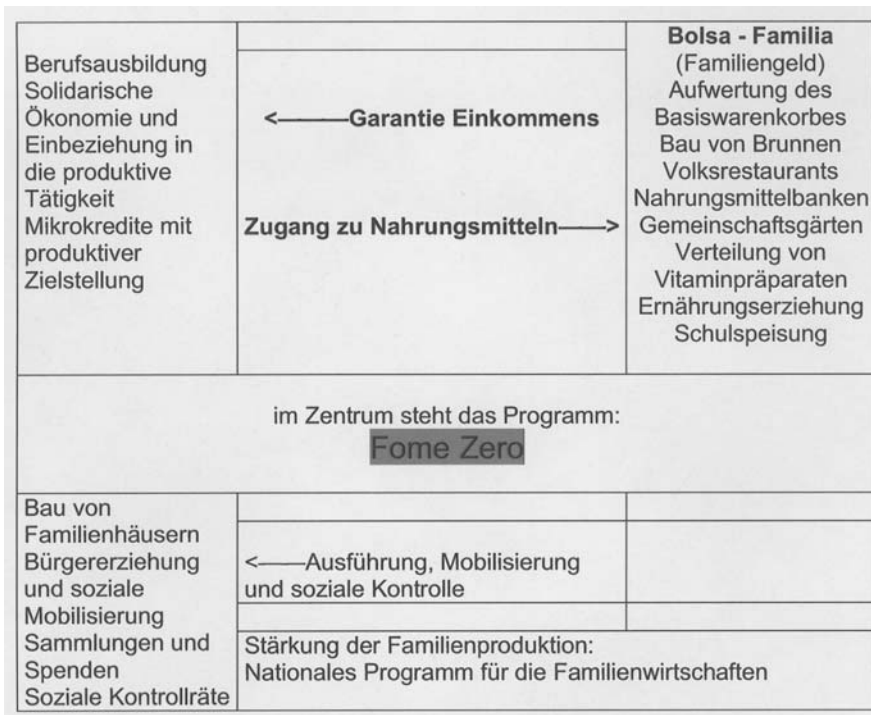
Zum ersten Problem:

Die Lula-Regierung versuchte, breite Schichten des Volkes in ihre Politik einzubeziehen und sie in die Gesellschaft zu integrieren. Konkreten Ausdruck fand das

in der Zusammensetzung der Regierung, die eine breite Koalition unter Einbeziehung von liberalen und Parteien der Mitte darstellte. Das Ministerium für landwirtschaftliche Entwicklung wurde von einem PT-Vertreter geleitet, der für eine Agrarreform und gute Beziehungen zur Landlosenbewegung (MST) stand. Dagegen wurde das Ministerium für Landwirtschaft einem Vertreter des Agrobussines übertragen.

Auf sozialem Gebiet wurden Mechanismen zur Durchführung von Programmen geschaffen, was dem Bestreben der Lula-Regierung, sich der Lösung sozialer Fragen anzunähern, entsprach. Seinen Niederschlag fand das in Programmen zur Bekämpfung des Hungers und der Unterstützung für die ärmsten Schichten des Volkes. Repräsentativ dafür ist während der ersten Legislatur Lulas das Programm »Null Hunger« (Fome Zero) zu nennen.

Darstellung des Komplexprogrammes Fome Zero<sup>5</sup>:



5 Nach »Lula-Regierung in Ergebnissen«, www.pt.org.br, Dezember 2006.

Nach den Angaben der Regierung (gleiche Quelle wie oben) wurden bis Ende 2006 140.000 Produzenten und 2,3 Mio. Menschen in 1.698 Gemeinden mit den Unterstützungsmaßnahmen bedacht.

Im Rahmen der Bolsa – Familia wurden

2003	3,6 Mio. Personen mit 3,4 Mrd. Reais,
2004	6,5 Mio. Personen mit 5,7 Mrd. Reais und
2005	8,7 Mio. Personen mit 6,5 Mrd. Reais

unterstützt.

Im Programm »Fome Zero« wurden – wie im Schema gezeigt – eine Reihe Maßnahmen miteinander kombiniert. Erreicht wurde, dass 11 Mio. Familien mit Kindern 50 bis 95 Reais im Monat erhalten, um die schwerste Not lindern zu können. Daneben wurden »Volksapotheken« eingerichtet und für Familien, die keinen Zugang zu elektrischen Strom hatten, Leitungen gelegt.

Die Meinungen zur Art und Weise der Durchführung dieser assistenzialistischen (oder Hilfs-)Programme gehen weit auseinander. Die einen sprechen von Klientelismus und von Schwächung des Kampfes der Landlosen. Andere sehen in der Herangehensweise eine »Revolution« in der sozialen Kultur, weil dadurch die Figur des »politischen Coronels« (des regionalen Machthabers) verdrängt wurde und dessen Privilegien gebrochen wurden. Schließlich wird in Analysen hervorgehoben, dass mit der Durchführung des Programms Bolsa-Familia die Rolle des Staates gestärkt wurde. Soziale Unterstützung, vom Staat realisiert, wirft in der Debatte um den sogenannten Assistenzialismus (gemeint ist damit die von der Regierung realisierte Politik der Hilfsprogramme Fome Zero und Bolsa Familia) neue Fragen auf, u. a.: Kann das Beispiel Brasiliens in Lateinamerika Schule machen?

In der Tat haben diese Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Millionen Menschen geführt, die nun auch für den stimmen, der sie für sie erreicht hat.

Nach Angaben des Institutes für Angewandte Forschung<sup>6</sup> wurden die sozialen Ungleichheiten durchaus reduziert. Im Vergleich: Für gut Verdienende erhöhte sich das Einkommen im Jahr 2006 im Schnitt um 1 Prozent, das der Ärmsten um 3,7 Prozent.

»Die Regierung Luiz Inácio Lula da Silva verausgabte in allen Sozialprogrammen im Jahre 2006 rund 21 Mrd. Reais. Es handelt sich um einen seltenen Fall von öffentlicher Investitionen, deren Notwendigkeit niemand bestreitet«, sagt der Direktor Makroökonomischer Studien des IPEA, Joao Sicsú.

6 Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IPEA), 1. Dezember 2006.

Gleichzeitig summierten sich die Gewinne von vier großen Banken auf 21,777 Mrd. Reais. Um zu wiederholen: 11 Millionen Familien erhielten 21 Mrd. Reais. Vier Banken aber etwas mehr als 21,777 Mrd. Reais Gewinn.<sup>7</sup>

Wird als Grundlage eines sozialen Vergleiches das BSP eines Jahres genommen, werden die wirklichen Relationen sichtbar:

1960 erhielten, bezogen auf das BSP, die Werk­tätigen 50 Prozent von dem, was sie produzierten, und das Kapital ebenfalls 50 Prozent.

2003 hingegen verblieben den Werk­tätigen 39,8 Prozent und dem Kapital 60,2 Prozent.

2007 war das Verhältnis 39,1 zu 60,9 Prozent.

Mit einer Verbesserung der Lage der ärmsten Schichten des Volkes ist die soziale Frage nicht gelöst, da weder strukturelle Veränderungen erreicht, noch Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Selbst Anfang 2008 hat sich an dieser Einschätzung noch nichts geändert: Allein im Januar 2008 wurde zur Begleichung der Schuldzinsen die gleiche Summe gezahlt, wie für die Bolsa-Familia im gesamten Jahr 2008 eingesetzt wird.

Dazu eine Einschätzung aus der Zeitschrift »Margem Esquerda«<sup>8</sup>:

»Die Regierung versuchte, alle mit punktuellen Veränderungen zufrieden zu stellen, ohne strukturelle Transformationen durchzuführen.«

Zum zweiten Problem:

Die Regierung Lula legte Programme zur Unterstützung der »solidarischen Ökonomie« auf und führte ein System der Vergabe von Mikrokrediten über sogenannter Volksbanken ein. Das sind Unterstützungsprogramme für kleine und mittlere Unternehmen, die auf der Basis der Selbstverwaltung tätig sind, bzw. in denen Arbeiter und Angestellte konkursgefährdete Unternehmen übernehmen und sie mit staatlichen Finanzhilfen weiterführen.

Erreicht wurde ebenfalls eine Senkung der Arbeitslosigkeit um 17 Prozent. Geschaffen wurden monatlich 100.000 Arbeitsplätze und der Mindestlohn wurde mehrmals erhöht (2006 mit 350 Reais monatlich, März 2008 415 Reais).

Im makroökonomischen Bereich erreichte Brasilien Außenhandelsüberschüsse (2006 122 Mrd. US\$), die es gestatteten, die öffentliche Auslandsschuld gegenüber dem IWF fast abzutragen (2006, von 410 Mrd. auf 160 Mrd. US\$).

Eine wesentliche Stärkung der Rolle des Staates wurde in der ersten Legislaturperiode Lulas nicht erreicht. Ausdruck dafür ist auch die schwache Investitionsstätigkeit seitens des Staates (1,5 Prozent des BSP) und die Fortführung der Kürzung der Sozialausgaben für das Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen und das von orthodoxen Kräften favorisierte freie Funktionieren des Marktes.

7 Folha de São Paulo, 3.3.2008.

8 Margem Esquerda (Linker Rand), linke Monatszeitschrift, Nr. 9, Juni 2007.

## *Reformpolitik der Regierung Lula am Beispiel der Agrarreform*

Mit drei Prozent landwirtschaftlichem Eigentum verfügen Latifundien mit mehr als 1.000 Hektar Land über 56,7 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Kennzeichnend ist eine hohe Konzentration von Landbesitz: In Terra do Meia (Staat Pará) gehören einem Unternehmer 4,5 Mio. ha Land. Der ins Agrobusiness übergewechselte Unternehmer beteuert, dass es keine unbearbeiteten Flächen mehr gibt. Eine Agrarreform sei aus diesem Grunde nicht mehr erforderlich.

Familienwirtschaften, Kooperativen und Kleinbetriebe verfügen über nur 30 Prozent der Nutzfläche. Die Versorgung der Bevölkerung durch die Produktion der Familienwirtschaften stellt aber einen Anteil von 15 Prozent des BSP dar, so dass dadurch der Binnenmarkt versorgt wird.

Die Agrarreform wird im Programm der PT als fundamentale Aufgabe bezeichnet, deren Ausgangspunkt das Land als Lebensraum der Menschen und als Basis des Lebens ist. Ihre soziale Funktion ist die Lösung des Problems von Eigentum an Land.

Das Programm sah vor, in sechs Jahren 1,8 Millionen landlose Bauern anzusiedeln und dafür 4,8 Mrd. Reais (ca. 600 Mio. US\$) zu investieren.

Diese Zielstellungen wurden in den ersten vier Jahren der Regierung Lula nicht erreicht. Angesiedelt wurden 85.000 landlose Bauern. Nicht viel mehr als zu Zeiten der Regierung Cardoso, sodass die Durchführung der Agrarreform fast zum Stillstand gekommen ist.

Nach wie vor ist die Agrarfrage die grundlegende Konfliktlinie der brasilianischen Gesellschaft.

Das neue Modell der Landwirtschaft veränderte den Charakter des Kampfes um die Agrarreform. Nicht nur der Zugang zu Land, das Recht, eigenes Land zu besitzen, ist die zentrale Frage einer zukünftigen Agrarreform. Jetzt geht es vor allem auch um das Eigentum an Naturgütern, um die Biodiversität, um Zugang zu Wasser, zu natürlichen Sämereien und den Kampf gegen genveränderte Produkte.

Zwei grundverschiedene Modelle stehen zur Debatte:

Zum einen das Modell des Agrobusiness mit Monokultur, Einsatz von toxischen Stoffen, modernster Technik, Verlust von Arbeitsplätzen und Vernichtung der Familienproduktion;

zum anderen das demokratische Agrarmodell, das den Binnenmarkt belebt, eine andere Verteilung des Einkommens anstrebt und die Nahrungsmittelsouveränität gewährleistet.

Seitens der Besitzenden wird dieser Konflikt mit Gewalt, Verleumdung und Willkür ausgetragen. Die Landlosenbewegung (MST), die Gewalt ablehnt und sich öffentlich zur Wehr setzt, reagiert auf die zögerliche Regierungspolitik mit Landbesetzungen, öffentlichen Protesten und politischem Druck auf die Regierung. Und so reagiert Präsident Lula: »Brasilien braucht sowohl das Agrobusiness wie auch die Familienwirtschaft. Angestrebt werden muss ein harmonisches Mit-

einander, anerkennend, dass die Familienwirtschaften Nahrungsmittel für den Binnenmarkt produzieren und Arbeitsplätze erhalten und schaffen.« (Lula während eines Treffens mit Intellektuellen)<sup>9</sup>

Die konkrete Politik sieht dann aber anders aus: Landwirtschaftsminister Reinhold Stephanes stellte für die kommende Ernte 2008 für das Agrobusiness 65 Mrd. Reais zur Förderung der Produktion und für Förderung der Familienwirtschaften nur 13 Mrd. Reais zur Verfügung.

Brasilien steht an einem Kreuzweg. Entscheidet sich die Regierung Lula für den konfliktärmeren und konservativeren Weg, zeigt die reale Situation, dass es keinen Interessenausgleich geben wird. Das Gegenteil wird der Fall sein: Das Agrobusiness wird in die Offensive gehen und damit eine neue Runde der Kriminalisierung der Landlosenbewegung einleiten. In Rio Grande do Sul wurden im Auftrag der Regierung des Bundesstaates durch einen Militäreinsatz zwei MST-Ansiedlungen gewaltsam geräumt und die dort wohnenden Menschen verjagt. Ähnliches geschieht im Reservat Raposa Serra do Sol (Bundesstaat Roraima) des indigenen Volkes der Maculi, wo sich die Zuckerrohrproduzenten gewaltsam gegen das Gesetz stellen und sich weigern, das Reservat zu verlassen.

### *Zusammenfassung zur ersten Legislatur der Lula-Regierung*

- Mit dem auf Export ausgerichteten Modell erreichte die Regierung unter strengen Sparauflagen, besonders in den Sektoren Gesundheit, Bildung, soziale Ausgaben, eine Reduzierung der Auslandsschulden und eine Verbesserung der Zahlungsbilanz. Negativ wirkte sich diese Politik für die Entwicklung der Industrie aus, die eine Phase der relativen Deindustrialisierung durchmachte. Negativ wirkte sich das Fehlen einer nationalen Industriepolitik aus.

- Mit dem Programm Bolsa-Familia verbesserte sich die soziale Lage von ca. 11 Mio. Familien.

- Aufrechterhalten wurde das monetaristische und Wechselkurssystem, sodass die Jahre 2003 bis 2006 Jahre relativer Stabilität waren und Brasilien in der internationalen Konjunktur ein Wachstumsmodell mit niedriger Dynamik erreichte.

- Neben den Gewinnern der reichlich fließenden Gelder gab es Verlierer, die vor allem bei den industriellen Arbeiter, den Landlosen und in Mittelschichten zu finden sind.

- Der Kampf um die Rolle des Staates wurde im Wesentlichen zugunsten des Kapitals entschieden, das in allen Bereichen über ausreichend Einfluss verfügt, um Entscheidungen in seinem Sinne zu beeinflussen. Damit kamen ebenfalls die Bestrebungen zur Durchsetzung einer politischen Strukturreform zum Erliegen.

- Der Kampf um ein anderes Entwicklungsmodell, das die Interessen des Volkes widerspiegelt, ist in eine neue Phase eingetreten.

<sup>9</sup> Carta Maior, 16. Juni 2008.



Mit dem Ergebnis der Wahlen im Oktober 2006 konnte Lula sein Ansehen festigen. Die von reaktionären Kräften gegen ihn vorgetragene Offensive, die ihn isolieren sollte und ein Impeachment anstrebte, scheiterte. Er konnte sich auf Teile der Bevölkerung, der Parteien und Bewegungen, die den Kandidaten der Konservativen ablehnten und durch eine Wiederwahl Lulas sich den Freiraum demokratischer Möglichkeiten erhalten wollten, stützen.

Die PT konnte in einigen Staaten ihre Positionen ausbauen. Ein Teil der herrschenden Eliten des Nordens und Nordosten in den Bundesstaaten Maranhao, Bahia, Ceará und Pará erlitt eine Wahlniederlage. In den entwickelteren Staaten des Südens und des Zentrums, wie in Rio Grande do Sul, São Paulo, Mato Grosso, Minas Gerais und Goiás, konnte dagegen das Agrobusiness seine Positionen ausbauen. Das Kräfteverhältnis im Kongress blieb im Wesentlichen das gleiche wie in der vergangenen Wahlperiode. Es gelang aber den mit dem Auslandskapital verbundenen Kräften, sich gute Positionen im Kongress zu sichern. So haben die Unternehmen Vale do Rio Doce, die Itaú-Bank, die Aracruz-Gruppe, die Gerdau-Gruppe entsprechend 46, 27,16 bzw. 27 Abgeordnete als ihre Interessenvertreter im Parlament.

Die Linke trat nicht geschlossen auf. Die radikale Linke, repräsentiert durch die PSTU und P-SOL, spielte im Endergebnis keine Rolle. Politisch erreichte sie keinen Einfluss in der Gesellschaft. Die Kandidatur der Ex-PT-Senatorin Heloisa Helena (P-SOL) wurde von großen Teilen der organisierten Linken abgelehnt. Bewegungen (wie z. B. die MST) und politische Kräfte, besonders unter den PT-kritischen Intellektuellen, stimmten im zweiten Durchgang für Lula, da ein Wahlsieg der konservativen Kräfte verhindert werden musste. In einer stark durch Werbeunternehmen bestimmten Wahlkampagne wurde weder seitens der PT/Lulas noch der konservativen Kräfte ein nationales, alternatives Modell zum gegenwärtig vorherrschenden zur Debatte gestellt. Wie schon während der Wahl 2002, verstärkt durch die Losung »Lula e o povo« (Lula und das Volk), war das ebenfalls ein symbolischer Sieg der Kräfte des Volkes. Lula selbst trat vor dem zweiten Durchgang mit einer linkeren Wortwahl auf, ohne jedoch seine ambivalente Position aufzugeben und die Auseinandersetzung mit der Partei des Gegenkandidaten Alckmin zuzuspitzen.

Sowohl die politische wie auch die soziale Linke<sup>10</sup> sahen in der Wiederwahl Lulas eine Chance, gegenüber der Regierung Druck aufzubauen und ihre Forderungen zur Demokratisierung der Gesellschaft und zur Durchführung einer politischen Reform mit mehr Partizipation des Volkes zu erreichen. Frei Betto, Vertreter der Befreiungstheologie, sagte im Interview: »Es wäre falsch, auf den institutionellen Prozess zu verzichten. Vorangetrieben werden muss eine Entwicklung, die

10 Die politische Linke wird vor allem durch Parteien repräsentiert. Unter sozialer Linken werden in Lateinamerika vor allem die sozialen Bewegungen verstanden.

Gramsci den Krieg um Positionen nannte. Wir müssen diesen Krieg umfassend führen und unsere Machträume unter diesen Bedingungen ausfüllen.«<sup>11</sup> Im Zentrum muss die Auseinandersetzung um die Agrar- und politische Reformen stehen, wofür eine Mobilisierung der breiten Volksmassen erforderlich ist.

### *Die zweite Lula-Regierung*

Seit Antritt der zweiten Lula-Regierung wird die Frage aufgeworfen, ob sich ihr Spielraum für eine andere Politik erweitern wird. Eine Antwort darauf fällt nach Ablauf der ersten beiden Jahre wiederum ambivalent aus.

#### *Das »Programm zur Beschleunigung des Wachstums« (Programa de Aceleracao do Crescimento – PAC)*

Als eine erste Maßnahme in der zweiten Regierungszeit kündigte Lula das »Programm zur Beschleunigung des Wachstums« an. Es sieht eine verstärkte Rolle des Staates in der Investitionspolitik gemeinsam mit privaten Initiativen vor, die vor allem in die Infrastruktur realisiert werden sollen. Vorgesehen sind umfangreiche Projekte im Amazonasgebiet (Bau von Straßen, Wasserkraftwerken etc.). Geplant sind für Investitionen 500 Mrd. Reais für vier Jahre, wovon der Staat 300 Mrd. einplant. Der Rest soll aus Privatunternehmen kommen. Mit dieser Politik kann die Investitionsrate auf 3 bis 4 Prozent des BSP angehoben werden.

Aufgenommen in dieses Programm wird auch die »Initiative für eine Regionale Südamerikanische Integration« (Iniciativa para a integracao regional-sulamericana – IIRSA), die einen Plan für den Bau von Straßen, Wasserkraftwerken, Gas- und Erdölleitungen, Brücken, Häfen usw. vorsieht. Im Moment ist sie für die Öffentlichkeit wenig transparent und wird deshalb – nicht nur von Umweltorganisationen – kritisch beurteilt.

Für Wirtschaftsexperten stellt das Programm eine Umorientierung in der Wirtschaftspolitik dar. Der Staat übernimmt mit diesem Programm Verantwortung für die Entwicklung des Landes und für das Wachstum der Wirtschaft. Es beendet die Periode der Dominanz des Marktes und stellt eine teilweise Abkehr von den Prinzipien des Neoliberalismus dar. Politisch gesehen ist es ein Sieg der Entwicklungsvertreter (desenvolvimentistas) über die Linie der Vertreter einer monetaristischen Politik. Unterstützung erhält der Plan besonders von nationalen produktiven Unternehmen, die ihren Vorteil im Ausbau der Infrastruktur (Transportwesen), in der Energieproduktion und im Wohnungsbau sehen. Als Interessenvertreter des internationalen Kapitals sprach sich die Zentralbank gegen das PAC aus.

Kritik kommt auch von den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die sich dagegen aussprechen, dass Garantiefonds für soziale Leistungen als Ressourcenquelle für Investitionsfonds dienen sollen.

<sup>11</sup> Brasil de Fato, 6. November 2006.

Grundsätzlich stellt das Programm keine Abkehr vom bisherigen Wirtschaftsmodell dar, bedeutet aber einen Schritt zu mehr Unabhängigkeit und Entwicklung der nationalen Industrie. Befürworter des Programms sehen in ihm eine Wiedergeburt der Ideen des »Entwicklungsmodells« (desenvolvimentismo), das in der CEPAL mit Raúl Prebisch und in Brasilien mit Celso Furtado seine Vertreter hatte. In den grundlegenden Prinzipien des »Entwicklungsmodells« sind jedoch Fragen der Umwelt und der sich daraus ergebenden Herausforderungen nicht bedacht. Bestimmte Schritte der Regierung Lula deuten darauf hin, dass solcher Art Befürchtungen, besonders für das Amazonasgebiet und dessen unkontrollierter Erschließung, reale Grundlagen haben. Im PAC sind z. B. große Wasserkraftwerke im Amazonasgebiet wie das des Rio Madeira geplant, dessen Staubecken riesige Gebiete überschwemmen und Menschen, einschließlich der indigenen Bevölkerung, vertreiben würde. Ein im gleichen Sinne genanntes Projekt ist die Verlagerung des Flusslaufes des Rio São Francisco im Nordosten Brasiliens. Mit diesen Projekten soll das Defizit an Energie im Amazonasgebiet ausgeglichen, aber gleichzeitig auch die Anbaufläche für nachwachsende Energiepflanzen wie Zuckerrohr erweitert werden.

#### *Die Energiepolitik der Regierung Lula*

Brasilien setzt in der Planung seiner Energiepolitik auf traditionelle Methoden. Obwohl Möglichkeiten der Nutzung von Solar- und Windenergie gegeben sind, sieht der Energieplan der Regierung entsprechende Maßnahmen nicht vor.

Neben dem geplanten Bau großer Wasserkraftwerke wird das Atomprogramm wieder aufgenommen. Vorgesehen ist eine Investition in neue Ausrüstungen und der Bau von vier bis acht Atomkraftwerken. Die mit bundesdeutscher Hilfe aufgebauten AKW in Angra dos Reis, Bundesstaat Rio de Janeiro, sollen durch den Bau von Angra III, das 2013 in Betrieb genommen werden soll, erweitert werden. Erweitert werden soll ebenfalls die Urananreicherungsanlage. Für die Realisierung dieses Atomprogramms werden Investitionen für den Abbau der Uranvorkommen in Ceará vorgenommen, die 80.000 Tonnen Uranerzproduktion ausmachen sollen.

Im Februar 2008 wurde mit Argentinien ein Vertrag über die Schaffung eines gemeinsamen bilateralen Unternehmens zur Urananreicherung abgeschlossen.

Brasilien ist in der Lage, seinen Erdölbedarf aus eigenen Vorkommen zu decken. Es werden täglich 1,8 Mio. Fass produziert, was das Land von Importen unabhängig macht. Petrobras, die staatliche Erdölgesellschaft, hat sich zum großen Monopolisten in Brasilien und darüber hinaus in Lateinamerika entwickelt. In den letzten drei Jahren hat sie Rekordinvestitionen in Höhe von 68 Mrd. Reais getätigt. Mit der Entdeckung des neuen Erdölfeldes Tupi vor der Küste der Bundesstaaten Bahia und Espírito Santos mit Reserven von ca. acht Mrd. Fass wird Brasilien in Lateinamerika zum größten Produzenten nach Venezuela.

Nachgedacht wird über die Vergabe von Konzessionen, ohne dass die Vorräte in fremden Besitz übergehen sollen.

Vorgesehen ist ebenfalls die Integration der existierenden Gasleitungen zu einem geschlossenen System, das insgesamt eine Länge von 4.624 km ausmachen wird.

Die in Brasilien vorhandenen Anlagen zur Produktion von Biotreibstoffen haben eine Kapazität von 800 Mio. Liter pro Jahr. Weitere Investitionen sollen vorgenommen werden, um die Exportkapazitäten zu erhöhen.

### *Die Regierung Lula und die Militärs*

Lula im Oktober 2007: »Brasilien muss seine militärische Stärke zurückgewinnen.« Ziel sei nicht eine Expansionspolitik, sondern ein Beitrag zur Verhinderung des Eindringens fremder Kräfte und zur Kontrolle der Seegebiete. Lula sprach sich ebenfalls für einen neuen strategischen Plan zur Verteidigung des Landes aus. Brasilien verfügt in Lateinamerika über die größte Armee.

Konkreten Ausdruck findet diese Zielstellung in der Verdoppelung des Militärbudgets für 2008. Reorganisiert werden sollen die Grenztruppen, um vor allem die Landesgrenzen im Amazonasgebiet und Nordosten des Landes zu sichern.

Ausgangspunkt für diese Politik sind Überlegungen, die in den brasilianischen Streitkräften angestellt werden. Es wird eine »Internationalisierung« des Amazonasbeckens befürchtet, die sich in Produktpiraterie, illegaler Landnahme und Einfluss ausländischer Kräfte ausdrückt. Eine fehlende Kontrolle seitens der Regierung wird konstatiert.

Der Sekretär für Politik, Strategie und internationale Beziehungen im Verteidigungsministerium, General Benedito de Barros, äußerte in einem Fernsehinterview, dass Brasilien bestrebt sein muss, über die Technologie zur Herstellung der Atombombe zu verfügen. Geopolitisch sei eine für Brasilien sehr gefährliche Situation entstanden. Brasilien könne Ziel von Angriffen werden, da es über große Wasser- und Naturressourcen verfügt, die für andere Mächte interessant sein können. »In Südamerika existieren Spannungsherde, die sich verschärfen können und die wir beobachten müssen.«<sup>12</sup>

Die Komplettierung des Uranzyklus sei erforderlich, um Pläne der Marine zum Bau von Atom-U-Booten zu gewährleisten. Das gehöre zur generellen Zielstellung, über eigene Militärtechnologie zu verfügen und sich von Importen unabhängig zu machen.

Zur Abwehr möglicher Aggressionen werden regelmäßig Militärmanöver durchgeführt. Dazu gehört die in der Südregion durchgeführte »Operation Charrua« im November 2007, an der 14.000 Mann teilnahmen und vor allem die Grenzsicherung trainiert wurde.

Brasilien gehört schon gegenwärtig zu den weltgrößten Waffenexporteuren. Geplant ist ein Export von über vier Mrd. US\$ nach Afrika und den Mittleren und Nahen Osten. Brasilianische Firmen sind in der Lage, Raketen mit einer Reich-

<sup>12</sup> Estado de São Paulo, 16. Novembre 2007.

weite von 150 bis 300 km zu produzieren. Das entsprechende Unternehmen liefert Militärtechnik in ca. 14 Länder.

Während eines Besuches des brasilianischen Verteidigungsministers in Frankreich wurde eine »strategische Partnerschaft« vereinbart. Frankreich ist bereit, Brasilien – im Gegensatz zu den USA – militär-technisches Know-how zu verkaufen. Geplant ist der gemeinsame Bau eines geostationären Satelliten und der Bau von Atom-U-Booten. Die BRD übermittelte nach Bekanntwerden der Ergebnisse des Besuches in Frankreich einen Brief an Präsident Lula, in dem Brasilien eine Offerte zum Kauf von zwei U-Booten und zur technischen Instandsetzung der vorhandenen gemacht wurde.

### *Die Außenpolitik der Lula-Regierung*

Mit dem Amtsantritt Lulas im Jahre 2003 hat sich die Außenpolitik Brasiliens grundlegend gewandelt. War sie in der Zeit Cardosos auf das Prinzip der »gleichen Distanz« eingestellt, hat sie offensivere Züge angenommen und wird pragmatisch gestaltet.

Neue Gesichtspunkte sind:

- Orientierung der Außenpolitik auf die Durchsetzung nationaler Interessen;
- keine subalterne Unterordnung, auch Einflussnahme auf die USA, um deren Rolle in Lateinamerika zu verändern. Starke Hinwendung zu den Nachbarländern und Forcierung der Entwicklung der lateinamerikanischen Integration, vor allem im Rahmen des Mercosur und der Gemeinschaft lateinamerikanischer Staaten, mit Einbeziehung Kubas;
- aktive Rolle bei der Durchsetzung brasilianischer Interessen in der Handelspolitik, vor allem in der WTO und der Doha-Runde, Kampf gegen Protektionismus, Schaffung der Gruppe der G-20;
- Entwicklung der Süd-Südbeziehungen, vor allem zu China, Russland, Indien (BRIC-Staaten), Südafrika u. a.;
- Ablehnung der seitens der USA angestrebten Amerikanischen Freihandelszone (ALCA);
- aktive Rolle in der UNO und bei der Demokratisierung internationaler Organisationen wie dem IWF und der Weltbank.

Mit der Hinwendung zur Festigung des Mercosur war die Entscheidung Brasiliens verbunden, sich dem Druck der USA, die ALCA zu akzeptieren, zu widersetzen. Mit dem Gipfeltreffen der Präsidenten Ende 2005 in Mar del Plata fiel so auch die Entscheidung gegen die ALCA. US-Präsident Bush war es nicht gelungen, Venezuela zu isolieren und mit Hilfe Mexikos und Kolumbiens die Annahme der ALCA durchzusetzen. Die brasilianische Außenpolitik orientierte sich in dieser Zeit auf eine selbstbewusstere Politik gegenüber den USA, was Ausdruck in der Nichtbeteiligung am Irak-Krieg und anderen Fragen (u. a. Betonung des Rechts auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes, Aufhebung der Blockade gegen Kuba) fand. Lula spielte im Konflikt mit Venezuela eine positive

Vermittlerrolle und setzte sich nach den Maßnahmen der Regierung Evo Morales zur Nationalisierung der Gas- und Erdölvorkommen für eine friedliche Lösung des Konfliktes ein.

Gegenüber der Europäischen Union, die auf den Gipfeln in Wien 2007 und Lima 2008 eine Annäherung an den Mercosur und ein Abkommen mit ihm anstrebte, bestand Brasilien auf dem Wegfall der Agrarsubventionen. Inzwischen hat sich auch in Brasilien die Erkenntnis teilweise durchgesetzt, dass die EU gegenüber Lateinamerika neoliberale Politik anstrebt und sich ein Vertrag keineswegs zugunsten der lateinamerikanischen Staaten auswirken würde.

Aufgegeben wurden keinesfalls die Versuche von Seiten der USA und auch der EU, zwischen den lateinamerikanischen Ländern zu differenzieren und Venezuela, Bolivien und auch Ecuador zu isolieren. Diese Politik fand keine Entsprechung in Brasilien. Das brasilianische Außenministerium (Itamaraty) vertritt nationale Interessen und orientiert sich auf eine enge Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Ländern. Vorhandene Disparitäten und ungleiche Ausgangspositionen, die aus ihrer Unterentwicklung resultieren, sollen durch eine für alle Seiten fruchtbare Zusammenarbeit ausgeglichen werden. Initiativen, die von Venezuela ausgehen, wie z. B. die »Lateinamerikanische Bolivarianische Alternative« (ALBA), können diese Entwicklung positiv unterstützen. Im Sinne der weiteren Integration wurde im Rahmen der Gemeinschaft die Banco do Sul geschaffen, die die Aufgabe hat, Entwicklungsprojekte im kontinentalen Rahmen zu finanzieren.

Brasilien bringt sich stärker als bisher in die internationalen Beziehungen ein und ist bestrebt, eine führende Rolle im Rahmen der Süd-Südkooperation zu spielen. Im lateinamerikanischen Rahmen tritt Brasilien als Vermittler in Konflikten auf und hat sich auf den Weg gemacht, international zu einem »global player« zu werden. Industrie- und Schwellenländer akzeptieren diese neue Rolle Brasiliens.

### *Präsident Lula und die Linke*

Im August 2007 führte die PT ihren dritten Parteitag durch. Nach wie vor existieren in der PT zwölf unterschiedliche Strömungen. Die dominierende ist die »Mehrheitsströmung« (Campo Majoritário), zu der sich Präsident Lula und andere führende Mitglieder der Regierung zählen.

Die von der Mehrheitsströmung verfolgte Strategie wird durch den parlamentarisch-institutionellen Kampf bestimmt. Das Hauptziel besteht in der Erringung der Regierungsmacht und in der Wahl des Präsidenten der Republik.

Die PT durchlebte in den vergangenen Jahren eine politische Krise, die durch aufgedeckte Korruptions- und Bestechungsfälle hervorgerufen wurde. Vor dem Parteitag gab es in der PT heftige Auseinandersetzungen, die von einigen der Strömungen mit dem Ziel der »Neugründung der PT« geführt wurden. Der entscheidende Kritiker der Fehler und Missstände in der PT war der damalige Präsident der PT, Tarso Genro. Genro veröffentlichte eine »Botschaft an die Partei«, in der er feststellt, dass die Krise noch nicht überwunden ist, in der Partei Machtmiss-

brauch betrieben wird und sich die PT vom Volk und den sozialen Bewegungen entfernt hat. Nach Auffassung des Autors hat sich die Partei von einer linken Position immer weiter einer linkszentristischen Position angenähert. Das bezieht Genro vor allem auch auf die Bildung der Regierung, die eine Allianz mit Mitte-Rechts-Parteien darstellt. Diese »Botschaft« löste in der PT einen »Krieg der Positionen« aus, der sich auch auf dem Parteitag widerspiegelte. Die Position Tarso Genros erhielt starke Unterstützung während des Parteitages, sodass sie nach der »Mehrheitsströmung« den dritten Platz belegte.

Mit dieser Botschaft haben sich Linkskräfte in der Partei zu Wort gemeldet, die mit der Entwicklung der PT in den letzten Jahren nicht zufrieden sind und Präsident Lula auffordern, die PT nicht zum Erfüllungsgehilfen der Regierung zu machen.

Sie fordern die Verteidigung republikanischer Prinzipien in der Konzeption des demokratischen Sozialismus, die Durchführung einer demokratischen politischen Reform, die mit Unterstützung der Massen zu einer konstituierenden Versammlungsversammlung geführt wird, die Verteidigung demokratischer Partizipation und eine Volksabstimmung über die Renationalisierung des Unternehmens Vale do Rio Doce.

Während des Parteitages trat Präsident Lula auf. Seine Rede war nach Meinung vieler Beobachter sehr allgemein gehalten. Lula sieht sich in erster Linie als Präsident, sodass – wie in Brasilien gesagt wird – der »Lulismus sich den Petismus (von der Parteibezeichnung PT abgeleitet) untergeordnet hat«.

Der Parteitag bestätigte im Wesentlichen bekannte Positionen. Die Lula-Regierung ist eine pragmatisch orientierte, die eine Art Post-Neoliberalismus repräsentiert, ohne eine Konfrontation mit dem Kapital zu suchen. Sie bildet Allianzen mit Repräsentanten des Kapitals, um das ökonomische Wachstum zu fördern und einen raschen Fortschritt zu erzielen.

Diese Politik wird von anderen Linkskräften abgelehnt. Nach ihrer Auffassung haben Lula und die PT die Option einer Neugestaltung der Politik und das Streben nach einem alternativen Entwicklungsmodell aufgegeben. Eine besondere Rolle spielen die sozialen Bewegungen, die sich im »Rat der sozialen Bewegungen« (CMS) zusammengeschlossen haben. Der Rat sucht nach wie vor Kontakt zum Präsidenten und hat des öfteren in Zusammenkünften mit ihm seine Positionen dargelegt: Durchführung einer Agrarreform, mehr Demokratie durch Partizipation, Umverteilung des nationalen Reichtums und keine Diskriminierung der sozialen Bewegungen.

Im Rahmen der »Volksversammlungen« mobilisiert der Rat die Bevölkerung und führt den Kampf um soziale und demokratische Veränderungen.

Brasilien ist in Bewegung geraten: In der Gesellschaft haben sich weitgehende soziale Veränderungen vollzogen, die sich besonders in der Zusammensetzung der Eliten widerspiegeln. Mit dem Aufstieg von Gewerkschaftern, Vertretern der Zi-

vilgesellschaft und Parteifunktionären in Staatsfunktionen hat sich eine neue soziale Schicht herausgebildet. Veränderungen haben sich auch unter den alten Eliten vollzogen. Neue politische Figuren sind aufgetaucht und alte mussten zurücktreten. Unter den neuen sind Personen, die bereit sind, mit der Lula-Regierung zusammenzuarbeiten, ohne dass sich dadurch das gesamte politische System Brasiliens und seine Gestaltung ändern.

Veränderungen grundsätzlichen Charakters wird es nur geben, wenn sich große Teile der Bevölkerung direkt in den Kampf um strukturelle Veränderungen einschalten. Der zweite Wahlsieg Lulas ist Ausdruck für die existierenden Widersprüche in der Gesellschaft. Veränderungen vollziehen sich aber nach wie vor im Rahmen der historisch bestehenden Ordnung. Trotz der Existenz einer Regierung, die von großen Teilen der Bevölkerung gewollt wurde, war es nicht möglich, eine Gegenhegemonie aufzubauen. Eine unabhängigere Außenpolitik und Schritte auf dem Wege zu mehr sozialer Gerechtigkeit können eine Situation des Wandels schaffen, wozu die gegenwärtige Politik der Harmonisierung von Gegensätzen nicht in der Lage ist.



## **Bolivien – Aufbruch in eine neue Zeit**

Drei Monate nach seiner Amtseinführung als Präsident Boliviens setzte Evo Morales mit dem Dekret über die Renationalisierung der Erdöl- und Erdgasindustrie am 1. Mai 2006 einen Paukenschlag, der den Beginn einer neuen Epoche in Bolivien deutlich machte. An den Toren der ausländischen Erdölunternehmen marschierte Militär auf. »Auf dem Murillo-Platz (in La Paz) tanzte das Volk. In der Kammer der Erdölindustrie herrschte finsternes Schweigen«, beschreibt der MAS-Senator Antonio Peredo die Stimmung bei Bekanntwerden der Regierungsentscheidung.

92 Prozent der bolivianischen Wähler hatten im Juni 2004 beim Referendum über die Erdölpolitik für die Rückgewinnung der Ressourcen in das Eigentum der Nation gestimmt. Gleichzeitig mit der Klarstellung der Eigentumsfrage, der Erhöhung der Abgaben für die Förderkonzessionen und der Gewinnbesteuerung sowie der Revision von Gesetzesklauseln, die den Staat benachteiligten, wurde den ausländischen Öl- und Gasgesellschaften klargemacht, dass sie sich an die bolivianische Gesetzgebung zu halten haben, wenn sie im Lande bleiben wollen. Insbesondere Gesellschaften wie die spanische Repsol (Andina), die USA-Gesellschaft Enron und die britisch-niederländische Shell (Transredes), British Gas (Chaco), auch die brasilianische Petrobras hatten die Förderstätten in Bolivien gleichsam als ihr Eigentum behandelt. Sie missachteten die Vorschriften in den Verträgen über Fördermengen und Verkauf, vernachlässigten Investitionen, hielten weder Arbeitsgesetzgebung noch Gesetze über den Umweltschutz ein und verschleierten ihre fabulösen Profite durch betrügerische Abschreibungen, wenn es um die Gewinnbesteuerung ging. Die Preisgestaltung lag in ihren Händen. Im Ergebnis des Wirkens der ausländischen Konzerne mussten die Bolivianer ihr eigenes Erdgas im Inland zu Preisen kaufen, die über den Exportpreisen lagen, dagegen subventionierte Bolivien faktisch durch billige Lieferungen an die Filialen der Gesellschaften die Gasversorgung in Brasilien, Argentinien und Chile. Nur 0,6 Prozent der bolivianischen Bevölkerung hatten überhaupt Zugang zu Erdgasversorgung, in einem Land, das nach Venezuela über die zweitgrößten Gasreserven Südamerikas verfügt. Mit dem Nationalisierungsdekret übernahm jetzt der Staat durch die Wiederherstellung des staatlichen Erdölunternehmens YPFB die Kommerzialisierung von Gas und Öl, damit auch die Fixierung der Preise.

Die Privatisierungsverträge mit mehr als 70 Erdölgesellschaften in den 90er Jahren waren niemals, wie es die Verfassung Boliviens vorschrieb, dem Kongress zur Ratifizierung vorgelegt worden und daher illegal. Trotzdem garantierte die

Regierung Morales das Eigentum der ausländischen Konzerne an den Anlagen und ihre Investitionen. »Wir brauchen Partner, aber keine Herren«, sagte Evo Morales auf seiner Europareise. Die Kritik einiger radikal linker Kräfte im Inland und Ausland, diese Nationalisierung sei ein rein symbolischer Akt ohne reale Bedeutung, und ihre Forderung, die ausländischen Gesellschaften zu enteignen und aus dem Land zu weisen, entbehrte jedes Realismus, deutete aber bereits an, dass die Regierung Morales in mancher Hinsicht einen Zweifrontenkrieg zu führen haben würde.

Der Schritt der neuen bolivianischen Regierung löste nahezu Hysterie bei den betroffenen Ölgesellschaften aus. Fast ausnahmslos zeigte sich die »große« internationale Presse bestürzt, empört, sie beschwor bereits eine Staatskrise zwischen Bolivien und Spanien, zwischen Bolivien und Brasilien herauf. »Revolution aus der Mottenkiste« titelte die Süddeutsche Zeitung, die auch gleich warnend einfließen ließ, dass solche Schritte in der Vergangenheit meist mit Militärputschen endeten.

Dabei hätte man auf diese Maßnahme gefasst sein müssen, denn sie war in das Wahlprogramm der MAS, der jetzt regierenden Partei »Bewegung zum Sozialismus« eingegangen als eine Grundsäule der zukünftigen Regierungspolitik. Bereits die Vorgängerregierung hatte entsprechend dem Referendum ein Gesetz erlassen, das die Bedingungen der Erdölverträge neu regelte, aber die ausländischen Gesellschaften glaubten, dass es nie umgesetzt würde. Jetzt mussten sie sich davon überzeugen, dass die Regierung Morales durchaus den Mut aufbrachte. »Evo cumple!« (Evo hält sein Versprechen) heißt die Losung der Regierungspolitik – ein nicht ganz selbstverständliches Vorgehen für einen Wahlsieger in der heutigen Welt. Nach anfänglicher Aufregung fügten sich die meisten der ausländischen Ölgesellschaften in das neue Regime und verhandelten ihre Verträge neu. Dadurch konnte der bolivianische Staat seine Einnahmen aus dem Erdöl bereits im ersten Jahr um mehr als 320 Mill. Dollar steigern, Mittel, die für die Armutsbekämpfung dringend benötigt wurden.

Denn Bolivien, mit mehr als tausendjähriger Kulturgeschichte und reichen Naturschätzen, ist das ärmste Land Südamerikas.

## **Die Vorgeschichte – Armut, Ausplünderung und Unterdrückung**

Die Geschichte Boliviens seit der Eroberung durch die Spanier ist eine Geschichte von Plünderungen. Zuerst war es das Silber, das in Zwangsarbeit aus den Bergwerken geborgen wurde und dem aufkommenden Kapitalismus in Europa Auftrieb gab. Die Silberminen wurden zum Massengrab ganzer indigener Völkerschaften. Später wurde Salpeter ein wichtiger Ausfuhrartikel, der die europäische Landwirtschaft modernisieren half, bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts Bolivien die Vorkommen zusammen mit den Küstengebieten im Pazifikkrieg an Chile ver-

lor. Im 20. Jahrhundert wurden die reichen Zinnvorkommen im Altiplano zum Rückgrat der Wirtschaft des Landes. Das »Metall des Teufels«, unverzichtbar in der modernen Industrie für die Herstellung von Blechen, für Legierungen, in der Rüstungs- und Flugzeugindustrie, bei der Glasherstellung, bereicherte einige wenige, obgleich der Bergbausektor in der Revolution von 1952 verstaatlicht wurde, und sog den Massen der Bergarbeiter, die mit ihren Familien um die Minen herum in ärmlichsten Siedlungen vegetierten, das Mark aus; Arbeitsschutz und Sicherheit waren Fremdwörter in den Zinnbergwerken. Der Preisverfall des Zinns auf dem Weltmarkt, die Erschöpfung der Lagerstätten und die Erschließung von Vorkommen in anderen Ländern führten in den 80er Jahren zu einer tiefen Wirtschaftskrise und zu sozialen Katastrophen im Bergbausektor Boliviens.

Jetzt war es das Erdgas, das die Begehrlichkeiten des ausländischen Kapitals weckte.

Nach dem Ausverkauf der mineralischen und Erdöllagerstätten an transnationale Gesellschaften wurden in den 90er Jahren die riesigen Gasvorkommen, die in Bolivien entdeckt worden waren, zur Hoffnung und zum Symbol des Auswegs aus der Krise in einem der ärmsten Länder der Welt. »Für die Bolivianer ist das Gas die letzte Chance, in einem Land leben zu können, das etwas wie eine Zukunft hat«, schreibt der uruguayische Journalist Raúl Zibechi.<sup>1</sup>

Die Ausbeutung des Naturgases war durch ein nicht verfassungskonformes Präsidentendekret vom 4. August 1997 zum größten Teil auf Jahrzehnte dem transnationalen Konsortium Pacific LNG (die spanische Repsol-YPF, British Energy y Panamerican Energy) zur reduzierten Produktionsabgabe von 18 Prozent übereignet worden. Der bolivianischen Bevölkerung blieb nur das Gefühl, erneut betrogen zu werden, die Erbitterung wuchs, die faktische Enteignung der Naturressourcen wurde nicht mehr hingenommen. Das Fass zum Überlaufen brachte die Absicht, den Export von Gas über einen chilenischen Hafen laufen zu lassen; seit dem blutigen Pazifikkrieg (1879-83), der Bolivien den Zugang zum Meer kostete, sind feindliche Gefühle gegen Chile in der Bevölkerung verbreitet. Die Rückgewinnung des Eigentums an den Erdöl- und Gasvorkommen, ihre Nutzung für die wirtschaftliche Entwicklung statt des Raubbaus durch transnationale Gesellschaften bzw. zumindest eine angemessene Gewinnbeteiligung des Staates, die Wiedergründung der staatlichen Erdölgesellschaft YPFB, die einmal fast eine halbe Milliarde Dollar in den Staatshaushalt einbrachte, und die Verarbeitung des Gases im eigenen Land, seine Nutzung für die Industrialisierung wurden zu mobilisierenden Losungen, zum gemeinsamen Ziel einer Front, die Gewerkschaften, linke Parteien, soziale Bewegungen, indigene und Bauernorganisationen vereinte und nach Umfragen die Unterstützung der überwältigen Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatte.

1 R. Zibechi: En las calles de La Paz se está jugando el futuro del ALCA, in: Argenpress.info, 17/10/2003. <http://www.argenpress.info>.

Bolivien ist ein Beispiel dafür, zu welchen Auswüchsen ungehemmte neoliberale Wirtschaftspolitik führt, mit der man in den 90er Jahren, vor allem unter der Präsidentschaft von Gonzalo Sánchez de Losada (1993-1997), der Krise der Staatseinnahmen und einer Hyperinflation begegnen wollte. Sánchez de Losada, den man den »Gringo« nannte, weil er das Spanische mit amerikanischem Akzent sprach, befolgte strikt die Anweisungen der neoliberalen Ideologen. Um dem Markt freien Raum zu lassen, wurden die staatlichen Großbetriebe liquidiert und alle einträglichen Wirtschaftsaktivitäten ausländischen Gesellschaften überlassen. Von der Zerstörung erfasst wurden auch die übrigen produktiven Sektoren, die verarbeitende Industrie, das Bauwesen, auch die Landwirtschaft, die unter dem Freihandel, dem Import von Lebensmitteln, der Eroberung des Marktes durch US-Ketten zum Niedergang verurteilt war. Die Erlöse aus dem Ausverkauf der einheimischen Wirtschaft wanderten auf ausländische Banken, die Verschuldung des Landes wuchs. Die Vertreter der internationalen Finanzwelt gaben bei den Schuldenverhandlungen Bolivien den zynischen Rat: »Sie müssen lernen, mit dem auszukommen, was Sie haben.«

Zwischen 1998 und 2002 sank das durchschnittliche Prokopfeinkommen der Bolivianer um ein Sechstel, von 1.057 Dollar auf ein Tief von 882 Dollar. Nach Angaben der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) erreichten aber 45,5 Prozent der Bevölkerung nicht einmal die Hälfte dieses Durchschnitts, und etwa drei Millionen Menschen, ein Drittel der Bolivianer, mussten von weniger als 200 Dollar im Jahr zu überleben versuchen. 60 Prozent der Bevölkerung war unterernährt, besonders bei Kindern unter fünf Jahren war die Situation alarmierend. Extreme Armut breitete sich vor allem auf dem Lande aus. Die Unterversorgung mit grundlegenden Dienstleistungen – Wasser- und Abwasseranschluss, Toiletten, Elektrizität – stieg an, statt sich zu verringern, wie die Programme zur Armutsbekämpfung vorgaben, die die damaligen bolivianischen Regierungen als Bedingung für den teilweisen internationalen Schuldenerlass unterschrieben. Die Arbeitslosigkeit erreichte um die Jahrtausendwende ihren Höchststand seit zwei Jahrzehnten. Durch die Privatisierung der wichtigsten öffentlichen Unternehmen, meist an ausländische Investoren, gingen 60.000 Arbeitsplätze verloren – bei einer Bevölkerung, die zu dieser Zeit fünf Millionen betrug. 70 Prozent der Arbeitskräfte versuchten sich im informellen Sektor über Wasser zu halten.

Dabei wuchs die Kluft zwischen Arm und Reich – Bolivien gehört in Südamerika zu den Ländern mit der stärksten sozialen Polarisierung. Die CEPAL gibt für 2000/2001 an, dass die zehn Prozent der Reichsten 37,2 Prozent der Einkommen auf sich konzentrieren, ebensoviel wie die unteren 70 Prozent der Bevölkerung. Zugespitzter veranschaulicht: 2002 verfügte ein Fünftel der Familien über ein 44-mal höheres Einkommen als das ärmste Fünftel.

Die Tatsache, dass ein großer Teil der Bevölkerung in extremer Armut lebt und ein enormes Einkommensgefälle besteht, fällt mit einer ausgeprägten ethnischen

Diskriminierung gegenüber der indigenen (indianischen) und afrostämmigen Bevölkerung zusammen, die in Bolivien die Mehrheit darstellt und zugleich überwiegend die ärmsten Sektoren bildet. In Bolivien gehören 6 von 8 Mill. Einwohnern der Urbevölkerung an – mehr als 35 ethnische Gruppen und Völker, von denen einige gerechtfertigt die Bezeichnung Nation für sich in Anspruch nehmen. »Die ethnische Segmentierung des Arbeitsmarktes, die kulturelle Abwertung und die Ausbreitung der Armut ... haben die Indianisierung des Elends verstärkt«, schreibt der bolivianische Soziologe Washington Estellano in einer Analyse der jüngsten Entwicklung in Bolivien.<sup>2</sup> Die CEPAL bestätigt die Allgemeingültigkeit dieser Entwicklung in Lateinamerika: »Anfang des neuen Jahrtausends weisen die indigenen, afrolateinamerikanischen und afrokaribischen Völker die schlechtesten ökonomischen und sozialen Indikatoren auf und verfügen über eine geringe kulturelle Anerkennung und wenig Zugang zu Instanzen der öffentlichen Entscheidung. Lateinamerika und die Karibik stehen hier einer großen Herausforderung gegenüber: Die soziale Integration erfordert die Anerkennung und Aufwertung der kulturellen Vielfalt. Das schließt ein, dass die Staaten, Regierungen und Gesellschaften die Rechte der verschiedenen Ethnien anerkennen, sie in die Gesetzgebung einbeziehen und die notwendigen Mittel für deren reale Ausübung bereitstellen.«<sup>3</sup>

Die Einforderung ihrer sozialen Rechte verband sich so für die Mehrheit der unteren Sektoren mit der Behauptung ihrer kulturellen und ethnischen Identität.

Mehr als 500 Jahre nach der kolonialen Eroberung ist die Geringschätzung der abwertend als »Indios« bezeichneten Aymara, Quechua, Guaraní, Chiquitanos und anderen indigenen Völker Boliviens keineswegs Geschichte. Ihre Kultur gilt bei den Ober- und Mittelschichten als rückständig und minderwertig, von ihnen, nicht von der mestizischen und weißen Minderheit, wird Anpassung an die »Modernität« verlangt, die der globalisierende Neoliberalismus vorgibt – sie sollen ihre Sprachen nicht mehr sprechen, ihre Trachten ablegen, ihre traditionellen Riten und Feste nicht mehr zelebrieren, ihr damit eng verbundenes Verhältnis zur natürlichen Lebensumwelt außer Acht lassen, ihre besonderen sozialen Beziehungen und Wertesysteme aufgeben. Der »innere Kolonialismus« war eines der Grundübel der bolivianischen Gesellschaft bis zur Gegenwart. Der Staat, das politische System, die Rechtsnormen, die Formen des politischen Handelns, das Wertesystem der offiziellen Gesellschaft entsprachen den »westlichen« Vorstellungen und berücksichtigten nicht die Traditionen und Wertevorstellungen der indigenen Völker. Aus der sich formierenden bolivianischen Nation waren sie in Wahrheit ausgeschlossen oder wurden als folkloristisches Beiwerk angesehen. Vor Wahlen wurden sie gern umworben, eine eigene politische Vertretung besaßen sie nicht vor der Gründung der MAS. Selbst in den Gewerkschaften, deren Mitglieder mehrheitlich indigene

2 W. Estellano, Después de octubre, in: Inprecor América Latina, No. 25, São Paulo, 15/02/2004.

3 CEPAL, Globalización y desarrollo, Santiago de Chile, LC/G.2157(SES.29/3), April 2002, S.23.

Arbeiter waren, war die Spitze der Führungspyramide ausschließlich von den im europäisch geprägten rationalen Stil geschulten akkulturierten Führern besetzt. Sie brauchten Dolmetscher, wenn sie vor Arbeiterversammlungen sprachen.

Neben der Krise des neoliberalen Systems hatte sich so auch eine Krise des republikanischen Nationalstaates entwickelt. Die herrschenden Eliten regierten von der Erringung der Unabhängigkeit bis heute vorwiegend mit Mitteln des Zwangs und der Unterwerfung, der Bestechung und Spaltung oppositioneller Kräfte; das institutionelle System war schwach und unsicher, Beteiligungsmöglichkeiten kaum entwickelt. Die Tatsache, dass Bolivien seit der Unabhängigkeit im Jahre 1825 mehr als 180 Staatsstrieche erlebt hat, spricht für den chronischen Charakter dieser Defizite. Das aus der Kolonialzeit ererbte und an »westlichen« Maßstäben orientierte Recht, das den Staat prägte, und die indigenen Vorstellungen von den Verpflichtungen des Amtsträgers gegenüber der Gemeinschaft kollidierten zunehmend miteinander. Es entwickelte sich eine Situation der Nichtakzeptanz und Delegitimierung der bestehenden politischen Ordnung einschließlich des Parlamentarismus und der Parteiensysteme, die mit der üblichen Benennung als »Krise der Regierbarkeit« kaum richtig bezeichnet ist. Es handelte sich, wie in anderen Ländern Lateinamerikas auch, um eine fortschreitende Hegemoniekrise. Dazu gehören auch Brüche und Erscheinungen der Unzufriedenheit in den Streitkräften und den Organen der Polizei. Die herrschenden Kräfte, unterstützt von den USA, deren Botschaft immer offener die Rolle der lenkenden Kraft übernahm (als »Vizekönig«, wie die Bolivianer im Anklang an die spanische Kolonialherrschaft sagen), suchten aus dieser Situation wiederum einen autoritären Ausweg.

Die Entwicklung in Bolivien, einst zum Kernland des Inkareiches gehörig, hat eine hohe Allgemeingültigkeit für die Situation in den Andenländern, in denen der Anteil der indigenen Bevölkerung hoch ist (selbst in Chile macht er noch zehn Prozent aus). Obgleich der indianische Widerstand seit Beginn der Kolonisierung immer wieder aufgeflammt ist, hat er nach Breite, Tiefe und Orientierung heute einen anderen Charakter angenommen. An seiner Spitze stehen eigene Führer, politisch gebildete Aktivisten, hervorragende Intellektuelle indigener Herkunft. Die neue Qualität ergab sich offenbar aus der Zuspitzung sozialer und ökonomischer Probleme, aber vor allem aus der existentiellen Bedrohung der Kultur und Lebensweise der Urvölker in der Gegenwart, die über die jahrhundertelange Diskriminierung hinausgeht. Nicht nur kleinere ethnische Gruppen, auch die großen Völker des Andenhochlandes sehen sich zunehmend in den Möglichkeiten zur Erhaltung ihrer Identität bedroht. In dem Kampf um die Bewahrung ihrer Eigenständigkeit äußert sich heute der Widerstand gegen die seit der Kolonisierung, verstärkt aber vom Neoliberalismus aufgezwungene Lebensweise, die Gesamtheit der ökonomischen, politischen, sozialen, kulturellen Bedingungen, letzten Endes der Kampf um das Recht auf Leben in der Diversität, gegen die Unterwerfung der Welt unter das Einheitsschema des Marktes und ein einheitliches Entwicklungs-

modell. Die Modernität und Kultur, die man den indigenen Gemeinschaften zu bringen verspricht, bedeutet die Vernichtung ihrer eigenen Kultur zum Zweck ihrer Einbeziehung in die Welt der Konsumenten, zur Vernutzung ihrer Ressourcen, von der Natur bis zu ihrem traditionellen Wissen, und zur zwangsweisen Homogenisierung der Lebenswelten im Sinne der neoliberalen Globalisierung. Der Widerstand dagegen hat im Wesentlichen keinen rückwärtsgewandten Charakter, sondern ist von der Erkenntnis getragen, dass der als Modell angesehene »westliche« Lebensstil, die Zivilisationsweise der Industrieländer, die auf ungehemmtem Ressourcenverbrauch und der Marktförmigkeit aller Lebensäußerungen beruht, die Welt zugrunde richtet und kein gangbarer Entwicklungsweg ist.

Zu der sozialen und ethnischen Diskriminierung gesellt sich somit eine unmittelbare Gefährdung der kulturellen Identität, die die Existenz dieser Völker und Nationen bedroht. Das Bewusstsein hierüber ist keine Interpretation, die von außen hineingetragen wird, und ist keineswegs auf einige intellektuelle Führer des indianischen Widerstandes beschränkt, sondern Allgemeingut in den Gemeinden, weil es durch vielfältige tägliche Erfahrungen erworben und bestätigt wird. Die in den Verfassungen zum Teil ausgesprochene Anerkennung der kulturellen Diversität erweist sich in der Praxis als formal, ebenso wie die Respektierung der Territorien der indigenen Gemeinden (comunidades), die zum Teil entsprechend ihren Wirtschaftsformen dünn besiedelt sind und immer wieder beschnitten werden. Die Verwüstung ihrer natürlichen Umwelt durch Erdölförderung und Bergbau, Abholzen der Wälder und Kontaminierung der Flüsse beschleunigte sich in den letzten Jahrzehnten. Dagegen entwickelte sich in allen Andenländern heftiger Widerstand, zunächst auf lokaler Ebene.

Der ecuadorianische Wissenschaftler an der Andenuniversität in Quito Germán Rodas schätzt ein: »Angesichts der Globalisierung der Kultur haben sich die indigenen Völker erneut gezwungen gesehen, neue Formen des Kampfes gegen die neuen Kolonisatoren zu entwickeln. Ihre Haltung bringt einen ausgeprägten Willen zum Ausdruck, ihr Leben, ihre natürliche und geographische Umwelt zu bewahren, die in der Raum-Zeit-Vorstellung der andinen Welt eine einzige und unlösbare Einheit darstellt. Die Erde beschädigen, die sie bearbeiten, um ihre Reichtümer zu fördern (entsprechend den Begierden des herrschenden ökonomischen Systems), ihre Medizin zu zerstören, ihre Ärzte (die Schamanen) zu verfolgen, ihnen die Kenntnis einer fremden Sprache abzuverlangen usw. bedeutet nichts anderes als gegen ihr Leben vorzugehen; deshalb haben sie sich gezwungen gesehen, neue Formen des Widerstandes zu suchen ... Dieser Widerstand führt schließlich zu einer Konfrontation mit der Welt der neoliberalen Globalisierung, derart, dass die Welt der Indios des Andenraumes bei der Verteidigung ihrer Rechte im Grunde mit dem System konfrontiert ist, das ihnen die Länder der Zentren aufzwingen wollen.«<sup>4</sup> Wie berechtigt dieser Einschätzung ist, wird sehr schnell

4 G. Rodas Ch.: Globalización neoliberal, cultura y pueblos indígenas andinos, Universidad Andina, Quito, o. J.

bestätigt, wenn man die Angebote der Europäischen Union für den Abschluss von Freihandelsverträgen mit den Andenstaaten betrachtet.

Dabei ist die Zugehörigkeit zu dem als indigen bezeichneten Bevölkerungsteil in einem seit 500 Jahren der Mestizisierung unterworfenen Land nicht als »Rassenfrage« (Hautfarbe, Abstammung, »Blut« und Gene) zu verstehen, sondern wird nach modernen internationalen Kriterien durch Autodefinition, als eigene Zugehörigkeitsbestimmung verstanden und verbindet sich also mit einer starken Aufwertung des Begriffs »indigen« im Bewusstsein der unteren Schichten, die Ergebnis der erfolgreichen Kämpfe und Organisationsfortschritte in den letzten Jahrzehnten ist.<sup>5</sup>

## Die Herausbildung einer neuen Hegemonie

In Bolivien lässt sich verfolgen, wie sich unter dem Druck der Volksbewegungen seit Ende der 90er Jahre ein neues politisch-soziales Kräfteverhältnis herausbildete, das sowohl in Wahlergebnissen als auch in der realen Kräftekonstellation in der Gesellschaft zum Ausdruck kommt.

Etwa 30.000 Bergarbeiter, der Kern der bolivianischen Arbeiterklasse, flogen auf die Straße, als die meisten Zinnminen geschlossen und der Staatskonzern COMIBOL zerschlagen wurden. Das war gleichbedeutend mit der Paralyisierung der kämpferischen organisierten Gewerkschaftsbewegung Boliviens, die Rückgrat der zahlreichen linken, aber zersplitterten Bewegungen gewesen war. Es entstand ein Vakuum in der Volksbewegung.

Durch die neoliberale Marktöffnung und die weitgehende Vernichtung der an sich schon schwachen Ansätze einer industriellen und agroindustriellen Entwicklung wurde die Mehrheit der Bevölkerung in die Arbeitslosigkeit, in informelle Tätigkeiten und unsichere, zum Teil auch illegale Beschäftigungen zum Erwerb ihres Lebensunterhalts abgedrängt. Um die Versorgung mit den Gütern zu sichern, die in Bolivien nicht mehr hergestellt wurden, blühte der Schmuggel mit den Nachbarländern. Die Abwanderung vom Lande in die Elendsviertel der Städte nahm zu. Hunderttausende Bolivianer wurden auf der Suche nach Existenzmöglichkeiten in die Emigration getrieben, in Nachbarländer, nach Europa und in die USA. Obwohl sie meist versuchen, durch Geldsendungen ihre Familien zu unterstützen, führt dieser Abzug eines erheblichen Teils der ökonomisch aktiven Bevölkerung vor allem in der Landwirtschaft zu Einschränkungen der Reproduktionsmöglichkeiten der Gemeinden und der Familienwirtschaften. Die Andengebiete haben in den 90er Jahren einen Nettoverlust von 13 Prozent der ländlichen Bevölkerung erlitten, gibt die bolivianische Soziologin Silvia Rivera an.

5 Vgl. dazu Silvia Rivera Cusicanqui: Der Aufbau neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, Erfahrungen in Bolivien, in: Wahlergebnisse in Lateinamerika – neue Perspektiven für die Linke? Beiträge einer Internationalen Konferenz, 1./2. Dezember 2006, Helle Panke e. V., Berlin.



Die neuen sozialen Kräfte, die in den heutigen Bewegungen auftreten, sind von dieser Entwicklung geprägt. Es sind nicht Lohnarbeiter von Großbetrieben, nicht in klassischer Weise organisierte Arbeitermassen, sondern überwiegend prekär Beschäftigte, »auf eigene Rechnung« Tätige, Arbeiter im informellen Sektor ohne berufliche Ausbildung in den Städten und auf dem Lande, die meist territoriale Organisationen im lokalen und regionalen Bereich entwickelt haben. Vorrangig sind es indigene Menschen, die sich den Traditionen und der Kultur ihrer Abstammung zugehörig fühlen. Die indigenen Bewegungen verleihen dem sozialen Widerstand nicht nur besondere Kraft, sondern auch neue Kampfformen und programmatische Inhalte.

Zu einem Zentrum des Widerstandes gegen die sozialen Nöte wurde die Nachbarstadt von La Paz, El Alto. Der Ort hat kämpferische Traditionen. In dieser damals öden Hochebene kämpfte im Jahre 1781 das indigene Rebellenheer von Tupac Katari, 40.000 Mann, die über Monate den Regierungssitz La Paz belagerten. Später spielte der rasch wachsende Ort eine wichtige Rolle in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1952. In mehr als 4.000 m Höhe gelegen, wurde El Alto vor allem von indigenen Migranten aus dem Hochland besiedelt. Von 11.000 Bewohnern im Jahre 1950 wuchs die Bevölkerung auf über 800.000 in der Gegenwart. Aus der Selbsthilfe der meist bitterarmen Einwohner entstand ein Netz von lokalen Organisationen, das mit ländlichen Gemeinden eng verbunden geblieben ist und durch ein Komitee der Nachbarschaftsräte (Fejuve) Aktivitäten in der ganzen Region koordiniert. Nicht selten legten diese Protestaktionen durch Straßenblockaden die Wirtschaftstätigkeit in La Paz lahm. El Alto wurde im Oktoberaufstand 2003 für die Nationalisierung der Erdgasvorkommen, der zum Sturz von Sánchez de Losada führte, zum Zentrum der Auseinandersetzungen mit der Armee, bei denen über 60 Einwohner, darunter Kinder, Frauen und alte Leute, getötet wurden.

Eine neue soziale und politische Kraft erwuchs in der Region Cochabamba in den östlichen Kordillern, im Chapare. Ein Großteil der aus ihrem Beruf geworfenen Bergarbeiter und anderer Lohnarbeiter aus der Hochebene siedelten sich in dieser fruchtbaren Gegend an und begannen Koka zu pflanzen. In gewerkschaftlichen Traditionen erzogen, bauten sie in kurzer Zeit eine starke Gewerkschaftsbewegung auf. Hier wuchs Evo Morales zum politischen Führer heran. Die Kokabauern hatten sich permanent der Übergriffe der Staatsmacht, der Kontrolle und Verfolgung durch Armee und Polizei zu erwehren, die unter dem Druck der USA-Drogenbehörde mit Gewaltmaßnahmen gegen den Kokaanbau vorging; es entstanden Komitees zur Selbstverteidigung. Der Kokaanbau ist in Bolivien in bestimmtem Rahmen legal, denn diese vielfältig verwendbare Nutzpflanze ist mit den kulturellen und kommunikativen Traditionen des Volkes unauflösbar verbunden, ihre Nutzung in der Medizin und Pharmazie wie auch als kalorienreiches Nahrungsmittel kann zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor werden und ist von der Kokainproduktion, die nicht in Bolivien stattfindet, scharf zu unterscheiden.

Nur Selbstverpflichtung und strenge gesellschaftliche Kontrolle der Gemeinden, nicht staatliche Gewalt, kann, wie die Erfahrungen überall zeigen, die Verwendung der Kokablätter für die Drogenproduktion verhindern.

Die Kokabauern im Chapare und in einem weiteren traditionellen Anbaugebiet, Las Yungas, kämpften um die Akzeptanz ihres Wirtschaftszweiges, der für sie Überlebensstrategie ist. Die Bedeutung dieses Produktionszweiges für die Existenz großer Teile der arbeitenden Bevölkerung, aber auch die spirituelle und mythische Bedeutung der Koka für die indigenen Völker machten aus dem Problem der Kokaproduktion eine Art Präzedenzfall für den Widerstand gegen die Vernichtung althergebrachter Lebensweisen, gegen aufoktroyierte Verarmung und fehlende Entwicklungschancen. Die Bewegung der Kokabauern entwickelte eigene Identitäten, große Mobilisierungsfähigkeit und bedeutenden Einfluss innerhalb der Gesamtheit der indigenen und bäuerlichen Organisationen Boliviens.

Die sozialen Bewegungen erstarkten im Widerstand gegen den Versuch der herrschenden Kräfte, den Problemen durch noch radikalere neoliberale Reformen zu begegnen, vor allem durch noch größere Freiheiten für ausländisches Kapital und weitere Privatisierungen, die tief in die Lebensbedingungen der Bevölkerung einschnitten.

Zu einer Auseinandersetzung von zutiefst symbolischem Charakter, in dem Konflikte der Zukunft vorweggenommen schienen, kam es in der Region Cochabamba um die Erhaltung des Zugangs zur Ressource Wasser. Der »Krieg um das Wasser« gegen die Privatisierung der Wasserbetriebe mit seinem Höhepunkt im April 2000 wurde zu einer Mobilisierung, die sich auf das ganze Land ausdehnte und weltweit bekannt wurde. Die USA-Gesellschaft Bechtel (Agua del Tunari), an die die ehemals kommunale Wasserversorgung der Region verkauft worden war, hatte innerhalb kurzer Zeit die Tarife verdreifacht, um die Modernisierung der Wasserversorgung ohne jede eigene Investition durchzuführen. Sie wollte zur Durchsetzung ihres Monopols die Wasserentnahme aus Brunnen und Quellen der Gemeinden, selbst die Sammlung von Regenwasser besteuern. Der geheimgehaltene Privatisierungsvertrag wurde aufgedeckt, es bildete sich eine Koordinierungsorganisation »für die Verteidigung des Wassers und des Lebens«, in der bäuerliche und städtische Gruppen, Industriearbeiter und Arbeitslose, Händler und Stadtteilorganisationen, selbst Organisationen der Straßenkinder zusammenarbeiteten. In einem monatelangen Kampf mit der Regierung, durch Blockierung von Verbindungswegen, Paralyse der Stadt, Auseinandersetzungen mit Polizei und Armee auf den Straßen, die Tote und Verletzte kosteten, erreichten sie die Revision des Vertrages und schließlich die Ausweisung des Unternehmens.

Diese Kämpfe hatten große Bedeutung für die Bewusstseinsentwicklung in der Bevölkerung. Die sozialen Bewegungen hatten ihre Kraft erkannt, sie waren in der Lage, nicht nur Lösungen für Einzelprobleme zu erkämpfen, sondern ein Projekt für die Zukunft in Angriff zu nehmen.

Alle diese Auseinandersetzungen, die mit dem Aufschwung der Volkskämpfe in ganz Lateinamerika übereinstimmten, zogen immer breitere Schichten der Bevölkerung in die sozialen Bewegungen hinein. Die Verteidigung der nationalen Verfügung über die Naturressourcen, die Aufrechterhaltung staatlicher Dienstleistungen zu bezahlbaren Preisen und staatlicher Versorgungsleistungen zur minimalen Absicherung des Lebens standen dabei im Mittelpunkt. Sie verbanden sich deshalb mit dem Kampf um die Erhaltung oder Wiederherstellung der staatlichen Betriebe in Industrie und Bergbau. Damit wurden Grundzüge der neoliberalen Wirtschaftspolitik in Frage gestellt, ihre Revision gefordert.

Die straff organisierte Cocalero-Bewegung trat an die Spitze der sozialen Bewegungen und ergriff die Initiative zur Schaffung einer politischen Organisation, der MAS. Sie traf Vereinbarungen mit dem Großteil der sozialen und indigenen Bewegungen und fand in wachsendem Maße Unterstützung bis in die städtischen Mittelschichten.

Nach ersten Erfolgen in kommunalen und Parlamentswahlen stellte sich Evo Morales 2002 als Kandidat zu den Präsidentschaftswahlen und kam gegen Sánchez de Losada bis in die zweite Runde, die vom Kongress zugunsten des letzteren entschieden wurde. Die MAS war jetzt bereits mit 21 Prozent der Abgeordneten im Parlament vertreten.

Am 18. Dezember 2005, inmitten heftiger Auseinandersetzungen um die Nationalisierung der Erdgasvorräte, um eine neue Verfassungsgebende Versammlung, um die Auslieferung und Verurteilung des in die USA geflohenen Sánchez de Losada und die Autonomieforderungen einzelner Landesteile gewann der Gewerkschaftsführer der Kokabauern und Parteigründer der MAS, der Aymara Evo Morales Ayma, aus einer indigenen Bauernfamilie stammend, die Präsidentschaftswahlen mit 54 Prozent der Stimmen, mehr als 20 Punkte vor seinem nächstplazierten Rivalen; seit der Wiederherstellung der formalen Demokratie in Bolivien 1978 hatte kein Kandidat je mehr als 34 Prozent erhalten. Seine Partei MAS zog mit absoluter Mehrheit ins Parlament ein. Dieser Wahlsieg wurde errungen trotz einer unerhörten medialen Kampagne gegen Evo Morales und die Cocaleros, trotz des erklärten Votums der USA-Botschaft in La Paz gegen ihn, trotz massenhaften Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung wie Streichung von Wahlberechtigten aus den Listen oder kurzfristige Verlegung der Wahllokale an andere Orte.

Das Ergebnis drückte einen klaren politischen Willen der Mehrheit der Bevölkerung aus, von Indigenen, Weißen und Mestizen, von Stadt- und Landbewohnern, mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik, dem Ausverkauf des Landes an ausländische Unternehmen und der Unterwerfung unter die USA Schluss zu machen; es zeugt aber auch davon, dass in weiten Teilen der Gesellschaft die Notwendigkeit erkannt wurde, endlich die kolonialen und rassistischen Strukturen der bestehenden Gesellschaft zu überwinden. Der neue Präsident Boliviens unterstrich in seinen ersten Erklärungen, dass die indigenen Traditionen keine ausschließende Politik zulassen, sondern der Einschluss aller Mitglieder der nationalen Gemein-

schaft angestrebt werde, dass es gelte, ein Land aufzubauen, in dem alle Bürger guten Willens mit gegenseitiger Achtung der Eigenarten und Lebensformen der anderen zusammenleben können.

Aber das Ergebnis der Wahl vom Dezember 2005 bedeutete auch, dass, wenn man Splittergruppen abrechnet, etwa 40 Prozent der Bevölkerung nicht hinter der Politik des gesellschaftlichen Wandels und der Überwindung alter gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten stehen. Dahinter müssen nicht zwangsläufig rassistische Ressentiments stehen, auch Unsicherheiten im Umgang mit den anderen Kulturen, Ängste im Hinblick auf Besitzstand und Lebensgewohnheiten bewirken die Ablehnung von Veränderungen. Ein offener nationaler Dialog und eine Politik des Ausgleichs sind unerlässlich. Aber die »ethnische Karte« wird auch bewusst von den Clans der Oligarchie und ihrem Anhang ausgespielt. Besonders in den Departements des östlichen Tieflandes, wo die Erdgasquellen liegen und der Großgrundbesitz konzentriert ist, hatte die Opposition Stimmen gesammelt, was sich in der Zusammensetzung des Senats (des »Oberhauses« des Kongresses, das sich aus je drei Vertretern der 9 Departements zusammensetzt) widerspiegelte, und besonders die ökonomisch mächtigsten Gruppen, die gewohnt waren, die politische Macht zu kontrollieren und mit den transnationalen Unternehmen verflochten sind, stellten sich auf einen Machtkampf ein.

## **Eine demokratische und kulturelle Revolution**

Eine tiefe Demokratisierung der Gesellschaft steht an wie in vielen anderen Ländern, aber sie erhält in Bolivien besondere Züge durch die Aufgabe, die juristische und politische Gleichberechtigung und soziale Teilhabe aller ethnischen Gruppen zu sichern, ausgehend von der Anerkennung der kulturellen Verschiedenheit. Die Umgestaltungen, die sich die Regierung Evo Morales auf die Fahnen geschrieben hat, werden deshalb als demokratisch-kulturelle Revolution charakterisiert, eine Aufgabenstellung, die einen langen Atem brauchen wird. Es geht um nicht weniger als die Neugründung der Nation unter Anerkennung der Verschiedenheit und Gleichberechtigung ihrer Lebensformen.

Die bolivianische Nation ist multiethnisch und multikulturell, keine dieser Kulturen darf die anderen majorisieren. Dafür sind neue Verfassungsprinzipien, institutionelle und juristische Mechanismen, ökonomische Grundlagen erforderlich. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes sollen Vorstellungen, Institutionen, Gebräuche der Ureinwohner darin Platz finden. Das bedeutet, dass über die Rechte der Person hinaus andere, kollektive Werte darin aufgenommen werden müssen. Zugleich gilt es klare Grundlagen für die volle Souveränität der Nation über ihre Entwicklungswege, ihre Ressourcen und Naturschätze zu schaffen. Die produktive Struktur der Gesellschaft muss gesichert werden. Deshalb ist die Erarbeitung einer neuen Verfassung von grundlegender Bedeutung für ein neues

Gesellschaftsprojekt. Neben der Rückgewinnung des nationalen Eigentums über die Gasreserven war die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung Hauptforderung in den Volkskämpfen seit Beginn des Jahrtausends, vor allem im Oktoberaufstand 2003. Zum ersten Mal kam eine Verfassungsgebende Versammlung zustande, die die multikulturelle und plurinationale Zusammensetzung der Bevölkerung, alle territorialen und sozialen Sektoren widerspiegelte. Am 6. August 2006 nahmen die gewählten Vertreter in der formellen Hauptstadt Sucre ihre Arbeit auf und legten nach Monaten turbulenter Arbeit im Dezember 2007 einen Entwurf vor, der einem Referendum unterworfen werden soll. Dieser Entwurf, Gegenstand der heftigsten Auseinandersetzungen und Ablehnung durch einen Teil der Gesellschaft, bewahrt alle demokratischen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft. Er hat von der Menschenrechtskommission der UNO die besten Noten erhalten, trägt er doch voll und ganz dem Geiste der UNO-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker vom 13. September 2007 Rechnung.

Trotz der Obstruktionspolitik des größten Teils der Opposition im Parlament hat die Regierung Morales in ihrer kurzen Amtszeit eine Reihe grundlegender Strukturreformen auf demokratische Weise auf den Weg gebracht.

Mit den Nationalisierungen im Energiesektor (Erdöl und Erdgas) und der Reaktivierung des Bergbaus (so die Übernahme der wichtigsten noch exploitablen Zinnminen, die Nationalisierung des metallurgischen Komplexes in Vinto, die Erschließung der Eisenerzlager in El Mutún mit der indischen Gesellschaft Jindal Steel) wurde der Staat in Bolivien wieder zum größten Unternehmer und konnte erstmals wieder Überschüsse erwirtschaften. Der Staat hat die Übernahme neuer Erdgasvorkommen angekündigt, deren Erschließung von den Kontraktpartnern nicht vertragsgemäß begonnen wurde. Der Aufbau einer auf der Erdölverarbeitung basierenden Industrie ist vorgesehen und soll innerhalb der nächsten fünf Jahre in Angriff genommen werden, auch mit venezolanischer Hilfe, später auch die Verarbeitung anderer Rohstoffe im eigenen Land. Eine nationale Industrie existiert in Bolivien kaum.

Noch 2006 ist das Agrarreformgesetz verabschiedet worden. Es sieht vor, nicht nur staatliche Ländereien zu verteilen, sondern auch unproduktiven Landbesitz zu enteignen – so soll Großgrundbesitz alle zwei Jahre auf seine produktive Nutzung überprüft werden –, außerdem werden die Eigentumstitel geprüft. Die neue Verfassung wird die maximale Größe von individuellem Besitz festlegen (maximal 10.000 ha) und sichert die Erhaltung des Gemeindebesitzes. Die Verteilung von Land schreitet trotz erbitterten Widerstandes fort. Im Osten des Landes besitzen etwa 20 Familien riesige Ländereien, die zum Teil 100.000 ha übersteigen, während indigene Gemeinden und Kleinbauern unter Landmangel leiden. In jüngerer Zeit wurde aufgedeckt, dass auf solchen Besitzungen indigene Arbeitskräfte unter sklavereiähnlichen Bedingungen gehalten werden.

Die Regierung hat alle verfügbaren Einsparungen von Mitteln, so auch aus der Kürzung der Gehälter der Regierungsbeamten, für dringende soziale Ausgaben

eingesetzt, für die Unterstützung des Schulbesuchs für eine Million Kinder (Transport, Schulbedarf, Schulessen), für die Alphabetisierung Erwachsener, für die Einrichtung von Krankenhäusern und medizinischen Stützpunkten; dabei hat Bolivien starke Unterstützung von Kuba und Venezuela empfangen. 5.000 Stipendien für die Ausbildung von Erdölfachleuten wurden von Venezuela übernommen, das auch Traktoren für die Landwirtschaft lieferte. Durch Infrastrukturprojekte, die vor allem durch Venezuela unterstützt werden, konnten bisher bereits 40.000 direkte und 70.000 indirekte Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bolivien engagiert sich stark für die lateinamerikanische Integration, es sieht seine weitere Entwicklung in enger Verbindung mit den Ländern der Region. Es ist der ALBA und dem Handelsvertrag der Völker (mit Venezuela und Kuba) beigetreten und schließt sich an den MERCOSUR an. Bolivien beliefert Brasilien und Argentinien mit Gas. Mit viel Geduld und gutem Willen versucht die Regierung von Evo Morales in Verhandlungen mit Chile, der friedlichen Lösung der Frage des Zugangs zum Meer näherzukommen und andere Unstimmigkeiten mit Nachbarländern zu klären. Mit Iran, Indien, China entwickeln sich die Wirtschaftsbeziehungen. Bolivien verfolgt jedoch eine selbstbewusste Außenpolitik der nationalen Souveränität und der Verteidigung der nationalen Interessen gegenüber den Industrieländern, was beim Abbruch der Freihandelsgespräche mit den USA, aber auch in der Abfuhr für die Europäische Union zum Ausdruck kam, da Bolivien nicht bereit ist, eigene Entwicklungsinteressen und Wirtschaftsprinzipien, so die lenkende Rolle des Staates, den Schutz der einheimischen Industrie und der Natur, dem Expansionsstreben des europäischen Kapitals zu opfern. Bolivien wirbt für Investitionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber auf partnerschaftlicher Basis. Die Regierung Morales war die erste, die sich in scharfer Form gegen die unwürdige »Rückführungsdirektive« der EU gewandt und die Interessen ihrer in Europa arbeitenden Bürger verteidigt hat – inzwischen haben sich alle lateinamerikanischen Regierungen dieser Kritik angeschlossen.

Die ersten Regierungsjahre von Evo Morales und seines Vizepräsidenten, des Soziologen und Mathematikers Álvaro García Linera, der wesentliche konzeptionelle Gedanken zum neuen Gesellschaftsprojekt in Bolivien beigetragen hat,<sup>6</sup> zeigen: In Bolivien hat ein Prozess tiefgreifender Strukturveränderungen begonnen. Die neoliberalen Strukturen werden demontiert, wenn sie das Land auch noch für Jahre zeichnen werden und wenn auch noch immer die Gewinne transnationaler Unternehmen aus den Bodenschätzen Boliviens weit höher sind als das, was den Bolivianern davon bleibt. Die produktiven Grundlagen des Landes werden wieder gestärkt. Der Staat wird zum größten Unternehmer und übernimmt die Kontrolle der Devisen bringenden Rohstoffindustrie, es gibt Ansätze, noch im Planungszu-

6 Siehe hierzu. Á. García Linera: »El capitalismo andino-amazónico«, in: *Le Monde diplomatique*, Edición Cono Sur, Jg. 4, Nr. 38, Januar 2006; ders.: *Democracia multinacional y multi-institucional*, <http://www.pulsobolivia.com/analistas.html>; Álvaro García Linera, Vicepresidente de Bolivia: »No estamos pensando en socialismo sino en revolución democratizadora«, Interview, in: »Página 12«, Buenos Aires, 10/04/2006.

stand, für den Aufbau einer verarbeitenden Industrie. Die Landwirtschaft soll nach solidarischen, sozialen und umweltgerechten Prinzipien entwickelt werden; das »produktivistische«, auf Ausplünderung der Natur angelegte Wirtschaftsmodell wird abgelehnt.

Das Gesellschaftsprojekt, das die MAS vorschlägt, ist kein sozialistisches Projekt im bekannten Sinne. Ohne sozialistische Orientierungen aufzugeben, steht eine sozialistische Gesellschaft noch in weiter Ferne. Der demokratische Prozess richtet sich auf die Konstituierung eines Sozialstaates, der seine Politik durch Konsultationen mit den sozialen Organisationen als Vertretern der Bevölkerung definiert und über verschiedene informelle und institutionelle Gremien mit Unternehmern, Exporteuren, Landwirten, Comunidades abstimmt.

Das Privateigentum wird geachtet. Beabsichtigt ist eine gemischte Wirtschaft mit verschiedenen Eigentumsformen, in der der Staatssektor und die kommunitäre Wirtschaft die zwei Grundsäulen sind. Der staatliche Sektor in der Rohstoffwirtschaft soll die Überschüsse für die Entwicklung der heute marginalisierten Sektoren, der kommunitären und Kleinbetriebe erzeugen. Eine Bank für produktive Entwicklung, die Kredite zu niedrigen Zinssätzen und in kollektiver Form vergibt, ist bereits gegründet worden. Die indigenen Comunidades, die noch hauptsächlich auf der Basis der Subsistenzwirtschaft produzieren, Lebenssphäre des größten Teils der Bevölkerung, sollen so einen Übergang in die Entwicklung der modernen Gesellschaft finden, ohne die Vernichtung ihrer Lebensformen durch den Kapitalismus zu erleben. Sie haben ihrerseits der Gesellschaft viel zu geben. So gibt es bereits eine Bewegung bis zur universitären Ebene zur Wiedergewinnung des traditionellen Wissens der Urvölker in der Medizin, in speziellen, den topographischen und klimatischen Bedingungen angepassten landwirtschaftlichen Produktionsmethoden, in handwerklichen Techniken, bei der Erhaltung der natürlichen Umwelt und der Biodiversität, beim Ausgleich sozialer Konflikte.

Die MAS steht zweifellos vor wichtigen Weiterentwicklungen ihrer inneren Strukturen, um den wachsenden Aufgaben gerecht zu werden. Sie behielt bisher auch in der Regierungsverantwortung den Charakter eines Bündnisses von Bewegungen. Sie führt dabei sehr unterschiedliche Kräfte zusammen, neben den Cocaleros die Comunidades und Kleinbauern des Hochlandes und des Tieflandes, Gewerkschaftsorganisationen, vor allem der Bergarbeiter, Genossenschaften, örtliche und regionale Stadtteil- und Bürgervereinigungen. Die Erhaltung der Übereinstimmung ist aber nicht immer leicht in der täglichen Regierungspraxis eines verarmten Landes. Zwischen den sozialen Sektoren kommt es mitunter auch zu Interessenkonflikte, die aus der sozialen Not erwachsen. So kam es im Oktober 2006 in der Zinnmine Huanuni, die einmal der Stolz der nationalen Wirtschaft war, zu tragischen Zusammenstößen zwischen Kooperativisten, die auf eigene Faust in stillgelegten Stollen Restausbeuten zu gewinnen suchen – in höchst risikovoller Weise, ohne technische Sicherungen –, und Arbeitern der Mine, die dort noch in den unteren Schichten beschäftigt sind, es gab Tote und Verletzte, eine

Siedlung wurde zerstört. Beide Gruppen gehören zum Regierungsbündnis, der damalige Bergbauminister war ein Vertreter der Kooperativisten. Die Regierung hat inzwischen die Mine verstaatlicht und reaktiviert und die Neueinstellung von Bergleuten beschleunigt. Die tragischen Ereignisse zeigen die tiefe humanitäre Krise im Lande und die Dringlichkeit eines zukunftsweisenden gesellschaftlichen Projekts, das den Menschen Hoffnung gibt.

In Führungsetagen und einigen Föderationen des gewerkschaftlichen Dachverbandes COB, die sich als revolutionäre proletarische Avantgarde verstehen, werden an die Regierung immer wieder mit revolutionären Phrasen verbrämte, überzogene, zur Radikalisierung drängende Forderungen gestellt, oft in ultimativer Form. Es gibt Streiks und andere Kampffaktionen in der Gewerkschaft der Lehrer, die ihr oppositionelles Selbstverständnis aus früheren Zeiten beibehält. Inflation, organisierte Lebensmittelverknappung und Teuerung als Kampfmittel der Gegner des Prozesses erschweren die Lage der Massen, eine spürbare Verbesserung der sozialen Situation ist noch nicht erreicht worden. Die Entschlossenheit der Regierung, von den demokratischen Formen der Auseinandersetzung mit den Gegnern des Umgestaltungsprozesses nicht abzugehen, wird zuweilen als Schwäche interpretiert und löst bis in die Basis der eigenen Partei Unzufriedenheit aus, denn die Feinde des neuen Bolivien halten sich keineswegs an die demokratischen Formen. Es gibt auch kleine Gruppen mit radikalen und rückwärtsgewandten ethnizistischen Losungen, die den Weißen und Mestizen den Kampf ansagen wollen. Die Wahlen haben ihre Bedeutungslosigkeit bestätigt, trotzdem werden sie von den Medien gern vorgeführt.

Trotz aller Probleme und Anfeindungen ist die Zustimmung zur Regierung von Evo Morales jedoch heute nicht geringer als zur Zeit der Wahl. Seine Entscheidung, sich 2008 einem Abberufungsreferendum zu stellen, dem sich auch die Präfekten der Departements unterziehen mussten, brachte ihm am 10. August 2008 eine überwältigende Mehrheit von 67,8 Prozent der Stimmen.

### **Verfassung, Agrarreform und Autonomie im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen**

In Bolivien hat ein erbitterter Kampf der alten Eliten gegen den Umgestaltungsprozess im Lande begonnen, nachdem sie den Regierungsantritt der MAS nicht verhindern konnten. Sie sind nicht gewillt, demokratische Entscheidungen zu akzeptieren. Zäh verteidigt eine Minderheit ihre Privilegien, ausgerüstet mit der arroganten Vorstellung von der Überlegenheit ihres Lebensstils und der Minderwertigkeit der »Indios«. Der Kampf entfaltet sich besonders am Projekt der neuen Verfassung. Nachdem die oppositionellen Kräfte über lange Zeit die Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung blockierten, verweigerten sie sich schließlich ganz der Mitarbeit und erkennen den vorgelegten Entwurf nicht an. Dieser Ent-



wurf bedarf sicher der weiteren Diskussion, Abstimmung und Bearbeitung, auch Präzisierung, denn notgedrungen konnte er durch diese Verweigerungshaltung nicht im Dialog aller politischen Kräfte zustande kommen, sondern nur die Vorschläge aus den sozialen Organisationen aufnehmen; dass Sprache und Stil eher indigenen Ausdrucksweisen als einem trockenen juristischen Text entsprechen, sollte nicht verwundern.

An die Spitze der Gegner der Veränderungen setzten sich die herrschenden Kreise der Ostprovinzen, wo sich der Reichtum konzentriert. Nachdem lange Zeit der Bergbau des Altiplano die Säule der bolivianischen Wirtschaft gewesen ist, sind in den letzten Jahrzehnten die östlichen Departements Santa Cruz, Tarija, Beni und Pando (der sogenannte Halbmond, Media Luna) nach ihrem Bild auf der Landkarte, durch die Erdgaslagerstätten zu Wohlstand aufgestiegen. Hier haben sich auch zunehmend Einwanderer aus Europa und den arabischen Ländern angesiedelt. Viehzucht, Forstwirtschaft und landwirtschaftliche Exportproduktion haben einige Familien enorme Reichtümer anhäufen lassen, aber auch zu rücksichtslosen Vertreibungen indigener Gruppen und zur Verwüstung weiter Landstriche geführt, vor allem im Chaco. Eine Landreform hat in diesen Gebieten, die fruchtbare Tiefland umfassen, nie stattgefunden. Hier hat sich in den Städten eine Schicht herausgebildet, die sozialen Wohlstand mit national-ethnischer Überheblichkeit und aggressivem rassistischem Herrschaftsdenken verbindet und mit dem Gedanken an ethnische Säuberungen sympathisiert. Hier fand der gestürzte Präsident Sánchez de Losada seine letzten Verteidiger. Die Präfekten dieser Departements, alle Politiker, die bereits unter den früheren Regierungen Verantwortung auf sich geladen haben, operieren in enger Abstimmung mit den 100 mächtigen Familienclans, die den Landbesitz und die Agrarexportgeschäfte in den Händen haben. Sie finden Unterstützung bis weit in die Mittelschichten hinein, wie die Bestätigung der oppositionellen Präfekten von Santa Cruz, Pando, Beni und Tarija in ihren Ämtern im Abberufungsreferendum im August 2008 zeigte.

Vorurteile und unbegründete Ängste um die Wahrung des Besitzstandes und Lebensstandards, vor der »Indigenisierung des ganzen Landes«, vor angeblichen Kulturverlusten, aber auch Anpassung an die vorherrschende Meinung treiben viele Menschen in dieses Lager.

In den »Bürgerkomitees« (Comités Cívicos) der Tieflanddepartements hat sich seit Jahren eine gewaltbereite Stoßtruppe für ihre politischen Interessen aufgebaut. MAS-Anhänger werden dort terrorisiert, die Tätigkeit von Regierungsvertretern behindert bis zu physischen Angriffen, besonders bei der Durchsetzung der Agrarreform. Das Ansinnen der Regierung, die reichen Ostdepartements sollten aus ihren Steuereinnahmen entsprechende Beiträge in den neugeschaffenen Fonds für eine Altersrente einzahlen, wurde zurückgewiesen.

Zu einer Handhabe, die Autorität der Zentralregierung zu untergraben, wurde die Losung der Autonomie. Die Forderung nach Autonomie spielte für die indigenen Völker immer eine zentrale Rolle, das ergibt sich schon aus ihren kommu-

nitären Strukturen. Die Comunidades behandeln ihre Angelegenheiten intern, ohne Einmischung anderer Instanzen. Zum Begriff der Autonomie gehört für die indigenen Völker die Verfügung über ihre Territorien einschließlich der Naturressourcen, die sie bieten, der Gebrauch ihrer Sprache und Kultur, die Bestimmung ihrer eigenen Autoritäten entsprechend ihren Bräuchen, die eigene Rechtsprechung als Ausdruck der Selbstbestimmung über Territorium, Gemeinschaft und Lebensweise. Diese Autonomie wird von den Nationalstaaten, obgleich die kollektiven Rechte der indigenen Völker zum Teil in die Verfassungen aufgenommen wurden, immer wieder verletzt, sowohl infolge wirtschaftlicher Interessen als auch als angebliche Gefährdung der nationalen Einheit. Die indigene Autonomieforderung hat jedoch nicht territorialen Charakter, zielt nicht auf Abspaltung, sondern bezieht sich auf die Möglichkeit zur Verwirklichung einer eigenen Lebensweise.

Die herrschenden Kreise des »Media Luna« haben die Autonomieforderung aufgegriffen und in eine regionale territoriale Autonomie uminterpretiert und gingen dazu über, immer offener separatistische Absichten zu verfolgen. Zu ihnen gesellten sich auch die Departements Cochabamba und Chuquisaca, sodass zeitweise eine Mehrheit von Departementregierungen sich gegen die Zentralregierung stellte. Im Mai/Juni 2008 wurden dort nichtlegale, vom Obersten Wahlgericht für ungültig erklärte Referenden durchgeführt, die formal Mehrheiten für die Autonomie und für weitgehende Hoheitsrechte der Departements ergaben, jedoch bei hoher Stimmenthaltung und begleitet von massiven Übergriffen auf politisch Andersdenkende und einer zügellosen rassistisch gefärbten Propaganda.

Die Politik der Separatisten wird von einem bedeutenden Teil der Bevölkerung auch in diesen Departements nicht geteilt, schon gar nicht in den bäuerlichen und indigenen Gemeinden auf dem Lande. Den bewaffneten Provokationen und Gewaltaktionen der herrschenden Kreise ausgesetzt, wünschen sie friedliche Wege zur Lösung der Streitfragen und wenden sich gegen die Delegitimierung der zentralen Macht.

Gegen indigene Bauern aus dem Umland, progressive Journalisten, Führer sozialer Organisationen kam es in den Ostdepartements mehrfach zu schweren Ausschreitungen, es gab vandalistische Attacken gegen Gemeindehäuser, Kulturzentren und Büros. Dabei kommen bewaffnete Gruppen zum Einsatz, die nach neuesten Fotodokumenten von kolumbianischen Paramilitärs trainiert werden. Dokumentiert ist auch die Einmischung des USA-Botschafters – mit einschlägigen Erfahrungen aus seiner Dienstzeit in Kosovo – in diese Aktivitäten. Auch europäische Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen beteiligen sich an der Delegitimierung der staatlichen Strukturen und Entscheidungen. So hat die Friedrich-Naumann-Stiftung 2003 das »Liberale Netz Lateinamerikas« (RELIAL) gegründet, das der Abkehr von neoliberalen Konzepten entgegenwirken soll und unter anderem separatistische Kräfte, besonders in Venezuela und Bolivien, unterstützt – mit öffentlichen Mitteln der Bundesrepublik Deutschland. Die besonnene Haltung der bolivianischen Regierung, die sich bis zum Äußersten des Ein-

satzes bewaffneter staatlicher Gewalt enthielt, wurde von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die 34 Staaten der westlichen Hemisphäre vertritt, hoch gewürdigt. Der Generalsekretär der OAS bestätigte, dass »nur die Besonnenheit der bolivianischen Behörden und der öffentlichen Ordnungskräfte, die ... klare Anweisungen der Regierung in diesem Sinne hatten«, die notwendige Zurückhaltung wahrte und verhinderte, »dass wir heute noch weit schlimmere Tatsachen zu beklagen hätten«.

Doch Anfang September 2008 eskalierten die rassistischen Provokationen gegen MAS-Anhänger und die indigene Bevölkerung in den östlichen Provinzen in pogromartiger Weise. Regierungseinrichtungen, Zeitungsredaktionen, Fernsehsender wurden von Schlägertruppen, viele mit faschistischen Symbolen geschmückt, angegriffen, besetzt und demoliert, Erdölleitungen zerstört, Regierungsanhänger terrorisiert, indigene Siedlungen und Märkte attackiert. Die barbarischen Akte der Erniedrigung und Misshandlung von Indigenen waren vom Geiste kolonialer Zeiten getragen. Bei einem Überfall der Ultrarechten und Rassisten auf eine Gruppe von Bauern, darunter Frauen und Kinder, bei der Ortschaft Porvenir im Departement Pando am 11. September waren mindestens 20 Todesopfer, zahlreiche Verletzte, verschleppte und verschwundene Personen zu beklagen.

Die separatistische Oligarchie legte es auf einen Bürgerkrieg an, angeleitet von der USA-Botschaft. Vieles an der Situation erinnerte an die Zeit vor dem Putsch gegen Allende in Chile oder die Vorbereitung der bewaffneten Intervention gegen die Regierung Arbenz in Guatemala im Jahre 1954. Am Beispiel Boliviens zeigt sich jedoch in beeindruckender Weise, dass die Situation in Lateinamerika heute eine andere ist. Die Ausweisung des US-Botschafters war eine konsequente Reaktion der Regierung Morales, die in Lateinamerika breiten Beifall fand. Die erst kürzlich gegründete Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) unter dem Vorsitz der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet bestand ihre erste Probe bei der Wahrung der Souveränität und territorialen Integrität ihrer Mitgliedsstaaten und der Verteidigung der Demokratie in der Region, indem sie eine Kommission der Unterstützung und des Beistandes für die verfassungsmäßige Regierung Boliviens schuf und in ihrer Erklärung von La Moneda am 15. September 2008 die deutliche Warnung aussprach, dass »ihre Regierungen keinerlei Situation, die einen Staatsstreich, den Bruch der institutionellen Ordnung beinhaltet oder die territoriale Integrität Boliviens beeinträchtigt, anerkennen werden«.

Die Provokation von Pando wurde mit der militärischen Rückeroberung des Flughafens von Cobija, der Departementshauptstadt, der Verhängung des Belagerungszustandes und der Verhaftung des Präfekten von Pando Leopoldo Fernández beantwortet.

Gleichzeitig haben die sozialen Organisationen Boliviens, die sich in der Nationalen Koordinierung für den Wandel (Coordinadora Nacional para el Cambio) zusammengeschlossen haben, landesweit ihre Entschlossenheit zur Verteidigung der legitimen Regierung und des sozialen Umgestaltungsprozesses erklärt. Dieser

äußere und innere Druck hat die rechte Opposition des Media Luna nun an den Tisch des Dialogs gezwungen. Weitere große Kraftanstrengungen der sozialen Organisationen, internationale Unterstützung und großes politisches Geschick der Regierung werden entscheidend dafür sein, die Einheit des Landes zu bewahren und dem Umgestaltungsprozess neue Impulse zu geben.

## **Perspektiven und Bedeutung der bolivianischen Revolution**

In Bolivien geht ein für ganz Lateinamerika bedeutsamer Prozess einer emanzipatorischen Revolution vor sich. Kein anderer der linksorientierten Prozesse auf dem Kontinent steht unter solchem Gegendruck von innen und außen. In Lateinamerika ist es der einzige, der unter der Hegemonie indigener Kräfte steht. Seine Dynamik erhält er vor allem aus dem Aufbegehren gegen eine Verkettung sozialer und nationaler, ethnisch-kultureller Unterdrückung. Dieser Prozess ist in der Tat Signal für einen Epochewechsel, wie es der ecuadorianische Präsident Rafael Correa für das, was heute in Lateinamerika vor sich geht, in Anspruch nahm.

Die indigene Bevölkerung Boliviens, in Armut und Ausschluss seit Jahrhunderten, hat das große Werk vollbracht, einen der Ihren in das höchste Staatsamt zu bringen – auch mit Unterstützung eines erheblichen Teils der nichtindigenen Bevölkerung, Intellektueller, urbaner und bäuerlicher Schichten, die damit ihre Bereitschaft zu einer neuen Form des Zusammenlebens zum Ausdruck gebracht haben. Diese Vorgänge stehen, nicht nur symbolhaft, in der Tat für den Beginn einer neuen Epoche, für das Erwachen und die geschichtsgestaltende Kraft der Urbevölkerung des Kontinents nach 500-jähriger Unterdrückung – in Lateinamerika noch um 20 Prozent der Gesamtbevölkerung, mit besonderen Konzentrationspunkten in den Andenländern, in Mexiko, Guatemala und anderen mittelamerikanischen Ländern, aber darüber hinaus unleugbar Teil des genetischen Erbes, der kulturellen Wurzeln, der Eigenarten und Besonderheiten des ganzen Kontinents. Für die indigenen Völker geht es um die Chance, ihren Übergang in eine fortschrittliche Entwicklung harmonisch, nicht als Vernichtung, nicht unter Verlust, sondern unter Nutzung der schöpferischen Gestaltungskraft ihrer Traditionen zu bewältigen, und dies wird eine Bereicherung des nationalen Zusammenlebens sein.

Auf dem Prüfstand steht auch die Tragfähigkeit der Konzeption, soziale und emanzipatorische Umgestaltungsprozesse, die von Mehrheiten getragen werden, auch gegen undemokratisch geführten Widerstand erfolgreich voranzubringen, mit den Mitteln der heute so oft zitierten und so oft missbrauchten Demokratie. Die Glaubwürdigkeit der demokratischen Konzeption revolutionärer Prozesse steht auf dem Spiel. Es geht auch um wichtige neue Erfahrungen bei der Nutzung der Demokratie für die Mehrheit und deren Einbeziehung und Beteiligung daran, um neue Formen, ihre politische Kraft zum Einsatz zu bringen. Es geht um den demokratischen Umgang miteinander in der emanzipatorischen Bewegung selbst,

zwischen den verschiedenen beteiligten Kräften, zwischen Führung und Basis. Das alles ist auch in Europa von eminentem Interesse.

Aber darüber hinaus ist dieser Prozess in den Hauptproblemen, um die gerungen wird, deutlich im Zentrum heutiger Probleme der weltwirtschaftlichen Entwicklung, der menschlichen Zivilisation überhaupt angesiedelt. Es ist keine vordergründig und im traditionellen Sinne »linke« Bewegung. Nationale Befreiung, Emanzipation, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und menschliche Entwicklung, Entwicklungs- und Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft stehen im Mittelpunkt, nicht Eigentum und Klassenherrschaft. Auch in diesem Sinne weist die Entwicklung in Bolivien in eine neue Epoche.

Sie straft die Einschätzungen Lügen, die das Nationale in der Ära der Globalisierung als eine zu vernachlässigende Größe ansehen, und sie stellt die Grundfragen einer zukunftsfähigen Entwicklung der Menschheit auf die Tagesordnung – im Verhältnis zur Natur, zu den menschlichen Grundbedürfnissen (»vivir bien«, wie das indigene Lebensprinzip lautet, ein gutes Leben, nicht Überfluss und Verschwendung) und zur Respektierung der Verschiedenheit. Eine Welt, in die viele Welten passen, wie die Zapatistas sagen. Es offenbart sich die feste Absicht – und ihre konsequente politische Umsetzung –, das Umsteuern auf einen neuen Entwicklungspfad der Zivilisation, der mit der Zukunft des Planeten und seiner Bewohner vereinbar ist, ernst zu nehmen, allen Völkern Entwicklungsmöglichkeiten zu erobern, die dem erreichten Stand des Menschheitsfortschritts entsprechen. Alles dies führt, wie wir sehen, zu einer scharfen Konfrontation mit den beherrschenden Kräften der Weltwirtschaft und Weltpolitik und mit den inneren Eliten, die sich an ihre Herrschaft klammern. Es ist ein Verdienst der Führungskräfte dieses Prozesses und aller, die sie unterstützen, dass sie im Bewusstsein der Unvermeidlichkeit ihres Weges diese Konfrontation nicht scheuen, dass sie ihren Zielen treu bleiben, auch Flexibilität und Kompromissfähigkeit aufbringen. Sie brauchen und sie verdienen jede erdenkliche internationale Hilfe dabei, denn mit der Verteidigung ihrer Ziele und Prinzipien bahnen sie einen Weg, der in der Diskussion um die Zukunft der menschlichen Zivilisation zumindest berücksichtigt werden sollte. Was manchem in Europa fast archaisch erscheint, ist in Wahrheit weit fortgeschrittener als manche linke Programmatik in der Gegenwart. Es ist vor allem Hoffnung, was dieser Prozess vermittelt.

Ahmed Abed, Maximilian Jablonowski, Lucia Schnell,  
Ben Stotz

## Venezuela und die Bolivarianische Revolution. Ein Land auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus

### *La revolución bolivariana – Einleitung*

Gut zehn Jahre ist es her, dass der einstige Oberstleutnant Hugo Rafael Chávez Frías seinen historischen Wahlsieg errungen hat und damit einen großen Umbruch in der venezolanischen Geschichte auslöste. Durch seinen Erfolg wurde aus der vierten die fünfte Republik, aus der einstigen »Paktierten Demokratie« zwischen Konservativen und Sozialdemokraten<sup>1</sup> der Hoffnungsschimmer im Kampf gegen den Neoliberalismus in Lateinamerika. Nach vierzig Jahren Herrschaft der US-hörigen Oligarchie ist dieser Aufbruch wahrhaft revolutionär, zumal er im Kontext eines linken Aufbruchs in ganz Lateinamerika steht. Dort, wo die Politik der Monroe-Doktrin jegliche progressive Bewegung zerschlagen, durch Militärdiktaturen ersetzt und Länder in ökonomische und kulturelle Abhängigkeit getrieben hat, dort gelang der (bisher einzigartige) Bruch mit der kulturellen Hegemonie des Neoliberalismus.

Doch auch über die Grenzen Lateinamerikas hinaus ist Venezuela zu einem Symbol geworden, welches heute, zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus, wieder einen realen Bezugspunkt für die Linke auf der ganzen Welt bieten kann. In einer Zeit, in der sich die europäische Linke entweder in postautonomer Zersplitterung oder perspektivloser Desillusionierung befand, begann im Hinterhof der USA wieder etwas zu blühen, was Millionen unterdrückten Menschen in Lateinamerika neue Hoffnung geben und eine Perspektivenbildung auch in Europa anregen konnte.

Zeitgleich fanden sich sämtliche konservativen Medien in Europa und Nordamerika, aber auch in Lateinamerika, zusammen, um das Projekt der Bolivarianischen Revolution unter Beschuss zu nehmen. Chávez oszilliert in den Medien irgendwo zwischen einem »links-autoritären Diktator« oder einem Linkspopulisten, der »sonntags im Staatsfernsehen als Alleinunterhalter auftritt und bis zu acht

1 Nach dem Sturz des Diktators Jimenez Pérez wurde Venezuela 1958 mit dem Pakt von Punto Fijo eine Demokratie nach westlichem Vorbild. Der Begriff »Paktierte Demokratie« stammt daher, dass die sozialdemokratische Partei *Acción Democrática* (AC) und die konservative COPEI sich in der Regierungsbildung abgewechselt haben und immer gemeinsam regiert haben, sodass es faktisch keinen Regierungswechsel gegeben hat.

Stunden mit tolldreisten Späßen das Publikum bei der Stange hält«<sup>2</sup>. Dabei wird dann die Verlegung der Sendezeit der Fernsehserie »Die Simpsons« aus Gründen des Jugendschutzes<sup>3</sup> bedeutsamer als die vollständige Versorgung des Landes mit einem kostenlosen Gesundheits- und Bildungssystem. Die entwicklungspolitische (und vor allem erfolgreiche) Zusammenarbeit zwischen Iran und Venezuela im Bereich der Traktoren- und Fahrradproduktion wird mit dem gleichen Zungenschlag zur venezolanischen Unterstützung der Hisbollah umgedeutet.<sup>4</sup> Und auch die linksliberalen Medien in Deutschland sind teilweise in die Diffamierungskampagne eingestiegen und entwerfen Chávez als »linkes Abziehbild«<sup>5</sup> des kolumbianischen Präsidenten Alvaro Uribe, was auch immer im Konkreten damit gemeint ist.

Als Oskar Lafontaine auf dem Gründungskongress der Partei DIE LINKE die außenpolitische Zukunft der neuen Partei in Solidarität mit den lateinamerikanischen Sozialismusversuchen skizzierte, entdeckten dann auch alle Medienvertreter den Linksautoritarismus in der LINKEN. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier beklagte sich direkt am Tag nach der Parteigründung gegenüber der BILD am Sonntag, dass »mit der Außenpolitik der Linkspartei [...] unsere Hauptverbündeten bald nicht mehr Frankreich und die USA, sondern Bolivien und Venezuela [wären]«<sup>6</sup>. Wo dabei der Nachteil für die deutsche Bevölkerung liegen würde, konnte er verständlicherweise nicht benennen.

Längst ist also der Kampf um die Deutungshoheit über die Bolivarianische Revolution und den Sozialismus des 21. Jahrhunderts entbrannt. Dass es dabei nicht nur um Venezuela oder Lateinamerika geht, liegt klar auf der Hand. Vielmehr müssen die organischen Intellektuellen des Neoliberalismus diesen vor der drohenden Legitimationskrise in Europa bewahren, indem sie alle Versuche, die über den Neoliberalismus hinaus zeigen, delegitimieren und das Label »autoritär« darauf stempeln. Da Venezuela durch Chávez offensives Auftreten gegenüber den Eliten der Welt nicht zum diskursiven Nicht-Ort gemacht werden kann, muss die andere Diskursstrategie greifen: Venezuela muss auf die Achse des Bösen.

Aus diesem Grund hat der im Mai 2007 gegründete Studierendenverband DIE LINKE.Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband (DIE LINKE.SDS) beschlossen, eine Delegationsreise nach Venezuela durchzuführen. Dafür gab es zwei Hauptgründe: Wir wollten zum einen Inspirationen für eine neue Perspektivenbildung in Europa sammeln, zum anderen die aktive Solidaritätsarbeit mit Venezuela an den Hochschulen und im Verband inhaltlich fundieren und voranbrin-

2 Hans-Christoph Buch: Sozialismus und Guerillas. Lateinamerika – ein ruheloser Kontinent. welt-online 12.5.2008.

3 Vgl. »Baywatch« statt Bart Simpson., Spiegel online 9.4.2008.

4 Vgl. Hildegard Stausberg: Bietet Chávez islamistischen Terroristen Schutz? welt-online 20.6.2008.

5 Bernd Pickert: Kein Krieg am Ende der Welt. taz.de 6.3.2008.

6 Einzusehen unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Interviews/2007/070617-BamS.html>.

gen. Dies erscheint bei einer solchen Phalanx an wenig differenzierenden Medien, die grundsätzlich gegen Venezuela steht, auch notwendig.

Für diese Auseinandersetzung braucht die gesamtgesellschaftliche Linke Rüstzeug, denn wie gesagt, hier geht es um mehr als bloß um Venezuela oder Lateinamerika. Die Frage nach Alternativen zum Kapitalismus steht wieder auf der Agenda und muss als eine zentrale Frage in der politischen Auseinandersetzung betrachtet werden. Wohl verstandene Schlüsse aus der »venezolanischen Erfahrung« bieten die Chance, auch in Europa mit der Forderung nach einem demokratischen Weg zu einem demokratischen Sozialismus in die Offensive zu kommen.

### ***Rumbo al Socialismo – Das Reformprojekt***

Die Regierung von Hugo Chávez hat auf der Grundlage der neuen Bolivarianischen Verfassung von 1999 einen umfassenden Transformationsprozess eingeleitet. Schaut man sich nun die Überlegungen, die Nicos Poulantzas 1978 über den »Weg zu einem demokratischen Sozialismus«<sup>7</sup> gemacht hat, an, dann drängen sich Vergleiche zum Prozess in Venezuela geradezu auf – ohne, dass eine relevante Rezeption Poulantzas' in Venezuela bekannt wäre<sup>8</sup>. Poulantzas skizziert eine Strategie, die einerseits die Transformation der Staatsapparate, andererseits die Ausweitung direkter Demokratie und Selbstverwaltung auf Initiative der Bevölkerung als notwendige Bedingungen erkennt. Mit diesem hier stark verkürzt und vereinfacht wiedergegebenen Raster lässt sich die Bolivarianische Revolution, die sowohl durch starke Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums eine Transformation der Staatsapparate als auch mit der in der neuen Verfassung verankerten *poder popular* (dt.: Volksmacht) den Ausbau und die Vertiefung direktdemokratischer Instanzen anstrebt, durchaus adäquat analysieren.

Natürlich gelingt es in der venezolanischen Realität nicht immer, dass dieser zweigleisige Prozess ausreichend verzahnt wird. Beide Tendenzen greifen auch nicht widerspruchsfrei ineinander (Poulantzas beschreibt dies als Artikulationsproblem). Die Ausweitung direkter Demokratie und Mitbestimmung unterliegt oftmals noch vielfältigen Beschränkungen durch den stark zentralisierten venezolanischen Staat. Ob dies in dieser spezifischen Situation ein strukturelles oder kontextuelles Problem ist, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden, ist aber mit Sicherheit eine zentrale Frage für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit des Prozesses. (Zur Ausweitung der direkten Demokratie siehe Abschnitt »El poder popular – Demokratie und Partizipation« dieses Artikels.)

7 Vgl. Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. VSA 2002. S. 278-294.

8 Die folgende Interpretation des venezolanischen Prozesses nach Poulantzas ist meine Interpretation. In der Autorengruppe herrschte darüber keine Einigkeit. M. J.



Die Reformpolitik der venezolanischen Regierung ist vielfältig und setzt an vielen Bereichen an. Da eine vollständige Darstellung Rahmen und Zielsetzung dieses Artikels sprengen würde, bietet sich eine Konzentration auf die gesundheits- und bildungspolitischen Reformen an. Aufgrund ihrer Bedeutung für die venezolanische Bevölkerung seien die jüngstens stärker forcierten Landreformen (Enteignung von brachliegendem Großgrundbesitz, z. B. im Bundesstaat Lara<sup>9</sup>) und die Stärkung der Rechte der indigenen Bevölkerung (eine Stärkung der Rechte der afrovenezolanischen Bevölkerung ist mit dem gescheiterten Verfassungsreferendum von Dezember 2007 erstmal ins Stocken geraten) kurz erwähnt.

Die Sozialreformen in Venezuela haben vor allem in der sozialistischen und kommunistischen Linken viel Aufsehen erregt, fanden aber auch in linksliberalen Kreisen durchaus Beachtung, denn sie stellen einen deutlichen Kontrapunkt zur globalen Hegemonie der neoliberalen Kürzungs- und Privatisierungspolitik dar. Durch die spezifisch venezolanischen Verhältnisse ist etwas gelungen, was nach herrschender sozialwissenschaftlicher Auffassung nicht möglich sein soll: Die Bereitstellung kostenloser Teilhabe an Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge für die ganze Bevölkerung.

Dieser Bruch mit der Hegemonie des Neoliberalismus lässt sich an der Bolivarianischen Verfassung ablesen, hier exemplarisch an den Bereichen Gesundheit und Bildung. Diese definiert in Artikel 83 Gesundheit als »ein grundsätzliches Menschenrecht, dessen Garantie Teil des Rechtes auf Leben ist.« Die Ausgestaltung des Gesundheitssystems wird in Artikel 84 als »Sektoren übergreifend, dezentral und partizipatorisch« und den Prinzipien der »Kostenfreiheit, Universalität, Ganzheitlichkeit, Gleichheit, Integrität und Solidarität« folgend festgelegt. In Artikel 85 wird noch einmal festgeschrieben, dass die Finanzierung des Gesundheitssystems Aufgabe des Staates ist und dass es nicht privatisiert werden darf. Ähnliche Festschreibungen lassen sich zum Beispiel auch für den Bildungssektor finden. So wird Bildung in Artikel 102 als Menschenrecht und grundsätzliche gesellschaftliche Verpflichtung, welche »demokratisch, kostenfrei und verpflichtend« ist. In Artikel 103 ist festgelegt, dass »jede Person das Recht auf vollständige und hochwertige Bildung, welche lebenslang, gleich an Bedingungen und Möglichkeiten und nur durch die persönliche Fähigkeit, Motivation und Ehrgeiz begrenzt ist«, hat. Der Staat trägt auf allen Bildungsebenen die Verantwortung, der Bevölkerung eine Bildung im Sinne der Verfassung bereit zu stellen (vgl. Artikel 102 bis 104).<sup>10</sup>

Nun ist die Gretchenfrage gerade bei progressiven Verfassungen ja immer, inwieweit ihre Inhalte auch umgesetzt werden. Zur Beantwortung dieser Frage sollte man einen Blick auf die Reformprojekte der Regierung im Bereich Gesundheit und Bildung werfen.

9 Vgl. Maximilian Jablonowski: Offensive gegen Großgrundbesitz. [amerika21.de](http://amerika21.de). 18.4.2008.

10 Die Zitate in diesem Abschnitt sind eigene Übersetzung und entsprechen nicht im Wortlaut der offiziellen deutschen Übersetzung. M. J.

Zwar hatte Venezuela auch schon vor der Bolivarianischen Revolution ein kostenloses staatliches Gesundheitssystem, doch war dies in marodem Zustand und für die BewohnerInnen der Armenviertel nicht zu erreichen. Laut Regierungsangaben waren mehr als 60 Prozent der Bevölkerung von regelmäßiger Gesundheitsvorsorge ausgeschlossen, die privilegierten Schichten nutzten teure private Kliniken und Ärzte. Im Zuge der Neustrukturierung des venezolanischen Gesundheitswesens hat die *Misión Barrio Adentro* (dt.: Hinein ins Stadtviertel) einen enormen Stellenwert. Das mehrstufige Programm versucht nun seit 2004 im ersten Schritt, ambulante Versorgung direkt in den Barrios zur Verfügung zu stellen. Im zweiten Schritt wurden *consultorios populares*, kleine Arztpraxen für Allgemeinmedizin, in den Barrios gebaut, die einen Bereich mit ca. 250 Familien abdecken sollen. Der nun angelaufene dritte Schritt ist der Bau von *centros diagnósticos integrales* (Polikliniken) und weiteren, spezialisierten Kliniken, die für alle VenezolanerInnen auch anspruchsvolle Operationen und Möglichkeiten zur Rehabilitation zur Verfügung stellen sollen. Das ganze Programm beruht auf einer kubanisch-venezolanischen Kooperation und hat bis Mitte 2006 bereits 15.356 Ärzte nach Venezuela geschickt hat, wofür Venezuela im Gegenzug verbilligtes Öl an Kuba liefert. Die kubanischen Ärzte wurden bei ihrer Arbeit von venezolanischen Medizinstudierenden und jungen Ärzten begleitet, um an diese Erfahrungen weiterzugeben und deren Ausbildung zu verbessern.

Inzwischen hat sich die Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Gütern und Dienstleistungen wesentlich verbessert. Annähernd alle VenezolanerInnen und Venezolaner haben zumindest Zugang zu grundsätzlicher medizinischer Versorgung, aber auch spezifischere Versorgung ist in immer größerem Maße möglich. Natürlich stockt der Aufbau noch an vielen Stellen und die ausreichende Versorgung mit Medikamenten und zeitgemäßer technischer Ausstattung hängt hinter den optimistischen Plänen der Regierung her. Dies ist aber beim Umfang des Projektes verständlich. Nichtsdestoweniger hat es massive Verbesserungen für die Bevölkerung gegeben. So konnte die Kindersterblichkeit von 27 Sterbefällen pro 1000 Geburten im Jahre 1990 auf 19 im Jahre 2005 gesenkt werden. Die Effizienz und der volle Erfolg des neuen Gesundheitssystems werden sich mit quantitativen Methoden natürlich erst in ein paar Jahren in vollem Umfang festhalten lassen, dennoch können qualitative Methodiken schon mal einen Eindruck geben, so zum Beispiel, dass Menschen, mit denen wir in Venezuela gesprochen haben, voller Freude darüber waren, dass sie mit über 40 Jahren erstmals die Möglichkeit hatten, einen Zahnarzt aufzusuchen.

Im Bildungssektor war die Lage vor der Bolivarianischen Revolution in einer ähnlich desolaten Lage wie im Gesundheitssektor. Gerade der Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu Bildung hat natürlich auch eine zentrale Bedeutung für die Perspektive eines demokratischen Sozialismus in Venezuela. Vor dem Hintergrund der Konsolidierung des Prozesses auch über Chávez hinaus und unter der Maßgabe, der Bevölkerung immer mehr Möglichkeiten zur selbstbestimmten Or-

ganisation der Gesellschaft zu geben, spielt allgemeine und demokratische Bildung eine große Rolle. Deshalb hat Chávez, als er die fünf Motoren als strategische Leitlinie der Bolivarianischen Revolution skizziert hat, den dritten Motor *moral y luces* (dt.: Moral und Klarheit), also eine »Bildung mit sozialistischen Werten«, bezeichnet. Dabei leitete Chávez die Bedeutung der Bildung in Anlehnung an Ernesto Che Guevaras Konzept des »Neuen Menschen« ab und brachte dies mit den venezolanischen Reformen in Verbindung: »Während des gesamten Jahres 2007 werden wir eine nationale Kampagne für Moral und Klarheit organisieren. Die Bildung wird alle Bereiche erfassen: moralische, wirtschaftliche, politische und soziale Schulung. Es geht aber zugleich um eine Bildung, die weit über die der Schule hinausreicht, eine Bildung, die in Fabriken, Werkstätten, auf dem Land und in den Entwicklungszentren der Kooperativen vermittelt wird. Eine reinigende Bildung. Ich lade dazu ein, dass wir uns dieser Initiative mit voller Kraft widmen, nicht nur aus der Regierung heraus. Wir alle sollten uns dieser Kampagne zuwenden.«<sup>11</sup>

Der grundlegende Baustein für den Zugang zu jeglicher Form von Bildung war die *Misión Robinson* (benannt nach dem Pseudonym des Pädagogen Simón Rodríguez), welche in einem ersten Schritt die Bekämpfung des Analphabetismus zum Ziel hatte. Mit Erfolg, denn Ende Oktober 2005 erklärte die UNO Venezuela als vollständig alphabetisiert. Im zweiten Schritt sollen dann die Kenntnisse vertieft werden und alle Menschen die Chance auf Bildung bis zur sechsten Klasse bekommen, einschließlich Unterricht in Englisch und Informatik. Darauf aufbauend wurde die *Misión Ribas* (benannt nach dem Freiheitskämpfer José Félix Ribas) ins Leben gerufen, die allen AbsolventInnen und Absolventen der sechsten Klasse die Möglichkeit zur Erlangung der »Mittleren Reife« bietet und damit auch die Möglichkeit, die Universität zu besuchen.

In diesem Zusammenhang war die Gründung der *Universidad Bolivariana de Venezuela* (UBV, dt.: Bolivarische Universität Venezuelas) im Jahre 2003 ein großer Schritt zur Demokratisierung und Verbreitung universitärer Bildung. Diese bietet nicht nur für breite Bevölkerungsschichten die Möglichkeit, einen Hochschulabschluss zu erwerben, sondern versucht auch, über ein neues Hochschulkonzept eine stärkere Verbindung von Hochschule und gesellschaftlicher Praxis zu erreichen. Diese Praxisnähe ist in keiner Weise mit dem Modell der Praxisnähe verbunden, welches in Deutschland von Eliten aus Wirtschaft und Politik eingefordert wird. Der Schwerpunkt im venezolanischen Modell liegt nicht auf dem möglichst schnellen und reibungslosen Eintritt der Studierenden in den Arbeitsmarkt, sondern auf einer direkten Ausrichtung der Studieninhalte auf die Entwicklung von Lösungen und Strategien für gesellschaftliche Problemlagen. Dies spiegelt sich schon im Studienangebot wieder. An der UBV kann man Architektur und Jura, Medizin und Soziale Arbeit, Verwaltung und Ökologie studieren, also al-

11 Der vollständige Text, basierend auf drei Reden von Hugo Chávez, gehalten im Januar 2007, ist unter [www.amerika21.de/fakten/bol-rev/](http://www.amerika21.de/fakten/bol-rev/) einzusehen.

les Bereiche, die für den gesellschaftlichen Prozess von hohem Nutzen sind. Der volle Umfang dieser gesamtgesellschaftlichen Orientierung wird allerdings erst bei einem Blick auf die Studienorganisation deutlich. So müssen die Studierenden der UBV in jedem Semester ein Projekt durchführen, welches sie direkt zu Bevölkerung und in die Barrios bringt. So konnten wir mit Jura-Studierenden sprechen, die in einem Semester ein Rechtsberatungsangebot für Frauen, die Opfer einer Vergewaltigung geworden sind, eingerichtet haben. In einem Land, in dem der *machismo* so dominant ist, dass ein Großteil der Frauen eine Vergewaltigung nicht zur Anzeige bringt, sondern als natürlich hinnimmt, kann man den Wert eines solchen Projektes nicht unterschätzen. Weiterhin wird versucht, durch eben solche Projekte Verknüpfungen zwischen den einzelnen Studiengängen zu schaffen. So wurde uns von einem Projekt berichtet, in dem Studierende der Ökologie bei der Untersuchung eines Gewässers festgestellt haben, dass ein Unternehmen illegal Abwässer eingeleitet hat. Dies wurde dann von Studierenden der Rechtswissenschaft vor Gericht gebracht, während sich die Studierenden der Ökologie um die Erholung des Gewässers gekümmert haben.

Gerade von Seiten der Opposition wird oft der fehlende theoretische Gehalt der Studiengänge an der UBV angemerkt und dies als Merkmal der schlechten Qualität gedeutet. Richtig ist natürlich, dass die sehr deutliche Praxisorientierung zu Lasten von Theorie und einem humanistischen Bildungsanspruch von Bildung als freiheitlichem, selbstbestimmtem Projekt ohne Verpflichtungen geht. Dennoch sollte man dabei immer im Hinterkopf haben, dass auf der UBV Menschen die Chance zu lernen (und zu lehren!) bekommen haben, die vor fünf Jahren weder lesen noch schreiben konnten. In der Lebensrealität der Studierenden ist dies schon ein bedeutsames Mehr an Selbstbestimmung, die Kritik an der Qualität der bolivarianischen Bildung in Venezuela (sowohl an der UBV, aber auch der nicht universitären Bildung) muss sich also mindestens den Vorwurf gefallen lassen, aus privilegierter Perspektive an der Lebensrealität der Mehrheit der Bevölkerung vorbei zu gehen.

### ***El poder popular – Demokratie und Partizipation***

Eine besondere Errungenschaft des revolutionären Prozesses in Venezuela ist die in der Verfassung verankerte direkte politische Mitbestimmung der Venezolanerinnen und Venezolaner. Diese stellt neben den zentralistischen Reformen einen weiteren wichtigen Baustein in der Transformation des venezolanischen Staates dar.

In Artikel 62 heißt es: »Alle Bürger und Bürgerinnen haben das Recht, sich frei an den öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, entweder unmittelbar oder mittels ihrer gewählten Vertretern oder Vertreterinnen. Die Beteiligung des Volkes an Entstehung, Ausübung und Kontrolle der öffentlichen Amtsführung ist das notwendige Mittel dafür, dass es eine aktive Rolle übernimmt, die seine umfassende

individuelle wie kollektive Entwicklung gewährleistet. *Es ist Verpflichtung des Staates und Pflicht der Gesellschaft, die bestmöglichen Bedingungen hierfür zu schaffen.* (Hervorhebung A. A.)«

Das aktive Volk ist das entscheidende Subjekt der Erneuerung (Art. 5, 62, 63, 66, 70-74 ). Die zentrale Stellung der Bürgerinnen und Bürger in dieser Verfassung verdeutlicht den Mittelpunkt der Bolivarianischen Revolution: die Ausweitung partizipatorischer und protagonistischer Elemente, welche potentiell über die repräsentative Demokratie hinauszeigen.

Um den Anspruch der verfassungsmäßig verankerten basisdemokratischen Partizipation gerecht zu werden, hat das *Ministerio de Participación Popular y Desarrollo Social* (dt.: Ministerium für Volksbeteiligung und soziale Entwicklung) das Konzept der *consejos comunales* (Kommunalräte) entwickelt. Diese sollen die »Entstehung, Ausübung und Kontrolle der öffentlichen Amtsführung« bewerkstelligen. Ihre Aufgabe besteht in der Ausarbeitung eines Arbeitsplanes für das verwaltete Gebiet. Dies beinhaltet sowohl die Planung und Finanzierung infrastruktureller als auch sozialer Einrichtungen. Neben dem repräsentativen System werden somit basisdemokratische Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger über ihr Zusammenleben in ihrem Stadtteil ermöglicht. Je nach geographischer Lage können sich in städtischen Gebieten 100 bis 200 Haushalte einer Nachbarschaft zum Kommunalrat zusammenschließen, während in ländlichen Bezirken bereits 20 Haushalte ausreichen. Die Kommunalräte entscheiden in den regelmäßig stattfindenden Vollversammlungen über Ausgaben, Projektanträge und die zukünftige Weiterarbeit. 20 Prozent der Wahlberechtigten sind für die Beschlussfähigkeit erforderlich. Ebenfalls auf der Vollversammlung werden die Sprecher des Kommunalrates gewählt, die nach außen repräsentativ tätig sein können. Ihre Anzahl wird von der Anzahl thematischer Arbeitskreise bestimmt, wobei das für die Verwaltung und Abrechnung verantwortliche Finanzkomitee obligatorisch ist. Dabei erarbeiten die jeweiligen Arbeitskreise Konzepte, die auf der Vollversammlung zur Abstimmung gestellt werden.

Was *consejos comunales* in der Praxis bedeuten, konnten wir auf unserer Reise nach San Pedro, einer Gemeinde von 12.000 Einwohnern in der Nähe von Los Teques im Bundesstaat Miranda, erfahren. Hier trafen wir im Raum des Kommunalrates, in dem übrigens auch das kommunale, selbst verwaltete Radio beherbergt ist, auf die engagierten Bürgerinnen und Bürger des Kommunalrates.

Einige von uns konnten an der Einweihung eines aus dem Fond der kommunalen Räte neu errichteten Sportplatzes teilnehmen. Mit bunten Tierkostümen begrüßten uns Kinder und Jugendliche mit ihrer für diesen Tag eingeübten Choreographie. In San Pedro beschäftigte sich der Kommunalrat auch an Projekten zum Schutz vor Hochwasser oder dem Mauerbau zum Schutze von Erosionen des hügeligen Gebietes. Beeindruckend fanden wir die Vielzahl der Einflussmöglichkeiten des Kommunalrates. Auf seine Initiative hin wurde eine Bibliothek errichtet, der Vertrieb für Produkte lokaler Kooperativen, wie zum Beispiel *Flores de Mi-*

*randa* (Blumen aus Miranda), organisiert, Lebensmittel aus Agrarkooperativen vertrieben und eine Hühnerfabrik aufgebaut. Der entscheidende Einfluss wird auch dadurch deutlich, dass von den Kommunalräten bestimmte Missionen der Bolivarianischen Revolution mitrealisiert werden, wie die *Misión Mercal* (Sozialprogramm zur besseren Lebensmittelversorgung) oder die Gründung und Unterstützung von bolivarianischen Universitäten. In Zukunft sollen die von den kommunalen Banken geförderten Projekte deutlich »sozialistischer« werden, d. h. zum Beispiel auch mehr Kredite an Kooperativen – deren Gewinne dann wiederum in die Kommunalräte fließen sollen – als an Einzelpersonen zu vergeben. Dass sich auch sicherheitspolitische Fragen vom Kommunalrat entscheiden lassen, konnte durch die Auswahl des für die Gemeinde zuständigen Polizeibeamten für San Pedro deutlich gemacht werden. Dafür wurde eine Person aus dem Ort selbst und mit dem Vertrauen der Menschen vor Ort bestimmt. Angesichts oft anzutreffender Korruption und Verwicklung in kriminelle Machenschaften der Polizei selbst, ist dies ein Fortschritt zu einer höheren sozialen und demokratischen Kontrolle.

Schwierig wird es allerdings, wenn es Meinungsverschiedenheiten zwischen Vertretern der alten Machtstrukturen und der neuen basisdemokratische Räte gibt, so geschehen bei einem Konflikt bezüglich der Müllentsorgung in San Pedro. Hier lässt sich exemplarisch aufzeigen, dass sich die Ausweitung der basisdemokratischen Strukturen nicht widerspruchsflos mit den existierenden repräsentativen Strukturen verzahnen lässt, sondern dieser Prozess oft stark konfliktförmig verläuft.

Die Ansätze der Übertragung von Planungs- und Entscheidungsrechten sowie ihre finanzielle Ausstattung stellen eine wirkliche Machtverschiebung hin zu den gesellschaftlichen Akteuren des bolivarianischen Prozesses dar. Die Struktur der Kommunalräte begründet somit eine tatsächliche Partizipationsmöglichkeit an politischen Prozessen und hebt sich deutlich von der »Paktierten Demokratie« im Kontext des Abkommens von *Punto Fijo*<sup>12</sup> sowie klassischen Modellen der repräsentativen Demokratie ab.

Chávez kündigte im Jahr 2007 an, dass der Etat des Fonds für die Kommunalräte auf fünf Milliarden Dollar angehoben werden solle. Damit gehen 30 Prozent der Finanzen von Lokal- und Regionalregierungen an die Kommunalräte. In dieser finanziellen Umverteilung zugunsten der Basisstrukturen zeigt sich eine deutliche politische Orientierung auf Stärkung von Selbstorganisation und basisdemokratischen Elementen. So ergänzte auch die (dann gescheiterte) Verfassungsreform von 2007 dieses Anliegen und erklärte die Stärkung und den Aufbau von Kommunalräten zu einem wichtigen Ziel der Bolivarianischen Revolution.

Die *consejos comunales* bieten gerade den vor der Wahl von Chávez marginalisierten Bevölkerungsteilen eine basisdemokratisch organisierte politische Partizipation an, welche die bürgerlich-demokratischen Staatsstrukturen ausweiten und perspektivisch auf kommunaler und regionaler Ebene ersetzen kann.

<sup>12</sup> Siehe Fußnote 1.

## *Cogestión y control obrero – Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle*

Karl Marx skizzierte Sozialismus als eine Gesellschaft, in der die Produzenten kollektiv und demokratisch die Produktion kontrollieren und für die Bedürfnisse der Menschen und nicht für Profit produzieren. Seine Überzeugung war, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur deren eigenes Werk sein kann. Deshalb wollten wir uns in Venezuela auch anschauen, inwiefern demokratische Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion angestrebt wird und welche Formen der Demokratie im Betrieb umgesetzt werden. Interessanterweise formuliert Hugo Chávez die Grundzüge des Sozialismus des 21. Jahrhunderts in seiner Eigenständigkeit und seinen neuen Ansätzen, die ihn gegenüber dem realexistierenden Sozialismus auszeichnen:

»Mit jedem Tag wächst meine Überzeugung, dass es notwendig ist, den Kapitalismus zu überwinden. Allerdings kann der Kapitalismus nicht von innen heraus überwunden werden, sondern nur durch den Sozialismus – wahren Sozialismus mit Gleichheit und Gerechtigkeit. Und ich bin auch davon überzeugt, dass dies in einer Demokratie möglich ist, allerdings nicht der Art von Demokratie, wie sie uns von Washington aufgedrängt wird. Wir müssen den Sozialismus neu erfinden. Es kann nicht der Sozialismus sein, den wir in der Sowjetunion gesehen haben, sondern einer, der entstehen wird, indem wir ein neues System entwickeln, das auf Zusammenarbeit aufgebaut ist und nicht auf Wettbewerb.«<sup>13</sup>

Unter der Regierung Chávez gab es eine Reihe von Verbesserungen für Arbeiter, wovon die nachhaltigsten direkt von ihnen erkämpft wurden. Zum Beispiel führte die Regierung das Recht ein, in den Betrieben Personen zu wählen, die die Einhaltung der Tarifverträge überwachen. Die großen Umwälzungen für die Arbeiterbewegung kamen mit den Kämpfen von unten ab dem Jahr 2001, wo sie erstmals als relevante Akteure im Prozess auftauchte. Der Putsch der Unternehmer und Generäle gegen Chávez im April 2002 scheiterte am Widerstand der einfachen Bevölkerung. Im Dezember 2002 legten die Unternehmer daraufhin die gesamte Produktion des Landes lahm, insbesondere die Erdölproduktion. Die Manager des staatlichen Erdölkonzerns PDVSA wollten damit verhindern, dass Chávez die Gewinne des Konzerns in staatliche Sozial- und Bildungsprogramme leitet. Bedauerlicherweise unterstützte der korrupte Gewerkschaftsdachverband *Central de Trabajadores de Venezuela* (CTV) sowohl den rechten Putsch als auch den Erdölproduktionstopp. Trotzdem haben Erdölarbeiter die entscheidende Rolle gespielt, um die Produktion am Laufen zu halten. In der Raffinerie El Palito im Bundesstaat Carabobo, eine der größten Raffinerien Venezuelas, erzählte uns ein Arbeiter vom Kampf gegen den Produktionsstopp:

»Die Manager zahlten während des Erdölboykotts den Arbeitern den Lohn weiter, wenn sie gegen die Regierung streikten. Die meisten meiner 1000 Kollegen

13 Rede auf dem Sozialforum in Porto Alegre, Brasilien 2004.

machten mit, denn sie hatten nichts mit der einfachen Bevölkerung zu tun. Als Gruppe von ungefähr 20 Arbeitern versuchten wir, die Produktion aufrechtzuerhalten. Zunächst mussten wir aber die gesamte Raffinerie aus Sicherheitsgründen abschalten, weil das Erdöl nicht abtransportiert wurde. Die Lagerstätten drohten überzulaufen und die Raffinerie lief Gefahr zu explodieren. Dies nahm das Management in Kauf. Als endlich Soldaten kamen und das Erdöl abtransportierten, nahmen wir die Raffinerie wieder in Betrieb. Dabei half uns die Bevölkerung aus den anliegenden Ortschaften. Sie hatten zwar ihr ganzes Leben den Gestank der Raffinerie eingeatmet, waren aber noch nie auf dem Betriebsgelände gewesen. Wir holten zudem Rentner, ehemalige Arbeiter der Raffinerie, und junge Ingenieure von der Hochschule, die praktisch noch das Schulbuch unter dem Arm hielten. Gemeinsam brachten wir uns bei, wie die Raffinerie funktionierte und nahmen sie wieder in Betrieb. Heute ist es unmöglich, dass sich die Beschäftigten der Raffinerie gegen die Bevölkerung stellen. Diese Zeiten sind vorbei. Heute sind El Palito und das Volk eins.«

In vielen anderen Produktionsstätten von PDVSA und anderen Betrieben im Land nahmen die Arbeiter und Techniker die Produktion in die Hand.<sup>14</sup> Schließlich gaben die Unternehmer ihren Produktionsboykott Mitte Februar 2003 auf. Ein Großteil der Gewinne von PDVSA geht heute in die Sozialprogramme der Regierung.<sup>15</sup>

Nach diesem Sieg gegen den Unternehmerverband gründeten die Beschäftigten im April 2003 einen neuen venezolanischen Gewerkschaftsdachverband, die *Unión Nacional de Trabajadores* (UNT). Der gewerkschaftliche Organisationsgrad stieg in den folgenden Jahren auf 16 Prozent. Im Juni 2008 strich die International Labor Organisation (ILO) Venezuela auf Antrag der UNT von der Liste der 29 Staaten, die Arbeiterrechte verletzen. Der Gewerkschaftsbund CTV hatte gemeinsam mit dem Unternehmerverband *Fedecameras* die Listung gegen die Regierung Chávez beantragt.

Leider gibt es in der UNT eine Reihe von internen Flügelkämpfen und Problemen, die den Gewerkschaftsdachverband politisch lähmen, sodass die Gewerkschaftsbewegung sehr zersplittert ist.

Im Zuge des Kampfes um den Produktionsstopp kam es auch in einer Reihe von Betrieben zu Betriebsbesetzungen von Seiten der Belegschaften. Die Regierung reagierte auf den Aufschwung der venezolanischen Arbeiterbewegung auf ambivalente Weise. Zunächst werden wir Beispiele für die Ausweitung von Arbeiterrechten anführen, um danach die Begrenzung von Arbeitermacht anschaulich zu machen.

Einerseits verankerte die Regierung die *cogestión* d. h. Arbeitermitbestimmung und eine Art von Betriebsrätesystem gesetzlich. Außerdem führte sie die Bezeich-

14 Christoph Twickel: Hugo Chávez. Eine Biographie. Hamburg 2006. S. 251.

15 Der Kampf um PDVSA ist u. a. dokumentiert in: RDVSA: Gerencia Corporativa de Asuntos Públicos und Mariana Yanes [Ed.] : Testimonios de un rescate, Caracas 2004.



nung *empresa de producción social* (EPS, dt.: Unternehmen sozialer Produktion) ein. Dies sind private Betriebe, die Arbeitermitbestimmung und weitere soziale Kriterien nachweisen müssen, um dann steuerliche Vergünstigungen zu bekommen.

Dazu kam das prominente Beispiel und Modellprojekt für Arbeiterkontrolle in dem Staatbetrieb *Alcasa*. Arbeiterkontrolle geht über Mitbestimmung hinaus und bedeutet tatsächliche demokratische Kontrolle der Arbeiter über den Betrieb. *Alcasa* ist ein Werk, in dem 3.200 Frauen und Männer Aluminium herstellen: Chávez setzte den marxistischen Soziologen und Ex-Guerillero Carlos Lanz als Direktor des Unternehmens ein. Er führte 2005 unter dem Motto »Alle Macht den Arbeitern« Arbeiterkontrolle in *Alcasa* ein. Es gab Belegschaftsversammlungen von allen Beschäftigten, auf denen mit viel Enthusiasmus die neuen demokratischen Organisationsformen diskutiert und entschieden wurden. Ein »Arbeiterrat« des Unternehmens wurde gewählt. Im Tarifvertrag ist die Arbeiterkontrolle der Beschäftigten – zum Beispiel in sogenannten *mesas de trabajo* (dt.: Arbeitsgruppentische) – in den einzelnen Abteilungen festgehalten. Alle Arbeitsdirektoren und auch der Direktor des Unternehmens werden direkt von der Belegschaft gewählt.<sup>16</sup> Die Belegschaft wählte vor allem die alten Direktoren wieder und bestätigte auch Carlos Lanz als Direktor.<sup>17</sup>

Die Realität im Betrieb ist jedoch noch weit entfernt von tatsächlicher Arbeiterkontrolle über die Produktion. Sie ist eher als Mitbestimmung zu bezeichnen. Die Arbeitsdirektoren treffen weiterhin die Entscheidungen. Zudem wurde Carlos Lanz 2008 als Direktor abgelöst. Unklar ist deshalb, wie sich der neue Direktor zur existierenden Mitbestimmung verhält. Eine wesentliche Errungenschaft des Prozesses der Demokratisierung in *Alcasa* ist das Arbeiterbildungszentrum »*Negro Primero*« auf dem Werksgelände. In dem zweijährigen Bestehen des Zentrums wurden bereits 600 Arbeiterinnen und Arbeiter sowohl in politischen als auch in technischen Bereichen geschult. Hier diskutieren die Arbeiterinnen und Arbeiter über kapitalistische Produktionsverhältnisse, aber auch über Solidarität, direkte Demokratie und Respekt. Die Experimente mit Arbeiterkontrolle in *Alcasa* werden von den Managern der anderen Staatsbetriebe der Industrieregion Guayana und vom regionalen Arbeitgeberverband bekämpft – gerade weil *Alcasa* Modellcharakter haben soll. Ein Problem des Prozesses in *Alcasa* könnte sein, dass die Belegschaft selbst zu wenig Akteur des Prozesses war. Die Veränderungen sind bescheiden und fragil, weil sie nicht aus kollektiven Kämpfen der Belegschaft entstanden, die zu neuem Selbstbewusstsein in der Belegschaft geführt hätten, sondern von außen implementiert wurden.

Andererseits gibt es eine Reihe von Beispielen von Arbeitskämpfen, bei denen sich die Regierung gegen Arbeiterkontrolle stellt: Es gibt bei PDVSA, dem wich-

16 Carlos Lanz Rodríguez: Consejo de Fábrica y Construcción Socialista. Antecedentes teóricos e históricos de un debate inconcluso. Februar 2007.

17 Gobierno Bolivariano de Venezuela, Ministerio del Poder Popular para las Industrias Básicas y Minería: Crónica y documentos del proceso de Cogestión en CVG Alcasa. Mayo 2006- Marzo 2007. Vol II.

tigsten venezolanischen Staatsbetrieb weder eine Kontrolle der Produktion von unten durch die Arbeiter noch Mitbestimmung. Mitarbeiter, wie der angesehene UNT-Gewerkschafter Orlando Chirino, die sich für eine Demokratisierung des Staatsbetriebes einsetzen, werden unter Druck gesetzt und sind von Entlassung bedroht. Der Kampf gegen den Produktionsstopp hat zwar gezeigt, wie Techniker und Arbeiter gemeinsam die Ölindustrie organisieren können, um eine demokratisch gewählte Regierung zu verteidigen. Viele Manager, Arbeiter und Angestellte, die den Unternehmerstreik unterstützt hatten, wurden zwar entlassen und neue Leute eingestellt. Die Arbeiter, die die Produktion aufrechterhielten, organisierten sich während des Erdölstopps. Ihre spontanen Organisationen spielen heute keine Rolle mehr bei PDSVSA. Wir fragten, warum sich die Arbeiter, die PDVSA verteidigt haben, dies gefallen lassen haben und wie gewährleistet werden kann, dass die neuen Manager den bolivarianischen Prozess unterstützen. Darauf bekamen wir keine Antwort. Auf einer Konferenz von Arbeitern von besetzten Betrieben wurde Arbeiterkontrolle bei PDVSA eingefordert.<sup>18</sup>

*Petrocasa* ist ein weiteres Beispiel für einen Staatsbetrieb ohne Arbeitermitbestimmung, den wir besichtigt haben. Über dem Werkstor steht in großen Lettern *patria, socialismo o muerte* (dt.: Vaterland, Sozialismus oder Tod). *Petrocasa* ist ein »sozialistischer Betrieb«. Das Staatsunternehmen produziert Plastikteile, die man wie Legobausteine zu einem Haus zusammensteckt und dann mit Beton ausgießt. Diese sind brand- und kugelsicher und damit direkt auf die Bedürfnisse derjenigen ausgerichtet, denen sie zugute kommen – den Bewohnerinnen und Bewohnern der Barrios. *Empresas socialistas* (ES, dt.: sozialistische Betriebe) sind Betriebe, die für die Bedürfnisse der Bevölkerung produzieren, wo aber die Belegschaft nicht notwendigerweise Mitbestimmungsrechte hat.

Ebenso gibt es Beispiele in Venezuela, in denen die Regierung gegen Kämpfe von Belegschaften für Arbeiterkontrolle aufgetreten ist. Wir schauten uns die Fabrik *Sanitarios Maracay* in der Garnisonsstadt Maracay an: »Willkommen im einzigen wirklichen sozialistischen Territorium Venezuelas.« So begrüßte uns José Villegas, Sprecher der Arbeiter der besetzten Fabrik. Inspiriert von dem Slogan von Chávez: »Geschlossener Betrieb gleich übernommener Betrieb«, beschlossen die Arbeiter 2006, die Fabrik zu übernehmen. Sie organisierten sich und wählten einen Rat. Erfolgreich übernahmen sie die Fabrik mit Keramikmischmaschinen und allen weiteren Produktionsmaschinen. Rund 600 Arbeiter produzierten in Selbstverwaltung weiter. Sie strebten eine 100-prozentige Verstaatlichung an und wollten eine »Enteignung ohne Entschädigung und volle Arbeiterselbstverwaltung«. Das Arbeitsministerium schlug stattdessen ein staatliches Kooperativenmodell vor, bei dem der Staat 51 Prozent und die Arbeiter 49 Prozent halten. Dies lehnten die Arbeiter ab, da das Kooperativenmodell immer noch eine Form von Privateigentum darstellt. Daraufhin zahlte der damalige Arbeitsminister den Arbei-

18 Kiraz Janicke: Without Workers Management There can Be No Socialism. [www.venezuelanalysis.com](http://www.venezuelanalysis.com). 30.10.2007.

tern extrem hohe Abfindungen unter der Bedingung, dass sie die Besetzung beendeten. Die Mehrheit der Arbeiter nahm das Angebot an. Die verbliebenen Arbeiter übten starke Kritik am Arbeitsminister und an der Korruption im Staatsapparat.

Auch gegen die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter des privatisierten Stahlkonzerns *Sidor* positionierte sich der Arbeitsminister. Die Gewerkschafter befanden sich mitten im Streik, als wir sie trafen. Im Zuge des Verkaufs des staatlichen Stahlkonzerns *Sidor* an das argentinisch-italienische Konsortium Techint wurden seit 1997 die Löhne gedrückt und viele Tausend Beschäftigte in Subunternehmen ausgegliedert. Dies führte zu einer Spaltung der Belegschaft in 5.000 Festangestellte und 9.000 Beschäftigte von Subunternehmen ohne Sozialleistungen. Die Gewerkschafter erzählten auch, dass aufgrund des erhöhten Arbeitsdrucks die tödlichen Arbeitsunfälle zunahmen. Die Beschäftigten verwiesen auf die besseren Arbeitsbedingungen in den umliegenden Staatsbetrieben der Stahl- und Aluminiumindustrie: »Ohne die Verstaatlichung der Industrie kann es keinen Sozialismus geben.« Seit eineinhalb Jahren streikten sie vergeblich für höhere Löhne. Der Arbeitsminister stellte sich gegen eine Verstaatlichung und bezeichnete die Streikenden als »Konterrevolutionäre«.<sup>19</sup>

Im April 2008 erreichten die Streikenden, dass die Regierung Chávez den Betrieb wieder verstaatlichte und die Löhne massiv erhöht wurden. Auch die Arbeiter der Subunternehmen arbeiten nun wieder bei Sidor, und zwar zu gleichen Bedingungen wie ihre Kollegen. Zudem entließ Chávez den Arbeitsminister. Der Vizepräsident Ramón Carrizales, der im Auftrag von Chávez die Verstaatlichung verhandelte, betonte: »Diese Regierung schützt die Arbeiter und sie wird sich niemals auf die Seite eines multinationalen Unternehmens stellen.«<sup>20</sup>

Der erfolgreiche Kampf der Beschäftigten von Sidor hat venezolanischen Arbeitern in anderen Bereichen neuen Mut gegeben. Zum sechsten Jahrestag des Putsches rief Chávez vor 300.000 Anhängern in Caracas die Arbeiterklasse dazu auf, in der Bolivarianische Revolution eine »Vorreiterrolle« zu spielen. »Die Arbeiterklasse ist fundamental für jede sozialistische Revolution.«<sup>21</sup> Zum 1. Mai hob er den Mindestlohn und die Löhne im öffentlichen Dienst um 30 Prozent an. Damit ist der venezolanische Mindestlohn, mit umgerechnet 557 Dollar monatlich inklusive der Lebensmittelgutscheine, der höchste in Lateinamerika.<sup>22</sup>

Insgesamt haben wir auf unserer Reise sehr widersprüchliche Entwicklungen in Bezug auf das Verhältnis zwischen venezolanischer Arbeiterbewegung und chavistischer Regierung beobachtet. Es gab und gibt unter der Regierung Chávez einen großen Aufschwung von Selbstbewusstsein, Organisation und realen Erfolgen der Arbeiterbewegung. Dies ist ein Grund für die Gegnerschaft des Unternehmerverbandes gegen Chávez. Die Regierung Chávez betreibt eine Industriepolitik, die darauf ausgerichtet ist, die Bedürfnisse der Bevölkerung durch den Aufbau von

19 Kiraz Janicke, Federico Fuentes: El movimiento obrero venezolano en la encrucijada. [www.rebellion.org](http://www.rebellion.org). 12.05.2008.

20 Ebenda. Eigene Übersetzung. L. S.

staatlicher Wirtschaft besser zu decken. Verstaatlichungen von Schlüsselindustrien finden statt. Auch gegenüber Mitbestimmung und begrenzter Beteiligung der Belegschaften ist die Regierung aufgeschlossen. Gleichzeitig gibt es im chavistischen Lager auch scharfe Gegner von Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle. Sie verfolgen eine staatskapitalistische Strategie. Von einem Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise in den Staatsunternehmen und von Arbeiterkontrolle kann nicht die Rede sein: Die Staatsbetriebe werden nicht demokratisch geleitet, sondern unterliegen der Kontrolle von staatlichen Managern, welche vielfach für ihre Korruption bekannt sind. Hier zeigen sich die Auswirkungen eines starken zentralisierten Staates, der immer wieder in Widersprüche mit der Ausweitung demokratischer Partizipation führt.

In der Auswertung der Betriebsbesichtigungen fand eine kontroverse Diskussion innerhalb der Teilnehmenden der Delegationsreise über die Frage der Mitbestimmung oder Arbeiterkontrolle in der Erdölindustrie statt. Einige waren der Meinung, dass in den strategisch wichtigen Betrieben wie beim Erdöl keine Arbeiterkontrolle existieren darf, weil die gesamte Gesellschaft von diesen Betrieben profitiert und damit auch von möglichen egoistischen Entscheidungen der Belegschaft betroffen ist.

Andere meinten, dass eine kollektive, demokratische Kontrolle der Belegschaft über die Erdölproduktion die beste Garantie dafür ist, dass mögliche zukünftige Auseinandersetzungen um die Erdölproduktion zugunsten der einfachen venezolanischen Bevölkerung entschieden werden. Auf das neue chavistische Management sei kein Verlass. Einige von ihnen identifizieren sich mit dem Kampf gegen Armut und für eine eigenständige Entwicklung in Venezuela. Andere könnten ihre Unternehmerinteressen unter einer antichavistische, neoliberalen Regierung besser durchsetzen. Denn viele Manager bei PDVSA oder in den Ministerien bedienen genauso kapitalistische Interessen oder sind genauso korrupt wie ihre neoliberalen Vorgänger, wenn sie überhaupt ausgetauscht wurden. Die Arbeiter dagegen haben ein materielles Interesse daran, dass der bolivarianische Prozess weiter vorangetrieben und vertieft wird.

Der Konflikt im bolivarianischen Lager um die Frage, ob kapitalistische Strukturen vom bolivarianischen Lager verteidigt und beibehalten oder aufgebrochen werden, ist noch nicht beendet. Solange die Erdöleinnahmen des Staates enorm hoch sind, kann die Regierung Chávez sowohl Zugeständnisse an die Arbeiter machen, als auch Unternehmen wirtschaftspolitisch fördern. Bisher musste es nicht zu einer Entscheidung zwischen Unternehmern einerseits und Bolivarianischer Bewegung andererseits kommen. Aber die Macht des Kapitals über die Produktion existiert nach wie vor. Die Gegner des Prozesses werden nicht aufgeben, ihn zu destabilisieren. Der bolivarianische Prozess kann nur verteidigt werden, in dem

21 Ebenda. Eigene Übersetzung. L. S.

22 Kiraz Janicke: Venezuelan Labor Day Rally Attracts Hundreds of Thousands, Wages Raised by 30% Prozent, venezuelanalysis.com 2.05.2008.

die Transformation der Staatsapparate und die Ausweitung von basisdemokratischer Kontrolle ausgeweitet und vertieft werden. In den Kommunalräten, in den Basisorganisationen und in den Betrieben, die wir besichtigt haben, haben wir die Menschen getroffen, die einen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« mit demokratischer Kontrolle erkämpfen wollen und können. Für die Zukunft dieses wichtigen Experiments wird entscheidend sein, welche Kraft sie in den kommenden Kämpfen entwickeln, um eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

### ***La espada de Bolívar* – Lateinamerikanische Integration**

Der bolivarianische Prozess verfügt über enorme Ausstrahlungskraft in Lateinamerika und ist Referenzpunkt für eine Vielzahl von sozialen Bewegungen und Linksregierungen auf dem Kontinent, so zum Beispiel für den Wahlsieg von Fernando Lugo in Paraguay. Im Unterschied zu anderen Linksregierungen wie zum Beispiel die von Inácio Lula da Silva in Brasilien oder Cristina Kirchner in Argentinien kann die venezolanische Regierung aufgrund ihrer spezifischen Situation in Lateinamerika und auf dem Weltmarkt reale soziale Veränderungen durchsetzen, die den vorhandenen Reichtum des Landes tatsächlich an die Bevölkerung umverteilt.

Darüber hinaus versucht die venezolanische Regierung über das Integrationsbündnis ALBA eine alternative Wirtschaftspolitik auf der Grundlage gegenseitiger Kooperation zu etablieren. Neben den ALBA Mitgliedsstaaten Venezuela, Kuba, Nicaragua, Dominica und Bolivien entstehen auch durch gesonderte Energie- bzw. Ölabkommen wie PETROCARIBE oder PETROSUR gesonderte wirtschaftliche Beziehungen mit anderen lateinamerikanischen Staaten auf Grundlage von Solidarität und fairem Handel. Diese Bestrebungen richten sich gegen das inzwischen gescheiterte, von den USA vorangetriebene Freihandelsabkommen ALCA/FTAA, welches nur noch von wenigen lateinamerikanischen Ländern wie Kolumbien und Mexiko unterstützt wird.

Aufgrund der Ausstrahlungskraft in Lateinamerika bekämpfen sowohl konservative Kräfte in Lateinamerika als auch die US-Regierung die Entwicklung in Venezuela. Die USA versuchen neben der direkten, meist finanziellen Unterstützung der venezolanischen Opposition, besonders durch das angrenzende Kolumbien die Regierung Chávez zu destabilisieren. Die direkte Finanzierung bürgerlicher und rechtsradikaler Oppositionsgruppen durch die USA ist beispielsweise im Falle des Putschversuches weitreichend dokumentiert. Aktuellstes Beispiel ist die Verleihung des Milton-Friedman-Preises durch das neoliberale Cato-Institut an den Studenten und Oppositionsführer Yon Goycochea. Zum anderen hat der US-Ölmulti EXXON Mobile versucht, durch eine inzwischen abgewiesene Klage die Verstaatlichung des venezolanischen Ölsektors anzufechten.

Die außenpolitische Schlüsselrolle der kolumbianischen Regierung unter Álvaro Uribe für die USA wurde zudem im jüngsten Konflikt zwischen Ecuador, Ve-

nezuela und Kolumbien deutlich, als die kolumbianischen Streitkräfte unter Bruch des Völkerrechts auf ecuadorianischem Territorium Stellungen der FARC angriff und dabei den obersten Verhandlungsführer Raúl Reyes sowie 23 weitere Menschen ermordete. Trotz der stetigen Anschuldigungen von Seiten Kolumbiens und den USA, Chávez unterstützte die FARC und die ELN finanziell und politisch, spielt Venezuela eine entscheidende Rolle im Vermittlungs- und Friedensprozess in Kolumbien. Chávez rief sogar dazu auf, den bewaffneten Kampf einzustellen. Gleichzeitig drang die kolumbianische Armee mehrfach auf venezolanisches Gebiet vor und kolumbianische Paramilitärs operieren offen in Venezuela, vor allem gegen die Bauernbewegung und in den armen Stadtvierteln.

Die neueste Strategie, um die Regierung zu schwächen, sind die Sezessionsbestrebungen im Westteil des Landes. Der ölfreiche und generell wohlhabende Bundesstaat Zulia, der wichtigste, der von der Opposition regiert wird, soll gemeinsam mit Teilen der Bundesstaaten Tachira und Apure im sogenannten Plan Halbmond mehr Autonomie erhalten. Dass sich dahinter eine Sezessionsstrategie verbirgt, zeigt das Beispiel Bolivien, wo die rechte Opposition im Staat Santa Cruz durch das unrechtmäßige Referendum faktisch eine Lostrennung der rohstoffreichen Landesteile vorbereitet und bereits als eigener Staat im Staat agiert.

Über den Erfolg dieser Strategie werden mittelfristig die kommenden Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen am 23. November 2008 entscheiden. Würde die zersplitterte venezolanische Opposition dabei die Wahlen in einzelnen Bundesstaaten in diesen Landesteilen gewinnen, stünde der Transformationsprozess in Venezuela vor großen Hindernissen.

Als entscheidendes Feld der Auseinandersetzungen kristallisiert sich daher die neu gegründete Vereinigte sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) heraus, die bei den kommenden Wahlen gemeinsam mit anderen linken Parteien das erste Mal flächendeckend antritt. Sie ist auch für die zukünftige Richtung der Bolivarianischen Bewegung von Bedeutung: Bleibt das venezolanische Transformationsprojekt im Rahmen des (verstaatlichten) Kapitalismus gegen die US-Hegemonie oder wird dieser Rahmen verlassen und mit einer antikapitalistischen Perspektive verbunden? Bereits in der Gründungsphase wurde dieser strategische Konflikt am Disput über die programmatischen Grundlagen der Partei deutlich, als einige Parteivertreter sich für eine rein antiimperialistische, abstrakt sozialistische, aber eben nicht explizit antikapitalistische Ausrichtung der PSUV aussprachen.

Dies drückt die zunehmenden Widersprüche im chavistischen Lager selbst aus, wobei die verschiedenen Flügel immer offener hervortreten. Auf der einen Seite befindet sich der rechte Flügel, die sogenannte Endogene Rechte, der weitergehenden sozialistischen Umwälzungen ablehnend gegenübersteht und sich selbst eine starke Stellung im Staatsapparat gesichert hat. Eng verbunden ist dieser Flügel mit der patriotischen Unternehmerschaft, dem Teil des Kapitals, der sich aus der Konfrontation der US-Hegemonie eigene Wachstumspotentiale und Marktanteile erhofft, jedoch am Kapitalismus als Eigentumsordnung festhält und dem stra-

tegisches Ziel der Regierung Chávez, dem »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« im Wege steht. Auf der anderen Seite stehen die Mehrheit der armen Bevölkerung und die linken Basisaktivisten, die den Prozess aus eigenem Interesse heraus vorantreiben will. Diese Auseinandersetzung ist in vollem Gange, über den Ausgang entscheiden die politischen Kräfteverhältnisse in Venezuela sowie die Solidarität für den bolivarianischen Prozess in ganz Lateinamerika und weltweit.

## **Perspektiven für Europa**

Ziel unserer Delegationsreise war es, die venezolanischen Prozesse besser kennenzulernen und unsere Schlüsse daraus zu ziehen, erstens zur Fundierung unserer Solidaritätsarbeit, zweitens zur Vertiefung unserer eigenen Perspektivenbildung hier in Europa.

Wir konnten feststellen, dass die politischen Prozesse in Venezuela weder widerspruchslos noch einfach sind, dass die Transformation hin zu einem demokratischen Sozialismus noch großen Anstrengungen bedarf und vielfältigen Gefährdungen ausgesetzt ist. Vor allem die Destabilisierungsversuche durch die innere und äußere Opposition stellen eine nicht zu unterschätzende Bedrohung dar. Denn mit allen Mitteln wird in den USA und der EU gegen die Bewegungen von unten und die linken Regierungen Lateinamerikas agiert. Damit sich die Erfahrung Chiles nicht wiederholt, kann die europäische Linke einen elementaren Beitrag für die Vertiefung des Prozesses leisten. Der neokolonialen und destabilisierenden Einflussnahme der kapitalistischen Großmächte in Lateinamerika kann durch die Bildung einer starken antikapitalistischen Kraft in Europa entgegengetreten werden. Deshalb ist es umso wichtiger, dass linke Kräfte in Europa ihre Solidarität mit der venezolanischen Bevölkerung und Regierung deutlich machen. Eine aktive Solidaritätsarbeit mit Venezuela ist notwendig, um in die Deutungskämpfe um Alternativen zum Kapitalismus intervenieren zu können. Aktive Solidarität richtet sich dabei zuvorderst gegen die Politik der Bundesregierung, die im Rahmen der Freihandelsbestrebungen der EU gegen die linken Regierungen in Lateinamerika agiert, wie es die Lateinamerikareise der Bundeskanzlerin nach Brasilien, Peru, Kolumbien und Mexiko gezeigt hat. Auch bleibt eine Gegnerschaft zu den Kriegen in Irak und in Afghanistan essentiell. Gerade die zunehmenden Verluste in diesen nicht zu gewinnenden Kriegen verschaffen den linken Prozessen in Lateinamerika den nötigen Freiraum vor US-amerikanischer Einflussnahme, die nicht selten blutige Putschs und Unterdrückung als Mittel anwendeten.

Gerade für Europa und die Europäische Integration kann die Bolivarianische Revolution viele Inspirationen bieten. Während in Lateinamerika eine soziale Integration versucht wird, sind neoliberale Strategien in der EU hegemonial. Die venezolanische Verfassung ist durch eine Volksabstimmung zustande gekommen und verankert konkrete soziale Rechte und basisdemokratische Partizipation – dies kann

die Perspektivenbildung im Kampf gegen den Vertrag von Lissabon und die neoliberale Umgestaltung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten anregen. Das Beispiel Venezuela zeigt die fortschrittliche Entwicklung im Vergleich zur aktuellen Entwicklung in den EU-Staaten. Während hier die demokratischen und sozialen Rechte abgebaut werden, wird in Venezuela die neoliberale Hegemonie durchbrochen.

Dabei muss man sich natürlich der spezifischen venezolanischen Bedingungen bewusst sein und diese auch durchaus kritisch reflektieren. Hier sei nur die Problematik einer reinen Ölfrentenwirtschaft genannt, die zwar die Stellung Venezuelas begründet, dennoch aber auch eine wackelige Grundlage darstellt.

Venezuela kann keine Schablone für Europa sein, dennoch sollte man in Europa genau hinschauen, was dort passiert. Venezuela ist das Beispiel dafür, dass es auch im 21. Jahrhundert eine sozialistische Entwicklung geben kann, dass der Kapitalismus nicht mit dem Zusammenbruch der Volksrepubliken in Osteuropa das Ende der Geschichte markiert. Denn Sozialismus ist für Millionen Venezolaner in dem Radikalisierungsprozess der letzten Jahre zu einem Begriff einer gerechten Gesellschaft, einer Alternative zum Kapitalismus und einem gemeinsamen, wenn auch mit teils stark divergierenden Vorstellungen geprägten, Ziel geworden. Es zeigt aber auch, dass es nichts bringt, einen Königsweg hin zum Sozialismus zu entwickeln, sondern dass sich konkrete Probleme und deren Lösungen erst in einem widersprüchlichen und vielfach experimentellen Prozess zeigen. Dieser Prozess ist, trotz aller Hoffnung, die man in ihn setzen kann und sollte, auch keineswegs ungefährdet oder unumkehrbar. Der bolivarianische Prozess wirft insgesamt vielleicht mehr Fragen auf, als er Antworten liefern kann – doch genau darin sollte sein Wert für eine demokratische Transformation in Europa liegen. Dass dies im 21. Jahrhundert möglich ist, zeigt Lateinamerika und die »venezolanische Erfahrung«, die wir während der Delegationsreise kennenlernen durften.

Die Delegation von DIE LINKE.SDS reiste unter dem Titel »Sozialismus im 21. Jahrhundert?« im Februar und März 2008 drei Wochen lang durch Venezuela. Die 30 Studierenden der Lateinamerika AG im Studierendenverband DIE LINKE.SDS setzen sich intensiv mit dem bolivarianischen Prozess auseinander und trafen auf ihrer Reise zahlreiche wichtige Akteure der revolutionären Umbrüche in Venezuela – Regierungsvertreter, Parteimitglieder der PSUV und PCV, Basisgruppen, PDVSA, Gewerkschaftsvertreter, Basismedien, Vertreter von Universitäten und Gesundheitsprojekten. Weitere Impressionen sind unter dem Reiseblog [venezuela.linke-sds.de](http://venezuela.linke-sds.de) abrufbar. Kontakt: [lateinamerika@linke-sds.de](mailto:lateinamerika@linke-sds.de)



## Die Linke Lateinamerikas und die sozialen Bewegungen

Der Aufschwung der Volkskämpfe in Lateinamerika im letzten Jahrzehnt ist Ausdruck der Unzufriedenheit und Mobilisierung breiter Kreise der Bevölkerung mit den herrschenden neoliberalen Regierungen in fast allen Ländern des Kontinents. In Argentinien wurden in kurzer Zeit drei Regierungen gestürzt. In Bolivien führte der Kampf des Volkes zum häufigen Wechsel neoliberaler Regierungen. Auch in Ecuador musste Lucio Gutiérrez, der Korruption überführt, das Land verlassen.

Die Jahre darauf wurden gekennzeichnet durch Wahlerfolge der demokratischen Kräfte. In Venezuela wird Hugo Chávez zum Präsidenten gewählt. 2002 gewinnt Luiz Inácio Lula da Silva mit der Partei der Arbeiter (PT) die Präsidentschaftswahl in Brasilien. 2003 wird in Argentinien Nestor Kirchner, ein linker Peronist, Präsident des Landes. 2005 siegt die Frente Amplio in Uruguay und ein Vertreter der Sozialistischen Partei, Tabaré Vázquez, wird Präsident. Das setzt sich fort mit dem Sieg Evo Morales im Dezember 2005 in Bolivien. Seit dem sogenannten Wasserkrieg 2000 in Cochabamba und den großen Mobilisierungen in Chaparé und in La Paz 2003 bis hin zum »Gaskrieg« im Oktober 2003 und dem Sturz des Präsidenten Gonzalo Sánchez im gleichen Monat führte die Volksbewegung zum Wahlsieg an den Urnen. Im November 2005 siegt der Kandidat der Alianza Pais in Ecuador, Rafael Correa, der die Schließung der US-Militärbasis Manta, die Nationalisierung der Erdölreserven und die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung angekündigt hatte. In diese Entwicklung reiht sich der Sieg Fernando Lugos in Paraguay Anfang 2008 ein. Lugo, ein Ex-Bischof, der historisch eng mit den Kämpfen der Bauern verbunden ist, setzte sich gegen die seit Jahren das Land beherrschende Colorado-Partei durch.

Im Abschlussdokument des XIV. Treffens des Forums von São Paulo (Mai 2008 in Montevideo) wird eingeschätzt:

»Geändert hat sich die soziale Herkunft der heute Regierenden, von beispielhaften Fällen wie dem Mechaniker Lula bis hin zum Vertreter der indigenen Bevölkerung Evo Morales. Sie repräsentieren andere Klassen und andere soziale Sektoren.«<sup>1</sup>

Hinzugefügt werden muss, dass die Erfolge in demokratischen Wahlen und sozialen Auseinandersetzungen Ergebnis des Kampfes demokratischer und emanzipatorischer Kräfte sind, die sich gegen die vorherrschenden Verhältnisse entwickelt haben.

1 Abschlusserklärung des XIV. Treffens des Forums von São Paulo, Montevideo, 22.- 25. Mai 2008.

## Neue politische Akteure

In Gestalt der sozialen Bewegungen erschienen auf der politischen Bühne Lateinamerikas neue politische Akteure.

Es begann mit den Zapatistas 1994, die im Wald von Lacondoma den Widerstand gegen den Neoliberalismus eröffneten und mit ihrem Kampf um Autonomie ein deutliches Signal für nachfolgende Widerstandsbewegungen (Seattle, Göteborg, Prag, Genua etc.) und in Lateinamerika setzten. Mit dem Aufstand der Zapatistas entstand der Ruf nach »Eine andere Welt ist möglich«. Feststellbar ist, dass mit dem neuen Zyklus der weltweiten Bewegungen gegen den Neoliberalismus auch in Lateinamerika ein Aufschwung der Kämpfe in allen Ländern vor sich ging.

Michael Hardt und Antonio Negri bezeichnen in ihrem Buch »Empire« die sozialen Akteure gegen die neoliberale Globalisierung als »soziale, aber sehr differenzierte und heterogene Subjekte«, die in der Lage sind, »gemeinsam zu agieren«.

Helio Gallardo, Professor an der Universität Costa Ricas, verwandte den Begriff »soziales Volk«, um alle diese Sektoren einzubeziehen, die die Konsequenzen des neoliberalen Kapitalismus verspüren. Dieser Begriff umfasst nicht nur die Verarmten im ökonomischen Sinne, sondern bezieht alle diejenigen ein, die in ihrer Subjektivität verarmt sind. Der Widerstand gegen den Neoliberalismus vollzog sich auf den verschiedensten Ebenen und aus den verschiedensten Gründen. Der »Wasserkrieg« in Cochabamba wurde von sozialen Kräften getragen, die sich gegen die Privatisierung des Wassers zugunsten des Bechtel-Konzerns aussprachen. Der Widerstand gegen den Bau des Flughafens in Mexiko-Stadt umfasste wiederum soziale Kräfte, die sich in ihrer sozialen Existenz bedroht fühlten. Einen anderen Charakter hat der Kampf der Landlosen in Brasilien und anderen Ländern Lateinamerikas.

Soziale Bewegungen haben ihren Ursprung in der Verteidigung kollektiver Interessen und sind auf die Abwehr der Gemeinschaft zuwiderlaufender Entwicklungen gerichtet. Sie entstehen spontan und auf regionaler Ebene. Sie sind in Form und Gestaltung unterschiedlich zu Parteien. Ihrem Wesen nach sind sie basisdemokratisch aufgebaut und horizontal organisiert.

Identitätsstiftend ist ihre Ausrichtung auf die Abwehr der Folgen neoliberaler Politik und ihr Kampf um soziale Gerechtigkeit. Diese Erscheinung trifft vor allem auf die lateinamerikanischen Gesellschaften zu, die durch die Politik des Neoliberalismus in eine tiefe Krise geraten sind. Typisch für diese Entwicklung war die Vertiefung der sozialen Konfliktsituation in den Andenländern und damit das Anwachsen der sozialen Bewegungen. Das Soziale Observatorium für Lateinamerika (OSAL) stellte fest, dass es besonders die sozialen Bewegungen waren, die auf diese Konfliktsituation reagierten und sich als wesentliche tragende Akteure des Kampfes profilierten. Das waren indigene Gemeinschaften, Jugend- und Studentenorganisationen, Stadtteilgemeinschaften und vielgestaltige Bevölkerungs-

proteste. Es entstanden vielseitige Protestformen, die von diesen Bewegungen getragen wurden und die zur Herausbildung alternativer Blöcke führten (besonders Bolivien, Ecuador, auch Kolumbien).

Die Soziologin Marta Harnecker spricht von der Entstehung einer »sozialen Linken« und sie stellt die Frage: Was ist links?

»Ich verstehe als Links die Gesamtheit der Kräfte, die sich dem kapitalistischen System und seiner Kapitallogik widersetzen und die für eine alternative humanistische und solidarische Gesellschaft kämpfen, frei von materieller Not und Armut.« Und weiter: »Die Linke reduziert sich somit nicht nur auf eine Linke, die in Parteien und politischen Organisationen der Linken organisiert ist, sondern schließt Akteure und soziale Bewegungen ein. Diese sind oftmals dynamischer und kampfbereiter, identifizieren sich aber mit den gleichen Idealen, sind nicht Mitglied einer Partei und politischer Organisation.«

Und sie sagt weiter: »Um es zu vereinfachen, nenne ich die eine Parteilinke (oder politische Linke) und die andere soziale Linke.«<sup>2</sup>

Diese Unterscheidung ist theoretisch gerechtfertigt, da sich Parteien auf hierarchischer Grundlage herausgebildet haben und soziale Bewegungen ihre Autonomie und basisdemokratische Organisation unterstreichen.

In der Abschlusserklärung des XIV. Treffens des Forums von São Paulo im Mai 2008 in Montevideo wird gesagt:

»Auch soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen und Organisationen erringen durch ihren Kampf gegen die neoliberale Politik immer breiteren Raum und organisieren zahlreiche Mobilisierungen und Foren, wo immer wieder die Alternativen zu jenen Modellen aufgezeigt werden, die auf unserem Kontinent in den zurückliegenden Jahrzehnten durchgesetzt worden sind.«<sup>3</sup>

Die am Treffen teilnehmenden Parteien bekunden mit dieser Einschätzung die bedeutende Rolle, die soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen und Organisationen spielen. Übereinstimmung wird auch in den Zielen festgestellt, die die Alternativen zu den aktuellen Gesellschaftsmodellen betreffen. Allerdings fehlt der ausdrückliche Verweis auf die gemeinsame Aufgabenstellung: Die Formierung eines linken alternativen Blockes mit einer möglichst breiten sozialen Zusammensetzung, der sich auf die Mehrheit der Bevölkerung stützt.

Politische und soziale Linke umfasst damit alle sozialen Akteure, Bewegungen, Parteien und Organisationen, die für den gemeinsamen antineoliberalen Kampf eintreten. Eine neue, »wieder geborene« Linke kann in diesem Transformationsprozess die Überwindung ihrer eigenen inneren Krise anstreben.

2 Marta Harnecker: »Reconstruyendo la izquierda«, 28.5.2006, Kapitel »Hacia la conformación de un bloque social alternativo«

3 Abschlusserklärung des XIV. Treffens des Forums von São Paulo, Montevideo, 22.-25. Mai 2008.

## Das Weltsozialforum

Das Weltsozialforum mit der von den Zapatistas übernommenen Losung: »Eine andere Welt ist möglich« entstand in Porto Alegre (Brasilien) als »Bewegung in der Bewegung«. Geschaffen wurde ein weltoffener, globaler Raum, in dem sich nun seit dem Jahre 2001 eine Vielzahl von Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen treffen und ihre Erfahrungen im Kampf gegen den globalen Kapitalismus austauschen. Es entstanden weltweite Netzwerke, die Aktionen und kontinentale, regionale und lokale Foren koordinieren. Entsprechend der »Charta von Porto Alegre« organisiert sich das Weltsozialforum auf der Basis des Pluralismus, basisdemokratischer Prinzipien und unter Beibehaltung der Autonomie aller teilnehmenden Bewegungen und Organisationen. Es versteht sich als Raum, in dem sich alle antineoliberalen Kräfte finden und bündeln können. Inzwischen haben acht Weltsozialforen stattgefunden. Ausgehend von Porto Alegre sind sie in allen Kontinenten angekommen: Asien – Pakistan und Indien, Afrika – Mali und Nigeria, europäische Sozialforen, nordamerikanische und schließlich auch lateinamerikanische.

Samir Amin sieht in dieser Entwicklung nicht nur positive Seiten. Er schätzt ein, dass »alle Bewegungen legitime Kämpfe realisieren, sie aber oftmals auf Regionen und spezielle Probleme beschränkt sind. Es ist notwendig, dass sie stärker voneinander Kenntnis nehmen und sich im Kampf um ein alternatives Projekt zusammenschließen. Das erfordert ein politisches Herangehen und die Überwindung des engen Bereichs lokaler oder spezieller Probleme.«<sup>4</sup> Für Lateinamerika heißt das, dass bedeutende politische Veränderungen vor sich gegangen sind. Diese haben aber noch zu keinen strukturellen Veränderungen in den Gesellschaften geführt, die durch fünf Jahrhunderte Ungleichheit, Kolonialismus, Ausbeutung und fehlender Demokratie geprägt wurden. Wie Bolivien oder Ecuador zeigen, haben die progressiven Kräfte ein echtes Dilemma: Rückwärtsgewandte Kräfte schließen sich mit Unterstützung konservativer Kreise enger zusammen und versuchen, gesellschaftliche Veränderungen zu verhindern. Deshalb stehen die Zivilgesellschaft und die Gesamtheit der Linken vor einer großen Herausforderung. Wenn in Belém (Brasilien) das 9. Weltsozialforum im Februar 2009 stattfinden wird, kann dort eine breite demokratische Bewegung für strukturelle Veränderungen eingeleitet werden.

## Die politische Rolle der sozialen Bewegungen

Die Veränderungen der politischen Landschaft in Lateinamerika sind auch Ergebnis der Tätigkeit der sozialen Bewegungen. Organisationen wie die Landlosenbe-

4 Zeitschrift »Diagonal«, Madrid, 10.2.2008.

wegung in Brasilien, die Via Campesina in Lateinamerika, die Piqueteros in Argentinien, die Alianza Social Continental in Lateinamerika, die Mapuche-Bewegung in Chile und viele andere mehr sind aus dem politischen Leben nicht mehr wegzudenken. Neben solchen bekannten Ereignissen wie der Wasserkrieg in Cochabamba (Bolivien) sind Massenbewegungen in Uruguay gegen die Privatisierung der Erdölindustrie oder der Elektrizitätswerke oder die Bewegung der »empresas recuperadas« (wiederaufgebaute Unternehmen) in Argentinien und Uruguay alltägliche politische Erscheinungen. Die sozialen Bewegungen spielen – oft in Übereinstimmung mit linksorientierten Parteien – eine in der Gesellschaft und Öffentlichkeit nicht mehr zu ignorierende Rolle.

Bei einer Analyse ihrer Aktivitäten lassen sich einige wesentliche Tätigkeitsfelder ausmachen:

- Kampf gegen die von der USA-Administration angestrebte Amerikanische Freihandelszone (ALCA) und Freihandelsabkommen (TLC).
- Auseinandersetzungen um eine demokratische Agrarreform und die Nahrungsmittelsicherheit.
- Kampf gegen die Militarisierung Lateinamerikas und die Beendigung des Konfliktes in Kolumbien.
- Kampf um die Sicherung der nationalen Ressourcen und das Recht der Nation auf ihre Nutzung.
- Kampf um die Durchsetzung demokratischer Reformen und um mehr Partizipation des Volkes.
- Kampf um Sicherung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung (Wasserversorgung) und eine sichere Umwelt.
- Kampf um die Sicherung der Rechte der indigenen Bevölkerung, kulturelle Autonomie und Erhalt ihrer Traditionen.

Dazu einige Beispiele:

### *Der Kampf gegen die ALCA und die Freihandelsabkommen*

Als Ende 2005 in Mar del Plata (Argentinien) während des Gipfeltreffens der amerikanischen Präsidenten die Entscheidung der Mehrheit gegen die Annahme der ALCA fiel, fand eine Periode des Kampfes gegen den US-Plan einen erfolgreichen Abschluss. Noch als die Präsidenten tagten, hatten sich Tausende Gegner der ALCA zusammengefunden und forderten gemeinsam mit dem Präsidenten Venezuela Hugo Chávez den US-Plan zu verwerfen. In ganz Lateinamerika hatte sich eine breite Front gebildet, die von ihren Regierungen die Ablehnung der ALCA forderten. Eine führende Rolle spielte die Alianza Social Continental, die die Aktionen gegen die ALCA in den lateinamerikanischen Ländern gemeinsam mit nationalen Initiativen koordinierte. Die Regierungen einiger Länder Lateinamerikas hatten die Forderungen sozialer Bewegungen akzeptiert, als Vertreter ihrer Zivilgesellschaften an den Verhandlungen zur Bildung der ALCA beteiligt zu werden. Das brasi-

lianische Außenministerium förderte regelmäßige Beratungen mit den sozialen Bewegungen und akzeptierte die von ihnen vorgetragenen Argumente. Ähnlich geschah es in Venezuela, die Öffentlichkeit nahm Einfluss auf die Chávez-Regierung.

Nach der Niederlage der USA in Mar del Plata konzentrierte sich die US-Administration auf die Durchsetzung von Freihandelsabkommen mit einzelnen Ländern. Auch in diesem Falle setzten sich Bewegungen gegen den Abschluss von Freihandelsabkommen ihrer Regierungen mit den USA ein. Eine bedeutende Steigerung ihrer Aktivitäten war in den letzten Jahren vor allem in Mittelamerika (Honduras, Guatemala, El Salvador) zu verzeichnen, die sich gegen den Abschluss der Mittelamerikanischen Freihandelszone (CAFTA) richteten. Höhepunkt der Protestaktionen in Kolumbien waren die Mobilisierungen gegen den Abschluss eines Freihandelsvertrages mit den USA, die zusammenfielen mit den Streiks der Lehrer und der Studenten gegen die Privatisierung von Bildungseinrichtungen.

Protestwellen der Nationalen Aktion für Souveränität und Gerechtigkeit entwickelten sich in Mexiko. Tausende von Bauern der verschiedensten Landorganisationen zogen in die Hauptstadt, um gegen die Nichterfüllung von Zusagen seitens der Regierung zu protestieren. Die Zusagen betrafen die Linderung der schweren Folgen der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) für die mexikanische Maisproduktion.

### *Auseinandersetzung um eine demokratische Agrarreform am Beispiel Brasiliens*

Der Kampf der Landlosen Bauern in Brasilien hat in der Zeit der Regierung Lula keinesfalls nachgelassen. Die Bewegungen der Landlosen (unter den Bewegungen ist keinesfalls nur die Bewegung der Landlosen Arbeiter – MST – zu verstehen. Obgleich sie die größte ist, existieren aus historischen und politischen Gründen noch andere Bewegungen der Landlosen, u. a. Bewegung Land, Arbeit und Freiheit – MTL, Bewegung der Befreiung der Landlosen – MLST, Bewegung der Kleinbauern – MPA, Organisation des Kampfes auf dem Lande – OLC, Bewegung der Bauernfrauen Brasiliens – MMC u. a.). Sie alle haben in ihrem Kampf um eine Agrarreform nicht nachgelassen.

Wesentliche Aktionen und Mobilisierungen gingen von der Bewegung der Landlosen Arbeiter – MST – aus.

Joao Pedro Stédile, Koordinator der MST, sagt dazu im Interview: »Es gibt verschiedene Formen der Agrarreform. In Brasilien haben alle progressiven Kräfte im 20. Jahrhundert für eine Agrarreform klassischen Charakters gekämpft, d. h. Demokratisierung des Zugangs zu Land, enge Bindung an den Binnenmarkt und Beseitigung der Armut auf dem Lande. Alle entwickelten Länder haben klassische Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems durchgeführt.

In Brasilien wurde diese Chance, die sich mit der Abschaffung der Sklaverei im Jahre 1888 ergab, nicht genutzt. Die Regierung Lula hat sich für ein Wirtschafts-

modell entschieden, das unsere Wirtschaft dem Finanzkapital und den großen transnationalen Unternehmen unterordnet. Damit wurde die Agrarreform blockiert. Wir haben nur eine Chance, sie zu erkämpfen, wenn wir den Neoliberalismus überwinden.«<sup>5</sup>

In den mehr als 25 Jahren der Existenz der MST stand im Mittelpunkt des Kampfes die Landbesetzung, die landwirtschaftliche Produktion in ihren Ansiedlungen und die Bildung ihrer Mitglieder und Anhänger. Heute umfasst die Bewegung eine halbe Million Familien, zwei Millionen Menschen, die in 5.000 Ansiedlungen mit 25 Mio. Hektar Land leben. In diesen Ansiedlungen existieren 500 Schulen. Die MST selbst hat über 15.000 Mitglieder und führt in ihren Schulen eine gezielte Bildungspolitik durch, besonders auch in der zentralen Escola Florestan Fernandes.

Laut Verfassung des Jahres 1988 verpflichtet sich die Regierung, landlosen Bauern nicht genutztes Land großer Latifundien zu übergeben. Die in den Ansiedlungen der MST lebenden Menschen warten auf die Realisierung dieser verfassungsrechtlichen Zusage.

Alle Regierungen, die seit 1988 tätig waren, einschließlich der Regierung Lula, haben diese Verpflichtungen nur in geringem Maße eingehalten.

Deshalb haben die Bauern in ihren Aktionen nicht nachgelassen. Landbesetzungen, Straßenblockaden, Demonstrationen und nationale Protesttage durchzuführen. 2005 wurde durch die MST der »Rote April« organisiert. In allen Landesteilen erfolgten Protestaktionen und Landbesetzungen. Erzwungen wurde ein Gespräch verschiedener Organisationen mit Präsident Lula. Ihm wurde die direkte Forderung übermittelt, die Mittel zur Ansiedlung von landlosen Bauern und zur Übertragung der Eigentumsrechte zu erhöhen.

Für die Landlosenbewegungen bleibt die Forderung nach Durchführung der Agrarreform die zentrale Aufgabenstellung.

### *Kampf indigener Völker für Autonomie, Gleichberechtigung und Wahrung ihrer Traditionen*

Seit mehr als 500 Jahren leben die Nachfahren der Ureinwohner des lateinamerikanischen Kontinents unterdrückt und unter schlechtesten sozialen Verhältnissen.

Der Aufstand der Zapatistas wirkte wie ein Signal für andere indigene Bewegungen. Die indigenen Völker Mexikos, Mittelamerikas und besonders des Andengebietes erheben in vielfältiger Form ihre Stimme. In Bolivien und Ecuador haben sie in demokratischen Wahlen die Bildung progressiver Regierungen erreicht. Nun fordern sie eine Neukonstituierung der Nation und des Staates. Darüber hinaus kämpfen sie für die Erhaltung der Naturreichtümer und der Biodiversität. In

5 Le Monde Diplomatique, Brasilienedition, April 2008.

den indigenen Gebieten befinden sich 80 Prozent der lateinamerikanischen Biodiversität. Organisationen wie die Koordination der Andenländer der Indigenen Organisationen und die Nationale Konföderation Betroffener Gemeinschaften stellen den Status quo in Frage und wehren sich gegen die Folgen des Raubbaus der Naturreichtümer und der Biodiversität.

In Chile führen die Mapuches ihre Auseinandersetzung mit der chilenischen Gesellschaft um die Anerkennung ihres Rechtes auf eine andere Lebensweise als alternative Form zur neoliberalen Politik.

Einige ihrer Organisationen, wie die Ad-Mapu (Chile), Koordinierung Arauko-Malleko (Chile) u. a., stellen ihre Forderungen entgegen den Normen der Gesellschaft und finden bei Parteien und Organisationen deshalb wenig Gehör. Sie fordern die Anerkennung der ethnisch-kulturellen Probleme und lehnen die »Einordnung in die nationale chilenische Kultur« ab. Im Kontext der sozialen Bewegungen des Landes sind sie ernst zu nehmender Faktor, mit dem linke und progressive Parteien und Organisationen rechnen müssen.

### *Mobilisierungen im Kampf gegen Privatisierungen*

Die uruguayischen Bewegungen wie die Gewerkschaft PIT-CNT und die Wohnungskooperative FUCVAM nahmen in der vergangenen Periode einen besonderen Platz in den Mobilisierungen gegen Privatisierungen ein. Beide Organisationen wirkten aktiv in der Phase der Transformation für die Wiederherstellung der Demokratie. Das zeigte sich schon 1992, als mit Erfolg die Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft ANTEL verhindert wurde und kulminierte 2003 in der erfolgreichen Durchführung des Plebiszites gegen die Privatisierung des Staatsunternehmens ANCAP (Erdölindustrie), das mit einem Votum von 60 Prozent der Bevölkerung gegen die Entstaatlichung endete. Die FUCVAM und CNT waren die entscheidenden Protagonisten in der Organisation des Plebiszites.

### *Soziale Proteste zur Sicherung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung*

Mexiko ist ein Land mit den größten sozialen Ungleichheiten, in dem 10 Prozent der Bevölkerung 40 Prozent aller Einkommen unter sich ausmachen. 60 Prozent der Bevölkerung lebt unter Bedingungen der tiefsten Armut. 24 Millionen Mexikaner haben das Land in Richtung USA verlassen. Mit ihren Verdiensten in den USA decken sie 86 Prozent aller Auslandsüberweisungen ab, sorgen sie für den Unterhalt ihrer Familien in ihrer Heimat. Die Armen finanzieren die noch Ärmeren.

Im Lande hat sich starker sozialer Protest aufgestaut. Soziale Bewegungen widerspiegeln die Haltung vieler Menschen, wenn sie aktuelle Konfliktsituationen aufgreifen und zu politischer Aktion schreiten.

Die »Front der Verteidigung des Wassers« von Morelos (Mexiko) hat in den letzten Jahren einen harten Kampf geführt, um die Wasserversorgung der Men-



schen zu gewährleisten. Gerichtet ist dieser Kampf gegen die Absicht eines Tankstellenunternehmens, ein unterirdisches Depot in unmittelbarer Nähe eines Trinkwasserbrunnens zu bauen. Die Bevölkerung informierte die örtlichen Organe über weitere Verletzungen von Umweltnormen.

Die Bewegung »Für die Verbesserung der Lage der Landwirte« im Bundesstaat Chihuahua (Mexiko) wendet sich gegen die hohen Elektrizitätstarife. Die Landwirte, die von den örtlichen Organen nicht angehört wurden, organisierten Protestmärsche, Meetings und öffentliche Anhörungen.

Die Proteste der Lehrer im Bundesstaat Oaxaca (Mexiko) und die Volksversammlung der Völker von Oaxaca führten zu landesweiten Aktionen.

## **Die Diskriminierung der sozialen Bewegungen**

Die Vertreter der Volksversammlung der Völker Oaxacas (Mexiko) wurden, nachdem sie mit den Vertretern des Staates friedlich verhandelt hatten, am nächsten Tag verhaftet.

In Morelos (Mexiko) wurde seitens der örtlichen Organe eine Verhandlung rundweg abgelehnt. Die lokale Presse, die auf Seiten des Unternehmens steht, verleumdete den Protest als kriminelle Aktion. Polizei wurde eingesetzt, um eine Demonstration aufzulösen. Aktivisten, die die Bewegung auf dem Lateinamerikanischen Wassertribunal in Guadajajara vertreten hatten, erlitten einen »Unfall«, in dem zwei Personen starben.

Nicht anders erging es dem Vertreter der Landwirte in Chihuahua, der verhaftet und dem ein Prozess gemacht wurde.

Diskriminierende Behandlung sozialer Proteste ist in Mexiko gleichbedeutend mit der Verweigerung eines Dialoges. Sie werden verschwiegen, bzw. man versucht, sie nicht sichtbar zu machen. Eine Steigerung ist die Ausweitung polizeilicher und juristischer Maßnahmen gegen Aktivisten und Bewegungen. Nicht zuletzt werden Gewaltmaßnahmen gegen die Bewegungen mit polizeilichem und militärischen Einsatz durchgeführt.

Mit der Kriminalisierung sozialer Bewegungen verbunden ist ihre Gleichstellung mit terroristischen Organisationen und der Versuch, sie als gewalttätig darzustellen.

Hier gleichen sich die Methoden staatlicher Organe, der Polizei und Sicherheitsorgane oder der Presse von Land zu Land wie ein Ei dem anderen.

Ein sehr aktuelles Beispiel der Diskriminierung einer sozialen Bewegung sind die Aktionen des Höchsten Rates des Ministeriums für Öffentlichkeit des Bundesstaates Rio Grande do Sul (Brasilien) gegen die MST. Der Rat beschloss die Auflösung und die Erklärung der Illegalität der MST. Im Auftrage der rechten Regierung Yeda Crusius wurden durch die Polizei zwei Ansiedlungen der MST im Bundesstaat aufgelöst und die dort wohnenden Menschen vertrieben.

In Brasilien werden soziale Bewegungen nicht nur in Rio Grande do Sul kriminalisiert. Es existiert ein systematischer Prozess, mal mit großer Intensität, mal im geringeren Maße, zu versuchen, die sozialen Bewegungen in der Gesellschaft zu diskreditieren. Das ist der Versuch, sie politisch zu isolieren.

In vielen Ländern wurden Aktivisten der Bewegungen Opfer von Polizeigewalt und Willkür. Die MST in Brasilien beklagt viele Tode, die von beauftragten Mördern erschlagen wurden. So auch im Fall von Carajas, wo die Militärpolizei gegen unbewaffnete Bauern vorging und 19 Menschen erschoss. Viele dieser Ereignisse sind bis heute nicht aufgeklärt und gehören zu den schwärzesten Kapiteln der brasilianischen Justiz.

Nicht zuletzt gerät Lateinamerika wieder stärker in den Fokus der US-Administration. Zunächst abgelenkt durch den Krieg im Irak und Afghanistan, rückerinnert sich die US-Administration Lateinamerikas. Offenbar geriet einiges aus dem Blickwinkel und außer Kontrolle: neue bis progressive Regierungen und die zunehmende politische Präsenz sozialer Bewegungen. Ein neues Paradigma tut sich für die USA auf: das Prinzip der Sicherheit und der Kampf gegen den Terrorismus gegenüber den Staaten und Nationen, die ihre Souveränität einfordern und verteidigen. Dazu kommt das Phänomen der sozialen Bewegungen und besonders der indigenen Bewegungen. Indigene Bewegungen werden laut CIA-Analysen in die Nähe von Terroristen gerückt.

Zu erwarten sind forcierte Maßnahmen seitens der Eliten einzelner Länder wie auch eine stärkere äußere Einflussnahme auf die Prozesse in Lateinamerika. Offensichtlich werden sich in diesen Prozess noch andere Kräfte und Länder einschalten.

Die Auseinandersetzungen um die weitere Entwicklung in Lateinamerika wird an Schärfe zunehmen.

## **Die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas und ihre Wurzeln**

Die hohe Dynamik innenpolitischer Prozesse und ihr Verlauf in oft ungewöhnlichen Formen, aber auch seine aktive Außenpolitik haben Venezuela seit der Wahl des Präsidenten Hugo Chávez Frías am 6. Dezember 1998 ständig wachsende internationale Aufmerksamkeit verschafft. Das Urteil ausländischer Beobachter schwankt dabei von manifester Solidarität über wohlwollende Akzeptanz, Erstaunen und Unverständnis bis zu schroffer Ablehnung – und das mitunter unabhängig von der Einordnung des Betrachters in ein geläufiges Rechts-Links-Spektrum. Immerhin begann bei manchen ausländischen Gegnern, die das Land vor kurzem noch unter die »gescheiterten Staaten« einordneten, eine realistischere Sicht Platz zu greifen.

Venezuela widersetzt sich der Einordnung in geläufige Schemata. Lateinamerikanische Traditionen, nationale Besonderheiten und gesellschaftspolitische Innovation sind in einer Weise verflochten, die mitteleuropäisches Vorstellungsvermögen oft überfordert. Das Land ist im Begriff, den bekannten Mustern gesellschaftlicher Umbrüche oder Umbruchsversuche, wie es sie in Lateinamerika gab und gibt – denken wir nur an Kuba, Chile, Nicaragua oder Peru – ein neues, ungewöhnliches und unerwartetes hinzuzufügen. Das gilt nicht zuletzt auch für die Ausgestaltung der Organisationsformen der politischen Kräfte. Die Schaffung der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuela (Partido Socialista Unido de Venezuela) ist dafür ein weiteres Beispiel.

### **Allgemeines und Besonderes**

Venezuelas jüngste Geschichte und heutige Rolle sind nicht zu verstehen ohne den Blick sowohl auf den lateinamerikanischen Subkontinent als Ganzes als auch auf nationale Besonderheiten. Sie sind einerseits die Antwort auf das Scheitern des neoliberalen Konzepts, dessen verheerende Wirkungen sich in der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder besonders drastisch manifestierten. Wenngleich die antineoliberale Bewegung von Land zu Land durchaus differenziert ausgeprägt ist, so erklärt das gemeinsame Grundinteresse doch die internationale Bündnisfähigkeit selbst unterschiedlicher sozialer Kräfte, wie sie z. B. in Venezuela, Brasilien, Argentinien oder Bolivien bestimmend sind. Andererseits ergeben sie sich folgerichtig aus der eigenen nationalen Entwicklung.

Objektiv fiel Venezuela in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus eine Vorreiterrolle zu. Mit dem »Caracazo« von 1989, einem spontanen, chaotischen Gewaltausbruch der verarmten Massen der Hauptstadt Caracas und ihrer Vorstädte gegen die unter dem Diktat des IWF beschlossenen antisozialen Maßnahmen der Regierung Carlos Andrés Pérez verzeichnete es die erste antineoliberale Massenerhebung überhaupt. Die blutige Niederschlagung des Aufruhrs kostete nach offizieller Version 375 Todesopfer – wahrscheinlicher ist eine Zahl irgendwo zwischen 2.000 und 6.000 Toten, die in Massengräbern verscharrt wurden.

Die damaligen Preiserhöhungen für Benzin und Tarife im öffentlichen Nahverkehr waren nur ein zündender Funke. Die soziale Spaltung des Landes hatte sich immer mehr vertieft. Auf der einen Seite stand das Lager der Profiteure: die Vertreter der nationalen Kapitalgruppen, die Politiker der regierenden Parteien, leitende Angestellten in Staat und Wirtschaft, die Gewerkschaftsbürokratie, die in das Korruptionsnetz einbezogenen Spitzen der Armee sowie der traditionell mit der Oligarchie verbundenen Oberschicht der klerikalen Hierarchie – auf der anderen Seite eine marginalisierte breite Masse der Bevölkerung, vor allem die städtische Armut, deren Zahl durch den Zustrom entwurzelter Landbevölkerung, die Immigration vornehmlich aus dem benachbarten Kolumbien und die Deklassierung eines Teils der Mittelschichten zahlenmäßig ständig anwuchs, während ihr Lebensstandard sank. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts waren ihr über 70 Prozent der Bevölkerung zuzurechnen. Ihre übergroße Mehrheit war vom politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben weitgehend ausgeschlossen. Ein Bankenkrach 1983 beraubte die Mittelschichten ihrer Ersparnisse. Die Abwertung der Landeswährung Bolívar gegenüber dem US\$ betrug von 1980 bis 1995 jahresdurchschnittlich über 40 Prozent. Die Verbraucherpreise stiegen im gleichen Zeitraum jährlich im Durchschnitt um 30 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt sank 1980-90 pro Kopf und Jahr um 3,2 Prozent, der private Verbrauch um 6,2 Prozent. Venezuela häufte bis 1994 eine Auslandsschuld von 30,5 Mrd. US\$ an.

Mit der im Wesen von Hugo Chávez konzipierten »Bolivarischen Revolution« – wie sie sich abgeleitet von den Ideen Simón Bolívars selbst definiert – wurde ab 1998 erstmalig in Lateinamerika der praktische Versuch unternommen, sich den neoliberalen Dogmen des Marktradikalismus, des Ausverkaufs der nationalen Ressourcen und des sozialen Abbaus zu entziehen. Diese Revolution hat insofern in höherem Maße kontinentale Wurzeln als die zunächst nur auf das nationale Ziel des Sturzes der Batista-Diktatur gerichtete kubanische, wenngleich die erfolgreiche Verteidigung des Sozialismus in Kuba auch für Venezuela ein wichtiger praktischer Beweis für die Möglichkeit eines von den USA unabhängigen Kurses war, also der Bruch mit dem geographischen Determinismus.

Venezuela erlebte die völlige Diskreditierung der bis dato herrschenden Eliten, ihrer traditionellen Parteien und des Systems der repräsentativen Demokratie als Ganzes. Seit dem Sturz der Militärdiktatur des Marcos Pérez Jiménez 1958 hatten demokratisch gewählte Präsidenten aus der quasi sozialdemokratischen Acción

Democrática (AD) oder der christlich-sozialen COPEI die Macht ausgeübt. Schon mit der Wahl des Christdemokraten Rafael Caldera 1993, der die von ihm gegründete COPEI verließ, um mit der Parteineugründung Convergencia (Übereinstimmung) und einigen Linksparteien eine Regierung zu bilden, zerfiel das alte Parteienschema. Aber auch diese Regierung kapitulierte vor dem IWF. Die Forderung nach völlig neuen Politikansätzen brach sich Bahn.

Andererseits war auch die parteipolitisch organisierte Linke zur Lösung der Probleme nicht in der Lage. Nach 1958 hatte sie noch eine bedeutende politische Kraft dargestellt. Eine breite Volksbewegung unter Beteiligung progressiver Militärs verjagte damals den Diktator. Der revolutionäre Aufschwung stärkte die Linkskräfte, darunter die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV), die seinerzeit zur wählerstärksten Kraft in der Hauptstadt und zur einflussreichsten KP Lateinamerikas wurde. Die drei wichtigsten bürgerlichen Parteien jener Zeit, neben AD und COPEI die liberale Demokratische Republikanische Union (URD), vereinbarten – unter Ausschluss der PCV – im sogenannten Pakt von Punto Fijo, sich gegenseitig die Alternanz der Machtausübung auf der Basis der jeweiligen Wahlergebnisse zu garantieren. In den Präsidentschaftswahlen 1959 siegte der Exponent des rechten AD-Flügels, Rómulo Betancourt. Sein prononciert konservativer und proamerikanischer Kurs traf auf den Widerstand der Linken im zivilen und militärischen Bereich, die – beflügelt vom Beispiel der im gleichen Jahr siegreichen kubanischen Revolution – im bewaffneten Kampf Kurs auf den Sturz der Regierung nahmen. Aus dem daraus folgenden Bürgerkrieg der 1960er Jahre gingen sie jedoch geschlagen, dezimiert und zersplittert hervor. Der Versuch, das kubanische Revolutionsmuster auf Venezuela zu übertragen, endete mit einer schmerzlichen Niederlage. Die Rückwirkungen der Ereignisse in der Tschechoslowakei 1968 und tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über die künftige Strategie taten ein Übriges.

Obwohl Ende der 1960er Jahre in die Legalität zurückgekehrt, spielten linke Parteien in der Folgezeit nur eine untergeordnete Rolle, wenn man von der stabilen parlamentarischen Repräsentanz der MAS (Movimiento al Socialismo – Bewegung zum Sozialismus, die bedeutendste reformistische Abspaltung von der PCV) und der Erringung einiger regionaler, kommunaler und gewerkschaftlicher Positionen durch die linksradikale »Causa R« (Radikale Sache) absieht. Auch das auf der Grundlage der Verfassung von 1961 ausgearbeitete Wahlrecht trug zur Zersplitterung bei: Es sicherte Kleinstparteien eine Vertretung im Parlament, sofern sie eine Mindestzahl von Stimmen erreichten und förderte damit eher partikuläre Eigeninteressen als Bündnisse. Ungeachtet dessen existierte innerhalb und auch außerhalb der Linksparteien stets ein beachtliches intellektuelles linkes Potenzial, so an den staatlichen Universitäten und im kulturellen Bereich.

Eine besondere Rolle spielte das venezolanische Militär. Bereits in den 1950er und 1960er Jahren waren Angehörige der Streitkräfte progressiv hervorgetreten – erfolgreich beim Sturz der Diktatur 1958, letztlich erfolglos bei Militärrevolten

nach 1960 gegen den Rechtskurs der Regierung Betancourt. Die nachfolgende Periode des Bürgerkriegs führte zu einer Entfremdung zwischen den linken Parteien und der Armee, da sie auf verschiedenen Seiten der Barrikade gestanden hatten. Doch bald begannen sich in der spezifischen venezolanischen Realität wurzelnde Faktoren bestimmend durchzusetzen. Das waren vor allem:

- das Fehlen einer für viele lateinamerikanische Länder typischen Militärkaste. Auch war die Militärlaufbahn für Angehörige der Oberschicht und selbst der Mittelschichten weit weniger attraktiv als eine Karriere in Wirtschaft oder Politik,
- das Offenstehen der Offizierskarriere für Bewerber aus einfachen Verhältnissen – ohne gravierende Klassen- und Rassendiskriminierung, was die soziale Zusammensetzung großer Teile des Offizierskorps prägte und
- die fließenden Grenzen zwischen ziviler und militärischer akademischer Bildung: Militärhochschulen hatten seit den 1980er Jahren Universitätsrang; Militärs absolvierten an zivilen Universitäten ordentliche und postgraduale Studiengänge, was ihnen Fachkenntnisse weit über den militärischen Bereich hinaus vermittelte und sie auch mit der progressiven Studentenbewegung, Linksintellektuellen im Lehrkörper und deren Gedankengut in Kontakt brachte.

An der Militärakademie wurde nach dem Bürgerkrieg der von US-Ausbildern geprägte Drill zum Anti-Guerrilla-Kampf durch umfassende Bildungsprogramme abgelöst. In den Streitkräften setzten sich Gruppen junger, volksverbundener Offiziere kritisch mit der nationalen Realität auseinander und begannen, nach Wegen für gesellschaftliche Veränderungen zu suchen. Dazu gehörte die im Dezember 1982 – im Vorfeld des 200. Geburtstages von Simón Bolívar 1983 – gegründete »Revolutionäre Bolivarianische Bewegung 200« durch Hugo Chávez und weitere damals 28-jährige Hauptleute, die – in ihren Anfängen nach strengen Regeln der Konspiration organisiert – zur Keimzelle einer neuen politischen Kraft werden sollte. Ihr Leitmotiv war soziale Gerechtigkeit: Das bedeutete, die Aneignung des Reichtums des Landes durch eine Minderheit zu beenden und das ganze Volk – vor allem die bisher Marginalisierten – an ihm teilhaben zu lassen. Der »Caracazo« von 1989 verlieh diesen Überlegungen zusätzliche Impulse.

Der Weg zu den dringend erforderlichen Umgestaltungen war nicht von Anfang an klar definiert: Am 4. Februar 1992 wurde der Versuch unternommen, den Präsidenten C. A. Pérez in seiner 2. Amtsperiode durch eine Militärerhebung zu stürzen. Die Aufständischen siegten in den wichtigen Städten Maracaibo, Valencia und Maracay, scheiterten aber in der Hauptstadt Caracas – hauptsächlich wegen des Ausbleibens ziviler Unterstützung. Die Absprachen, die vor allem mit der »Causa R« getroffen worden waren, erwiesen sich als nicht tragfähig.

Doch die Umstände der Niederlage verschafften Hugo Chávez schlagartig nationalen Respekt, besonders seine in einer Fernsehansprache an die Gefährten gerichtete Aufforderung, den Kampf zur Vermeidung weiterer Opfer »vorerst« (por ahora) zu beenden. Er übernahm ausdrücklich die Verantwortung für den Aufstand. Ein weiterer Aufstandsversuch vor allem von Offizieren der Luftwaffe

Ende 1992 bezeugt die Labilität der damaligen politischen Situation in Venezuela. Hugo Chávez und eine Reihe seiner Mitstreiter mussten die Armee verlassen. Doch weder der später wegen Korruption abgesetzte Präsident Pérez noch der 1993 gewählte Rafael Caldera waren in der Lage, einen Prozess gegen sie anzustrengen. Das Verfahren wurde im März 1994 eingestellt.

Zu den Potenzen Venezuelas gehört sein Rohstoffreichtum, vor allem die Vorräte an Erdöl und Erdgas. Sie bestimmten die neuzeitliche Geschichte des Landes und sind ein wesentlicher ökonomischer Rückhalt für seine heutige progressive Entwicklung. Mitte der 1920er Jahre hörte das Land endgültig auf, nur ein eher zweitrangiger Kaffee- und Kakaoexporteur zu sein. Bis 1945 war es – nach den USA – der zweitgrößte Ölproduzent der Welt und weltweit größter Erdölexporteur. Die von Tochtergesellschaften der US-Konzerne und der britisch-niederländischen Royal Dutch Shell Company betriebene Ölförderung überstieg damals diejenige aller Länder des Nahen und Mittleren Ostens zusammen.

Auch nach dem Verlust dieser Spitzenposition gehört Venezuela mit einer Fördermenge von 3 bis 3,2 Mio. Fass/Tag zur Gruppe bedeutender Ölproduzenten, vergleichbar mit dem Iran, den VAE, Mexiko, China, Norwegen oder Kanada, aber in deutlichem Abstand zu Saudi-Arabien, Russland und den USA. Es erbringt heute 10 bis 12 Prozent des OPEC-Öls und rd. 3,5 Prozent der Weltproduktion. Für die USA gehört es mit Mexiko, Saudi-Arabien und Kanada zu den vier größten Öllieferanten und deckt etwa 22 Prozent ihrer Importe und 14 Prozent ihres Bedarfs.

Die strategische Bedeutung Venezuelas als Erdölland könnte zukünftig wieder steigen. Die vorhandenen Vorräte an Energierohstoffen übersteigen bei weitem den gegenwärtigen Anteil an der Weltförderung. Sollten sich die venezolanischen Hoffnungen erfüllen, in nächster Zeit Vorräte von 300 Mrd. Fass prospektieren zu können, würde eine Förderung auf dem heutigen Niveau für über 250 Jahre gesichert sein.

Historisch war das venezolanische Erdöl schon immer vorwiegend für den USA-Markt bestimmt. Noch heute haben 57 Prozent der Exporte dieses Ziel, 30 Prozent gehen nach Lateinamerika und in die Karibik, 9 Prozent nach Europa. Hohe Wachstumsraten erfährt neuerdings der Export nach China. Die während vieler Jahrzehnte engen Export-Import-Beziehungen zu den USA machten Venezuela de facto zum Bestandteil des USA-Wirtschaftskörpers mit einer abhängigen, semikolonial deformierten Wirtschaftsstruktur. Die Landwirtschaft fiel den nordamerikanischen Agrarexporten zum Opfer, sodass über 70 Prozent der Lebensmittel importiert werden mussten. Die USA-Autoindustrie konkurrierte die Ende des 19. Jahrhunderts mit britischem und deutschem Kapital errichteten Eisenbahnlinien in den Ruin.

Parallel dazu verlief eine politisch-ideologische Vereinnahmung: Kaum ein anderes lateinamerikanisches Land verfügte über eine in ihrer übergroßen Mehrheit so einseitig auf die USA fixierte, mit dem allmächtigen Nachbarn im Norden wirtschaftlich, finanziell, geistig und emotional verbundene Elite wie Venezuela.

Ein weiteres venezolanisches Charakteristikum ist der bedeutende seit mehr als 30 Jahren bestehende Staatssektor in der Wirtschaft, auf den sich die Bolivari-sche Revolution von Beginn an stützen konnte. Im Kontext einer selbstbewusster gewordenen Nichtpaktgebundenen-Bewegung und einer erstarkten OPEC, bei deren Gründung Venezuela eine aktive Rolle gespielt hatte, nationalisierte die Regierung unter Carlos Andrés Pérez 1975 die Eisenerzgewinnung und 1976 die Erdölförderung. Angesichts gestiegener Exportpreise vervielfachten sich die Erd-öleinnahmen. Sie wurden in großem Stil in den Ausbau der Grundstoffindustrien (Eisenverhüttung und Stahlproduktion, Tonerde- und Aluminiumproduktion, En-ergieerzeugung), die Infrastruktur sowie den Erwerb von Dienstleistungseinrich-tungen durch den Staat investiert. Der staatskapitalistische Sektor erbrachte etwa drei Viertel des Bruttoinlandsprodukts und – vor allem durch das Erdöl – etwa 97 Prozent der Exporterlöse.

Allerdings verschwand ein immer größerer Teil der Erdöleinnahmen im para-sitären Verbrauch der herrschenden Eliten. Das nationale Kapital alimentierte sich aus den Erdöleinkünften des Staates. Neben den nationalen und internationalen Kapitalgruppen war die ausufernde Staats- und Wirtschaftsbükratie ein Nutz-nießer des Erdöl-Dollar-Regens. Die Zahl der Staatsangestellten wuchs von 1945 bis 1990 von 45.000 auf 1,3 Mio. Sie lenkten den Erdölreichtum auf legalen und illegalen Kanälen in eigene Taschen und auf die Konten der Günstlinge der jeweils herrschenden Partei. In extremer Weise wurden Macht und Einfluss einer Kapi-talgruppe weniger durch ihre ökonomische Leistungsfähigkeit bestimmt, sondern mehr durch ihr Geschick, sich mittels personeller Verquickung mit dem Regie-rungsapparat und groß angelegter Bestechung einen möglichst hohen Anteil am Erdölkuchen zu sichern. Die breiten Bevölkerungsmassen haben vom Erdölreichtum des Landes nie profitiert. Es bedurfte einer »zweiten Nationalisierung«, um ihn für die soziale Entwicklung des Landes nutzbar zu machen.

Mit dem Erstarken der nationalen Kapitalgruppen und ihrer Verflechtung mit internationalen Monopolen sowie unter dem Druck der Verschuldungskrise setzte in den 1980er Jahren unter dem Slogan der wirtschaftlichen »Öffnung« eine Wel-le der Reprivatisierung wichtiger Zweige ein. Sie wurde in der Eisenindustrie und im Kommunikationswesen so gut wie vollständig abgeschlossen und erreichte schließlich Bereiche der Erdölindustrie.

## **Die Bolivarische Bewegung**

Nach seiner Haftentlassung 1994 widmete sich Hugo Chávez gänzlich der politi-schen Arbeit. Er bereiste das ganze Land, suchte das Gespräch mit Gleichgesinnten und arbeitete am Aufbau einer Organisation, die in der Lage wäre, grundlegende Veränderungen in Venezuela herbeizuführen. Diese sollte progressive Elemente so-wohl aus dem Militär als auch aus dem zivilen Sektor umfassen. Die Militärs soll-



ten sich nach dem Sturz des alten Systems nicht von der Teilnahme an der Macht verdrängen lassen, wie das nach dem Sturz der Militärdiktatur 1958 in Venezuela geschah, aber auch nicht an der Macht isolieren, wie es aus seiner Sicht das linke Militärregime des Generals Velasco Alvarado Ende der 1960er Jahre in Peru getan hatte.

Die Idee des zivil-militärischen Bündnisses – heute eine wesentliche Stütze für die Sicherung des gesellschaftlichen Umgestaltungsprozesses – wurde damals geboren. Chávez hatte selbst Gelegenheit gehabt, im Rahmen eines Offiziersaustauschs die peruanischen Erfahrungen zu studieren, und hatte auch Kontakte zum Umfeld des progressiven panamaischen Präsidenten Omar Torrijos. Eine seiner ersten Auslandsreisen führte ihn nach Kuba und in engen persönlichen Kontakt zu Fidel Castro.

In der Tat ist es Hugo Chávez in der Folgezeit gelungen, namhafte linke Politiker der verschiedensten Provenienz um sich zu scharen, wie es kein Parteienbündnis vermocht hätte. Bündnisse und Zusammenschlüsse hatten in der venezolanischen Linken ohnehin keine Tradition. In MAS und Causa R führte die Diskussion um die Unterstützung des politischen Projektes von Hugo Chávez zu Spaltungen, in deren Ergebnis die ablehnenden Kräfte schließlich zu Splittergruppen verkamen.

Die Bolivarische Bewegung beruft sich vor allem auf lateinamerikanische und nationale fortschrittliche Traditionen. Dafür stehen eine Reihe historischer Persönlichkeiten wie

- Simón Bolívar (1783-1830), der Befreier von spanischen Kolonialjoch, als Symbol für nationale Unabhängigkeit, lateinamerikanische Solidarität und Vordenker für gesellschaftliche Veränderungen, die zu seiner Zeit noch nicht durchsetzbar waren;

- Ezequiel Zamora (1817-1860), Führer der Liberalen in den venezolanischen Bürgerkriegen des 19. Jahrhunderts, als Symbol für den Kampf der Bauern um Boden und für eine antioligarchische Politik sowie

- Simón Rodríguez (1771-1854), Lehrer und Freund Simón Bolívars, als Symbol für das Recht auf gleichberechtigte Entwicklung, Bildung und Erziehung aller, für Überwindung von Standes- und Rassenschranken und für soziales Neuerertum. Seinen Wahlspruch »o inventamos, o erramos« (entweder wir sind schöpferisch oder wir scheitern) machte die Bolivarische Bewegung zu einer Grundorientierung für die Suche nach neuen Wegen bei der Veränderung der sozialen Verhältnisse.

Eine zweite wichtige Wurzel waren soziale Vorstellungen des Urchristentums und der Theologie der Befreiung, deren Ziele in Venezuela später erstmalig Inhalt der Politik einer Regierung wurden.

Kernstück der Bolivarischen Revolution ist die uneingeschränkte nationale Verfügung über die Reichtümer des Landes, vor allem die Erdöleinkünfte, und ihre gerechte Verteilung zugunsten der bisher Benachteiligten sowie die umfassende Gewährleistung ihrer Rechte und ihrer gleichberechtigten Entwicklung. Im

Grunde zielten diese Vorstellungen – ohne schriftlich fixiertes Programm – auf ein alternatives politisches, soziales und wirtschaftliches Modell ab, in klarer Abgrenzung von neoliberalen und formal-demokratischen Denkstrukturen.

Die Bewegung ging davon aus, dass ein grundlegender sozialer Wandel im Rahmen des gegebenen Systems der repräsentativen parlamentarischen Demokratie nicht zu erreichen sein würde und dass es dafür anderer staatsrechtlicher Formen bedürfe. Daraus resultierte die ursprüngliche Ablehnung der Beteiligung an Wahlen im Rahmen des alten institutionellen Systems und die zentrale Forderung nach Einberufung einer Konstituierenden Versammlung. Auf der Grundlage einer neuen Verfassung sollten fundamentale soziale Umgestaltungen nach der Regierungsübernahme auf friedlichem und gesetzlich abgesichertem Weg erfolgen.

In Anbetracht des zunehmenden Masseneinflusses der Bolivarischen Bewegung, die die rasch anwachsende Unterstützung von klassenmäßig heterogenen, aber im antineoliberalen Grundkonsens übereinstimmenden Kräften fand, wurde 1996 eine Mitgliederbefragung durchgeführt, ob man an den nächsten Präsidentschaftswahlen doch teilnehmen und Hugo Chávez als Kandidaten aufstellen solle. Ein Nationalkongress der Bewegung im April 1997 entschied sich dafür.

Im Oktober 1997 – nur 14 Monate vor der Wahl – wurde die »Bewegung Fünfte Republik« (Movimiento Quinta República – MVR) als politische Partei gegründet. Ihr Nahziel war es, die Kandidatur von Hugo Chávez im Rahmen der noch geltenden alten Verfassung zu ermöglichen. Schlüssel für die erstrebten sozialen Veränderungen sollte der Gewinn der Exekutive sein. Auch in der Folgezeit blieb die MVR ihrem Wesen nach eine Wahlbewegung, allenfalls der Kern von Mobilisierungskampagnen gemeinsam mit anderen die Bolivarische Revolution unterstützenden Parteien.

Die PCV, die neu formierte PPT (Vaterland für alle – aus der Causa R hervorgegangen), die MAS (bis zu ihrer Spaltung) sowie weitere kleinere Parteien trugen die Kandidatur von Hugo Chávez mit. Er gewann mit in der jüngsten Geschichte Venezuelas sensationellen über 56 Prozent der Stimmen. Die rasche Folge der ersten Schritte nach dem Wahlsieg 1998 veranschaulicht das dann einsetzende atemberaubende Tempo der Entwicklung:

- April 1999: Referendum für die Einberufung der Konstituierenden Versammlung,
- Bildung des »Patriotischen Pols«, eines losen Bündnisses des MVR mit den Linksparteien PCV, PPT, MEP, Liga Socialista und MAS zwecks Zusammenarbeit bei der Verfassungsgebung,
- Juli 1999: Wahl der Konstituierenden Versammlung; der »Patriotische Pol« gewann 120 Sitze, die Opposition 11,
- Dezember 1999: Annahme der neuen Verfassung durch Volksentscheid mit 80 Prozent der Stimmen,
- Juli 2000: Neuwahl des Präsidenten, der Nationalversammlung, der Gouverneure der Bundesstaaten, Bürgermeister etc. auf der Grundlage der neuen Verfassung.

## Die Bolivarische Verfassung

Die Verfassungsgebung war verbunden mit einer Volksdiskussion, die wesentliche Bestimmungen dieses Grundgesetzes tief im Bewusstsein der Massen verankerte. Der alle Bevölkerungsschichten erfassende Prozess der Ausarbeitung der Verfassung hat in der politischen Bewusstseinsbildung des venezolanischen Volkes eine Schlüsselrolle gespielt.

Es entstand eine Verfassungsordnung neuer Qualität. Deren herausragende Charakteristika sind:

1. Ein auf den Menschenrechtskonventionen aufbauender Grundrechtekatalog, der politische, soziale, kulturelle, edukative, wirtschaftliche und ökologische Rechte einschließt, auch die Rechte der indigenen Minderheiten – von einer garantierten Präsenz im Parlament bis zum Recht, die Muttersprache im offiziellen Verkehr und in Schulen zu gebrauchen; Religionsfreiheit und Gleichbehandlung aller Religionen; Gleichbehandlung der Geschlechter. Der Staat wird verpflichtet, in ausreichendem Maße für alle Bürger für Arbeit, Ausbildung, Krankenversorgung, Wohnraum und soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

2. Das Prinzip der partizipativen Demokratie, die die aktive Mitwirkung des Volkes auf allen Ebenen fördert. Die Verfassung enthält dazu umfangreiche plebiszitäre Elemente, darunter die Möglichkeit der Abberufung jedes gewählten Mandatsträgers – vom Gemeindevertreter bis zum Staatspräsidenten – nach der Hälfte der Legislaturperiode.

3. Die Verfassung enthält wichtige Bestimmungen zur Sicherung der Demokratie und der Grundrechte, z. B. das Verbot der Privatisierung des Erdölsektors, das Verbot der Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme, kostenlose Volksbildung, Beseitigung des Großgrundbesitzes, Unterstützung von Kooperativen durch den Staat.

4. Auf wirtschaftlichem Gebiet hat der Staat eine Regulierungsrolle. Markt und Privateigentum werden anerkannt, aber auch verpflichtet, zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beizutragen, deren höchstes Ziel die Förderung einer gerechten Verteilung des Reichtums ist.

Die Verfassung geht über das klassische Prinzip der Gewaltenteilung hinaus und fügt der Legislative, Exekutive und Judikative zwei weitere Säulen der Staatsgewalt hinzu:

- die »Wahlgewalt« (Poder Electoral), die unabhängig von der Exekutive den »Nationalen Wahlrat« und alle nachgeordneten Behörden umfasst, die für Wahlen verantwortlich sind;

- die »Bürgergewalt« (Poder Ciudadano). Sie umfasst Amtsträger und Institutionen, die Funktionen bei der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und Sicherung der Bürger- und Menschenrechte ausüben: der Defensor del Pueblo (Volksverteidiger – eine Art Ombudsmann), der Generalstaatsanwalt und der Präsident des Rechnungshofes der Republik.

## Politik auf neuen Grundlagen

Die Regierung Chávez übernahm die Amtsgeschäfte 1999 in einem außenwirtschaftlich extrem schwierigen Moment. Der von der Vorgängerregierung aufgestellte Etat rechnete mit Erdölpreisen von 14 US\$/Fass, Anfang 1999 wurden aber nur 7,6 US\$ Erlöst. Auch die Auswirkungen des 11. September 2001 in den USA – Konjunkturerbrüche, die zu Rückschlägen in den Exporterlösen führten – beeinträchtigten zusätzlich die wirtschaftliche Situation. Um dennoch Verbesserungen für die Masse der Bevölkerung spürbar zu machen, wurden im »Plan Bolívar« die Kapazitäten der Armee im zivilen Sektor eingesetzt: beim Bau von Schulen, Ambulanzen, Brücken und Straßen sowie bei der gesundheitlichen Betreuung durch Militärärzte. Neben ihrer unmittelbar praktischen Bedeutung trugen diese Maßnahmen zum Abbau von historisch erklärlichen Ressentiments gegen »Uniformträger« in der Zivilbevölkerung bei.

Erst allmählich konnten weiterreichende soziale Pläne greifen, die sich vor allem auf folgende Gebiete richteten:

- das Gesundheitswesen: Aufbau einer kostenlosen Gesundheitsversorgung vor allem für die ärmeren Bevölkerungsschichten (»Misión Barrio Adentro«, unterstützt durch bis zu 19.000 kubanische Ärzte);

- die Volksbildung: Am 1. Juli 2003 begann das Alphabetisierungsprogramm »Misión Robinson I«. 1,4 Mio. Personen erlernten Grundkenntnisse des Lesens und Schreibens, sodass die UNESCO am 28. Oktober 2005 Venezuela zum analphabetenfreien Territorium erklärte. Über 800.000 Freistellen zum Erwerb des Abiturs für Kinder aus armen Familien wurden bereitgestellt, vor allem für solche, die aus finanziellen Gründen ihre Studien hatten abbrechen müssen. Dasselbe gilt für ca. 500.000 Studienplätze vor allem an der neu geschaffenen Bolivarischen Universität, die durch ein dezentrales Ausbildungssystem auch für Studierende aus entlegenen Landesteilen zugänglich ist;

- im März 2004 lief die »Misión Vuelvan Caras« (etwa: »Neue Blickrichtung«) an. Durch sie sollen vormals oft analphabetische, meist jedoch un- oder minderqualifizierte Personen durch die Heranführung an eine sinnvolle produktive Tätigkeit sozial eingegliedert werden;

- die Lebensmittelversorgung: Zur Sicherstellung der Versorgung der ärmeren Volksschichten mit Grundnahrungsmitteln zu herabgesetzten Preisen wurde das staatliche Handelssystem »Mercal« unter der Verantwortung des Landwirtschaftsministeriums und unter der Regie der Armee geschaffen;

- die Bodenreform (»Misión Zamora«): Etwa drei Mio. ha Land zunächst überwiegend aus Staatsbesitz wurden an 180.000 Bauern zur Nutzung übergeben. Daneben gelangen Ländereien zur Verteilung, die sich Großgrundbesitzer in der Vergangenheit illegal angeeignet hatten. In einer dritten Stufe der Reform erfolgt die Verteilung von Brachland, das von den Großgrundbesitzern nicht bewirtschaftet wird;

- die Förderung von Kleinunternehmern: Kleine und mittlere Unternehmen werden bei der Vergabe von Staatsaufträgen, von der sie früher durch die Verquickung von Großkapital und Verwaltungsbürokratie ausgeschlossen waren, bevorzugt und erhalten vorrangig Kredite einer für diese Zwecke geschaffenen Bank. Besondere Förderung genießen Frauen durch die spezifische für sie geschaffene Bank BANMUJER.

Für die Mehrzahl dieser Aufgaben wurden angesichts der Unfähigkeit oder auch Unwilligkeit des verbliebenen alten Staatsapparats, sie zu lösen, spezielle neue Organisationsformen, die sogenannten Missionen, geschaffen – auch eine Besonderheit des venezolanischen revolutionären Prozesses. Das Nebeneinander von alten und neuen Apparaten erklärt den mitunter schleppenden Charakter mancher Umgestaltungsprozesse.

## **Widerstände und Hemmnisse**

Der Kurs von Präsident Chávez war darauf gerichtet, den zuvor herrschenden Eliten die Möglichkeiten zu entziehen, die Richtung der Politik zu bestimmen und den nationalen Reichtum für sich zu monopolisieren. Anfängliche Erwartungen des Großkapitals, den Präsidenten manipulieren zu können, wurden enttäuscht. Präsident Chávez lehnte es rundweg ab, die ihm von diesen Kreisen »empfohlene« Ministerliste auch nur in Erwägung zu ziehen.

Schon in der Phase der Ausarbeitung der neuen Verfassung begann hinhalten der Widerstand, der sich mit der Ausprägung des Programms sozialer Veränderungen immer mehr verschärfte. Zu einem Wendepunkt, an dem konservativere Kräfte ausscherten, wurde die Annahme des Paketes von 49 sozialen Gesetzen im Dezember 2001. Charakteristisch hierfür war der Rücktritt des langjährigen Vertrauten des Präsidenten und ehemaligen Vorsitzenden der Verfassungsgebenden Versammlung, Luis Miquilena, von allen Ämtern. Er stellte sich später offen auf die Seite der Opposition.

Innenpolitisch war die Situation durchaus nicht günstig: 1998 bis zur Neuwahl 2000 wurden fast alle regionalen und kommunalen Ebenen von der Opposition beherrscht. Die Opposition konnte und kann sich auf wichtige Potenzen stützen wie auf ihren unangetasteten Kapitalbesitz in der Privatwirtschaft, auf ihre beherrschende Position im Medienwesen, auf einen beträchtlichen Teil des Regierungs- und Justizapparates, der unter früheren Regierungen gewachsen war, auf ihren Einfluss in den Mittelschichten, die zu einem Teil »zwischen den Fronten« schwanken, mehrheitlich aber altgewohnten Verhältnissen zuneigen sowie auf Spaltungen bei den die Regierung tragenden politischen Kräften; die Regierungsmehrheit im Parlament schrumpfte zeitweilig auf einen Sitz zusammen und war bis zu den Neuwahlen im Dezember 2005 mit 87 zu 78 (drei Sitze über der einfachen Mehrheit von 84) sehr prekär.

Sie verfügt auch über umfangreiche internationale Verbindungen; dazu gehören in erster Linie die Beziehungen zu den USA, aber auch die Einbindung der Parteien AD und COPEI sowie des traditionellen Gewerkschaftsbundes CTV in die entsprechenden internationalen Parteienbündnisse und Verbände sowie die Unterstützung durch Stiftungen ausländischer Parteien. Von den USA werden regierungsfeindliche Organisationen offen finanziell bezuschusst, z. B. 2003 allein über die Stiftung National Endowment for Democracy mit über 300.000 US\$.

Bereits im Jahre 2001 sollte mit einer Welle von Streiks und Boykotten die Regierung zum Rücktritt gezwungen werden. Dem folgten 2002 zwei weitere groß angelegte Versuche, die Regierung zu stürzen. Im Mittelpunkt beider stand das Erdöl.

Der erste Angriff war der zweifellos gefährliche, aber schließlich gescheiterte zivil-militärische Putschversuch vom April 2002. Die Putschisten – Vertreter des Großkapitals besonders auch im Medienwesen, ultrakonservative Politiker und eine Gruppe reaktionärer, eng mit den USA verbundener Militärs – begriffen, dass ihnen mit dem von der Regierung vorgenommenen Austausch der Leitung des nationalen Erdölkonzerns PDVSA, der »zweiten Nationalisierung«, die Verfügungsgewalt über die Erdölrendite endgültig entgleiten würde.

Der zweite Großangriff richtete sich ebenfalls auf die Erdölindustrie. Mit ihrer Lahmlegung durch Streiks und Sabotage ab Dezember 2002 sollte dem Land die Lebensgrundlage entzogen und in der Folge die Regierung gestürzt werden. Von 43.000 Beschäftigten nahmen zwar nur 18.000 am Streik teil, die Sabotage sensibler Bereiche wie der elektronischen Prozesssteuerung und des Seetransports brachte die Förderung jedoch praktisch zum Erliegen.

Diese Aktion rief gravierende wirtschaftliche Schäden hervor: 700.000 verlorene Arbeitsplätze (einschließlich der Zulieferindustrien), mit allen Folgeschäden 12 Mrd. US\$ Verluste, Absinken des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2003 um 29 Prozent und 2002/2003 um zusammen 20 Prozent, Preissteigerungen 2002 um 33,8 Prozent, 2003 um 26,6 Prozent. Um der Kapitalflucht zu begegnen, musste im Februar 2003 die Devisenkontrolle eingeführt werden.

Nach der schnellen Wiedereingangssetzung der Erdölförderung 2003 wurden 1,1 Mio. Arbeitsplätze geschaffen. Die Devisenreserven erreichten Ende November 2004 bereits wieder 23 Mrd. US\$. Im ersten Quartal 2004 wuchs das BIP um 29 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum, d. h. der Rückstand aus der Erdölsabotage 2002/2003 wurde praktisch aufgeholt.

Die Regierung hat diese Belastungsproben vor allem durch die Fähigkeit überstanden, ihre im Grunde nicht organisierten Unterstützer aus den ärmsten Bevölkerungsschichten zu mobilisieren und natürlich während des Putsches vom April 2002 auch durch das Handeln patriotischer Militärs.

Das Scheitern der Umsturzversuche engte den Handlungsspielraum der Opposition zweifellos ein: Die Chávez-Gegner verloren jedoch nicht die Fähigkeit, zu

neuen Taktiken und Kampfformen zu greifen. Anfang März 2004 betrieben sie die provokative Störung der öffentlichen Ordnung, um die »Unregierbarkeit« des Landes zu demonstrieren und eine internationale Intervention nach dem Muster Haiti unter der Losung »Erst Aristide – dann Chávez« herbeizuführen. In Caracas und einigen anderen Großstädten wurde der Verkehr durch brennende Barrikaden aus Autoreifen und Müll zeitweilig lahm gelegt. Heckenschützen gingen gegen Ordnungskräfte vor. Diese Aktionen brachen nach kurzer Zeit wieder zusammen. Sie waren letztlich nur in den von der Opposition regierten »besseren« Stadtvierteln durchführbar und wurden der dortigen Bevölkerung schließlich selbst lästig, weil Versorgungsfahrzeuge, Ambulanzen und Schulbusse gerade für die Oberschicht nicht mehr verkehren konnten.

Ein neues gefährliches Element war die Vorbereitung offen terroristischer Kampfformen. Dazu gehört die Einschleusung ausländischer – vor allem kolumbianischer – Paramilitärs zur Durchführung von Kommandoaktionen gegen Regierungsinstitutionen oder bestimmte Personengruppen. Die Mitte Mai 2004 auf dem Landgut eines Exilkubaners in der Nähe von Caracas 132 Verhafteten waren zweifellos nur die Spitze eines Eisbergs. Zur Täuschung der Öffentlichkeit hatten ihre Auftraggeber sie in Uniformen der venezolanischen Armee gekleidet.

### **Fortschritte bei der Stabilisierung**

Die Regierung war stetig bemüht, die innenpolitische Auseinandersetzung in institutionelle, verfassungskonforme Bahnen zu lenken. In der gespannten Situation nach der Erdölsabotage um die Jahreswende 2002/2003 stimmte sie zu, »eine verfassungsgemäße, friedliche, demokratische, durch Wahlen bestimmte Lösung« für die innenpolitischen Probleme zu finden. Diese sollte in Abberufungsreferenden gegen den Präsidenten und gegen Parlamentsabgeordnete beider Seiten bestehen. Die Durchführung dieser Aktion war einer der Kompromisse, auf die man sich unter Vermittlung von OAS, Carter-Zentrum und UN-Entwicklungsprogramm am 23. Mai 2002 geeinigt hatte. Die Regierung hielt an diesem Kurs fest, obwohl die in der »Coordinadora Democrática« (Demokratische Koordination) zusammengeschlossenen Oppositionskräfte bis zuletzt eine klare Aussage schuldig blieben, ob sie eine eventuelle Niederlage akzeptieren würden.

Das Referendum vom 15. August 2004 wurde zu einem eindrucksvollen Erfolg für die Regierung. Vor den Augen von mehreren hundert Wahlbeobachtern aus aller Welt – darunter die OAS, das Carter-Center und Vertreter der Wahlbehörden von einem Dutzend lateinamerikanischer Staaten – stimmten fast 6 Mio. Bürgerinnen und Bürger, d. h. über 59 Prozent derjenigen, die an der Wahl teilnahmen, gegen die vorzeitige Beendigung des Mandats von Hugo Chávez. Der Präsident gewann mit einem Vorsprung von 1,7 Mio. Stimmen. Bei den letzten Wahlen im Jahre 2000 hatte er 3,7 Mio., d. h. 56 Prozent der Stimmen erhalten. Er gewann in

allen Bundesstaaten die Mehrheit, außer im kleinen Staat Nueva Esparta (50,02 Prozent Nein).

Dieser positive Trend wurde in den Regional- und Kommunalwahlen vom 31. Oktober 2004 betätigt. Vor diesem Urnengang regierte die Opposition in acht vorwiegend großen und wichtigen Bundesstaaten von 23. Davon verlor sie sieben und konnte nur Nueva Esparta hinzugewinnen. Nun hatte auch die Hauptstadt wieder einen regierungstreuen Oberbürgermeister. In Carabobo mit der drittgrößten Stadt Valencia wurde die Dynastie der Familie Salas abgewählt, enge Vertraute des Bush-Clans in den USA, ebenso in Miranda, dem Caracas südlich vorgelagerten »Speckgürtel«, der nationale Sprecher der »Coordinadora Democrática«, Enrique Mendoza. Damit verloren die prominentesten Köpfe der Opposition ihre Machtbasis. Als einziger wichtiger Bundesstaat behielt das traditionelle Erdölzentrum Zulia mit der zweitgrößten Stadt Maracaibo einen oppositionellen Gouverneur. Große Fortschritte erzielte die Seite der Regierung auch im kommunalen Bereich. Von 334 zu vergebenden Bürgermeisterposten errang sie 270. Vor der Wahl besetzte sie nur 118.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 4. Dezember 2005 erklärte die Opposition wenige Tage davor den Verzicht auf die Teilnahme – ein Eingeständnis ihrer Schwäche. Zwei Drittel der Parlamentssitze gewann so die Partei MVR, das verbleibende Drittel die übrigen den Präsidenten unterstützenden Parteien. Das Ergebnis wäre ohne den Rückzug der Opposition nicht wesentlich anders ausgefallen.

## **Beginn einer neuen Etappe**

Präsident Chávez wurde im Dezember 2006 mit 63 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen wiedergewählt – seinem besten bisher erreichten Ergebnis.

Auch auf anderen Gebieten gab es Fortschritte: Die zentralen Sozialprogramme – die sogenannten Missionen – wurden erfolgreich weitergeführt. Neue Formen der demokratischen Selbstverwaltung auf unterster kommunaler Ebene, die basisdemokratisch funktionierenden Kommunalräte, entstanden.

Die staatliche Verfügungsgewalt über strategische Bereiche der Wirtschaft und des Dienstleistungssektors wurde ausgebaut, die unter früheren Regierungen durchgeführte Privatisierung der Telekommunikation rückgängig gemacht. Der Staat übernahm die Elektroenergieversorgung und sicherte sich durch Mehrheitsbeteiligungen den maßgeblichen Einfluss in dem Bereich der Erdölförderung, wo noch gemischte Gesellschaften tätig sind. Letzteres konnte mit allen internationalen Erdölkonzernen einvernehmlich geregelt werden außer mit Exxon Mobil und Conoco Phillips aus den USA. Im Jahre 2008 übernahm der Staat auch die Zementindustrie – bisher in der Hand von mexikanischen, schweizerischen und französischen Kapitalgruppen – und den argentinisch-italienisch beherrschten Stahlkonzern SIDOR, der in den 1980er Jahren privatisiert worden war.



Fortschritte wurden bei der Verbesserung der Infrastruktur vor allem durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes sowie die Ansiedlung einiger neuer Industrien (Traktoren- und Automobilbau, Petrochemie etc.) gemacht.

Wichtige makroökonomische und sozialpolitische Kennziffern entwickelten sich positiv: Seit 2004 liegt das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts mit durchschnittlich 11,8 Prozent/Jahr weit über dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Die Devisenreserven betragen per Jahresende 2007 34,3 Mrd. US\$, zuzüglich 30 Mrd. im nationalen Entwicklungsfonds (FONDEN). Die Armutsrate wurde von 48,1 auf 33,1 Prozent, die der extremen Armut von 20,4 auf 9,4 Prozent der Bevölkerung reduziert. Seit 1998 sank der Anteil der von Unterernährung betroffenen Kinder von 21 auf 4 Prozent. Durch die Schaffung von Arbeitsplätzen arbeiten heute 55,6 Prozent der Beschäftigten im formellen Sektor, 1999 waren es nur 47,6 Prozent. Im gleichen Zeitraum sank die Arbeitslosenquote von 20 auf 6 Prozent.

Die Zahl der Lernenden und Studierenden stieg in 9 Jahren (1997/98 bis 2006/2007) von 6 auf 11,8 Mio. Die Qualität des allen Bürgern zugänglichen kostenlosen Gesundheitswesens wurde schrittweise erhöht.

## **Probleme und offene Fragen**

Das Land steht allerdings einer Reihe ererbter, noch ungelöster Probleme gegenüber:

- Die Abhängigkeit von den Erdöleinkünften ist noch bestimmend. Eine umfassend diversifizierte Wirtschaft – ein wichtiges Ziel venezolanischer Politik – ist bisher nicht entstanden. Die Importabhängigkeit ist weiterhin hoch. Etwa 75 Prozent aller Investitions- und Verbrauchsgüter kommen aus dem Ausland.
- Es besteht ein ernster Mangel an Kadern, die in der Lage wären, die vorgegebene Politik bis zur Basis hin durchzusetzen. Venezuela könnte heute mehr Projekte finanzieren als in der Breite effektiv organisierbar sind.
- Ein ernstes Hemmnis bleibt die grassierende, teils noch angewachsene Korruption. Hinzu kommen die hohe Kriminalitätsrate und die Unfähigkeit mancher regionaler und kommunaler Organe, elementare Probleme (Müllabfuhr etc.) zu lösen.

Zugleich entstanden neue Herausforderungen:

- Die Vielzahl sozialer Maßnahmen (Gratisleistungen im Gesundheits- und Bildungswesen, Senkung von Steuern und Tarifen, Versorgung zu herabgesetzten Preisen) haben die Kaufkraft besonders in den ärmeren Schichten der Bevölkerung so erhöht, dass ihr die Warenbereitstellung nicht ständig lückenlos entsprach. Z. B. stieg der Kalorienverbrauch pro Kopf seit 1999 um 27 Prozent. Bis 2007 wuchs der Lebensmittelbedarf um 34 Prozent, die eigene Produktion aber nur um 8,6 Prozent.
- Die staatlichen Festpreise vor allem für Grundnahrungsmittel entsprachen zwar den Interessen der ärmeren Bevölkerungsschichten, minderten aber den An-

reiz zur Steigerung der Produktion und förderten den Schmuggel ins Nachbarland Kolumbien, wo der Milchpreis doppelt so hoch ist.

- Die sehr hohe Inflationsrate (seit 1999 im Jahresdurchschnitt um 19 Prozent) führte zu einer Disparität zwischen offiziellem Wechselkurs und realer Kaufkraft der Landeswährung und in deren Gefolge zu einem parallelen Schwarzmarktkurs und zur Währungsspekulation. Internationale Preissteigerungen erhöhen zusätzlich den Inflationsdruck.

- Ineffizienz und Mängel in der Wirtschaftsführung vermitteln oft ein Bild der Diskrepanz zwischen deklariertem Politik und realer Lebenssituation. Dabei darf nicht vergessen werden, dass gerade in der Produktion und im Vertrieb von Gütern des täglichen Bedarfs der Privatsektor einen bedeutenden Anteil hat und spontanen Marktregeln und politisch motivierten Einflüssen unterliegt. Warenhortung und Schmuggel haben dort ihre Quelle.

- Zunehmend machte sich das Fehlen einer die Regierungspolitik stützenden organisierten politischen Kraft bemerkbar – insbesondere nachdem die Diskussion um die Orientierung auf einen sozialistischen Weg begonnen hatte, die Präsident Chávez mit seiner Rede auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre anstieß. Das politische Instrument der nicht strukturierten Massenmobilisierung hatte bei der Abwehr gegnerischer Angriffe beachtliche Erfolge, taugt aber wenig bei der planmäßigen Organisation von Aufbauprozessen.

## **Der Versuch einer Verfassungsreform**

Eine neue Etappe der Entwicklung war mit einer Reform der 1999 angenommenen Verfassung beabsichtigt.

Durch sie sollten die neu entstandenen Verwaltungs- und Leitungsstrukturen wie Missionen und Kommunalräte Verfassungsrang erhalten.

Weitere soziale Schritte waren vorgesehen, z. B. Sozialleistungen für alle Beschäftigten im informellen Sektor und die 36-Stunden-Woche.

Das Diskriminierungsverbots und die Sicherung der Gleichberechtigung aller ethnischen Gruppen sollte umfassender gestaltet werden.

Vorgesehen war die Aufhebung von Bestimmungen, die die Entscheidungsfähigkeit der Regierung hemmten, z. B. die Autonomie der Nationalbank. Zur Straffung der Leitungsprozesse waren staatsrechtliche Veränderungen vorgesehen: Schaffung die gegenwärtige Verwaltungsstruktur übergreifender Formen der territorialen Gliederung im Dienste von Entwicklungsprojekten und Verteidigungsaufgaben; weiterhin

- die Erweiterung einiger Kompetenzen der Zentralregierung und des Präsidenten;
- die uneingeschränkte Wiederwahlmöglichkeit des Präsidenten und
- die explizite Orientierung auf den sozialistischen Weg der Entwicklung.

Die vorgesehenen Änderungen beinhalteten sowohl Elemente der Erweiterung der Demokratie und der Vertiefung der Sozialpolitik als auch eine deutliche Tendenz zur Stärkung der Zentralmacht.

Das Scheitern des Verfassungsreferendums vom 2. Dezember 2007 erregte in doppeltem Sinne internationales Aufsehen.

*Einmal* weil es Regierung, Opposition und internationale Beobachter überraschte. Schließlich hatten Präsident Chávez und die ihn unterstützenden Parteien seit 1998 alle elf Abstimmungen oder Wahlen gewonnen.

*Zum anderen* weil das äußerst knappe Ergebnis (weniger als zwei Prozent Vorsprung für das »Nein«) problemlos akzeptiert wurde.

Worin kann man die Hauptgründe für das Scheitern sehen?

Das Projekt war überfrachtet und unübersichtlich. Der ursprüngliche Vorschlag des Präsidenten betraf die Änderung von 33 Verfassungsartikeln (von insgesamt 350). Die Nationalversammlung fügte dem weitere 36 hinzu, darunter völlig neue Elemente wie die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre und ausgesprochen umstrittene: z. B. die Streichung der Dezentralisierung als Staatsziel, höhere Quoten der Unterschriftenzahlen für die Beantragung von Referenda, ein höheres Quorum der Abstimmungsbeteiligung, die zentrale Unterstellung der Rechnungshöfe der Bundesstaaten, die Wahl und Abwahl der Richter des Obersten Gerichtshofs und der Vertreter in anderen zentralen Organen durch die Nationalversammlung mit einfacher Mehrheit; die Möglichkeit der Einschränkung der Informationsfreiheit im Ausnahmezustand u. a.

In der von der Verfassung vorgeschriebenen Frist von maximal 30 Tagen zwischen Beschlussfassung in der Nationalversammlung und Volksabstimmung war eine ausreichende Volksdiskussion des Gesamtvorschlags schon wegen seines Umfangs nicht realisierbar. Das war ein wesentlicher Unterschied zur Kampagne, die 1999 zur Ausarbeitung der Bolivarischen Verfassung mit breiter Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte führte. 2007 gab es nicht die 1999 herrschende Wechsel- und Umbruchstimmung.

Zudem litt die Aktionsfähigkeit der Befürworter der Reform unter der Überschneidung mit der Kampagne zur Formierung der neu zu schaffenden »Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas« (PSUV). Diese Kampagne hatte mit dem Aufruf des Präsidenten vom 15. Dezember 2007 an alle den boliviarischen Prozess unterstützenden Parteien begonnen, sich aufzulösen und am Aufbau einer neuen Partei von der Basis her teilzunehmen. Dem Aufruf folgten die von Hugo Chávez 1998 gegründete MVR sowie einige ihn unterstützende Kleinst- und Regionalparteien, nicht jedoch seine drei wichtigsten bisherigen Verbündeten »Für soziale Demokratie« (PODEMOS), PPT und PCV. Bewährte Wahlkampfstrukturen waren damit nicht voll aktionsfähig. Die Führung von PODEMOS verließ zudem im Gefolge der Auseinandersetzung um die Parteineugründung das Regierungslager. PPT und PCV erklärten zwar eindeutig ihre Zustimmung zur Verfassungsänderung, waren in die Kampagne aber nicht voll integriert. Hinzu kam das nur halb-

herzige Interesse vieler örtlicher Funktionsträger, die durch die Reformen in der Verwaltungsstruktur einen Verlust ihres Einflusses befürchteten und eher an die Ende 2008 bevorstehenden Regional- und Kommunalwahlen als an das Referendum dachten.

Die Regierungsseite unterschätzte die Schwierigkeiten und konzentrierte nicht alle Anstrengungen auf den Wahlkampf. Der Präsident konnte sich wegen umfangreicher internationaler Verpflichtungen zeitweilig nicht in die Kampagne einbringen. Eine Woche lang weilte er Mitte November auf dem OPEC-Gipfel in Riad. Der Vizepräsident war zugleich Organisator der Regierungsarbeit, des Aufbaus der neuen Partei und des Wahlkampfes.

Außerdem hatten die bereits geschilderten Probleme des täglichen Lebens und daraus resultierende Missstimmungen in Teilen der Bevölkerung Wirkung hinterlassen.

Als Fazit gilt vielleicht am ehesten die paradox erscheinende Einschätzung: Nicht die Opposition hat das Referendum gewonnen, sondern die Regierung hat es verloren. Der Stimmengewinn der Opposition ist nicht bedeutend. Bei der Wiederwahl des Präsidenten 2006 stimmten 4,3 Mio. gegen Hugo Chávez, d. h. 27 Prozent der Wahlberechtigten; beim Referendum gab es 4,5 Mio. Neinstimmen, d. h. 28 Prozent der Wahlberechtigten. In 15 von 24 Bundesstaaten siegte das »Ja«; darunter befanden sich auch Aragua und Sucre, wo die zur Opposition übergegangene Partei PODEMOS regiert. Im Übrigen dürfte die Basis dieser Partei ihrer Führung weitgehend die Gefolgschaft versagt zu haben: Der Gesamtgewinn der Opposition gegenüber den Präsidentschaftswahlen betrug etwa 200.000 Stimmen; PODEMOS allein hatte aber 2006 noch 610.000 Wähler. Selbst in der Nationalversammlung stimmten von 15 gewählten PODEMOS-Abgeordneten nur 6 mit »Nein«.

Die Niederlage war vor allem das Produkt der Verunsicherung im chavistischen Lager – und das vor allem in den städtischen Zentren. Fast drei Mio. Wähler, d. h. 40 Prozent derjenigen, die im Dezember 2006 für Chávez stimmten, enthielten sich der Stimme; ebenso über eine Mio. derjenigen, die durch Unterschrift erklärt hatten, Mitglied der PSUV werden zu wollen. Nun gibt es in Venezuela traditionell eine niedrigere Wahlbeteiligung bei allen Wahlen und Abstimmungen, die nicht den Präsidenten betreffen. Sie wurde diesmal verstärkt durch solche durchaus eingängigen Argumente der Opposition wie:

- es gehe ja nicht um Chávez;
- die Verfassungsänderung löse die Probleme des täglichen Lebens nicht und
- der große Umfang der Änderungen sei nicht unter dem Begriff »Verfassungsreform« zu fassen, sondern erfordere eine neue verfassungsgebende Versammlung.

Diese Argumentation wurde auch von Ex-Verteidigungsminister (2006-2007) General Raúl Isaías Baduel vorgetragen, einem der langjährigen Mitstreiter von Chávez und namhaftestem Militär bei der Vereitelung des Putsches vom April 2002. Die oppositionellen Medien konzentrierten sich darüber hinaus auf den Vorwurf des

Demokratieabbaus und nutzten die Tatsache, dass eine Definition des Inhalts des sozialistischen Projekts fehlte. So wurde ihm leicht eine Nähe zum kubanischen Sozialismusmuster und zum gescheiterten Realsozialismus in Europa unterstellt.

Negativen Einfluss hatte auch die ultralinke Kritik trotzkistischer Strömungen in den Gewerkschaften mit dem Hauptargument, die Reform berücksichtige nicht die Interessen der Arbeiter, sondern stärke nur die Position der »neuen Bourgeoisie im Chavismus«.

Das Scheitern des Referendums hatte jedoch auch positive Rückwirkungen, weil wesentliche Argumente der Opposition – und auch vieler Chávez-Gegner im Ausland – entkräftet wurden, nämlich ihre immer wiederholten Behauptungen,

- Venezuela verfüge über keine funktionierende Demokratie,
- der Präsident halte sich nicht an demokratische Spielregeln und
- Venezuela besitze kein transparentes unparteiisch geleitetes Wahlsystem.

Die Opposition verteidigte mit ihrem »Nein« paradoxerweise erstmals die Verfassung von 1999, die sie bisher stets strikt abgelehnt hatte.

Dennoch bleibt der 2. Dezember 2007 die erste Abstimmungsniederlage der Regierung. Ob das einen Präzedenzfall oder eine Gelegenheit für ein Voranschreiten auf solideren Grundlagen bedeutet, wird sich anhand der Fähigkeit zeigen, richtige Schlussfolgerungen zu ziehen und in die Tat umzusetzen.

## **Lehren aus der Abstimmungsniederlage**

Präsident Chávez gab die zentrale Losung von den »3 R« vor: »revisión, rectificación, reimpulso«, d. h. Überprüfung, Korrektur, neuer Anstoß. Er forderte ein tiefgründigeres, breiter angelegtes Voranschreiten mit einem weiteren Zeithorizont und – mit dem Schlagwort »weniger Theorie, mehr Praxis« die stärkere Hinwendung zu den Problemen des täglichen Lebens.

Kurzfristig zeichnet sich die Inangriffnahme konkreter Probleme der Bevölkerung ab. Die Lebensmittelversorgung wurde durch Importe (aus Argentinien, Nicaragua, Belarus und anderen Ländern) sowie administrative Maßnahmen gegen Warenhortung und Schmuggel verbessert. Es wurden Preisregulierungen durchgeführt, die als Produktionsanreize dienen sollen und bereits Wirkung zeigen. Nach Angaben vom Juli 2008 kann der Milchbedarf demnächst aus eigenem Aufkommen gedeckt werden.

Als Maßnahme der politischen Entspannung wurde zum Jahreswechsel 2007/2008 eine Amnestie für Vergehen im Zusammenhang mit dem Putsch vom April 2002 erlassen. Sie gilt nicht für Personen, die sich der Justiz entzogen haben sowie nicht für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das Völkerrecht (z. B. die damaligen Übergriffe gegen die kubanische Botschaft). Einige Gesetze, die wie das neue Volksbildungsgesetz heftige Diskussionen hervorgerufen hatten, wurden zur gründlicheren Beratung einstweilig zurückgestellt.

Es gibt erste Fortschritte bei der Bekämpfung des äußerst ernststen Problems der Schwerstkriminalität.

Mittelfristig ist zu erwarten, dass ein großer Teil der in der Verfassungsänderung vorgeschlagenen Maßnahmen – vor allem diejenigen auf sozialem Gebiet – über die reguläre Gesetzgebung oder die dem Präsidenten vom Parlament erteilten legislativen Sondervollmachten geregelt werden. Es geht dabei um Gesetze, die keiner Verfassungsänderung bedürfen, deren Inhalt also eigentlich in das Änderungsprojekt nicht hätte eingefügt werden müssen. Als eines der ersten wurde ein Gesetz verabschiedet, das den neu gebildeten Kommunalräten die erforderlichen Budgetvollmachten zuerkennt.

Am 11. Juni 2008 traf der Präsident mit Vertretern der Privatwirtschaft zusammen, um sie für eine aktivere Teilnahme an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu ermutigen. Eine Mrd. US\$ sollen in den nächsten beiden Jahren in strategisch wichtigen Zweigen investiert werden, darunter zum Teil in gemischten Unternehmen mit staatlicher Beteiligung. Vorgesehen sind Steuererleichterungen, Erleichterungen bei der Devisenkontrolle sowie Schuldenerlässe für Kleinproduzenten.

Besonders auf landwirtschaftlichem Gebiet wird es zusätzliche Investitionen in Brennpunkten geben. Das Ziel der Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln soll bis 2012 erreicht werden.

Langfristig wird die Regelung der Wiederwahlmöglichkeit des Präsidenten wieder aufgegriffen werden. Der Präsident kündigte an, dass er das in der Mitte seiner gegenwärtigen Amtsperiode mögliche Abberufungsreferendum für das Jahr 2010 selbst einleiten werde, also ohne Unterschriftensammlung durch die Opposition.

Das verlorene Referendum bedeutet also keine Änderung der Grundrichtung der venezolanischen Politik – auch nicht der Orientierung auf eine sozialistische Entwicklung, aber einen Tempowechsel.

Eine Bilanz, inwieweit schon eingeleitete und noch zu erwartende Kurskorrekturen Wirkung zeigen und von dem Teil der Bevölkerung honoriert werden, der sich am 2. Dezember 2007 der Stimme enthielt, wird anhand der Ergebnisse der Regional- und Kommunalwahlen vom 23. November 2008 möglich sein.

## **Vereinigte Sozialistische Partei und Sozialismus**

Im Mittelpunkt der Politik steht gegenwärtig der zielstrebige Aufbau der neuen Partei. Mitte 2007 wurde eine Organisationskommission gebildet, der Vertreter verschiedenster politischer Provenienz angehören.

Ein wesentliches Element der Parteigründung ist die breite Anwendung basisdemokratischer Prinzipien bei der Bildung der Grundorganisationen und bei Wahlprozessen.

5,7 Mio. Bürger nahmen 2007 die Möglichkeit wahr, sich als Kandidaten in Mitgliederlisten einzutragen. Sie konstituierten sich nach dem Territorialprinzip

in Basisorganisationen (»Bataillone«) mit je etwa 300 bis 400 Mitgliedern und wählten 1.676 Delegierte zum Gründungsparteitag, der am 12. Januar 2008 begann und am 9. März beendet wurde. Er beschloss eine Grundsatzerklärung, ein Parteiprogramm und ein Statut. (Der ursprünglich auch vorgesehene Beschluss einer Systematik zur Aufstellung von Kandidaten für die Regional- und Kommunalwahlen im November wurde verschoben.)

In der Parteitagssitzung am 23. Februar wurde Hugo Chávez zum Vorsitzenden der Partei gewählt.

Nach einem basisdemokratisch gestützten Verfahren erfolgte am 1. Juni die Wahl der Nationalleitung: Vertreter aller Basisorganisationen konnten personelle Vorschläge unterbreiten, aus denen zentral 69 Kandidaten ausgewählt wurden. 87.000 Vertreter der Basisorganisationen bestimmten daraus in geheimer Wahl mittels einer mit dem technischen Apparat der obersten Wahlbehörde realisierten gesamtnationalen Aktion 15 Vollmitglieder (principales) und 15 Kandidaten (suplentes). Bemerkenswerterweise belegten dabei solche Persönlichkeiten die vordersten Plätze, die entweder durch anerkannte langjährige politische Erfahrungen oder eine besonders aktive Rolle in der Auseinandersetzung mit der Opposition herausragten. Hohe Stimmenanteile erhielten die aus der PPT hervorgegangenen Politiker Aristóbulo Istúriz (langjähriger Volksbildungsminister) und Alí Rodríguez Araque (ehemaliger Präsident des nationalen Erdölkonzerns PDVSA und Außenminister, seit kurzem Finanzminister), die prominenten TV-Journalisten Mario Silva und Vanessa Davies, die aus der PCV hervorgegangene langjährige Präsidentin des Nationalen Fraueninstituts María León sowie der Studentenführer Héctor Rodríguez. Ein analoges Verfahren wird bei der Wahl der unteren Leitungsebenen angewandt.

Der Parteivorsitzende ernannte den General i. R. Alberto Müller Rojas, Kandidat der Nationalleitung, zu seinem ständigen Stellvertreter und benannte weitere zehn Stellvertreter mit Verantwortung für den Parteaufbau in den Regionen, die meist zwei bis drei Bundesstaaten umfassen. Bei der Nationalleitung wurden zehn Kommissionen für Sachbereiche gebildet.

Basisgestützt erfolgte auch die Auswahl der Kandidaten der PSUV für die bevorstehenden Regional- und Kommunalwahlen. Über die Kandidaturen eines Wahlkreises (z. B. bei den Gouverneurswahlen eines Bundesstaates) konnten alle Parteimitglieder abstimmen. Aufgestellt wurde der Kandidat, der die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen oder die relative Mehrheit mit mindestens 15 Prozent Vorsprung vor dem Nächstplatzierten erhielt. Erreichte kein Kandidat dieses Ziel, wurde in der Zentrale entschieden.

Dass an der Auswahl der Gouverneurskandidaten nur 2,5 Mio. der 5,7 Mio. eingetragenen Mitglieder teilnahmen, verdeutlicht ein Wachstumsproblem der PSUV: Offensichtlich betrachteten viele Bürger die Eintragung in die Mitgliederlisten eher als Manifestation ihrer Unterstützung der Bolivarischen Revolution und weniger als Bekenntnis zur aktiven Mitarbeit in der Partei. Die Entwicklung wird zei-

gen, wie sich einerseits ein Stamm von aktiven Parteimitgliedern und andererseits eine Gruppe mit einem de facto Sympathisantenstatus herausbildet, dem nach dem geltenden Statut ohnehin alle zuzurechnen wären, die nicht regelmäßig an den Parteiversammlungen teilnehmen.

In der noch jungen Partei zeichnet sich neben der Vorbereitung des Wahlkampfes die Inangriffnahme der praktischen Probleme des Volkes als eine weitere Arbeitsrichtung ab. Die Basisorganisationen sind aufgerufen, die in ihrem territorialen Zuständigkeitsbereich anstehenden Aufgaben und Probleme in sogenannten Regierungsprogrammen zu erfassen und ihre Lösung zu forcieren. Offen bleibt dabei noch, über welche Mechanismen auf den Staatsapparat eingewirkt wird, um diese Aufgaben zu realisieren.

Zu den politisch-ideologischen Charakteristika der PSUV gehört, dass sie prinzipiell die Breite und den pluralistischen Ideengehalt übernimmt, die den bisherigen Prozess der Bolivarischen Revolution charakterisierten.

Sie definiert sich als »politisches Instrument der Einheit der Arbeiter, Bauern, Jugendlichen, Intellektuellen, Künstler, Hausfrauen, Kleinproduzenten und -händler in Stadt und Land«.

Sie bekennt sich zum Sozialismus als politisches Ziel, einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der »originär, eigenständig und schöpferisch« ist und die Erfahrungen der Menschheit vom Urchristentum bis zu den sozialistischen Entwürfen des vergangenen Jahrhunderts »in der Sowjetunion, China, Nordkorea, Vietnam und Kuba« aufnimmt und natürlich die nationalen progressiven Traditionen einschließt. Der Übergang zum Sozialismus erfordere gegenwärtig »eine sorgfältige objektive Einschätzung jedes zu unternehmenden Schrittes, um zu jeder Zeit die bewusste Teilnahme der Mehrheiten und die notwendige Effizienz bei der Erfüllung aller Erfordernisse des Lebens der Nation einschließlich der Verteidigung zu garantieren«.

Man müsse nicht religiös sein, um sich mit den Vorstellungen von Christus über Gerechtigkeit, Gleichheit und ein brüderliches Verhältnis zwischen den Menschen zu identifizieren. Man müsse nicht Atheist sein, um mit Marx in seinen wissenschaftlichen Analysen der Gesellschaft übereinzustimmen.

Die Vorstellungen über den Sozialismus des 21. Jahrhunderts in den Parteidokumenten entsprechen den Grundthesen der bisherigen Sozialismusdiskussion in Venezuela. Dabei steht das Stichwort Sozialismus im Mittelpunkt einer Debatte, in der nicht ein fertiges, beschlossenes Konzept offeriert wird, sondern Inhalt des Begriffs und der Weg dorthin erst herausgearbeitet werden sollen. Folgende Thesen kristallisierten sich bisher heraus:

1. Der Kapitalismus ist nicht fähig, die Lebensprobleme der Menschheit zu lösen, weder international noch national, das kann nur der Sozialismus.
2. Mit dem Scheitern bisheriger sozialistischer Systeme ist die Idee des Sozialismus nicht überholt.
3. Erforderlich ist ein neuer Sozialismus, ein Sozialismus des 21. Jahrhunderts, »der erst noch erfunden werden muss«.



4. Venezuela lässt sich dabei ausschließlich von seinen konkreten Bedingungen und historischen Erfahrungen leiten, kopiert keine Muster anderer Länder (nicht der ehemaligen Sowjetunion, ausdrücklich auch nicht Kubas) und will sein Muster nicht anderen aufdrängen. Deutlich ist eine außerordentliche Toleranz gegenüber anderen sozialistischen Vorstellungen und progressiven Ideen.

5. Inhalte einer sozialistischen Orientierung Venezuelas müssen sein:

- die konsequente Weiterführung und Vertiefung der Sozialpolitik vorrangig zugunsten der Armen;
- die Einheit von Sozialismus und Demokratie (es dürfe – den ursprünglichen Ideen von Marx und Engels entsprechend – keine Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten geben);
- die Idee, dass nur der Sozialismus demokratische Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit, Zugang aller zu den geistigen und materiellen Gütern (Ernährung, Gesundheit, Erziehung, Wohnung, Arbeit) garantiert und die Realisierung sozialer Prinzipien ermöglicht;
- eine neue Qualität im Zusammenleben der Menschen, Überwindung von Egoismus und Individualismus; die Organisationsformen der partizipativen Demokratie (Komitees für städtischen Grundbesitz, Genossenschaften etc.) sind Elemente des Aufbaus einer solchen neuen Lebensweise;
- eine effiziente Wirtschaft auf der Basis von Mitbestimmung und Kooperativismus;
- Bündnis des Volkes mit den bewaffneten Streitkräften sowie der Werktätigen mit den Mittelschichten (Klein- und Mittelbauern, industrielle und kommerzielle Kleinbourgeoisie in Stadt und Land) sowie
- Verteidigung der Revolution und der nationalen Souveränität, Internationalismus, regionale Integration Lateinamerikas und der Karibik.

Zusammengefasst: Es geht um ein neues politisches, ökonomisches und soziales Modell der Gesellschaft in klarer Kontraposition zu neoliberalen Konzepten.

## **Bündnisse**

Mit dem Fortbestand anderer die Bolivarische Revolution mittragender Parteien, der in der ursprünglichen Konzeption des Präsidenten nicht vorgesehenen war, stellte sich die Frage ihres Zusammenwirkens neu. Alle früheren Ansätze einer organisatorischen Zusammenarbeit hatten keinen Bestand. Der »Patriotische Pol« der Linksparteien existierte nur bezogen auf die Verfassungsgebende Versammlung. Die 2003 initiierte Bewegung der »Bolivarischen Zirkel« konnte sich nicht allgemein durchsetzen. Für die folgenden Wahlkampagnen wurden sogenannte Kommandos als zeitweilige Führungsorgane der Wahlbewegung gebildet, so das »Comando Ayacucho«, welches 2003 die Unterschriftenkampagne im Vorfeld des

präsidialen Abberufungsreferendums führte sowie die »Wahlkampfeinheiten« (Unidades de Batalla Electoral – UBE), die in Vorbereitung des Referendums vom 15. August 2004 selbst geschaffen wurden. Die zeitweilig verfolgte Idee, sie zu ständigen Basisgruppen für die politische Arbeit zu machen, wurde wieder aufgegeben.

Als eine Schlussfolgerung aus der Niederlage in der Verfassungsabstimmung 2006 wurde nun in Anlehnung an den »Patriotischen Pol« von 1999 die »Patriotische Allianz« ins Leben gerufen. In diesem Bündnis wollen alle Parteien, die die Bolivarische Revolution unterstützen, zusammenarbeiten – im Wesentlichen PSUV, PPT und PCV, aber auch andere kleine Parteien wie die MEP (Wahlbewegung des Volkes) oder die UPV (Venezolanische Volkseinheit). Letztere und einige andere Kleinstparteien hatten ihren ursprünglichen Beschluss zur Selbstauflösung vom Dezember 2006 später widerrufen. Noch offen ist die Frage, ob außer Parteien auch andere Organisationen in die Allianz integriert werden sollen.

Schwierig dürfte sich das Verhältnis zu einigen Parteineuergründungen gestalten, die den Bolivarischen Prozess prinzipiell bejahen, sich zugleich aber als linke Kritiker an der PSUV verstehen. Dazu gehört die vom Abgeordneten der Nationalversammlung Luis Tascón, der vom Disziplinarausschuss aus der PSUV ausgeschlossen wurde, gegründete Partei Nuevo Camino Revolucionario (NCR – Neuer Revolutionärer Weg) und die Partei Revolución y Socialismo (PRS – Revolution und Sozialismus), die jenen Flügel trotzkistischer Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung vereint, der nicht in die PSUV eingetreten ist. Lebensfähigkeit und künftiger Einfluss dieser Parteien sind noch nicht absehbar.

Die Patriotische Allianz soll nach dem Verständnis aller Mitgliedsparteien nicht lediglich eine Parteienkoalition für die im November anstehenden Wahlen sein. Gleichwohl sind diese noch das Hauptthema ihrer bisherigen Beratungen, bei denen sich bereits Schwierigkeiten der Konsensfindung zeigten. Insbesondere die PPT war nicht bereit, alle von der PSUV in deren internen Wahlen ermittelten Gouverneurskandidaten zu unterstützen, sodass es in einigen Bundesstaaten voraussichtlich doch linke Parallelkandidaturen geben wird, was eigentlich vermieden werden sollte. Ob die Allianz zu einem kollektiven politischen Führungsorgan wird – möglicherweise ein wichtiger Schritt, um den personenzentrierten, zentralistischen und oft spontanen Leitungsstil allmählich zu überwinden, muss die künftige Praxis zeigen. Auf jeden Fall müssen Schwierigkeiten in Rechnung gestellt werden, die sich allein schon aus dem unterschiedlichen Gewicht der Partner ergeben: Bei allen Wahlen der Vergangenheit erbrachte die MVR allein etwa zwei Drittel der Stimmen für die Regierungsseite. Die Abwanderung großer Teile der Basis und vieler namhafter Führungskräfte der anderen Parteien zur PSUV hat dieses Ungleichgewicht weiter verstärkt. Von der PPT gingen allein fünf ehemalige oder noch aktive Minister zur PSUV über, von der PCV 13 Mitglieder des Zentralkomitees unter Führung des früheren 1. Vizepräsidenten der Nationalversammlung und jetzigen Arbeitsministers Roberto Hernández.

## Perspektiven

Der progressive Prozess in Venezuela war – und ist noch – ständigen Angriffen ausgesetzt. Die Niederschlagung des Putsches vom April 2002, die Abwehr des Erdölsabotagestreiks und der verschiedensten Destabilisierungsversuche hat im Endeffekt dazu geführt, dass der antidemokratische Charakter der Opposition offen gelegt wurde und dass in der Führungsspitze des Militärs, aber auch in anderen Bereichen, eine »Klärung der Fronten« erfolgte. Zugleich wuchs das Selbstbewusstsein der die Regierung unterstützenden Kräfte.

Der traditionellen Opposition fehlt ein eigenes tragfähiges Programm, und sie hat keine attraktiven Führungspersonlichkeiten vorzuweisen. Allerdings sind in letzter Zeit wieder Bestrebungen zu einem Zusammenschluss und einem einheitlichen Auftreten spürbar. Auch haben ihre führenden Politiker den Boykott der Wahlen zur Nationalversammlung 2005 inzwischen als Fehler erkannt und bereiten sich auf die kommenden Wahlprozesse vor.

Venezuela bleibt politisch weiter gespalten. 37 Prozent der Wählerstimmen, die sich 2006 gegen die Wiederwahl des Präsidenten aussprachen, sind kein zu vernachlässigender Faktor. Regierungslager und Opposition, die im Wesentlichen die von der Macht verdrängten alten Eliten repräsentiert, stehen sich als unversöhnliche Blöcke gegenüber, an deren Grenzen es nur wenig Bewegung gibt. Die Gewinnung einer breiteren Basis, vor allem in die Mittelschichten hinein, bleibt eine ständige, aber zweifellos schwierige Aufgabe.

Offen bleibt, ob sich eine neue Gruppierung der Opposition formiert, die weniger konfrontativ agiert. Sie könnte sich z. B. aus Kräften um die aus dem chavistischen Lager ausgescherte Partei PODEMOS rekrutieren.

Zu frontal Angriffen wie 2002 und 2003 fehlt den oppositionellen Parteien gegenwärtig die Kraft. Die gewaltsamen Umsturzversuche dürften nicht schlechthin wiederholbar sein. Sie setzen eher auf punktuelle Destabilisierung, die Ausnutzung von Schwächen in der Politik der Regierung, Verschleißerscheinungen im revolutionären Prozess und Versuche der Verunsicherung vor allem in den Streitkräften.

Ihre Taktik kann sich jedoch ändern, wenn ihr das internationale Umfeld dafür günstig erscheint. Ihre Hoffnung ist weiter auf die USA gerichtet, die die Entwicklung in Venezuela und seine internationale Rolle mit größter Sorge betrachten; denn die Ausstrahlung Venezuelas auf die Entwicklung in Lateinamerika und der Karibik hält unvermindert an. Das Land ist ein wichtiger politischer und wirtschaftlicher Rückhalt für die linken Regierungen in Kuba, Bolivien, Ecuador und Nicaragua. Die enge Zusammenarbeit mit Brasilien und Argentinien wird ausgebaut. Bemerkenswert ist, dass die Beziehungen zu weiteren mittelamerikanischen und karibischen Staaten wie Haiti, Guatemala, Honduras und Dominica – bisher absolute Domänen der USA – entwickelt werden.

Die venezolanische Politik der Ausübung der vollen nationalen Souveränität über seine Naturreichtümer und der lateinamerikanischen Integration läuft den In-

teressen des nordamerikanischen Imperialismus zutiefst zuwider. Die Entwicklung normaler Beziehungen zu den USA bleibt jedoch ein Prinzip der venezolanischen Außenpolitik.

Venezuela ist intensiv um die Herstellung eines konstruktiven Verhältnisses zu Kolumbien bemüht, gerade weil dieses Nachbarland zugleich Hauptstützpfiler der USA in Südamerika ist. Von hier besteht stets die Gefahr von Provokationen, sei es durch Zwischenfälle an der über 2000 km langen gemeinsamen, in großen Teilen schwer kontrollierbaren Grenze, sei es durch den Versuch, Venezuela in die bewaffneten inneren Konflikte in Kolumbien hineinzuziehen oder ihm eine »Unterstützung des Terrorismus« bzw. eine »Beteiligung am Drogenhandel« aus Kolumbien zu unterstellen mit dem Ziel, internationale Sanktionen zu erwirken. Besondere Besorgnis müssen Erwägungen der USA hervorrufen, nach der voraussichtlichen Schließung der Militärbasis Manta in Ecuador im Jahre 2009 diesen Stützpunkt auf die Halbinsel Guajira, d. h. in das unmittelbare Grenzgebiet Kolumbiens zu Venezuela zu verlegen. Ganz offensichtlich wird die Politik der Infiltration kolumbianischer Paramilitärs nach Venezuela fortgesetzt.

Dennoch hat Venezuela gute Voraussetzungen, trotz des Fortbestehens ernster Probleme und Gefahren, auf dem eingeschlagenen Weg erfolgreich voranzuschreiten. Dabei zählen vor allem die aktive Unterstützung der Regierung durch die Mehrheit des Volkes und die weitere Stabilisierung der Position der Regierung, die Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiet, Maßnahmen zur Sicherung der Verteidigungsfähigkeit wie Schaffung einer Territorialarmee und die technische Modernisierung der Streitkräfte und nicht zuletzt seine aktive, ideenreiche Außenpolitik, die alle Anknüpfungspunkte für die Zusammenarbeit mit anderen lateinamerikanischen Staaten nutzt.

Die Entwicklung Venezuelas verdeutlicht, wie aus ganz spezifischen nationalen Bedingungen heraus und unter Nutzung besonderer Potenzen der Weg zu tiefgreifenden sozialen Veränderungen eingeschlagen werden kann.

Die Formierung der Vereinigten Sozialistische Partei Venezuelas zur tragenden Kraft beim weiteren Vorschreiten der Bolivarischen Revolution auf einem sozialistischen Weg ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine weitere erfolgreiche Entwicklung des revolutionären Prozesses in Venezuela.

## **XIV. Treffen des Forums vom São Paulo 22.-25. Mai 2008, Montevideo – Uruguay Schlusserklärung**

Versammelt in Montevideo auf dem 14. Treffen des Forums von São Paulo (FSP) vom 23.5. bis zum 25.5. 2008 erklären die 844 Teilnehmer aus 35 Ländern namens der teilnehmenden Parteien: Das 14. Treffen findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Menschheit den Bedrohungen einer Globalisierungspolitik ausgesetzt ist, die einseitig von den Interessen des Großkapitals bestimmt wird.

Die von den USA und ihren Verbündeten angewandte Politik der Präventivkriege hat in vielen Regionen der Welt zu Blutvergießen und Tod geführt. Das Imperium versucht auf diesem Wege seine hegemonialen Absichten zu verwirklichen und die autonome Entwicklung unserer Völker sowie die Prozesse der Einheit und Integration, die unserem Kontinent eine bessere Verteidigung seiner Naturreichtümer erlauben, zu stoppen.

Unser gesamter Planet wird heute durch die tiefgreifende Zerstörung der Umwelt und den Klimawandel bedroht, beides Folgen der rücksichtslosen Ausbeutung der Naturressourcen. Die Industrienationen weigern sich in den internationalen Gremien jedoch weiterhin, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Weg in die Katastrophe zu stoppen.

Die Finanzkrise in den USA führt nicht nur zum unaufhaltsamen Anstieg des Ölpreises, sie droht auch eine weltweite Rezession auszulösen.

Die von den großen transnationalen Konzernen ausgelöste Manipulation und Spekulation auf dem Lebensmittelmarkt, wobei sie die weltweit gewachsene Nachfrage an Nahrungsmitteln ausnutzen, die Konzentration des Landbesitzes, die irrationalen Monokulturen, die Verwendung von Mais in den USA zur Äthanolproduktion und die Kontrolle der Wasserressourcen haben zu einem Anstieg der Preise für landwirtschaftliche Produkte geführt, die große Teile der Weltbevölkerung mit Hungersnöten unberechenbaren Ausmaßes bedrohen.

### **Die gegenwärtige Situation in Lateinamerika und der Karibik**

**»Wir erleben nicht eine Epoche des Wandels, sondern erleben einen Wandel der Epochen.«**

Die politische Lage in Lateinamerika wird durch den kontinuierlichen Vormarsch linker politischer Kräfte und sozialer Kräfte bestimmt, was sich durch das Erringen der Regierungsgewalt durch progressive Kräfte, die dem Forum von São Paulo angehören, in 13 Ländern Lateinamerikas und der Karibik widerspiegelt.

Auch soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen und Organisationen erringen durch ihren Kampf gegen die neoliberale Politik immer breiteren Raum und organisieren zahlreiche Mobilisierungen und Foren, wo immer wieder die Alternativen zu jenen Modellen aufgezeigt werden, die auf unserem Kontinent in den zurückliegenden Jahrzehnten durchgesetzt worden sind.

Wie im Motto für dieses 14. Treffen des FSP zum Ausdruck kommt, streben die progressiven Kräfte des Kontinents, die an der Regierung (beteiligt) sind, auf unterschiedlichen Wegen und entsprechend den Bedingungen des jeweiligen Landes nach der Umsetzung ihrer Pläne zur Überwindung der hauptsächlichen Probleme, die der Neoliberalismus hervorgebracht hat. In allen unseren Ländern stellen das hohe Maß an Marginalisierung, Armut, Analphabetentum, mangelnde Gesundheitsbetreuung, strukturelle Gewalt, äußere und innere Verschuldung, der mangelnde Zusammenhalt der Gesellschaft und die Privatisierung der wichtigen Ressourcen, die somit der Souveränität unserer Länder entzogen wurden, ein sehr schweres Erbe dar.

In diesem Rahmen kann die Verschiedenartigkeit unserer Projekte nicht bestritten werden, die ebenso unbestreitbar alle zur Entwicklung, zur Bekräftigung der Souveränität und zum Fortschritt unserer Länder beitragen. Die dabei verwirklichte Sozialpolitik stellt einen ersten Schritt zur Überwindung dieser Probleme dar.

Das Scheitern der Rezepte der multinationalen Finanzorgane, des IWF, der BID und der Weltbank, ist wiederholt bewiesen worden und alle progressiven Regierungen haben angefangen, neue Wege zu beschreiten, die jene Diktate beiseite lassen.

## **Der konservative Block widersetzt sich dem Wandel**

Das Voranschreiten der progressiven Projekte stößt auf den Widerstand des US-Imperialismus und der nationalen Rechten, der transnationalen Unternehmen und, besonders hervorzuheben, der großen Medienunternehmen, die systematisch Desinformationskampagnen führen.

Die Offensive der Rechten erfolgt in verschiedenen Formen:

- In Lateinamerika wurde die Konzeption des Präventivkrieges eingeführt und der Grad der Militarisierung erhöht. Dies ist eine noch nicht da gewesene, von den USA gesteuerte Situation, wobei die Regierung Kolumbiens als Speerspitze eingesetzt wird. Das offensichtlichste Beispiel dafür war der auf dem Territorium des Brudervolkes von Ecuador durchgeführte militärische Angriff. Die jüngste Entsendung der IV. Flotte zeigt die klare Absicht der USA, unsere Völker und Regierungen einzuschüchtern.

- Die nationale Rechte versucht in einige Ländern, wie z. B. in Bolivien und Venezuela, separatistische Prozesse voranzutreiben, während die jüngste geschichtliche Entwicklung zugunsten der Integration unserer Völker verläuft.

Mittels Wahlbetrug, wie beispielsweise in Mexiko, wird versucht zu verhindern, dass weitere progressive Kräfte an die Regierung gelangen. Falls die Empfehlungen der OAS und weiterer internationaler Organisationen nicht umgesetzt werden, besteht die Gefahr, dass sich dies 2009 bei den Wahlen in El Salvador wiederholt.

Die sozialen Proteste und der politische Kampf der Linken werden kriminalisiert.

Noch heute wird die Privatisierung strategisch wichtiger Unternehmen betrieben, z. B. in Mexiko mit seinen enormen Erdölvorkommen.

Auch im 21. Jahrhundert existieren weiterhin koloniale Verhältnisse, wie z. B. im Falle Puerto Ricos.

### **Die am 14. Treffen des FSP teilnehmenden Parteien verlaublichen:**

Wir grüßen das Volk Paraguays und alle Parteien und sozialen Organisationen, die zum Sieg unseres Weggefährten Fernando Lugo beigetragen haben. Wir wünschen ihm Erfolg und bringen unsere Bereitschaft zum Ausdruck, ihn in seinem Wirken in jeglicher Hinsicht zu unterstützen.

Wir werden für die Sicherung des Friedens und einer demokratischen Stabilität in Lateinamerika und der Karibik kämpfen. Deshalb weisen wir unter anderen den Plan Colombia, die Mérida-Initiative und den Plan Balboa zurück. Sie bilden die Speerspitze der militärischen Intervention und politischen Einmischung und bedrohen die sich in der Region vollziehenden Transformationsprozesse.

Wir schließen unsere Reihen, um zu verhindern, dass die Konzeption der Präventivkriege, die Blutvergießen und Zerstörung über andere Völker und Regionen der Welt gebracht hat, auch auf unserem Kontinent Fuß fasst. Im Sinne dieser Konzeption versucht die Antiterrorpolitik Bushs und seiner Verbündeten, den sozialen Protest zu kriminalisieren und die sozialen und politischen Bewegungen, die für die Entwicklung unserer Völker kämpfen, zu verfolgen. Wir lehnen jede Form des Terrors ab, aber widersetzen uns zugleich der Nutzung dieses Vorwandes, um den sozialen Protest zu kriminalisieren und die Gesellschaft mit Angst zu erfüllen.

Die Lage in unserem Bruderland Kolumbien stellt den wichtigsten Risikofaktor für Stabilität und Frieden in der Region dar. Wir müssen deshalb weiterhin große Anstrengungen unternehmen, um eine Verhandlungslösung für den bewaffneten Konflikt zu erreichen; eine Lösung, die einen dauerhaften Frieden sichert und die Ausbreitung des Konflikts auf die gesamte Region verhindert. Ein humanitäres Abkommen stellt einen wichtigen Schritt in diese Richtung dar und erlaubt die Freilassung der zivilen und militärischen Gefangenen.

Wir stehen für die umfassende Verteidigung der Menschenrechte; die Verteidigung der Demokratie ist für unsere Parteien eine bleibende Zielstellung. Unser Kontinent hat als Konsequenz seines Kampfes für seine Freiheit, für Demokratie und zur Verteidigung der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens Tausende von Ermordeten und Verschwundenen erlitten.

Wir werden weiter gegen die Blockade kämpfen, die unser Bruderland Kuba seit Jahrzehnten erleidet. Das 14. Treffen entbietet einen besonderen Gruß unseren kubanischen Genossen, die am Vorabend des 50. Jahrestages ihrer Revolution stehen. Einmal mehr fordern wir die Freilassung der fünf kubanischen Patrioten, die wegen ihres Bemühens, Terrorakte zu verhindern, in den USA rechtswidrig verurteilt wurden.

Wir unterstützen die verschiedenen Integrationsprojekte und hoffen auf ein Zusammengehen von MERCOSUR, der Andengemeinschaft, CARICOM, ALBA-TCP und UNASUR 1, das es erlauben würde, der alten Realität der »offenen Adern Amerikas« ein Ende zu bereiten. Wir streben eine Integration an, die keine Kopie geozentrischer Modelle ist, sondern die Realitäten unserer Region widerspiegelt und zum Wohl unserer Völker zu einer Alternative zur neoliberalen Globalisierung entwickelt.

Voneinander isoliert, werden unsere Länder keine Zukunft haben. Lateinamerika und die Karibik sind der Kontinent der Hoffnung. Ihr Reichtum ist unermesslich, ihr Platz in der Welt hängt jedoch einzig und allein von der Kraft und der Legitimität ihrer Integrationsprozesse ab. Die imperialistischen Mächte versuchen uns zu spalten und Freihandelsabkommen zu ihrem einseitigen Nutzen abzuschließen. Antworten wir darauf mit unserer Integration.

Wir begrüßen und unterstützen die Gründung der UNASUR (Union südamerikanischer Nationen), die Initiativen, wie die Bank des Südens aufgreift und die Achse für eine zukünftige politische Einheit der südamerikanischen Völker darstellt. Wir begrüßen und unterstützen ebenso den Vorschlag zur Gründung des Südamerikanischen Verteidigungsrates. Auf diesem Wege werden wir voranschreiten zur Schaffung einer dauerhaften Organisation, die sich ausschließlich aus den Ländern Lateinamerikas und der Karibik zusammensetzt – ohne Ausschlüsse.

Wir erneuern unsere Solidarität mit den Prozessen, die die Bruderregierungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador und Nicaragua vorantreiben und verurteilen alle Destabilisierungsversuche seitens der USA.

Wir schlagen vor, nachhaltige Entwicklungsprojekte, die die Umwelt respektieren, die Biodiversität schützen, den Menschen in den Mittelpunkt stellen sowie die Nahrungsmittelsouveränität und die weitere kulturelle Entwicklung unserer Völker sicher stellen, in Angriff zu nehmen.

Als Teil der Verteidigung unserer Naturreichtümer bringen wir unsere Solidarität mit dem Kampf Mexikos zur Bewahrung ihrer Erdölvorkommen.

Wir unterstützen und verteidigen die Rechte und Forderungen der originären Völker und der afrikanisch-stämmigen Bevölkerung und fordern die Respektierung ihrer Traditionen, ihres Wissens und ihrer Kultur sowie ihrer interkulturellen Territorien.

Wir kämpfen für die Demokratisierung der Massenmedien, die der gesamten Gesellschaft und vor allem jenen, die nie gehört worden sind, zur Verfügung stehen müssen. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, für soziale Gleichberechtigung zu kämpfen.



gung beim Zugang zur Informationstechnologie und zum Internet zu kämpfen, das seinen Charakter als globales öffentliches Gut bewahren muss.

Der Kampf gegen den Drogenhandel und seine Netzwerke erfordert ein neues, gesamtheitliches Herangehen, das auch die Mitverantwortung der großen Konsumentenländer einschließt und von einem Gesundheitsproblem ausgeht, statt ausschließlich den Anbau zu kriminalisieren. Wir kämpfen gegen den Handel mit und den sexuellen Missbrauch von Kindern und Frauen.

Die Migration ist ein vielschichtiges Problem. Hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Erscheinung ist sie eine soziale und familiäre Tragödie für unsere Länder, der durch eine öffentliche Sozial- und Beschäftigungspolitik entgegengewirkt werden muss, die darauf abzielt, die Lebensbedingungen in unseren Ländern zu verbessern. Wir fordern die uneingeschränkte Respektierung der Menschenrechte der Migranten, die in den Zielländern, vor allem in den USA, der EU und Japan, verletzt werden. Wir sprechen uns gegen den Bau von Mauern und für die freie Bewegung der Menschen aus.

Wir werden weiterhin dafür kämpfen, den Kolonialismus endgültig zu überwinden. Der Kampf für die Entkolonialisierung in der Karibik hat Priorität und stellt eine Voraussetzung für eine wahrhafte Demokratie in Lateinamerika und der Karibik dar. Wir wiederholen den Aufruf zur Unterstützung des Rechts von Puerto Rico auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit auf der Grundlage der Resolution 1514(XV) der UN-Vollversammlung.

Wir schließen uns den Solidaritätsbekundungen für die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit von Puerto Rico an und treten dafür ein, diesen Fall ab dem laufenden Jahr vor die Generalversammlung der UNO zu bringen.

In gleicher Weise unterstützen wir die Forderungen nach Entkolonisierung und Unabhängigkeit von Bonaire, Curacao, Martinique, Guadalupe und Französisch-Guayana.

Die Parteien des Forums von São Paulo danken der Frente Amplio, Uruguay, für die Organisation des 14. Treffens und für den warmen Empfang, der allen Delegierten zuteil wurde.

Dies war eine weitere Gelegenheit, die Verbindungen zwischen unseren Parteien, die dem FSP angehören und unseren Willen zur Einheit in der Vielfalt, die Ausdruck unserer Identität ist, zu stärken.

In der Vielfältigkeit und Verschiedenartigkeit des Forums von São Paulo liegt das Geheimnis seines langen und erfolgreichen Bestehens. In seiner Fähigkeit, »zu diskutieren, ohne sich gegenseitig zu verletzen, unterschiedlicher Meinung zu sein, ohne sich spalten, zu polemisieren ohne aufzuhören, sich weiterhin als Kampfgenossen zu fühlen,« besteht die Garantie seines Erhaltes als authentischer Raum des Erfahrungsaustausches und der Verknüpfung solidarischer Aktionen.

Wir unterstützen auch in Zukunft die Einheit der Linken und die Stärkung ihrer politischen Organisationen in allen Ländern als äußerst wichtiges Instrument für neue Impulse in den Prozessen des Wandels.

In diesem Sinne empfehlen wir auch die Stärkung der Jugendorganisationen im Schoße der Mitgliedsparteien des Forums von São Paulo sowie die Schaffung eines speziellen Rahmens für die Vernetzung ihrer Jugendorganisationen.

Wir verpflichten uns, unsere Anstrengungen für eine wirkliche Gleichberechtigung der Geschlechter zu verstärken und begrüßen die auf diesem Gebiet erreichten Erfolge, die unter anderen in zwei Präsidentinnen, einem großen Frauenanteil in unseren Parlamentsfraktionen und einer großen Anzahl von Genossinnen an der Spitze sozialer Bewegungen zum Ausdruck kommen.

Mit dem Abschluss unserer Beratungen in Montevideo richten wir wir einen brüderlichen Gruß an das uruguayische Volk und rufen zugleich zur Teilnahme am 15. Treffen in Mexiko-Stadt auf. Auch dort werden wir erneut unseren unverbrüchlichen Willen zum Kampf für die endgültige Befreiung unserer Völker und für den Sozialismus bekräftigen.

Montevideo, 25. Mai 2008.

*XIV Encuentro del Foro de São Paulo, 22 al 25 de Mayo de 2008, Montevideo – Uruguay, DECLARACION FINAL, (XIV. Treffen des Forums von São Paulo, 22.-25. Mai 2008, Montevideo/Uruguay, Schlußerklärung) veröffentlicht im Internet u. a. <http://www.pt.org.br/portalpt/foro/index.php>, Eigenübersetzung der Autoren.*

# Was erwartet der Süden von der europäischen Linken?

**Botschaft des Präsidenten Evo Morales Ayma an die Vereinigte Europäische Linke, GUE/NGL, verlesen von der Botschafterin Boliviens in Frankreich, Luzmila Carpio Sanguenza, während der Konferenz der GUE in Cité de Sciences, Paris, am 18. Mai 2008**

Einen brüderlichen und revolutionären Gruß an diese wichtige Tagung, die der Reflexion und Arbeit für die Zukunft der europäischen Linken gewidmet ist. Aufgrund des enormen Gewichts der Europäischen Union ist es für uns besonders wichtig, dass die Linke in Europa durch die Orientierung ihrer Aktionen gestärkt wird. Ich habe beobachtet, dass das linke Gedankengut in Europa eine schwierige Zeit durchlebt, dass wiederholte Siege einer Rechten festzustellen sind, die wie immer darum bemüht ist, die Privilegien derer, die schon alles haben, auf Kosten derer, die nicht viel haben, zu festigen. Vielleicht zahlen die Kräfte der europäischen Linken heute den Preis für eine Toleranz und Komplizenschaft, die sie allzu sehr den Mechanismen des Marktes angenähert haben, wenn sie in den letzten Jahren an der Macht waren. Das unterstreicht, wie wichtig es ist, weiter darum zu kämpfen, die öffentlichen Dienste zu bewahren, und nicht zu akzeptieren, dass im Namen einer angeblichen ökonomischen Effektivität die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit zu Fall gebracht werden, die in langen sozialen Kämpfen aufgerichtet worden sind. In der Welt gibt es Probleme von großer Dringlichkeit. Wir sind dahin gelangt, dass in der Frage des Klimawandels der Umkehrpunkt überschritten ist, und die sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sind niemals so groß und massenhaft verbreitet gewesen wie heute. Die Folgen der globalen Erwärmung werden auf allen fünf Kontinenten am schlimmsten für die Benachteiligten, die Armen sein, für alle, die schon so viel leiden. Wir zahlen den Preis für eine Konsum- und Produktionsweise ohne Grenzen in einer begrenzten Welt. Europa ist das historische Herz des Kapitalismus gewesen. Seine Linke muss heute einen anderen Weg suchen. Sie muss das Reale verstehen, um das Ideale anzustreben. Von Ländern wie Bolivien aus wollen wir die Bande der gegenseitigen Solidarität mit unsern Brüdern von der europäischen Linken festigen. Für uns bedeutet diese Solidarität nicht Entwicklungshilfe. Es geht vor allem um gemeinsame Aktionen der fortschrittlichen und demokratischen Sektoren hier und dort, damit wir an unserer eigenen Entwicklung arbeiten können. Wir wollen nicht dieses importierte Entwicklungsmodell, das uns in eine weltweite Katastrophe führt. Wir wollen uns nicht in einen gefährvollen Wettbewerb stürzen, um besser zu leben. Wir wollen nur gut leben. Aus Solidarität mit euch, Brüder der europäischen Linken, lasst uns gemeinsam von euern Obrigkeiten fordern, dass sie uns unsere Konflikte selbst regeln und lösen lassen auf dem Wege der Politik und des Dialogs, wie wir es verstehen. Und dass die europäischen Regierungen nicht so sehr den

Vereinigten Staaten folgen, die Kriege von niedriger oder hoher Intensität nähren und präventive Kriege ohne Anfang und Ende unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Drogenhandel und den Terrorismus führen. Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich selbst. Wir müssen dieses zerstörerische System überwinden. Solidarität mit euch, Brüder der europäischen Linken, ist es auch, wenn wir darum kämpfen, dass eure Regierungen uns nicht mit Gewalt in eine Politik des Freihandels zum Nutzen ihrer transnationalen Gesellschaften und Investoren hinein führen, sich unserer Naturressourcen bemächtigen und das Amazonasgebiet und die Schneegipfel unserer Kordilleren zerstören, was katastrophale Folgen für den Klimawandel hätte. Zu glauben, dass die globale Liberalisierung es ermöglichen wird, einige Arbeitsplätze für eure Bürger zu schaffen, ist kurzsichtig, ist ein offensichtlicher Mangel an Bewusstsein. Und es kann nur Revolution geben, wo es Bewusstsein gibt. Mit den Brüdern und Schwestern der europäischen Linken hoffen wir, die Bande für die Verteidigung der so grundlegenden Naturressourcen wie Wasser, für die Verteidigung und Entwicklung der so wesentlichen öffentlichen Dienste, für die wirkliche Demokratie, für die Verteidigung unserer kulturellen Vielfalt enger zu knüpfen. Wir wollen zum Beispiel, dass unsere althergebrachten Gewohnheiten wie der legale, traditionelle und unschädliche Gebrauch der Kokablätter respektiert werden. Wir wollen, dass dieser Planet bewohnbar bleibt für alle seine Bürger und nicht nur für eine immer kleinere Anzahl von ihnen. Ich wünsche euch den allergrößten Erfolg dieser Tagung und hoffe, dass wir weiter unsere Verbindungen festigen können.

**Evo Morales Ayma**  
**Präsident der Republik Bolivien**

# Glossar

- Agrobusiness – Bezeichnung für industriell geprägte Landwirtschaft, orientiert auf Export landwirtschaftlicher Produkte. In Brasilien typisch für das Zusammengehen traditioneller Latifundisten mit dem Industrie- und Bankkapital. Gegenwärtig verantwortlich für 34 Prozent des Bruttosozialprodukts des Landes.
- ALBA – Alternativa Bolivariana para las Américas, Bolivarianische Alternative für die Américas, solidarisches Wirtschaftsbündnis, das 2004 durch Venezuela und Kuba in Kontraposition zur von den USA betriebenen Amerikanischen Freihandelszone (ALCA) gegründet wurde. Inzwischen haben sich auch Bolivien, Nicaragua, der karibische Inselstaat Dominica und Honduras der ALBA angeschlossen. ALBA knüpft an die Vorstellung Simón Bolívars von einem »Großen Vaterland« (Patria Grande) an, einem politisch und wirtschaftlich geeinten Machtblock, und verfolgt einen alternativen Integrationsansatz, der auf Solidarität, Kooperation und gegenseitiger Ergänzung statt Wettbewerb und Kommerz beruht, ist jedoch kein Vertrag im üblichen Sinne, sondern ein offenes Projekt der Kooperation, in dessen Rahmen die verschiedensten Formen der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe verwirklicht werden.
- ALCA – (span.) Área de Libre Comercio de las Américas oder (engl.) FTA, Free Trade Area of the Americas – Amerikanische Freihandelszone. Das Projekt der USA, seit Anfang der 1990er Jahre eine Freihandelszone unter Einbeziehung aller Staaten Nord-, Mittel- und Südamerikas sowie der Karibik unter Ausschluss Kubas zu errichten, gilt seit dem Amerika-Gipfel von Mar del Plata (Argentinien) 2005 als gescheitert, als sich die Präsidenten der wichtigsten Länder Lateinamerikas entschieden gegen die US-Pläne aussprachen.
- Alianza PAIS – Alianza Patria Atilva I Soberana, Allianz Stolzes und Souveränes Vaterland. Bürgerbewegung für die demokratische Umgestaltung Ecuadors, gegründet von Rafael Correa im Februar 2006 für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen; unmittelbar vor den Wahlen erweitert zum Acuerdo PAIS (Abkommen PAIS – die Abkürzung PAIS bedeutet zugleich span. »Land«), einem Bündnis von demokratischen Bürger- und Menschenrechtsbewegungen. Damit entstand ein breites, aber sehr heterogenes demokratisches Abkommen aus politischen und Bürgerbewegungen im nationalen und lokalen Maßstab, die in Fragen der demokratischen Transformation übereinstimmen, aber kaum darüber hinaus. Sein Repräsentant Rafael Correa erhielt im 2. Wahlgang im November 2006, unterstützt von weiteren linken und demokratischen Kräften, darunter die indigene Partei Pachakutik und die Sozialistische Partei-Breite Front (Partido Socialista Ecuatoriano-Frente Amplio. PSE-FA) und die Partei Demokratische Volksbewegung (Movimiento Popular Democrático, MPD), 56,67 Prozent der Stimmen als Präsident der Republik. Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung 2007 errangen Acuerdo PAIS und sympathisierende linke Kräfte 88 von 130 Sitzen.
- ASC – Alianza Social Continental, Soziale Kontinentale Allianz, ein Zusammenschluss von mehr als 50 sozialen Bewegungen Nord-Mittel- und Südamerikas, entstand in der Auseinandersetzung mit der ALCA. Sie wurde 1997 in Belo Horizonte (Brasilien) gegründet, koordiniert Aktionen gegen die ALCA-Verhandlungen zur wirtschaftlichen Liberalisierung, machte ihren Inhalt und ihre voraussichtlichen Folgen öffentlich und ist Hauptakteur bei der Durchführung der »Gipfeltreffen der Völker Lateinamerikas« (Cumbres de los Pueblos).
- Assistenzialismus – »Politik der Hilfeleistung«, Beschränkung auf die Vergabe materieller Mittel im Rahmen von sozialen Notstandsprogrammen ohne grundlegende Veränderung der Bedingungen, die den Notstand herbeiführten, in Brasilien z. B. das Programm »Null Hunger«.
- Banco del Sur – Bank des Südens. Im Ergebnis einer venezolanischen Initiative im Dezember 2007 gegründete südamerikanische Entwicklungsbank, Mitgliedsländer: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela. Die Banco del Sur ist eine lateinamerikanische Alternative zu Weltbank und Internationalem Währungsfond, deren politische und wirtschaftliche Bedingungen für eine Kreditvergabe in Lateinamerika immer stärker abgelehnt werden.
- Bolsa Familia – (wörtlich »Familientasche«) Programm der Lula-Regierung, auf dessen Basis notleidende Familien direkte geldliche Unterstützung erhalten (bei monatlichen Einkommen zwischen 60 und 120 Reais beträgt die Unterstützung zwischen 5 und 95 Reais im Monat).
- BRIC-Staaten – nach den Anfangsbuchstaben die Gruppe der großen und wirtschaftlich leistungsfähigen Länder Brasilien, Russland, Indien, China.

- CAFTA – Central American Free Trade Agreement, Zentralamerikanische Freihandelsvereinigung, ihr gehören alle zentralamerikanischen Staaten an. Gegründet 1997.
- CEPAL – Comisión Económica para América Latina, UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, auch ECLA (engl. Abkürzung), gegründet 1948 durch den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO, ECOSOC; eine der fünf Wirtschaftskommissionen der UNO. Im Rahmen der CEPAL kam es insbesondere in der Zeit der Präsidentschaft von Raúl Prébisch zur Entwicklung ökonomischer Theorien, die unter Betonung der ökonomischen Rolle des Staates die Überwindung von Abhängigkeit und Unterentwicklung in Lateinamerika zum Ziel hatten.
- Charta von Porto Alegre – auch Charta der Prinzipien, Carta de Principios. Angenommen im Jahre 2000 auf dem ersten Weltsozialforum in Porto Alegre. In ihr wird das Weltsozialforum als offener Raum und als Prozess charakterisiert, die dazu dienen, die Zusammenarbeit vieler sozialer Bewegungen zu erleichtern und Alternativen zur neoliberalen Globalisierung zu erarbeiten.
- CMS – Conselho dos Movimentos Sociais, Rat der sozialen Bewegungen brasilianische Koordinierungsorganisation der wichtigsten sozialen Bewegungen.
- COB – Central Obrera Boliviana, Bolivianischer Gewerkschaftsverband, gegründet im April 1952; zu seinen programmatischen Zielen gehörten die Nationalisierung des Bergbaus und anderer Schlüsselzweige und die Agrarreform. Kern der COB ist traditionell die Föderation der Bergarbeiter, ihr gehören jedoch auch der Bauernverband, die Lehrgewerkschaften, die Fabrikarbeiterföderation u. a. an. Die bolivianische Gewerkschaftsbewegung ist nicht nach ideologischen Richtungen gespalten, wie in anderen Ländern, sondern wird von jeher durch den Einheitsverband der COB vertreten, sie hat über lange Zeit wesentlichen Einfluss auf die nationale Entwicklung ausgeübt und trat sehr kämpferisch auf, ist jedoch infolge des wirtschaftlichen Verfalls in den letzten Jahrzehnten erheblich geschwächt worden.
- Colorado-Partei, Paraguay – konservative Partei, die 61 Jahre lang ohne Unterbrechung Paraguay regierte. Exponent dieser rechten Partei war u. a. Alfredo Stroessner, der seine Diktatur in den Jahren von 1954 bis 1989 aufrechterhielt.
- COMIBOL – Corporación Minera de Bolivia, staatliche Bergbaugesellschaft Boliviens, gegründet 1952, über Jahrzehnte ein Grundpfeiler der nationalen Wirtschaft (insbesondere Zinnbergbau), nahm auch soziale Aufgaben wahr; in den 1980er Jahren im Zuge der Privatisierung der Bergbauunternehmen aufgelöst, wiedergegründet am 31. Oktober 2006.
- Commodities – Bezeichnung im Welthandel für Rohstoffe und Basisprodukte mit geringer industrieller Verarbeitung (landwirtschaftliche Erzeugnisse, Mineralien, Holz etc.).
- CONAIE – Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador, Konföderation der indigenen Nationalitäten Ecuadors, Dachorganisation zahlreicher indigener Organisationen Ecuadors, gegründet 1986. Als politische Bewegung auf nationaler Ebene umfasst sie die regionalen Konföderationen CONFENIAE (Amazonasgebiet), ECUARUNARI (Hochland) und COICE (Küste) und ist Mitglied des internationalen Netzes indigener Organisationen. Ihr Hauptziel ist die Wahrnehmung der ökonomischen, sozial-kulturellen und politischen Interessen und Rechte der indigenen Ethnien, insbesondere die Verteidigung der kulturellen Identität, die Erhaltung ihrer Territorien und die Autonomie der indigenen Gemeinden, die Bewahrung der Natur vor der Zerstörung durch Bergbau, Erdölraubeutung, Abholzung der Wälder und Kontaminierung der Umwelt. In der Gegenwart tritt die CONAIE vor allem für die Verankerung der Plurinationalität der Gesellschaft (das heißt die gleichberechtigte Anerkennung aller menschlichen Lebensweisen) in der neuen Verfassung Ecuadors ein.
- CONTAG – Confederação de Trabalhadores Agrarias, Nationaler Verband der Landarbeiter, brasilianische Organisation der Landarbeiter und (Klein-) Bauern.
- Coronel – Oberst, als »politische Coronels« werden in Brasilien örtliche bzw. regionale Machthaber bezeichnet, die im alten Latifundiensystem die zentrale politische Figur darstellten.
- CTV – Confederación de Trabajadores de Venezuela, Konföderation der Werktätigen Venezuelas. Bis 2003 größter Gewerkschaftsdachverband Venezuelas, von einer korrupten unternehmerfreundlichen Gewerkschaftsbürokratie und der sozialdemokratisch orientierten Partei AD gesteuert. Beteiligt am Putsch 2002 gegen Chávez.
- CUT Brasilien – Central Única dos Trabalhadores, Einheitsgewerkschaftszentrale der Werktätigen, größte Gewerkschaftsdachverband Brasiliens, gegründet 1983, rund 7,5 Mill. Mitglieder, der PT nahestehend.
- Desarrollismo (span.), Desenvolvimentismo (port.) – »Entwicklungstheorie«, Gesamtheit von Wirtschaftstheorien in Lateinamerika, insbesondere in der CEPAL vertreten, die auf die Überwindung von Unterentwicklung gerichtet sind und das nachholende industrielle Wachstum und die Entwicklung der Infrastruktur mit direkter Beteiligung des Staates vorsehen.
- DIE LINKE.SDS – DIE LINKE.Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband.

- ENARSA – Energia Argentina S.A., Argentinische Energie AG, staatliches Energieversorgungsunternehmen in Argentinien, gegründet 2004 im Zuge der Renationalisierung des Energiesektors durch Präsident Kirchner.
- FARC-EP – Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo, Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volkshेर, größte linke Guerillaorganisation in Kolumbien, entstand 1964 in der Provinz Marquetalia aus der bewaffneten Selbstverteidigung der Bauern gegen den Terror des Staates und der Großgrundbesitzer. Älteste Guerilla Lateinamerikas, heute auf dem gesamten Territorium Kolumbiens aktiv, nachdem In den 1980er Jahren Vereinbarungen mit der Regierung zur Wiedereingliederung in das zivile politische Leben des Landes mit der Ermordung der Aktivisten beantwortet wurden. Ansätze eines Dialogs mit der Regierung unter Präsident Pastrana zur Einleitung eines Friedensprozesses wurden im Februar 2002 von der Regierung abgebrochen. Da die FARC zahlreiche Gefangene (Militärs und entführte Personen) in ihrem Gewahrsam haben, bemühen sie sich um einen Gefangenen austausch mit der Regierung (humanitärer Austausch), der jedoch bisher verweigert wird. Ihre Vorschläge für eine politische Lösung des bewaffneten Konflikts (Frieden mit sozialer Gerechtigkeit) werden unbeantwortet gelassen. Von der Europäischen Union als terroristische Vereinigung eingestuft.
- FMLN – Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional, Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí, langjährige bewaffnete Befreiungsbewegung, heute eine der wichtigsten politischen Parteien in El Salvador.
- Fome Zero – »Null Hunger«, Programm der Lula-Regierung zur Bekämpfung des Hungers durch Volksküchen und Lebensmittelgutscheine an extrem arme Familien (44 Mill. Menschen in Brasilien). Zum Programm gehört auch die Förderung der landwirtschaftlichen Familienproduktion.
- FA, Uruguay – Frente Amplio, Breite Front, gegründet 1971, ältestes existierendes Linksbündnis in Lateinamerika. Ihr gehören heute 12 politische Parteien und Bewegungen mit zahlreichen Untergruppierungen an, regiert seit 1989 die Hauptstadt Montevideo, im November 2004 gewann der Präsidentschaftskandidat der FA, Dr. Tabaré Vázquez, die nationalen Wahlen mit 51,4 Prozent bereits in der ersten Runde und ist seit März 2005 Regierungschef. Die FA-Regierung verfolgt eine vorsichtige Politik langfristiger politischer, wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen.
- FUCVAM – Federación Uruguaya de Cooperativas de Vivienda por Ayuda Mútua, Uruguayischer Verband der Wohnungskooperativen zur gegenseitigen Unterstützung, wurde 1970 gegründet und zählt heute über 16.000 Familien als Mitglieder. Ihr Anliegen ist die Schaffung sozialer Gerechtigkeit durch kooperativen Wohnungsbau. FUCVAM spielt im politischen Leben Uruguays eine bedeutende Rolle.
- Gaskrieg – Der Konflikt um die Renationalisierung der bolivianischen Gasvorkommen, die zum größten Teil zu ungünstigen Bedingungen ausländischen Gesellschaften überlassen worden waren, verschärfte sich im Oktober 2002, als der Plan zum Bau einer Gasleitung über chilenisches Territorium zum Pazifik bekannt wurde. Im Oktober 2003 kam es zu Protesten der Bevölkerung, besonders im Ort El Alto, die durch den Einsatz von Militär mit zahlreichen Todesopfern eskalierten und den Präsidenten Sánchez Lozada zum Rücktritt zwangen. Evo Morales, der mit Mehrheit gewählte indigene Präsident, veröffentlichte am 1. Mai 2006 das Dekret zur Nationalisierung der Gasvorkommen Boliviens.
- Gerdau – brasilianische Gruppe der Montanindustrie, hat 317 Unternehmen in 14 Ländern, besonders in Lateinamerika. Nimmt den 14. Platz in Stahlindustrie in der Welt ein.
- Gruppe G20 – Zusammenschluss von 20 Entwicklungsländern in der Welthandelsorganisation (WTO). Brasilien war Mitinitiator der Formierung der Gruppe während des WTO-Treffens in Cancún (Mexiko) im Jahre 2003, die die von den Industrieländern vorgesehene Agenda zum Scheitern brachte. Sie wendet sich gegen die hohen landwirtschaftlichen Subventionen in den westlichen Industriestaaten und die Beschränkungen für den Agrarexport der Entwicklungsländer. Die Länder der G20, darunter neben Brasilien und vielen lateinamerikanischen Staaten Indien, Südafrika, China, vertreten 65 Prozent der Weltbevölkerung.
- ILO – International Labor Organisation, Internationale Arbeitsorganisation, IAO, Institution der UNO mit Sitz in Genf, die sich für international anerkannte Normen von Arbeitsrechten und Arbeitsorganisation einsetzt und durch Konventionen die Staaten zu Verpflichtungen auf diesem Gebiet zu bewegen versucht.
- IPEA – Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada, Institut für angewandte Wirtschaftsforschung, Brasilien, ist dem Ministerium für Strategische Fragen zugeordnet.
- Itaú-Bank – Holdinggesellschaft, zweitgrößte Privatbank Brasiliens mit Sitz in São Paulo, 2006 verfügte sie über 210 Mrd. US\$ Aktiva.
- IWF – Internationaler Währungsfond, engl. Abkürzung IMF, International Monetary Fund, eine Sonderorganisation der UNO, die die Stabilität der internationalen Währungssysteme sichern soll, von den USA und Westeuropa dominiert. In Lateinamerika, wie auch in anderen Regionen, stoßen die wirt-

- schaftspolitischen Bedingungen, die der IWF mit der Kreditgewährung verknüpft, zunehmend auf Ablehnung, da diese einseitig auf die Durchsetzung des neoliberalen Wirtschaftsmodells ausgerichtet sind.
- Manta – Insel vor der Pazifikküste Ecuadors, die die USA als Militärstützpunkt nutzen. Der Vertrag darüber kam nicht verfassungsgerecht, d. h. ohne Zustimmung des ecuadorianischen Parlaments zustande. Der neue Präsident Ecuadors, Rafael Correa, kündigte an, dass Ecuador den Vertrag aufkündigen wird.
- Mapuche – indigenes Volk in Chile und Argentinien. Den Mapuche gelang es, ihre Unabhängigkeit gegen die spanische Kolonialherrschaft und die Nachfolgestaaten bis ins 19. Jahrhundert zu bewahren. Sie kämpfen um die Anerkennung ihrer Autonomie, ihrer Sprache und Traditionen und gegen die Enteignung ihrer Territorien durch Holz- und Bergbauunternehmen sowie Staudammprojekte. In der letzten Zeit kam es zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und Repressalien gegen Mapuche-Angehörige seitens der chilenischen Polizei und Justiz sowie Schlägergruppen der Unternehmen.
- MAS, Bolivien – Movimiento al Socialismo, Bewegung zum Sozialismus, gegründet 1999 unter dem Namen Instrumento Político para la Soberanía de los Pueblos, IPSP (Politisches Instrument für die Souveränität der Völker, gemeint sind die indigenen Völker Boliviens), stützt sich auf starke soziale Organisationen auf dem Lande und in den Städten. Regierungspartei seit Januar 2006, 72 Sitze (von 130) in der Abgeordnetenversammlung und 12 (von 27) im Senat (Obere Kammer).
- MERCOSUR – Mercado Común del Sur, Gemeinsamer Markt des Südens, größte Integrationsgemeinschaft Südamerikas mit einem Binnenmarkt von mehr als 260 Mill. Menschen; Bruttoinlandprodukt ca. 1 Bill. US-Dollar, Exporte etwa 200 Mrd. US-Dollar, Importe 130 Mrd. US-Dollar; gegründet 1991, Mitglieder sind Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela (seit 2006, Aufnahmeprozess noch nicht abgeschlossen), assoziierte Staaten sind Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Peru. Der MERCOSUR orientiert auf eine von USA unabhängige Wirtschaftsentwicklung und entwickelt Ansätze einer weitergehenden Integrationspolitik, die jedoch oft an den Rivalitäten zwischen Argentinien und Brasilien scheitern.
- MST – Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra, Bewegung der landlosen Bauern in Brasilien, entstand Ende der 1970er Jahre und wurde 1984 offiziell gegründet. Sie ist neben anderen Organisationen landloser Bauern die stärkste soziale Bewegung Brasiliens und in Lateinamerika. Neben dem Kampf um die Agrarreform (Enteignung und Verteilung von Boden), der häufig mit Besetzungen von Latifundistenland geführt wird, widmet sie sich der Ausbildung ihrer Mitglieder für Wirtschaftsführung, landwirtschaftliche Technik, Genossenschaftswesen und in der Allgemeinbildung und engagiert sich zu Fragen der Landwirtschaftspolitik und anderen Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung.
- NAFTA – North America Free Trade Agreement oder (span.) Tratado de Libre Comercio de América del Norte, TLCAN, Nordamerikanische Freihandelszone, gegründet am 1. Januar 1994 (am gleichen Tag begann der Aufstand der Zapatistas in Mexiko). Ihr gehören die USA, Kanada und Mexiko an. Die Auswirkungen der Öffnungen der Märkte waren für die Wirtschaft und die sozialen Bedingungen Mexikos zerstörerisch, vor allem in der Landwirtschaft.
- OSAL – Observatório Social de América Latina, Soziales Observatorium Lateinamerikas, ist eine Einrichtung des Lateinamerikanischen Rates der Sozialwissenschaften (Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales, CLACSO), einer nichtstaatliche Vereinigung von Forschungseinrichtungen lateinamerikanischer Länder mit Konsultationsstatus bei der UNESCO, wurde im April 2000 gegründet. Das Observatorium publiziert regelmäßig über politische, soziale und wirtschaftliche Themen Lateinamerikas (Zeitschrift OSAL). Sitz: Buenos Aires, Argentinien.
- PDVSA – Petróleos de Venezuela Sociedad Anónima, staatlicher Erdölkonzern Venezuelas.
- Petrobras – Petróleo Brasileiro S.A, Brasilianisches Erdöl AG, staatliches Erdölunternehmen Brasiliens, zählt zu den 10 größten Unternehmen in der Welt, in der Gegenwart jedoch durch Teilprivatisierungen in seiner Rolle als Staatskonzern eingeschränkt.
- Petrocaribe – bezeichnet ein Abkommen aus dem Jahre 2005 für die Belieferung von insgesamt 18 Staaten der Karibik und Mittelamerikas mit venezolanischem Erdöl zu Vorzugspreisen.
- Petrosur und Petroandino – analoge Abkommen zu Petrocaribe zwischen Venezuela und südamerikanischen Staaten bzw. Staaten des Andenraumes. Die Erdölabkommen (Petrocaribe, Petrosur und Petroandino wie auch die Banco del Sur und der Fernsehsender TeleSur) werden als Beispiel für die von vielen linken Regierungen Lateinamerikas angestrebten neuen Formen von Kooperations- und Integrationsbeziehungen auf der Basis von Solidarität und gegenseitiger Unterstützung betrachtet.
- Piqueteros – eigentlich: Streikposten, soziale Bewegung der Arbeitslosen, die sich in Argentinien in den 1990er Jahren gegen die Folgen neoliberaler Politik formierte. Durch Privatisierungen und Marktregulierungen wurden Tausende Menschen arbeitslos, die durch Protestaktionen, Straßensperren und Aufstände gegen die neoliberalen Regierungen Argentinien vorgingen.



- Plano Real – 1994 vom damaligen Finanzminister Brasiliens Fernando Henrique Cardoso eingeleitete Wirtschafts- und Währungsreform, die u. a. eine neue brasilianische Währung einführt (den Real) und diesen in einem festen Wechselkurs an den Dollar band (ca. 0,90 Reais zu einem Dollar).
- PSDB – Partido da Social Democracia Brasileira, Sozialdemokratische Partei Brasiliens, gegründet 1988 unter aktiver Mitwirkung des späteren Präsidenten Fernando Henrique Cardoso, gegenwärtig die stärkste Oppositionspartei des Landes.
- P-SOL – Partido Socialismo e Liberdade, Partei Sozialismus und Freiheit, Brasilien. Gegründet 2004 von ehemaligen Mitgliedern der PT, nahm Teile der Gruppierungen Sozialistische Volksaktion, Sozialistische Verbindung, Sozialistische Strömung der Werktätigen, Linksozialistische Bewegung und andere linksradikale Gruppen auf. Sie wird als am weitesten linksstehende politische Gruppierung betrachtet. Vorsitzende ist Heloisa Helena, die 2006 als Gegenkandidatin zu Lula antrat.
- PTU – Partido Socialista dos Trabalhadores Unificado, Sozialistische Einheitspartei der Werktätigen in Brasilien, gegründet 1994, ist eine trotzkistische Gruppierung und gehört der Liga der Werktätigen – Vierte Internationale an.
- PSUV – Partido Socialista Unido de Venezuela, Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas, Regierungspartei in Venezuela, gegründet Anfang 2008, Ziel ist die Bündelung aller politischen Kräfte, die Präsident Hugo Chávez unterstützen.
- PT – Partido dos Trabalhadores, Partei der Werktätigen in Brasilien, in deutscher Übersetzung auch Arbeiterpartei, gegründet 1980 während der Militärdiktatur, formierte sich aus der Gewerkschafts-, Frauen-, Studenten-, Umwelt- und Bauernbewegung im Kampf gegen die Militärdiktatur. Ihre Gründer kamen sowohl aus den Reihen kommunistischer, anarchistischer, trotzkistischer und marxistischer Gruppen als auch aus Kreisen der Theologie der Befreiung und der fortschrittlichen katholischen Kirche. Nach wie vor ist die PT eine Partei mit zahlreichen unterschiedlichen Strömungen, vorherrschend ist die sogenannte articulação (Verbindung), heute unter dem Namen »Ein neues Brasilien aufbauen«.
- Real (pl. Reais) – brasilianische Währung.
- TeleSUR – Televisión del Sur, Fernsehen des Südens, multinationaler TV-Satellitensender mit Sitz in Caracas, geht auf eine Idee von Fidel Castro von einem »lateinamerikanischen CNN« zurück und soll das Meinungsmonopol der großen westlichen Medienkonzerne in Lateinamerika brechen.
- UBV – Universidad Bolivariana de Venezuela, Bolivarische Universität Venezuelas, gegründet 2003 durch die Regierung Chávez, um Studenten aus Schichten mit niedrigem Einkommen auszubilden und das Bildungsmonopol zu brechen. Zweigstellen in verschiedenen Landesteilen.
- UNASUR – Unión de Naciones Suramericanas, Union südamerikanischer Nationen, Staatengemeinschaft von 12 südamerikanischen Staaten, gegründet im Mai 2008, Mitglieder: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Paraguay, Peru, Suriname, Uruguay, Venezuela. Definierte Ziele sind laut Gründungsdokument der Kampf gegen »Ungleichheit, soziale Ausgrenzung, Hunger, Armut und Unsicherheit«. Langfristig wird über die wirtschaftliche Integration hinaus eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik angestrebt. Die Einrichtung eines gemeinsamen Verteidigungsrates wird bisher von Kolumbien verhindert.
- UNT – Unión Nacional de Trabajadores, Nationale Union der Werktätigen. 2003 gegründeter Dachverband venezolanischer Gewerkschaften.
- URNG – Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca, Guatematekische Nationale Revolutionäre Einheit, 1982 aus mehreren Guerillaorganisationen hervorgegangene bewaffnete Befreiungsbewegung in Guatemala, 1997 in eine politische Partei umgewandelt. Die URNG nutzt ihre kleine Parlamentsfraktion, um mit Initiativen für die Stärkung der Demokratie, die soziale Gerechtigkeit und die Rechte der indigenen Bevölkerung Guatemalas einzutreten.
- Vale do Rio Doce – Montanunternehmen Brasiliens, bis 1997 staatliches Unternehmen mit Anteilen privaten Kapitals, wurde privatisiert und weit unter Wert verkauft. Es produzierte 2005 240 Mill. Tonnen Eisenerz, vor allem in der Fundstätte Serra de Carajás. Nimmt weltweit den 33. Platz unter Stahlproduzenten ein.
- Via Campesina – internationale Bauernorganisation, die 1992 auf einem Bauernkongress (Managua/Nicaragua) gegründet wurde. Gegenwärtig befindet sich der Sitz des Generalsekretärs in Indonesien. Ihr gehören Bauernorganisationen aller Kontinente an. Via Campesina tritt für eine umweltschonende, kleinbäuerliche Landwirtschaft ein, die in der Lage sein soll, die Versorgung der lokalen Bevölkerung sicherzustellen. Sie setzt sich für weitreichende Land- und Bodenreformen und gegen Gentechnik in der Landwirtschaft ein.
- Wasserkrieg von Cochabamba (Bolivien) – Kampffaktionen der Bevölkerung im April 2000 gegen die Privatisierung der Wasserversorgung im Gebiet von Cochabamba, von einer breiten sozialen Bewegung getragen. Die US-Firma Bechtel (Kalifornien) musste auf die Pläne zur Übernahme der Wasserversorgung, die gemeinsam mit dem IWF ausgearbeitet wurden, verzichten und sich zurückziehen.

- Weltsozialforum (WSF) – Welttreffen sozialer Bewegungen, findet in Belém (Brasilien) im Januar 2009 zum neunten Male statt. Es ist ein Raum, in dem Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit ausgetauscht werden und über Alternativen zum Neoliberalismus nachgedacht wird. Inzwischen hat sich das WSF weltweit etabliert. Tausende Menschen und viele soziale Bewegungen nehmen teil, um die Arbeit ihrer Organisationen zu vernetzen und gemeinsame Aktionen zu planen.
- YPFB – Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos, staatliche Erdölgesellschaft Boliviens, gegründet 1936, betrieb die Errichtung von Raffinerien, Ölleitungen, Infrastruktureinrichtungen und die Ausbildung von Fachleuten; nach 1996 durch Privatisierungen weitgehend ihrer Bedeutung beraubt und auf einige Dienstleistungsaufgaben beschränkt, wiedergegründet am 1. Mai 2006 mit der Nationalisierung der Erdöl-/Erdgasindustrie.
- Zapatistas – indigene Bewegung im Bundesstaat Chiapas (Mexiko), die für Autonomie und Basisdemokratie eintritt und gegen neoliberale Politik kämpft. Am 1. Januar 1994 traten die Zapatistas, eine Bewegung, die an den Namen des mexikanischen Revolutionsführers Emiliano Zapata (1879 -1919) und seine Losung »Land und Freiheit« anknüpft, mit dem Ruf »Ya basta!« (Es reicht!) an die Öffentlichkeit.

# Biographische Angaben

- Bachelet, Michelle – geb. 1951, Kinderärztin, Staatspräsidentin Chiles seit 2006, gehört der Sozialistischen Partei an, die u. a. mit den Christdemokraten die Concertación de Partidos por la Democracia (Koalition der Parteien für die Demokratie) bilden.
- Baduel, Raúl Isaías – geb. 1955, General i. R., 1982 Mitbegründer der Bolivarischen Bewegung in Venezuela, führend an der Niederschlagung des Putsches vom April 2002 beteiligt, 2006/07 Verteidigungsminister, Gegner der 2007 angestrebten Verfassungsreform.
- Batista y Zaldívar, Fulgencio – 1901-1973, kubanischer Militär, errichtete nach seinem Militärputsch 1952 ein diktatorisches USA-höriges Regime in Kuba, 1959 durch die Revolution unter Führung Fidel Castros gestürzt.
- Betancourt, Rómulo – 1908-1981, Gründer und jahrzehntelang Vorsitzender der venezolanischen Partei Acción Democrática, AD (Demokratische Aktion), prägende Figur ihres rechten Flügels, 1945-1948 nach dem Sturz der Militärregierung Isaías Medina Angarita Übergangspräsident, 1959-1964 gewählter Präsident Venezuelas.
- Bolívar, Simón – Simón José Antonio de la Santísima Trinidad Bolívar Palacios y Blanco, 1783-1830, geb. in Caracas, entstammte der kreolischen Aristokratie, Führer im Befreiungskampf Südamerikas von der spanischen Kolonialherrschaft ab 1811 (Beiname El Libertador – der Befreier), gründete die Republiken Kolumbien (Territorien der heutigen Staaten Venezuela, Kolumbien, Panama und Ecuador), Bolivien und Peru als Symbol für nationale Unabhängigkeit, lateinamerikanische Solidarität und Vordenker für gesellschaftliche Veränderungen ideologischer Bezugspunkt der Bolivarischen Bewegung in Venezuela,
- Caldera Rodríguez, Rafael – geb. 1916, 1946 Mitbegründer der christdemokratischen Partei COPEI, 1969-1974 Präsident Venezuelas, verließ die COPEI 1987 im Streit um die Präsidentschaftskandidatur, gründete die Partei Convergencia Nacional und absolvierte 1994-1999 eine zweite Amtsperiode als Präsident an der Spitze einer Koalitionsregierung mit verschiedenen linken Gruppierungen.
- Cardoso, Fernando Henrique – Soziologe und Universitätsprofessor, Präsident Brasiliens von 1995 bis 2002. Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (PSDB – Partido da Social Democracia Brasileira). Während seiner Präsidentschaft wurden umfangreiche Privatisierungen durchgeführt. Seine Wirtschafts- und Sozialpolitik orientierte sich an den Vorgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF).
- Carrizales Rengifo, Ramón Alonso – geb. 1952, seit 2008 Vizepräsident Venezuelas, er ist Minister für Wohnungsbau und war Minister für Infrastruktur (2004-2006).
- Chávez Frías, Hugo – geb. 1954, 1975 Absolvent der venezolanischen Militärakademie, 1982 Gründer der Bolivarischen Bewegung in Venezuela, Armeekarriere bis zur gescheiterten Militärerhebung 1992, ab 1997 Führer der Bewegung V. Republik, MVR, seit 1998 Staatspräsident, 2000 und 2006 wiedergewählt, seit 2008 Vorsitzender der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas, PSUV.
- Collor de Mello, Fernando – Präsident Brasilien 1990-1992, Vertreter einer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik, war in Korruptions- und Bestechungsaffären verwickelt und wurde durch ein Impeachment-Verfahren (Anklage wegen Amtsvergehen) zum Rücktritt gezwungen.
- Correa Delgado, Rafael Vicente – geb. 1963, Präsident Ecuadors seit 15. Januar 2007, gelangte an der Spitze der Bewegung PAIS (Patria Altiva y Soberana, Stolz und Souveränes Vaterland), einer Koalition aus linken und demokratischen Persönlichkeiten und Organisationen, ins Amt und will eine »Bürgerrevolution« demokratischen und nationalen Charakters einleiten; linker Christ, Wirtschaftswissenschaftler, Vertreter linksnationaler Positionen.
- Crusius, Yeda – Gouverneurin des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul seit 2007. Sie gewann die Wahl in der Auseinandersetzung mit dem Kandidaten der PT, die lange Zeit den Bundesstaat und die Hauptstadt Porto Alegre regierte. Crusius ist Ökonomin, war Bundesabgeordnete und ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (PSDB). Polizeiaktionen gegen die Landlosenbewegung MST kennzeichnen die rechte Orientierung dieser Administration.
- da Silva, Luiz Inácio Lula – siehe unter Lula da Silva
- Fernandes, Florestan – 1920-1995, Soziologe, Politiker mit marxistischer Orientierung, Begründer der brasilianischen kritischen Soziologie.

- Frei, Betto – brasilianischer Dominikanerpater, bürgerlicher Name Carlos Alberto Libanio Christo, geb. 1944, Vertreter der Befreiungstheologie, Schriftsteller und Publizist, war in der Regierung Lula Staatssekretär im Rahmen des Programms »Fome Zero«, verließ die Regierungsposition, da er mit dem Inhalt des Programms und seiner Realisierung zunehmend in Widerspruch geriet.
- Freyre, Gilberto – 1900-1987, brasilianischer Soziologe, Schriftsteller und Maler, gilt als einer der großen Intellektuellen in der Geschichte Brasiliens.
- Furtado, Celso Monteiro – 1920-2004, brasilianischer Ökonom und Soziologe, Vertreter der Entwicklungstheorie (desenvolvimentismo) und der Theorie der Unterentwicklung. Zusammenarbeit mit Raúl Prebisch in der CEPAL. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Theorie und Politik der wirtschaftlichen Entwicklung.
- Genro, Tarso – geb. 1947, brasilianischer linker Politiker. In der Regierung Lula seit 2007 Justizminister. 1997-2001 Bürgermeister der Stadt Porto Alegre. Abgeordneter der PT und im Krisenjahr 2005 zeitweilig Präsident der PT.
- Gonzalo Sánchez de Losada – Präsident Boliviens in den Jahren 1993-1997 und 2002-2003, am 17. Oktober 2003 durch einen Volksaufstand gestürzt und in die USA geflohen. Hauptvertreter einer forcierten USA-abhängigen neoliberalen Wirtschaftspolitik, verantwortlich für zahlreiche Todesopfer beim Einsatz von Militär gegen Protestaktionen der Bevölkerung; die bolivianische Regierung verlangt seine Auslieferung, um ihn vor Gericht zu stellen.
- Gutiérrez, Lucio Edwin – Militär, Präsident Ecuadors 2003-2005. Gegen seine neoliberale Politik entwickelten sich starke Volksbewegungen, die ihn zum Rücktritt zwangen.
- Hándal, Schafik Jorge – 1930-2006, historische Führungspersönlichkeit der Kommunistischen Partei El Salvadors und später der FMLN (Nationale Befreiungsbewegung Farabundo Martí), einer der wichtigsten Führer (Comandante Simón) des bewaffneten Befreiungskampfes im Zeitraum 1981 bis 1994, trug wesentlich zur Umwandlung der FMLN in eine politische Partei und zur Einheit der linken Kräfte in El Salvador bei.
- Harnecker, Marta – chilenische Soziologin, publiziert regelmäßig über lateinamerikanische Probleme, besonders über Probleme der Linken, lebt gegenwärtig in Venezuela.
- Helena Lima de Moraes Carvalho, Heloísa – brasilianische Politikerin, Senatorin seit 2003, wurde gemeinsam mit anderen Abgeordneten 2005 aus der PT ausgeschlossen, weil sie sich gegen die Sozialversicherungsreform der Regierung Lula wandten, und gründete mit ihnen die linke Oppositionspartei P-SOL. Heloísa Helena trat 2006 als Präsidentschaftskandidatin gegen Lula und andere auf. Ihr Ergebnis lag bei ca. 6 Prozent der Wählerstimmen. Sie führte eine fast ausschließlich gegen Lula und die PT gerichtete Wahlkampagne.
- Hernández Wohnsiedler, Roberto Manuel – venezolanischer Politiker, Rechtsanwalt, bis 2006 Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Venezuelas, dann Übertritt zur Regierungspartei PSUV, seit 1999 Abgeordneter der Nationalversammlung und bis April 2008 deren erster Vizepräsident, seitdem Arbeitsminister.
- Istúriz, Aristóbulo – geb. 1946, venezolanischer Gewerkschafter und Pädagoge, als Kandidat der Linkspartei Causa R von 1993 bis 1996 Bürgermeister im Distrikt Libertador von Caracas, 1997 Mitbegründer der Linkspartei Patria para Todos, PPT (Vaterland für Alle), 2001-2006 Minister für Volksbildung bzw. Volksbildung, Kultur und Sport, 2006 Übertritt zur Regierungspartei PSUV und Mitglied deren nationaler Leitung sowie Vizepräsident für die Region Groß-Caracas und den Bundesstaat Vargas.
- Kirchner, Nestor – geb. 1950, Jurist, peronistischer Politiker, argentinischer Präsident 2003-2007. Kirchner gehört den »linken«, sozialdemokratisch orientierten Strömungen innerhalb der peronistischen Partei an. Kirchner führte das Land aus dem politischen Chaos und einer schweren Wirtschaftskrise. Er hat insbesondere durch seine kritische Distanz gegenüber den USA (Ablehnung der ALCA) und die Betonung einer national orientierten Wirtschaftspolitik Anerkennung in Lateinamerika erfahren. Bei den Wahlen 2007 folgte ihm seine Ehefrau Cristina Fernández de Kirchner im Amt des Staatspräsidenten nach.
- León Gibory, María – venezolanische Pädagogin, 2000 Präsidentin des Nationalen Fraueninstituts Venezuelas, ab 2006 Ministerin für Frauenfragen, bis 2006 Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Venezuelas, dann Übertritt zur Regierungspartei PSUV, Mitglied der Nationalleitung der PSUV.
- Linera, Álvaro García – Vizepräsident Boliviens seit 2006, geb. 1962, linker Politiker und Theoretiker, wegen Beteiligung an der Guerillabewegung »Tupac Katari« in den 1980er Jahren eingekerkert, Universitätsprofessor, Mathematiker und Soziologe, Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu gesellschaftlichen Problemen Boliviens.
- Lugo, Fernando – geb. 1951, seit 1994 Bischof, paraguayischer Vertreter der Theologie der Befreiung, steht Frei Betto, Dom Hélder Câmara (Brasilien) nahe. Setzt sich für soziale Gerechtigkeit und Landreform ein. Damit begann er, sich politisch zu engagieren und leitete die Bewegung »Bürgerwiderstand« (Re-

- sistencia Ciudadana) im Jahre 2006, zu der sich oppositionelle Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen zusammenschlossen. Für die Koalition Alianza Patriótica para el Cambio (Patriotische Allianz für den Wandel) war er bei den Wahlen 2008 Präsidentschaftskandidat und gewann mit 40,83 Prozent der Wählerstimmen. Damit wurde nach 61 ununterbrochener Herrschaft – darunter 35 Jahre Stroessner-Diktatur – die politische Vorherrschaft der Colorado-Partei erstmalig gebrochen.
- Lula da Silva, Luiz Inácio – geb. 1945, Präsident Brasiliens seit Januar 2003. Von Beruf Mechaniker. In den 1970er/1980er Jahren Führer der Metallarbeitergewerkschaft im Großraum São Paulo, Mitbegründer der PT (Partido dos Trabalhadores – Partei der Werktätigen), bis 1998 Vorsitzender der PT, kandidierte fünfmal als ihr Repräsentant zu Präsidentenwahlen in Brasilien, bis er 2002 die Wahl mit über 50 Prozent der Wählerstimmen gewann, wurde 2006 mit ca. 57 Prozent der Stimmen wiedergewählt. (Lula ist eine volkstümliche Abkürzung für Luíz).
- Meirelles, Henrique – gegenwärtiger Präsident der Zentralbank Brasiliens, seit 2005 im Rang eines Ministers. Meirelles war lange Jahre Präsident der BankBoston (USA). Verließ 2002 diese Position und wurde Abgeordneter der Sozialdemokratischen Partei, PSDB. Lula berief ihn zum Präsidenten der Zentralbank.
- Miquilena, Luis – geb. 1919, venezolanischer Politiker, in seiner Jugend Mitglied u. a. der Kommunistischen Partei Venezuelas, PCV, und der Demokratischen Republikanischen Union, URD, Mitbegründer der Bewegung V. Republik, MVR, Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Venezuelas von 1999, 1999-2002 Innenminister, legte alle Ämter nieder, als die Regierung Chávez Kurs auf tiefgreifende soziale Reformen nahm, und ging beim Putsch vom April 2002 zur Opposition über.
- Morales Ayma, Evo – erster indigener Präsident Boliviens und Vorsitzender der Bewegung zum Sozialismus, MAS, geb. 1959 in einer bäuerlichen Aymara-Familie, ehemaliger Gewerkschaftsführer aus der Bewegung der Kokabauern (Cocaleros) und Mitbegründer der MAS; wurde am 18. Dezember 2005 mit 53,7 Prozent der Stimmen ins Amt des Staatspräsidenten gewählt, das er am 22. Januar 2006 antrat. Er stellte sich aufgrund der von der Opposition heraufbeschworenen Konflikte und Unruhen am 10. August 2008 einem Referendum über seine Abberufung und wurde mit 67,8 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt.
- Müller Rojas, Alberto – General i. R., ehemaliger Botschafter Venezuelas in Chile; langjähriger Militärberater des venezolanischen Präsidenten Chávez, Kandidat der Nationalleitung und 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der Regierungspartei PSUV.
- Oliveira, Fransisco – brasilianischer Soziologe. Professor an der Universität São Paulo. Mitbegründer der PT, trat 2004 aus Protest gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Lula aus der PT aus; einer der Mitbegründer der P-SOL.
- Pérez Jiménez, Marcos – 1914-2001, Führer des Militärputsches von 1948 in Venezuela, ab 1952 selbsternannter Präsident, 1958 durch ein Bündnis demokratischer Parteien und progressiver Militärs gestürzt.
- Pérez Rodríguez, Carlos Andrés – geb. 1922, führender venezolanischer Politiker der Partei AD, 1960-1964 Innenminister, 1974-1979 und ab 1989 erneut Präsident Venezuelas, 1993 Amtsenthebung wegen Korruption, Exil in der Dominikanischen Republik und den USA.
- Pomar, Valter – brasilianischer Politiker, Sekretär für Internationale Beziehungen der PT Brasiliens und Exekutivsekretär des Forums von São Paulo.
- Poulantzas, Nicos – 1936-1979, griechisch-französischer marxistischer Philosoph und Politologe.
- Prado Junior, Caio – 1907-1990, brasilianischer Historiker und Soziologe marxistischer Orientierung. Veröffentlichungen u. a. »Die brasilianische Revolution« (1966), »Die Agrarfrage in Brasilien« (1978).
- Prebisch, Raúl – 1901-1986, argentinischer Entwicklungsökonom, war von 1948 bis 1963 Präsident der CEPAL, später Präsident der UNCTAD.
- Regalado, Roberto – kubanischer Politiker, geb. 1953, Journalist, Historiker und Politologe, Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen des ZK der KP Kubas.
- Reyes, Raúl – bürgerlicher Name Luis Edgar Devia Silva, kolumbianischer Politiker, geb. 30. September 1948 in La Plata/Kolumbien, gest. 1. März 2008 in Ecuador bei einem kolumbianischen Angriff auf ein Guerilla-Lager, war bis zu seinem Tod Sprecher der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC).
- Ribas, José Félix – 1775 -1815, venezolanischer Freiheitskämpfer im Unabhängigkeitskrieg.
- Rodríguez Araque, Alf – geb. 1937, venezolanischer Politiker, in den 1960er Jahren Teilnehmer am Guerillakrieg in Venezuela, Mitglied der linken Partei Causa R, dann Mitbegründer der Linkspartei Patria Para Todos (Vaterland für Alle), PPT, Erdölminister in der ersten Regierung Chávez und Generalsekretär der Organisation erdölexportierender Staaten, OPEC, später Präsident des staatlichen Erdölkonzerns PDVSA, Außenminister, Botschafter in Kuba, Übertritt zur Regierungspartei PSUV, Mitglied der Nationalleitung und Vorsitzender ihrer Kommission für Bildung und Ideologie, seit Juni 2008 Finanzminister.

- Rodríguez, Héctor – geb. 1982, venezolanischer Politiker, Führer der bolivarianischen Studentenbewegung in Caracas, Mitglied der Nationalleitung der Regierungspartei PSUV, Vizepräsident der PSUV für den Bundesstaat Guárico und Vorsitzender der Kommission für Soziale Bewegungen und Volksmacht, seit August 2008 Minister im Amt des Präsidenten.
- Rodríguez, Simón – 1769-1854, venezolanischer Humanist und Pädagoge, utopischer Sozialist, Lehrer und Freund Simón Bolívars mit bedeutendem Einfluss auf dessen gesellschaftspolitische Vorstellungen.
- Salas Feo, Henrique – geb. 1961, Sohn von Henrique Salas Römer, 1996-2004 Gouverneur des venezolanischen Bundesstaates Carabobo.
- Salas Römer, Henrique – geb. 1936, venezolanischer Politiker, Gründer der Partei »Projecto Venezuela« mit Einfluss vor allem im venezolanischen Bundesstaat Carabobo (Valencia), 1990-1996 Gouverneur in Carabobo, 1998 erfolgloser Gegenkandidat gegen Hugo Chávez.
- Sánchez de Lozada, Gonzalo – Präsident Boliviens in den Jahren 1993-1997 und 2002-2003 und wichtigster Bergbauunternehmer Boliviens, am 17. Oktober 2003 durch einen Volksaufstand gestürzt und in die USA geflohen. Hauptvertreter einer forcierten USA-abhängigen neoliberalen Wirtschaftspolitik, verantwortlich für zahlreiche Todesopfer beim Einsatz von Militär gegen Protestaktionen der Bevölkerung; die bolivianische Regierung verlangt seine Auslieferung, um ihn vor Gericht zu stellen.
- Stédile, João Pedro – brasilianischer politischer Aktivist, Landwirtschaftsökonom. Stédile ist einer der Koordinatoren der Landlosenbewegung MST in Brasilien.
- Stephanes, Reinhold – Landwirtschaftsminister Brasiliens in der Lula-Regierung seit 2007.
- Torrijos Herrera, Omar Efraín – 1929-1981, panamaischer General, nach dem Militärputsch 1968 Regierungschef bzw. Präsident Panamas bis 1981, leitete die Rückgabe des Panamakanals durch die USA ein, starb bei einem nicht aufgeklärten Flugzeugabsturz.
- Tupac Katari – eigentlicher Name Julián Apasa, Aymara, Führer eines indigenen Aufstandes auf dem Gebiet Boliviens Ende des 18. Jahrhunderts gegen die spanische Kolonialherrschaft, von den Spaniern hingerichtet. Von seinem Namen leitet sich die kataristische Bewegung in den Andenländern ab, die in den 1970er/1980er Jahren des 20. Jahrhunderts die doppelte (soziale und ethnische) Unterdrückung thematisierte und die Bewahrung der indigenen Identität in den Mittelpunkt des Befreiungskampfes stellte.
- Uribe Vélez, Álvaro – geb. 1952, seit 7. August 2002 Präsident Kolumbiens, während seiner Amtszeit als Gouverneur von Antioquia Initiator paramilitärischer Milizen gegen die Bauernbewegung für eine Agrarreform, erreichte seine Wiederwahl als Präsident 2006 erwiesenermaßen durch Stimmenkauf und mit Unterstützung von Politikern, die dem Paramilitarismus nahestehen. Versucht eine militärische Lösung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien zu erzwingen, Vertreter einer Politik der »harten Hand« gegen die sozialen Bewegungen und des engen Bündnisses mit den USA.
- Velasco Alvarado, Juan – 1909-1977, peruanischer General, 1968-1975, Vorsitzender einer progressiven Militärregierung in Peru.
- Zamora, Ezequiel, – 1817-1860, venezolanischer General, Führer der Liberalen in den venezolanischen Bürgerkriegen des 19. Jahrhunderts, Symbol für den Kampf der Bauern um Boden und für eine antio-ligarchische Politik.

# Autorinnen und Autoren

- Ahmed Abed, geboren 1981 in Gießen, hat 2008 das Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Bremen abgeschlossen und arbeitet nun als Diplomburist im juristischen Referendariat. Seit 2003 ist er in der Studierendenbewegung aktiv. Er ist in der Bremer Hochschulgruppe von DIE LINKE.SDS und in der linksjugend [‘solid] Bremen organisiert.
- Helma Chrenko, Lateinamerikawissenschaftlerin, promovierte und habilitierte an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin (DDR), Professur für lateinamerikanische Arbeiterbewegung. Schwerpunkte Gegenwartsprobleme lateinamerikanischer Gesellschaften, demokratische und alternative Bewegungen und Parteien. Veröffentlichung mehrerer Bücher, Beiträge in Sammelbänden und Zeitschriftenartikel. Mitbegründerin des Arbeitskreises Lateinamerika bei der PDS (heute innerhalb der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und internationale Politik DIE LINKE). Verschiedene Studien für die Rosa-Luxemburg-Stiftung (u. a. Globale Armut und Entwicklungspolitik, Soziale Bewegungen und linke Parteien in der Andenregion – Prozesse der Herausbildung einer neuen Hegemonie, Buchbeitrag Agrarfrage in Lateinamerika).
- Maximilian Jablonowski, geboren 1986 in Dorsten/NRW, studiert seit 2006 Kulturwissenschaft, Politikwissenschaft und Spanisch an der Philipps-Universität Marburg. Er ist dort in der Hochschulgruppe SDS.DIE LINKE aktiv, für welche er als Referent für Hochschulpolitik im Marburger ASa mitarbeitet. Er ist Mitglied im LandessprecherInnenrat der linksjugend [‘solid] Hessen. Er war Mitglied der Linkspartei.PDS und nun in der Partei DIE LINKE.
- Ernst Kroch, geboren 1917 in Breslau, wohnhaft in Montevideo. Nach KZ-Haft in Deutschland Emigration nach Uruguay (1938), Tätigkeit als Metallarbeiter und Mechaniker, aktiver Gewerkschafter und Publizist. Während der Militärdiktatur in Uruguay Verhaftung und zeitweilige Emigration (1982 bis 1985) nach Deutschland. Für seine langjährige aktive Arbeit in verschiedenen sozialen und politischen Organisationen, u. a. in der Casa Bertolt Brecht, zum Ehrenbürger Montevideos ernannt.
- Hans Modrow, geboren 1928 in Jasenitz (Pommern), promovierter Wirtschaftswissenschaftler, von 1973 bis 1989 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Dresden, November 1989 bis März 1990 Ministerpräsident der DDR; Ehrenvorsitzender der PDS, 1999 Mitglied des Europaparlamentes, seit 2007 Vorsitzender des Ältestenrates der LINKEN.
- Otto Pfeiffer, geboren 1937, 1955-1959 Studium der Außenpolitik, Diplomstaatswissenschaftler. 1959-1990 im diplomatischen Dienst der DDR, Auslandseinsätze in der Tschechoslowakei, Kuba, Spanien und Venezuela, dort 1977-1981 Botschafter. 2003 und 2004 mehrere Reisen zur Wahlbeobachtung in Venezuela, seit 2005 Präsident des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V., Berlin.
- Lucia Schnell, geboren 1979 in Freiburg im Breisgau, hat an der Freien Universität Berlin Geschichte, Lateinamerikanistik und Politikwissenschaften studiert. Ihre Magisterarbeit schrieb sie über die sozialen Bewegungen in Bolivien. Politisch aktiv war sie in dem globalisierungskritischen Netzwerk attac, in der WASG und nun in der Partei DIE LINKE. Sie lebt in Berlin und arbeitet derzeit als Referentin für Hochschulpolitik bei der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und engagiert sich u. a. in der AG Lateinamerika der Fraktion DIE LINKE.
- Dietmar Schulz, geboren 1951, wohnhaft in Berlin, Studium Lateinamerikawissenschaften in Rostock, danach Tätigkeit als Dolmetscher, später im DDR-Außenministerium, zahlreiche Lateinamerika-Aufenthalte. Mitglied im Arbeitskreis Lateinamerika (BAG FIP) der Partei DIE LINKE.
- Ben Stotz, geboren 1982 in Freiburg im Breisgau, studiert Religionswissenschaft und Lateinamerikanistik an der Freien Universität Berlin. In seinem Auslandssemester an der Universidad Central de Venezuela bereite er die Delegationsreise von DIE.LINKE.SDS vor. Er ist Mitglied der Partei DIE LINKE und in der Hochschulgruppe DIE LINKE.SDS an der FU aktiv.
- Joachim Wahl, geboren 1936, Politikwissenschaftler, Lateinamerikanist. Nach dem Studium am Internationalen Institut für Internationale Beziehungen in Moskau von 1965 bis 1989 Tätigkeit in verschiedenen Ländern Afrikas und Lateinamerikas, seit Ende 2002 bis 2004 Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo, Brasilien. Mitarbeit im Arbeitskreis Lateinamerika der Bundesarbeitsgemeinschaft für internationale Politik.

